HANS-HEINRICH DIECKHOFF

ZUR VORGESCHICHTE DES ROOSEVELT-KRIEGES

DIECKHOFF / Zur Vorgeschichte des Roosevelt-Krieges

Hans Heinrich Dieckhoff

ZUR VORGESCHICHTE DES ROOSEVELT-KRIEGES

ZUR VORGESCHICHTE DES ROOSEVELT-KRIEGES

VON

HANS HEINRICH DIECKHOFF

1943

JUNKER UND DÜNNHAUPT VERLAG / BERLIN

Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Außenpolitische Forschung und des Hamburger Instituts für Auswärtige Politik.
Herausgeber: Professor Dr. Friedrich Berber.
Heft 100.

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1943 by Junker und Dünnhaupt Verlag, Berlin
Printed in Germany

Einband: Dorothea Suffrian
Clemens Landgraf Nachf., W. Stolle, Dresden-Freital

INHALT

Seite

Vorwort 9

Präsident Roosevelt und der Krieg 11

Deutschland und die Vereinigten Staaten 33

Roosevelts Politik gegenüber Frankreich 67

Die Vereinigten Staaten und Japan 102

Die Vereinigten Staaten und Rußland 140

VORWORT

Seit dem 8. Dezember 1941 sind die Vereinigten Staaten mit Japan, seit dem 11. Dezember mit Deutschland und Italien im Krieg. Kurz darauf ist auch zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen europäischen Mächten des Dreierpaktes sowie zwischen den Vereinigten Staaten und Thailand Kriegszustand eingetreten. Somit steht seit Beginn des Jahres 1942 die nordamerikanische Union im Zweifrontenkrieg mit dem von Japan geführten Ostasien und mit dem von den beiden Achsenmächten geführten Europa.

Diese Entwicklung kam für niemanden überraschend, der die nordamerikanische Außenpolitik während der letzten Jahrzehnte, besonders während der Jahre seit dem Amtsantritt des Präsidenten Franklin D. Roosevelt, aufmerksam verfolgt hatte. Von 1896 an haben die Vereinigten Staaten die Bahn der imperialistischen Expansion beschritten; sie haben einerseits immer stärker nach Ostasien hinübergegriffen und sie haben sich andererseits in steigendem Maße in die europäischen Dinge eingemischt. Nicht Japan, Deutschland und Italien haben in die Belange des amerikanischen Kontinents eingegriffen, sondern Washington hat sich seit längerer Zeit planmäßig der von Japan gewünschten Ordnung des ostasiatischen Raumes in den Weg gestellt und dem von Deutschland und Italien erstrebten Ausgleich in Europa entgegengestemmt.

Über diese nordamerikanische Politik habe ich im Laufe des Jahres 1941 unter dem Namen Silvanus in den „Monatsheften für Auswärtige Politik" vier Aufsätze veröffentlicht, die ich hiermit nebst einem später erschienenen Aufsatz in Buchform zusammengefaßt vorlege. Ich verweise besonders auf die Rolle, die der Präsident Roosevelt in dieser Entwicklung gespielt hat; er hat die nordamerikanische Außenpolitik der letzten neun Jahre entscheidend bestimmt, er trägt die Hauptverantwortung für den Krieg, in dem sich zur Zeit nahe-

zu alle Völker der Erde befinden. Getrieben haben den Präsidenten zu dieser verhängnisvollen Politik neben anderen Ursachen in erster Linie seine überhebliche Feindschaft gegen Japan und sein alter, tiefeingewurzelter Haß gegen Deutschland. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht vom 26. Januar 1934 an die französische Regierung, in welchem der damalige französische Botschafter in Washington, André de Laboulaye, haßerfüllte Äußerungen wiedergibt, die Roosevelt wenige Tage vorher in Gegenwart von Frau de Laboulaye gegen Deutschland gemacht hatte, heißt es:

„Dieser Ausfall des Präsidenten sagt uns nichts Neues über seine Gesinnung gegenüber Deutschland. Ich kenne ihn seit 21 Jahren und ich habe ihn seitdem, insbesondere während des Weltkrieges, aber sogar noch vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, gleichartige Äußerungen über jenes Land machen hören, bisweilen sogar noch stärker betonte Äußerungen dieser Art, aber es schien mir nicht uninteressant, besonders in Anbetracht der derzeitigen heiklen Lage der französisch-amerikanischen Beziehungen, daß Roosevelt gerade der französischen Botschafterin von seiner Abneigung Mitteilung machte nicht nur gegen das Deutschland Hitlers, sondern gegen Deutschland ganz allgemein."

Berlin, den 11. Dezember 1942.

Dieckhoff.

PRÄSIDENT ROOSEVELT UND DER KRIEG

(Veröffentlicht in den Monatsheften für Auswärtige Politik, April-Heft 1941.)

I. Bis zum Ausbruch des Krieges

Vor wenigen Monaten veröffentlichte eine amerikanische Zeitschrift eine Karikatur, die folgendes Bild zeigte: Links sieht man ein im Gang befindliches Hockeyspiel, in dem das amerikanische Tor von drei Gegnern, die als „soziale Not", „Schulden" und „Kommunismus" bezeichnet sind, ernstlich bedroht ist; der Torwart aber, der die Züge Roosevelts trägt, verteidigt sein Tor nicht, sondern schickt sich an, zur Verblüffung der amerikanischen Zuschauer, nach rechts in das Nachbarfeld hinüberzusteigen, wo in einem anderen Hockeyspiel das englische Goal — auf welches drei Spieler mit den Zügen Hitlers, Mussolinis und Matsuokas losstürmen, und das von einem bereits in die Knie gesunkenen Goalkeeper, der die Züge Winston Churchills trägt, verteidigt wird, — offensichtlich in höchster Gefahr schwebt. Der amerikanische Torwächter läßt also mitten im Spiel sein bedrohtes amerikanisches Tor im Stich, um in ein anderes Spiel einzugreifen und dort das gefährdete englische Tor zu schützen.

Diese Karikatur von amerikanischer Hand enthält einen Kern tiefer Wahrheit. In der Tat sieht sich die amerikanische Union seit Jahren einer Fülle von ernsten innenpolitischen Problemen gegenüber, welche große Wachsamkeit und energische Abwehr erfordern. Aber der Präsident der Union hat seit einiger Zeit sein Interesse nicht mehr so sehr auf diese inneren amerikanischen Fragen, sondern überwiegend auf außerhalb des amerikanischen Feldes liegende Probleme gerichtet. Gewiß, während der ersten Jahre seiner Regierungszeit hatte er sich um die Lösung einiger der wichtigsten sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Probleme der Vereinigten Staaten leidenschaft-

lich bemüht und besonders die Notwendigkeit der Fürsorge für die breiten Massen, von denen nach seinem eigenen Geständnis ein volles Drittel ungenügend bekleidet, ungenügend ernährt und ungenügend untergebracht ist, betont; auch hatte der Präsident schon in früheren Jahren hin und wieder in außeramerikanische Fragen (z. B. in den Konflikt zwischen Völkerbund und Italien im Jahre 1935) eingegriffen. Aber seit Ende 1937 sehen wir ihn in wachsendem Maße an außeramerikanischen, an ostasiatischen und europäischen Fragen interessiert, während er den drängenden inneren Problemen nur noch sekundäre Beachtung schenkt. Und jene außeramerikanischen Fragen haben ihn in den letzten Jahren nicht nur in wachsendem Maße absorbiert, sondern er ist dazu übergegangen, in einer von Monat zu Monat zunehmenden Weise in diese Probleme aktiv einzugreifen.

Die große Rede in Chicago am 5. Oktober 1937, in der der Präsident in ungewöhnlich scharfer Form den „Angreiferstaaten" den Kampf ansagte und ihnen mit Quarantäne drohte, war die erste öffentliche Kundgebung dieses neuen Kurses. Die Rede stieß zwar im amerikanischen Volke auf Ablehnung, aber schon wenige Wochen später, in einem Antworttelegramm an den republikanischen Parteiführer Alfred Landon, der dem Präsidenten Mitte Dezember 1937 aus Anlaß des Panay-Zwischenfalles die loyale Unterstützung seiner Japanpolitik durch die republikanische Opposition zugesagt hatte, ging Roosevelt einen Schritt weiter und sprach davon, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sein müsse, erforderlichenfalls die Führung im Kampfe gegen die „Aggressoren" zu übernehmen. Dieser Gedanke des verschärften außenpolitischen Kampfes sowie der Führung in diesem Kampfe hat sich beim Präsidenten inzwischen immer mehr verstärkt.

Auf welche Ursachen diese Entwicklung zurückzuführen ist und welche Umstände hierbei mitgewirkt haben, ob es wirklich die wachsende Sorge vor außenpolitischer (ideologischer, militärischer und besonders wirtschaftlicher) „Bedrohung" war, oder ob Roosevelt sich durch andere Momente, z. B. durch die Fehlschläge seiner Innenpolitik und durch den hierdurch hervorgerufenen Wunsch nach Ablenkung nach außen, oder durch per-

sönlichen Ehrgeiz, durch persönliche Vorurteile und persönliches Ressentiment, oder durch die Ratschläge und Einflüsterungen seiner nächsten Umgebung, besonders seiner New Yorker Freunde, bestimmen ließ — das ist schwer zu sagen. Es ist wohl überhaupt heute noch zu früh, die Ursachen der Entwicklung, die Ende 1937 einsetzte und jetzt noch im vollen Gange ist, im Einzelnen abzuwägen, ebenso wie es heute auch noch zu früh sein dürfte, den Verlauf dieser 3½jährigen Außenpolitik im Einzelnen genau aufzuzeigen. Aber soviel kann heute doch festgestellt werden: Seit Ende 1937, und namentlich seit München, hat der Präsident planmäßig nicht nur in die ostasiatischen Fragen, sondern auch in die europäischen Fragen eingegriffen.

Wir wissen, wie er durch die im Oktober 1937 nach Brüssel zusammengerufene Konferenz den Japanern in ihrer Aktion gegen China in den Arm zu fallen versuchte, ein Vorstoß, der allerdings ergebnislos verpuffte. Wir wissen, wie sehr er sich in einer am 28. Januar 1938 völlig überraschend an den Kongreß gerichteten Botschaft für eine gewaltige Vermehrung der Flotte einsetzte und damit offenbar zum Ausdruck bringen wollte, daß der Zeitpunkt gekommen sei, um den amerikanischen Einfluß in der Welt stärker zur Geltung zu bringen. Wir wissen, wie einseitig er in der Frage des österreichischen Anschlusses Partei nahm und wie gern er es gesehen hätte, wenn diese vom deutschen und europäischen Standpunkt so natürliche und gesunde Entwicklung hätte verhütet oder gar rückgängig gemacht werden können. Wir wissen, wie sehr er sich bemühte, eine den deutschen Forderungen Rechnung tragende Bereinigung der Sudetenfrage zu verhindern, und wie scharf er die in München durch gemeinsamen Beschluß der deutschen, italienischen, englischen und französischen Regierung gefundene Lösung perhorreszierte; wohl nirgends herrschte über die Regelung von München größere Enttäuschung als im Weißen Hause. München wurde dann — das wird von amerikanischer Seite heute nicht mehr bestritten, sondern hierauf wird jetzt geradezu mit Stolz hingewiesen — zum Ausgangspunkt für eine versteifte amerikanische Haltung und verstärkte Aktivität gegenüber den totalitären Mächten. „No appeasement" und „Stop

Hitler" wurden von Ende 1938 ab die feststehenden Richtlinien der amerikanischen Außenpolitik.

In dreifacher Weise wurde vorgegangen: Die westliche Hemisphäre, mit deren Republiken die Vereinigten Staaten schon seit einigen Jahren durch die äußerlichen Bande der von Roosevelt eingeleiteten „Gute Nachbar"-Politik verbunden waren, sollte möglichst zu einem einheitlichen Block mit antitotalitärer Front zusammengeschweißt werden, ferner sollten Deutschland, Italien und Japan dadurch eingeschüchtert werden, daß die amerikanische Haltung sich ihnen gegenüber deutlich versteifte, und endlich sollte bei den „demokratischen" Staaten, besonders bei England, Frankreich und Polen, auf die Notwendigkeit, den Aggressoren von nun an entschlossen Widerstand zu leisten, in verstärktem Maße hingewiesen und für den Fall des Konflikts die Sympathie der Vereinigten Staaten, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, in Aussicht gestellt werden. Dieser neue Kurs wurde sofort energisch eingeschlagen.

Schon wenige Wochen nach München wurde im Einverständnis mit den lateinamerikanischen Staaten die panamerikanische Konferenz nach Lima einberufen. Sie trat im Dezember 1938 zusammen und nahm, nach einigen Schwierigkeiten, die Deklaration von Lima an, durch welche die kontinentale Solidarität ganz Amerikas „gegen alle fremde Intervention und Aktivität" festgelegt, und sämtliche Republiken zu gemeinsamen Garanten der Monroedoktrin erklärt wurden. Auf der Basis von Lima sind dann später, nach Ausbruch des Krieges, die Konferenzen von Panama und Havana aufgebaut worden, die eine noch stärkere Verengung der diplomatischen Zusammenarbeit zwischen Washington und Lateinamerika mit sich bringen und die Vormachtstellung der USA. in der westlichen Hemisphäre noch weiter befestigen sollten.

Den totalitären Mächten, die schon seit Jahren in der amerikanischen Öffentlichkeit, besonders in der Presse, in schärfster Weise angegriffen worden waren, wurde von nun an auch auf diplomatischem Gebiet die ablehnende und feindselige Haltung der Vereinigten Staaten bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck gebracht. Im November 1938 wurde der amerikanische Botschafter in Berlin „zur Berichterstattung" nach

Washington berufen und diese Tatsache in provozierender Weise vom Präsidenten der Öffentlichkeit mitgeteilt. Reden amerikanischer Kabinettsmitglieder voll Beleidigungen gegen Deutschland und seine Regierung folgten, und die Kränkung wurde noch unterstrichen durch das Indosso, welches das State Department, auf deutsche amtliche Beschwerde hin, diesen Reden gewährte. Noch deutlicheren Ausdruck fand diese Einschüchterungspolitik in der Botschaft, die der Präsident am 3. Januar 1939 an den Kongreß richtete, und die er persönlich auf dem Kapitol verlas; hier wurde zum erstenmal die Drohung der „methods short of war" formuliert, die man den „Angreiferstaaten" gegenüber zur Anwendung bringen müsse.

„Words may be futile, but war is not the only means of commanding a decent respect for the opinions of mankind. There are many methods short of war, but stronger and more effective than mere words, of bringing home to aggressor governments the sentiments of the people. At the very least, we can and should avoid any action, or any lack of action, which will encourage or assist an aggressor. We have learned that when we deliberately try to legislate neutrality, our neutrality laws may operate unevenly and unfairly — may actually give aid to an aggressor and deny it to the victim. The instinct of self-preservation should warn us that we ought not to let that happen any more."

Da sich der Präsident klar darüber war, daß seine Haltung auf die totalitären Staaten wenig Eindruck machen würde, solange das amerikanische Neutralitätsgesetz ein Ausfuhrembargo auf Kriegsmaterial an Kriegführende enthielt und somit amerikanische Unterstützung der „Demokratien" im Kriegsfalle durch Lieferung von Flugzeugen, Waffen und Munition nicht möglich war, setzte nun ein scharfer Druck des Weißen Hauses auf Senat und Repräsentantenhaus ein, um die Aufhebung des Waffenausfuhrverbots zu erwirken. Das ganze Bestreben des Präsidenten im Frühjahr und Sommer 1939 ging dahin, den Kongreß zur Änderung des Neutralitätsgesetzes zu bewegen. Aber ohne Erfolg. Noch war die friedliche, anti-interventionistische Stimmung im Lande und im Kongreß zu stark, als daß eine ernst-

liche Geneigtheit bestanden hätte, das Neutralitätsgesetz — das erst 1935 geschaffen und 1936 und 1937 modifiziert worden war, gerade um die Vereinigten Staaten im Falle eines neuen europäischen Konflikts wirklich neutral zu halten — in einem seiner wesentlichsten Punkte zu ändern. Bemühungen des Präsidenten, im Februar 1939 die maßgebenden Senatoren durch eine düstere Schilderung der Lage in Europa zu einem Einlenken zu bestimmen, schlugen fehl; seine unvorsichtige Äußerung, daß eine Überschreitung der Rheingrenze durch Deutschland eine Bedrohung für die ganze Welt bedeuten, und daß eine deutsche Eroberung der Bollwerke am Rhein die deutsche Aktionssphäre unbegrenzt machen würde, brachte ihm sogar einen ernstlichen Rückschlag, da sich das Gerücht verbreitete, er habe von der „amerikanischen Grenze am Rhein" gesprochen und dadurch die bewährten Grundsätze der Monroedoktrin und „no foreign entanglements" preisgegeben. So fest war damals noch der Widerstand im Lande und im Kongreß, daß der Präsident seinen Eifer zähmen mußte; noch im Juli 1939 weigerte sich der Auswärtige Ausschuß des Senats mit 12 zu 11 Stimmen, den Vorschlag der Aufhebung des Waffenembargos an das Plenum überhaupt weiterzuleiten.

Aber unbeirrt durch die ablehnende Haltung der öffentlichen Meinung verdoppelte der Präsident seine Aktivität auf dem diplomatischen Feld. Der Abschluß des englisch-amerikanischen Handelsvertrags im Oktober 1938 — ein Abschluß, der ganz überwiegend auf politische Erwägungen zurückzuführen war — war eines der ersten Ergebnisse. Wir wissen ferner aus dem deutschen Weißbuch über die Polendokumente und aus anderem Material, mit welcher Energie das State Department von Ende 1938 ab die Einkreisungspolitik gegen Deutschland zu fördern bemüht war, und es ist uns bekannt, daß diese Aktivität unter der persönlichen, oft unmittelbar eingreifenden Oberleitung des Präsidenten stand. Gleichviel ob es sich — wie bei Eden und Lothian und verschiedenen anderen Besuchern, die im Winter 1938/1939 in Washington vorsprachen — um Gespräche im Weißen Hause, oder ob es sich um Unterhaltungen und Demarchen der Vertrauensleute des Präsidenten in Europa, besonders des Botschafters Bullitt in Paris, handelte, immer wie-

der drehte es sich darum, den Regierungen, sowie wichtigen Einzelpersönlichkeiten Englands, Frankreichs, Polens und anderer Nachbarländer Deutschlands klarzumachen, daß die Politik des Nachgebens, die Politik des „appeasement" nun zu Ende sein müsse, und daß weiterer deutscher Expansion unter allen Umständen Widerstand entgegenzusetzen sei. Es ist wohl richtig, daß man den „bedrohten" Staaten für den Fall des Konflikts mit Deutschland keine bindenden Zusagen machte, aber — und hierin liegt ein erstaunliches Maß von Verantwortungslosigkeit — im allgemeinen wurde die Sprache doch so geführt, daß der Eindruck entstehen mußte, die Vereinigten Staaten würden im Falle eines Konflikts früher oder später ihr Schwergewicht in die Waagschale des „angegriffenen" Landes werfen. Der Präsident wußte genau, daß er gegebenenfalls nicht würde helfen können, aber das hinderte ihn und seine Vertreter nicht, Ratschläge zu erteilen, deren Befolgung die betreffenden Regierungen in ausweglose Situationen bringen mußte. Die Berichte der polnischen Botschafter in Paris, London, Brüssel und Washington über die mit ihren amerikanischen Gegenspielern geführten Gespräche geben ein sehr farbiges Bild von der eindringlichen Art und Weise, wie die amerikanischen Partner ihren europäischen Freunden Rat erteilten sowie Sympathie und Unterstützung in Aussicht stellten.

Die Beseitigung der tschecho-slowakischen Republik und die Errichtung des deutschen Protektorats in Böhmen und Mähren im März 1939 trug weiter dazu bei, die Nervosität im Weißen Hause zu erhöhen, und die Aktivität gegen die totalitären Mächte wurde entsprechend weiter verstärkt. Wir erinnern uns noch deutlich des eigenartigen Appells, mit dem sich Roosevelt am 15. April an den Führer und an den Duce wandte und von Deutschland und Italien — und zwar in sehr durchsichtiger Taktik nur von Deutschland und Italien — den Abschluß von Nichtangriffspakten mit 31 Staaten, darunter Arabien, Iran und Liechtenstein, verlangte; mit der Antwort, die er hierauf im Reichstag am 28. April vom Führer erhielt, hatten die überklugen Verfasser dieses grotesken Dokuments wohl nicht gerechnet. Welche Rolle die amerikanische Politik in den entscheidenden Tagen des März und April 1939 in Warschau, London

und Paris gespielt hat, ist der Öffentlichkeit bisher nur zum Teil bekannt, wir wissen aber, daß man nicht etwa auf eine friedliche Beilegung der deutsch-polnischen Streitfragen hinwirkte, sondern im Gegenteil alles tat, um ein Nachgeben Polens gegenüber den deutschen Wünschen zu verhindern und um die Regierungen in London, Paris und Warschau zum Widerstand zu ermutigen; in ähnlicher Weise nahm man auf Ankara Einfluß, um möglichst auch die Türkei in die Einkreisungsfront gegen die Achsenmächte einzureihen. An dieser Politik hat der amerikanische Präsident durch den Sommer 1939 hindurch bis zum Ausbruch des Krieges festgehalten. Besonders charakteristisch waren seine am 24. August 1939 an den Führer und an den polnischen Staatspräsidenten Moscicki gerichteten Telegramme. Gewiß sprachen diese Telegramme von der Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens und von den Möglichkeiten von Arbitration und Conciliation, aber das Telegramm an Moscicki zeigte klar, daß unter keinen Umständen der Eindruck entstehen sollte, als wolle Roosevelt einen Druck auf Polen ausüben oder auch nur eine Mahnung zum Einlenken oder zur Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland aussprechen, während der Text des Telegramms an den Führer im Tone sehr viel schärfer war. Mit dieser einseitigen, gegen Deutschland gerichteten Einmischungspolitik hat der Präsident einen erheblichen Teil der Verantwortung für die Entwicklung der Dinge in Europa übernommen. Wenn einmal die Frage der Schuld am Ausbruch dieses Krieges genauer untersucht werden wird, wird der Anteil des Präsidenten Roosevelt nicht vergessen werden dürfen.

II. Vom Ausbruch des Krieges bis zur Wahl

Wäre es bei Ausbruch des europäischen Krieges am 1. September 1939 nach den Wünschen des Präsidenten gegangen, so hätten die Vereinigten Staaten unverzüglich das Neutralitätsgesetz en bloc über Bord geworfen und hätten die Unterstützung der „Alliierten" durch Kriegsmateriallieferungen im weitesten Umfange aufgenommen. Aber der Präsident mußte auf die öffentliche Meinung, die bisher — trotz eines Niagaras

von Zeitungshetze und Rundfunkpropaganda — in keiner Weise mit seinem Tempo Schritt gehalten hatte und noch stark isolationistisch eingestellt war, sowie auf die Stimmung im Kongreß Rücksicht nehmen und konnte daher nur Schritt für Schritt vorwärts gehen. Es spricht für sein taktisches Geschick, daß er trotz der vorhandenen Hemmungen in verhältnismäßig kurzer Zeit sein Ziel erreichte, wenn auch nicht im vollen Umfang. Zunächst richtete er, um die Stimmung des Landes entsprechend zu beeinflussen, am 3. September einen Appell an das amerikanische Volk, in dem sich die Sätze finden:

„It is right to point out that the unfortunate events of these recent years have been based on the use of force or the threat of force. And it seems to me clear, even at the outbreak of this great war, that the influence of America should be consistent in seeking for humanity a final peace which will eliminate, as far as it is possible to do so, the continued use of force between nations."

„This nation will remain a neutral nation, but I cannot ask that every American remains neutral in thoughts as well. Even a neutral has a right to take account of facts. Even a neutral cannot be asked to close his mind or his conscience."

„I hope that the United States will keep out of this war. I believe that it will. And I give you assurances that every effort of your Government will be directed toward that end."

Schon am 7. September folgte eine Proklamation, die für die Vereinigten Staaten den „nationalen Notstand" verkündete („national emergency"). Und am 13. September erfolgte die Einberufung des Kongresses zu einer am 21. beginnenden Sondertagung in Washington mit dem Ziel, das Neutralitätsgesetz zu ändern. Schon damals soll dem Präsidenten von einigen seiner Berater geraten worden sein, reinen Tisch zu machen und vom Kongreß die Aufhebung des ganzen Neutralitätsgesetzes zu verlangen; er solle sich weitgehende Vollmachten und möglichst unbeschränkte Aktionsfreiheit bewilligen lassen. Aber der Präsident vermied es, sich so völlig zu decouvrieren, was damals noch zu einem schweren Rückschlag hätte führen

können. Von Senatoren und Abgeordneten war er gewarnt worden, daß bei der Stimmung im Kongreß eine Aufhebung des Waffenausfuhrverbots nur erreichbar sei, wenn als Gegengewicht die „cash and carry"-Klausel eingebaut würde, die die Gewährung von Kredit an Kriegführende und die Beförderung des gekauften Kriegsmaterials mit amerikanischen Schiffen verbot. Der Präsident ging hierauf ein und seine Taktik erwies sich als richtig; erst nach wochenlangen Verhandlungen und nach klarer Festlegung der „cash and carry"-Klausel, von der sich der Kongreß eine Vermeidung der im Weltkrieg gemachten Fehler und eine Ausschaltung der Gefahr von Zwischenfällen zur See versprach, wurde das Waffenausfuhrverbot aufgehoben. Es war, wie gesagt, nur eine teilweise Erfüllung der Wünsche des Präsidenten, aber es war doch ein sehr bedeutsamer Schritt in der von ihm gewünschten Richtung. Die abschüssige Bahn war betreten, von Neutralität war von nun an keine Rede mehr; so wie die Dinge lagen, kamen nur die Engländer und Franzosen als Abnehmer amerikanischen Kriegsmaterials in Frage, die Maßnahme richtete sich also, trotz aller Phrasen von Neutralität und Fairneß, ausschließlich gegen Deutschland. Gewiß, die Engländer und Franzosen mußten — im Gegensatz zum Weltkrieg — bar bezahlen und konnten sich zur Abholung keiner amerikanischen Schiffe bedienen; aber da ihnen Guthaben und Frachtraum in ausreichendem Maße zur Verfügung standen, lag hierin keine wesentliche Erschwerung. Die „Alliierten" konnten also von Inkrafttreten des neuen Gesetzes, d. h. vom November 1939 ab, mit amerikanischen Kriegsmateriallieferungen rechnen, und zwar — solange Guthaben und Frachtraum reichten — in steigendem Umfange, je leistungsfähiger die Kriegsindustrie der Vereinigten Staaten wurde. Hand in Hand mit dieser materiellen Unterstützung ging ihre psychologische Wirkung. Der Präsident hatte somit die erste Etappe auf dem Wege zu seinem Ziel, der möglichst starken Unterstützung der Alliierten, in verhältnismäßig kurzer Zeit nach Kriegsausbruch und trotz der zögernden Haltung seines Volkes im wesentlichen erreicht. Die Vereinigten Staaten waren nur noch dem Namen nach neutral; sie unterstützten — und zwar nicht nur, wie bisher, propagandistisch und diplomatisch, sondern nunmehr auch

materiell — einseitig die Gegner Deutschlands. Die „methods short of war" waren um einen weiteren, erheblichen Grad verschärft worden.

Fast gleichzeitig erfolgte von Washington aus ein weiterer Schritt zur sogenannten „Konsolidierung der westlichen Hemisphäre". Die Konferenz in Panama faßte Beschlüsse über die Schaffung einer etwa 300 Meilen ins Meer hinausreichenden Sicherheitszone im Osten und Westen der Vereinigten Staaten und der lateinamerikanischen Republiken, einer Zone, in der keine kriegerischen Aktionen kriegführender Streitkräfte zugelassen werden sollten. Ferner wurde ein Interamerikanischer Neutralitätsausschuß errichtet, der alle die Neutralität der westlichen Hemisphäre gemeinsam berührenden Fragen möglichst einheitlich, d. h. — so wie die Dinge lagen — möglichst im Sinne von Washington regeln sollte, und endlich sollten durch ein neues Interamerikanisches Wirtschaftskomitee die wirtschaftlichen Bande zwischen USA. und Lateinamerika nach Möglichkeit verstärkt, d. h. im wesentlichen der wirtschaftliche und finanzielle Einfluß der Vereinigten Staaten unter Ausnutzung der durch Krieg und Europablockade geschaffenen Lage möglichst gefestigt und ausgebaut werden. So entwickelte sich auf dem panamerikanischen Feld die Situation entsprechend den Wünschen des Präsidenten; unter den Schlagworten „Verteidigung" und „Schutz der amerikanischen Neutralität" wurde die Position der Vereinigten Staaten im westlichen Raum wesentlich verstärkt.

Bis zum März 1940 blieb es in Washington außenpolitisch verhältnismäßig ruhig. Nur zum russisch-finnischen Konflikt glaubte man Stellung nehmen zu müssen, indem man die Sowjetregierung nicht nur in der Presse, sondern auch in amtlichen Verlautbarungen angriff und ein „moralisches" Embargo auf die Ausfuhr amerikanischer Erzeugnisse nach der Sowjetunion legte; am Ausgang des russisch-finnischen Konflikts wurde hierdurch nichts geändert. Die Reise von Sumner Welles nach Europa im Februar und März brachte keine außenpolitischen Ergebnisse; eine Friedensvermittlung, von der in der amerikanischen Presse die Rede war, war nie beabsichtigt gewesen und kam auch schon deshalb nicht in Frage, weil Roosevelt nur

einen englischen Frieden zu vermitteln bereit gewesen wäre, für den schon damals alle Voraussetzungen fehlten.

Mit dem Beginn der deutschen militärischen Aktion im Norden und vor allem mit dem Beginn der deutschen Offensive im Westen verflog die Ruhe in Washington. Schon die ersten großen Erfolge der deutschen Wehrmacht wirkten im Weißen Hause wie Keulenschläge. Man hatte zwar die Stärke der deutschen Militärmaschine nicht unterschätzt, hatte aber einen solchen Zusammenbruch der Gegner Deutschlands, besonders der sehr hoch bewerteten französischen Armee, nicht erwartet. Würde es möglich sein, Frankeich zu retten? Würde es gelingen, England zu stützen und seine Flotte zu bewahren? Was sollte Amerika tun? Jetzt zeigte es sich, wie frivol es gewesen war, sich in die europäischen Dinge einzumischen, Ratschläge gegen vernünftige, friedliche Regelungen zu erteilen und dadurch die europäischen Völker in Konflikte zu stoßen, ohne ihnen in der Stunde der Not irgendwie helfen zu können. Der einzige Schritt, zu dem man sich während des April und Mai 1940 in Washington aufraffen konnte, bestand in der Sperrung der Guthaben der Dänen, Norweger, Holländer und Belgier — und später auch der Franzosen — „damit diese Guthaben nicht dem deutschen Zugriff verfielen", also eine Maßnahme, durch die die Deutschen kaum, die bisherigen Freunde aber empfindlich belästigt wurden. Auch daß man der Okkupation der niederländischen Besitzungen im Karibischen Meer durch englische Streitkräfte zustimmte und gleichzeitig Deutschland und Italien notifizierte, man werde einen Besitzwechsel in der westlichen Hemisphäre nicht dulden, war zwar eine Unfreundlichkeit gegen die Achsenmächte, hatte aber für die in Not geratenen Völker Hollands und Frankreichs keine Bedeutung. Die ganze amerikanische Ohnmacht aber zeigte sich, als der französische Ministerpräsident Reynaud am 15. Juni, am Tage nach der Einnahme von Paris, von Bordeaux aus dringend um Hilfe bat und Roosevelt ihm in seinem Antworttelegramm nichts weiter in Aussicht stellen konnte als die Verstärkung der amerikanischen Lieferungen, „falls Frankreich den Widerstand fortsetze"; der Schlußsatz, daß für eine effektive Hilfsaktion nur der Kongreß zuständig sei, zeigte den Männern in Bordeaux unmißverständlich, daß es

sich bei dem Rooseveltschen Telegramm nur um eine platonische Sympathieerklärung handelte, die an dem Zusammenbruch Frankreichs ebensowenig etwas ändern konnte, wie die einige Tage vorher, am 9. Juni, in Domrémy durch den Botschafter Bullitt im Auftrage Roosevelts erfolgte pathetische Niederlegung einer weißen Rose am Denkmal der Jeanne d'Arc! Von den Engländern preisgegeben und von den Amerikanern — die ihnen während der letzten Jahre immer wieder Feindschaft gegen Deutschland gepredigt hatten — im Stich gelassen, mußten die Franzosen wenige Stunden nach dem Eintreffen des Rooseveltschen Antworttelegramms die deutsche Regierung um Waffenstillstand bitten!

Aber die amerikanische Außenpolitik erholte sich verhältnismäßig rasch von ihrem schweren Schock. Frankreich war verloren und wurde seinem Schicksal überlassen. Jetzt interessierte in Washington zunächst nur noch das Schicksal Englands, und zwar in erster Linie das Schicksal der englischen Flotte; sie durfte unter keinen Umständen in die Hände der Deutschen fallen. So kam es schon im Juli zu dem Notenwechsel zwischen der amerikanischen und der englischen Regierung über die eventuelle Übernahme der britischen Flotte; die damals ausgetauschten Noten gehören wohl zu den merkwürdigsten Dokumenten, die je zwischen zwei Großmächten gewechselt worden sind und sie beweisen die fürchterliche Notlage, in die England plötzlich geraten war. Vieles deutet darauf hin, daß England damals vor der Kapitulation stand und daß es im wesentlichen auf die Einwirkung des amerikanischen Präsidenten zurückzuführen ist, daß man sich in London zur Ablehnung des Friedensangebots des Führers und zur Fortsetzung des Widerstandes entschloß. Damals ist zwischen Washington und London eingehend über die Fortsetzung des Krieges gesprochen und eine sehr viel stärkere Zusammenarbeit als bisher in Aussicht genommen worden. Offenbar sind damals auch schon die Fragen der Finanzierung der amerikanischen Lieferungen, des Umfangs und der Koordinierung dieser Lieferungen, sowie der möglichsten Entlastung der Engländer durch die Amerikaner angeschnitten worden. Zum Abschluß kam es aber zunächst nur über die Frage der Überlassung von fünfzig Zerstörern der

USA.-Flotte an die britische Flotte und die Frage der Einräumung von Stützpunkten an die amerikanische Wehrmacht für 99 Jahre auf neufundländischem Boden, sowie auf den Bermudas, den Bahamas und auf Besitzungen im Karibischen Meer; dieses Abkommen wurde, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen der Haager Konvention und ohne vorherige Kenntnis des Kongresses, abgeschlossen und trat Anfang September 1940 in Kraft. Weiter konnte der Präsident damals noch nicht gehen, denn trotz wachsender Bereitschaft des amerikanischen Volkes für eine stärkere Unterstützung Englands schien die öffentliche Meinung für ein weitgespanntes, große Opfer erheischendes Programm noch nicht reif, und der Präsident wagte es nicht, wenige Monate vor der Wahl, dieses heiße Eisen anzufassen.

Man kann sich vorstellen, mit welcher Spannung und Sorge die Männer in London den zeitraubenden Wahlkampf in den Vereinigten Staaten verfolgten, an dessen Ausgang sie wohl kaum zweifelten, vor dessen Beendigung sie aber auf die volle Hilfe aus USA. nicht rechnen konnten. Roosevelt hat aber diese Monate bis zur Entscheidung des Wahlkampfes keineswegs ungenutzt verstreichen lassen. Durch seine Vertrauensleute wurden die Einzelheiten der geplanten großen Hilfsaktion für England bis ins Einzelne vorbereitet und ausgearbeitet, besonders wurden die wichtigen Fragen der Schaffung einer leistungsfähigen Industrie, der Regelung des Unternehmerrisikos sowie der möglichsten Wahrung der New Deal-Errungenschaften der Arbeiterschaft einer Klärung entgegengeführt; gleichzeitig liefen über die nach London entsandten Emissäre, sowie über die zahlreichen nach USA. gekommenen englischen Sachverständigen viele Fäden zwischen Washington und London. Mit besonderer Energie warf sich der Präsident auf die Verstärkung der eigenen Wehrmacht, die er in einem für Amerika unerhörten Umfang ins Auge faßte; von dem inzwischen aufrüstungsbereit gewordenen Kongreß, der noch zwei Jahre vorher dem Marineprogramm der Regierung kühl gegenübergestanden hatte, ließ er sich die nötigen Vollmachten für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, sowie für gewaltige Personal- und Materialverstärkung von Armee und Marine nebst der dazugehörigen Luft-

waffe erteilen. In raffinierter Weise wurde die öffentliche Meinung für diese großen Aufrüstungsmaßnahmen, die stets nur als Verteidigungsmaßnahmen bezeichnet und begründet wurden, gewonnen, so daß die Durchführung zwar hier und da auf technische Engpässe, aber nirgends auf nennenswerte Opposition stieß.

Wenige Wochen vor der Wahl wurde die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung durch den am 27. September in Berlin erfolgten Abschluß des Dreimächtepaktes in Anspruch genommen, der ziemlich unerwartet kam und schon deshalb besonders starken Eindruck hervorrief. Schon in den Monaten vorher hatte das immer gespannter werdende Verhältnis zu Japan (ich erinnere nur an die Kündigung des Handelsvertrags) und die immer düsterer werdende Lage im Pazifik ernste Beachtung bei der Regierung in Washington gefunden, wenn auch in der Öffentlichkeit dieses Thema bewußt in die zweite Reihe gestellt worden war, damit die Kräfte der Propaganda und der diplomatischen Aktion mit um so größerer Wucht gegen Deutschland zusammengefaßt werden könnten. Seit dem Abschluß des Paktes ist das nicht mehr möglich. Durch die provozierende Politik des Präsidenten ist Amerika in die Lage einer Macht geraten, die im Falle eines Konflikts im Osten mit einer Ausdehnung des Konflikts nach Westen — und umgekehrt — also mit einem Zweifrontenkrieg zu rechnen hat. Während bis dahin für die Entscheidungen des Präsidenten darüber, ob er sein Land Deutschland gegenüber stärker engagieren soll oder nicht, im wesentlichen die drei Fragen der Bereitschaft seines Volkes, des Standes der eigenen Rüstung und der Leistungsfähigkeit der eigenen Wirtschaft, besonders der Kriegsindustrie, ausschlaggebend gewesen waren, kam nunmehr noch die ernste Frage einer Verwicklung im Pazifischen Ozean, also eines Zweifrontenkrieges hinzu. Diese Frage wird auch in der weiteren Entwicklung von erheblicher, vielleicht von ausschlaggebender Bedeutung für die Haltung der Vereinigten Staaten in diesem Kriege sein.

III. Nach der Wahl

Nach dem Sieg im Wahlkampf nahm der Präsident das in den letzten Wochen vor der Schlacht einigermaßen zur Ruhe gekommene außenpolitische Spiel sofort mit voller Kraft wieder auf. Seine alte Zielsetzung einer möglichst „totalen" Unterstützung Englands blieb natürlich bestehen, und sie erschien jetzt, nach der Wahl, aussichtsreicher als vorher. Denn einmal hatte sich das Prestige Roosevelts bei seinem eigenen Volk trotz des Fiaskos seiner Einmischungspolitik in fremde Räume nicht nur nicht vermindert — eine mit allen Mitteln arbeitende Propaganda in Presse, Rundfunk, Vorträgen und Kino hatte dafür gesorgt, daß das amerikanische Volk nur ein sehr einseitiges Bild von den Zusammenhängen erhielt, — sondern das Ansehen des Präsidenten war durch den in der amerikanischen Geschichte beispiellosen Erfolg einer dritten Wahl noch gestärkt worden; success breeds success. Ferner hatte sich in den Monaten des Wahlkampfes gezeigt, daß das isolationistische Element im Volke an Einfluß verloren hatte und daß gegen die Durchführung einer möglichst großen und raschen Hilfe an England — wohlverstanden „short of war" — nur noch wenig Widerstand vorhanden war; beide Parteien, Demokraten wie Republikaner, hatten sich in der Wahlkampagne übereinstimmend für eine starke Aufrüstung der USA. und für wirksame und beschleunigte Hilfe an England ausgesprochen, und in den sogenannten Strohabstimmungen des Gallup-Instituts war immer wieder festgestellt worden, daß über 80 Prozent der Befragten für eine energische Unterstützung Englands eintraten, wobei allerdings offen blieb, wie weit die Befragten die öffentliche Meinung der großen Massen wirklich ausdrückten. Die Hilferufe aus England, die seit Beginn der deutschen Luftangriffe gegen die Insel im September immer dringlicher wurden, und durch Schilderungen der englischen Notlage in Wort und Bild auf das stets labile Sentiment des amerikanischen Volkes wirkten, hatten zu dieser Entwicklung der Stimmung ebenso beigetragen, wie die in der amerikanischen Presse mit Jubel begrüßten und entsprechend groß aufgemachten Nachrichten vom zähen Aushalten Londons und von den britischen und

griechischen Teilerfolgen in Afrika und Albanien. Es war anzunehmen, daß auch der neugewählte Kongreß seine Einstellung an die öffentliche Meinung angleichen würde, so daß für ein Programm verstärkter Hilfe an England bei Senat und Repräsentantenhaus auf ausreichende Mehrheiten gerechnet werden konnte.

So fand der Präsident vom 5. November ab für seine Pläne eine wesentlich günstigere Situation vor als bisher, und er zögerte nicht, hiervon so rasch wie möglich Gebrauch zu machen. Dabei kam ihm zustatten, daß er zwar im Wahlkampf seine Friedensliebe und seine Absicht „to keep war from coming to the Americans" öfters betont, aber aus seiner Überzeugung von der Notwendigkeit einer verstärkten Hilfe für die „bedrohten Demokratien" kein Hehl gemacht und irgendwelche Mitteilungen bezüglich des Umfangs dieser Hilfe vermieden, ja selbst die Einschränkung des „short of war" nicht mehr ausdrücklich erwähnt hatte. Ende Dezember lag der neue Plan in allen Einzelheiten ausgearbeitet vor. England — und daneben alle anderen „angegriffenen" Demokratien, zunächst vor allem Griechenland und China — sollten in Zukunft von USA. nicht nur, wie bisher, eine partielle, auf der Basis der cash and carry-Klausel beruhende Unterstützung in ihrem Kampf gegen die autoritären Staaten erhalten, sondern die gewährte Hilfe sollte zu einer möglichst „totalen" ausgebaut werden. Amerika sollte das Waffenarsenal und die Kornkammer dieser Länder werden, sollte seine gesamte Produktion so rasch wie möglich auf dieses Ziel einstellen, und die hiermit verbundenen Opfer im vollen Umfang auf sich nehmen. Insbesondere sollten in Zukunft die Lieferungen nicht mehr gegen Barzahlung, sondern auf der Basis von Leihe und Pacht (lend lease), also de facto unentgeltlich, abgegeben und die hierdurch entstehenden Kosten vom amerikanischen Volk getragen werden. Darüber hinaus sollten die Kräfte der Nation weitgehend erfaßt und koordiniert werden, um sie unter Hintansetzung zahlreicher bisher gepflegter Lebensbedürfnisse vorwiegend in den Dienst des Kampfes der „Demokratien", der nun offen zum ureigensten Kampf der USA. erklärt wurde, zu stellen. England, China, Griechenland — „the first line of America's defence"!

In seiner Rundfunkrede vom 30. Dezember, die er damit einleitete, daß die amerikanische Zivilisation seit Jamestown und Plymouth Rock nie in solcher Gefahr geschwebt habe wie jetzt, wies der Präsident darauf hin, daß sich gewaltige Kräfte „gegen alle in Freiheit lebenden Völker" verbunden hätten, und daß Amerika nicht ruhig bleiben könne, wenn die Achsenmächte dort im Atlantik die Nachbarn Amerikas würden, wo bisher der gute Nachbar England gewesen sei. Eine große Gefahr stehe vor dem amerikanischen Volk und vor allen Völkern der westlichen Hemisphäre, und es müsse alles geschehen, um die Nationen zu unterstützen, die sich gegen die Aggressoren verteidigten. „Die Völker, die kämpfen, um sich zu verteidigen, bitten uns nicht, für sie zu kämpfen, sie bitten uns um Kriegsmaschinen, Flugzeuge, Panzerwagen, Geschütze und Frachtschiffe. Wir müssen ihnen mit aller Energie diese Waffen in genügender Menge und schnell liefern, damit die Todesangst und die Leiden, die der Krieg mit sich bringt, und die andere zu erdulden hatten, uns und unseren Kindern erspart bleiben." Jede Unze und jede Tonne Munition und Proviant, die nur irgendwie entbehrt werden könne, müsse geliefert werden. Aber der Präsident betonte ausdrücklich, es könne keine Rede von einem amerikanischen Expeditionskorps sein; „kein amerikanisches Regierungsmitglied hat die Absicht, ein Expeditionskorps zu schicken". Wenige Tage später, am 6. Januar 1941, folgte die Botschaft, mit der der Präsident die Tagung des neugewählten Kongresses eröffnete, und in der er schon deutlich erkennen ließ, wie er sich die Verstärkung der Hilfe an die „Demokratien" konkret denke. Und am 9. Januar wurde im Kongreß unter der Nummer 1776 die Gesetzesvorlage „act to promote the defence of the United States" eingebracht. Der Entwurf sah vor, daß der Präsident weitestgehende Vollmachten erhalten sollte, um in einem vom Kongreß von Zeit zu Zeit festzusetzenden Umfange und auf der Zahlungsbasis von Pacht und Leihe für die Regierung irgendeines Landes, dessen Verteidigung er im Interesse der Verteidigung der Vereinigten Staaten für lebenswichtig halte, in den Arsenalen, Fabriken und auf den Schiffswerften jeden „Verteidigungsgegenstand" (d. h. nicht nur Munition, Flugzeuge, Schiffe und Ersatzteile dazu, sondern auch

alle landwirtschaftlichen und industriellen Produkte) herzustellen, sowie für diese Regierungen Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an „Verteidigungsgegenständen" ausführen zu lassen, und endlich diesen Regierungen vertrauliche Informationen über Fragen der „Verteidigung" mitzuteilen.

Es war sehr bezeichnend, daß diese Vorlage, die in unverhüllter Weise den letzten Schein amerikanischer Neutralität aufgab und die Vereinigten Staaten unbegrenzt zum Arsenal und zur Kornkammer, d. h. also — abgesehen von direkter aktiver Teilnahme an den Kampfhandlungen — zum Bundesgenossen der kriegführenden „Demokratien" machte, sowie die cash-Klausel, diese aus den bitteren Nachweltkriegserfahrungen geborene Schutzmaßnahme gegen neue Verstrickungen in europäische Kriege, glatt über Bord warf, im Kongreß und in der amerikanischen Öffentlichkeit im großen und ganzen mit Zustimmung aufgenommen wurde. Soweit Kritik geübt wurde, richtete sie sich weniger gegen den unneutralen Charakter des Gesetzes — nur wenige aufrechte und tiefer blickende Amerikaner wagten es, darauf hinzuweisen, daß von einer „Bedrohung" der Vereinigten Staaten und mithin von der Notwendigkeit derartiger „Verteidigungsmaßnahmen" keine Rede sein könne, und nur wenige wagten es, auf die große Verantwortung, die man auf sich lade, aufmerksam zu machen und vor den Folgen einer so einseitigen feindlichen Stellungnahme gegen Großmächte, die nie in die Sphäre der Vereinigten Staaten eingegriffen hatten, zu warnen, — sondern die Kritik wandte sich überwiegend gegen die Übertragung diktatorischer Vollmachten an Roosevelt und gegen die Umwandlung des bisherigen demokratischen Regimes in ein „one man's government". Das war auch die Note, die die Debatten im Repräsentantenhaus und im Senat beherrschte. Am Ausgang des Kampfes im Kongreß bestand von Anfang an kein Zweifel. Einem kleinmütigen Repräsentantenhaus und einem Senat gegenüber, in dem nach dem Tode von Borah und Lundeen nur noch wenige energische und sachkundige Kämpfer zu finden waren, hatte der Präsident leichtes Spiel. Er spielte es geschickt, ließ zunächst — trotz des Drängens aus London und trotz eigener Ungeduld — den unvermeidlichen Verhören vor den Ausschüssen sowie den Debat-

ten im Plenum ihren Lauf, damit nicht später der Vorwurf der Durchpeitschung erhoben werden könne, ließ aber dann von Anfang März an durch die Führer der Mehrheit den Druck so verstärken, daß die Bill, die schon am 8. Februar im Repräsentantenhaus glatt durchgegangen war, am 8. März mit beinahe Zweidrittelmehrheit im Senat angenommen wurde; am 11. März, nachdem sich beide Häuser über die letzte Fassung geeinigt hatten, trat das Gesetz mit der Unterzeichnung durch den Präsidenten in Kraft.

In seiner endgültigen Formulierung unterscheidet sich das Gesetz nur wenig von dem ursprünglichen Entwurf. Hinsichtlich aller wesentlichen Bestimmungen setzte der Präsident seinen Willen durch. Nur in einigen Punkten gelang es der Opposition, einige Bremsvorschriften einzufügen, die aber kaum als sehr wichtig bezeichnet werden können. Daß die Gültigkeitsdauer des Gesetzes auf etwas über zwei Jahre, bis zum 1. Juli 1943, begrenzt wurde, bedeutet wenig, zumal der Kongreß jederzeit eine Verlängerung beschließen kann, falls das überhaupt noch in Frage kommen sollte. Interessanter sind schon folgende drei Einschränkungen, die im Laufe der Kongreßverhandlungen dem Gesetz eingefügt wurden:

1. Nothing in this act shall be construed to authorize or to permit the authorization of convoying vessels by naval vessels of the United States.

2. Nothing in this act shall be construed to authorize or to permit the authorization of the entry of any American vessel into a combat area in violation of section 3 of the neutrality act of 1939.

3. Nothing in this act shall be construed to change existing law relating to the use of the land and naval forces of the United States except insofar as such use relates to the manufacture, procurement and repair of defense articles, the communication of information and other noncombattant purposes enumerated in this act.

Diese auf Betreiben der Opposition eingefügten Paragraphen sind insofern interessant, als sie die Tendenz des Kongresses deutlich erkennen lassen, eine Verwicklung der USA. in den

Krieg möglichst zu vermeiden, mit anderen Worten die Tendenz, trotz verstärkter Lieferungen doch im Rahmen der „methods short of war" zu bleiben. Wenn man aber bedenkt, wie leicht es für den Präsidenten sein würde, falls er will, diese Vorschriften zu umgehen — z. B. die Bestimmung betreffend den Konvoy dadurch, daß er von seinem Recht als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht Gebrauch macht und die Einheiten der USA.-Flotte dahin dirigiert, wohin er es für geboten hält — so wird man sich fragen, ob diese vom Kongreß aufgerichteten Schranken nicht doch übersteigbar sind. Ganz abgesehen davon, daß der Kongreß selbst, in entsprechender Stimmung oder unter entsprechendem Druck, diese Schranken jederzeit beseitigen kann.

Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Werden die Vereinigten Staaten bei den „methods short of war" bleiben oder werden sie zu Kriegsakten übergehen? Die Entwicklung wird von verschiedenen Faktoren abhängen, von den Entschlüssen des Präsidenten, von der Stimmung im Kongreß, die ihrerseits abhängt von der öffentlichen Meinung des Landes, von Zwischenfällen, welche die öffentliche Meinung entscheidend beeinflussen können, und von der Lage Englands, wie überhaupt von der weiteren Entwicklung des Krieges. Die Tatsache, daß auch heute noch mehr als 80 Prozent des amerikanischen Volkes den Eintritt in den Krieg vermieden zu sehen wünschen, ist zweifellos ein Faktor von großer Bedeutung; allerdings darf dieses Moment bei der leichten Beeinflußbarkeit des amerikanischen Volkes und der Labilität seiner Stimmung nicht als eine unbedingt festgegebene Größe eingesetzt werden.

Mit einer Tatsache werden wir vor allem zu rechnen haben, mit der fanatischen Einstellung des Präsidenten, so wie sie vorstehend umrissen worden ist. Roosevelt wird nichts unversucht lassen, um den Achsenmächten den Sieg zu erschweren. Auf diplomatischem Feld wird er — wie seine fortgesetzten Bemühungen im Balkan, im Nahen Osten, in Vichy, in China und in Lateinamerika zeigen — alles tun, um auf die betreffenden Regierungen im Sinne der Feindschaft gegen die autoritären Staaten einzuwirken, gegebenenfalls sogar, wie in Frankreich, unter Ausnutzung der schwierigen Ernährungslage des betreffen-

den Volkes. Die Lieferungen an England und die sonstigen „bedrohten Demokratien" wird er in jeder Weise zu verstärken und zu beschleunigen suchen; eine Vorlage, die die Bereitstellung von sieben Milliarden Dollar für diese Zwecke verlangt, ist Ende März vom Kongreß verabschiedet worden. Wo die Grenze dieser unneutralen Hilfe gezogen werden wird, ist heute noch nicht zu erkennen. Wie dem auch sei, wir sind überzeugt, daß alle diese Anstrengungen des Präsidenten England nicht mehr retten können. Roosevelt hat in seiner Außenpolitik einen falschen, abschüssigen Weg beschritten; die Verantwortung für die Folgen wird er zu tragen haben.

DEUTSCHLAND UND DIE VEREINIGTEN STAATEN

Ein Rückblick

(Veröffentlicht in den Monatsheften für Auswärtige Politik, Juli-Heft 1941.)

In den letzten Monaten ist die amerikanische Regierung auf der vom Präsidenten Roosevelt seit 1937 beschrittenen Bahn (vgl. den im Aprilheft der „Monatshefte für Auswärtige Politik" erschienenen Aufsatz „Präsident Roosevelt und der Krieg") einige Schritte weitergegangen. Der Präsident hat begonnen, das lend-lease-Gesetz vom 11. März durchzuführen und bemüht sich, die „bedrohten Demokratien" — zu denen neuerdings wohl auch die Sowjetunion zu zählen ist — in ihrem Kampf gegen die „Aggressoren" noch stärker als bisher zu unterstützen, er hat sich ferner durch die Proklamation des „unbegrenzten nationalen Notstandes" am 27. Mai noch weitere Vollmachten gesichert und hat angefangen, mit diesen diktatorialen Befugnissen in den Produktionsprozeß und in das tägliche Leben der Nation in einer Weise einzugreifen, die von dem „American way of life" auf die Dauer wahrscheinlich wenig übriglassen wird. Endlich hat er am 7. Juli amerikanische Streitkräfte nach Island und damit in die europäische Kampfzone entsandt. Gleichzeitig sind weitere Maßnahmen gegen Deutschland ergriffen worden; die deutschen Guthaben in den Vereinigten Staaten wurden gesperrt, die sämtlichen Konsulate und Verkehrsbüros Deutschlands auf amerikanischem Gebiet wurden im Laufe des Juli geschlossen und ihre Beamten und Angestellten aus den Vereinigten Staaten entfernt. Deutschland hat hierauf in seinem Machtbereich entsprechende Maßnahmen ergriffen. Somit sind die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten im Laufe der letzten Wochen infolge des amerikanischen Vorgehens zu einem fast völligen Stillstand gelangt, und die politischen Beziehungen werden seit Mitte Juli nur noch durch die beiden von

Geschäftsträgern geleiteten Botschaften in Washington und Berlin aufrechterhalten. Alle übrigen Fäden sind — wenn auch noch ein gewisser Postverkehr vorhanden ist, von dem aber ein wichtiger Teil der britischen Zensur in Bermuda unterliegt — infolge der von der amerikanischen Regierung mit allen Mitteln provozierten Entwicklung zur Zeit so gut wie völlig abgerissen.

Bei dieser Sachlage ist es vielleicht von Interesse, einen kurzen Rückblick auf die amerikanisch-deutschen Beziehungen seit dem Bestehen der Union zu werfen und namentlich auf die Gestaltung dieser Beziehungen seit der Bismarck-Zeit und seit der Jahrhundertwende, sowie auf die Gründe dieser Entwicklung einzugehen.

Von 1776 bis 1870

Nicht immer ist das Verhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten unbefriedigend gewesen. Im Gegenteil. In der ersten langen Epoche der Geschichte der Vereinigten Staaten, in der Zeit von der Erkämpfung der Unabhängigkeit bis zur endgültigen Sicherung der nationalen Einheit, d. h. von 1776 bis 1865, ja bis 1870, war das politische Verhältnis der amerikanischen Union zu den Staaten, die damals Deutschland bildeten, völlig ungetrübt. Friedrichs des Großen verständnisvolle und wohlwollende Haltung gegenüber der jungen Republik ist bekannt. Wenige Jahre nach Friedrichs Tode kam John Quincy Adams, der Sohn des damaligen Präsidenten John Adams und später selbst Präsident der Vereinigten Staaten, als amerikanischer Gesandter nach Berlin und schloß mit Preußen den Freundschaftsvertrag, der viele Jahrzehnte die Grundlage der preußisch-amerikanischen Beziehungen bilden sollte. Die Hansestädte traten im Jahre 1828 in ein Vertragsverhältnis zu dem aufstrebenden Staatswesen jenseits des Ozeans, und das Preußen Bismarcks sowie der Norddeutsche Bund pflegten die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in jeder Weise. Die freundschaftliche deutsche Einstellung war für die Union besonders wertvoll in den schweren Jahren des Sezessionskrieges von 1861 bis 1865. Während die amerikanische Regierung damals von Großbritannien Ablehnung und tätige Feindschaft erfuhr — Henry Adams beschreibt uns plastisch, wie sich damals

der ganze engstirnige Haß und die voreingenommene Borniertheit der Londoner Gesellschaft gegen Lincoln wandte — und während das Frankreich Napoleons III. durch die Pariser Bankiers die Südstaaten finanzieren ließ und durch die Entsendung von Truppen nach Mexiko in die westliche Hemisphäre hinübergriff, was in Amerika als schwere Verletzung der Monroedoktrin empfunden wurde, unterstützten deutsche Finanzkreise mit Zustimmung Bismarcks durch Anleihen die Sache der Union in wirkungsvollster Weise. Ende der sechziger Jahre hatte sich die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und dem Norddeutschen Bund so sehr vertieft, und die Stimmung in Amerika war Deutschland gegenüber so freundschaftlich, daß der französische Gesandte in Washington bald nach dem Ausbruch des Krieges 1870 betrübt nach Paris melden mußte: „Les Américains sont plus Prussiens que les Prussiens."

Zu der Entwicklung dieser günstigen politischen Atmosphäre zwischen den beiden Ländern hatte sowohl der Umstand beigetragen, daß zwischen 1776 und 1870 verschiedene hervorragende Deutsche — wie Steuben als Organisator der Armee George Washingtons und Carl Schurz als Freund und Mitarbeiter Lincolns — am Aufbau der Vereinigten Staaten und an der Erringung der nationalen Einheit entscheidenden Anteil genommen hatten, und daß die Massen der deutschen Einwanderer vom amerikanischen Volk als besonders wertvolles Element empfunden wurden, wie auch die Tatsache, daß zahlreiche führende Amerikaner wie Edward Everett, George Ticknor, Joseph Cogswell, George Bancroft, Henry Wadsworth Longfellow und John Motley einen Teil ihrer Jugend und ihrer Studienzeit in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Deutschland, meist in Göttingen oder Heidelberg, verbracht und sich mit deutschem Geist und deutschem Wesen vertraut gemacht hatten.

Von 1870 bis 1896

So war das Bild der amerikanisch-deutschen Beziehungen um 1870 ein völlig ungetrübtes. Aber schon bald nach Sedan zeigten sich am amerikanisch-deutschen Himmel die ersten Wolken. Die Gründung eines starken Deutschen Reiches war

ein Novum, das nicht überall in Amerika willkommen geheißen wurde, die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens stieß als „gewaltsame Gebietserwerbung" auf amerikanische Kritik, und für Frankreich und seine neue republikanische Staatsform machten sich weitverbreitete ideologische Sympathien geltend — lauter Erscheinungen, die in Deutschland begreiflicherweise befremdend wirken und, zusammen mit der Tatsache, daß die amerikanische Regierung es mit ihrer Neutralität vereinbar fand, im weiteren Verlauf des Deutsch-Französischen Krieges Waffen an Frankreich zu liefern, verstimmen mußten. Zu einer ernstlichen Entfremdung kam es aber nicht; der Umstand allein, daß Kaiser Wilhelm I. auf Vorschlag der amerikanischen Regierung von Großbritannien und den Vereinigten Staaten gebeten wurde, den alten Streit über die Zugehörigkeit der Straße von San Juan de Fuca im San-Juan-Archipel zu entscheiden — der Schiedsspruch des Kaisers vom 21. Oktober 1872 fiel zugunsten der Vereinigten Staaten aus —, bewies, welch hohe Achtung und welches Ansehen und Vertrauen Deutschland nach wie vor in Amerika genoß. Damals schrieb der Geschichtsschreiber John Fiske in einem Aufsatz „Athenian and American life 1872", das Land der höchsten Kultur sei ohne Frage Preußen; George Bancroft, der schon im Jahre 1868 durch seine verständnisvolle Haltung den Abschluß der Naturalisationsverträge (Bancroft-Verträge) erleichtert und in seiner langjährigen Berliner Gesandtentätigkeit durch seine Kenntnis der deutschen Dinge und durch seine vertrauensvollen Beziehungen zu Bismarck viel zur Aufrechterhaltung der amerikanisch-deutschen Freundschaft beigetragen hatte, berichtete 1874, daß ihm der Kanzler in einer längeren Unterredung erneut den Wunsch ausgedrückt habe, „that the most friendly relations between the two countries may be maintained", und Bancroft schließt, „that there is no Power on the globe whose friendship the prince is more disposed to cultivate than that of the United States". (Bericht vom 25. Mai 1874.)

So blieben auch nach dem Deutsch-Französischen Krieg die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zunächst im großen und ganzen unverändert. Dagegen tauchten bald wirtschaftliche Fragen auf,

die zu Gegensätzen und Schwierigkeiten führten. Nachdem die Vereinigten Staaten schon bald nach der Beendigung des Bürgerkriegs dazu übergegangen waren, sich zum Schutz ihrer aufblühenden Industrie mit Hochschutzzollmauern zu umgeben, was von der gleichfalls aufstrebenden deutschen Industrie in zunehmendem Maße unangenehm empfunden wurde, überschütteten die ungeheuren, neu erschlossenen Weizengebiete Amerikas von Mitte der siebziger Jahre ab Europa mit ihrer von Jahr zu Jahr wachsenden Produktion (der Weizenexport der USA. stieg von 39 Millionen bushels im Jahre 1873 auf 72 Millionen im Jahre 1877 und auf 150 Millionen im Jahre 1880), so daß die großen kontinentalen Einfuhrländer, vor allem Deutschland, sich 1879 und 1880 zur Einführung oder Erhöhung der Kornzölle entschließen mußten. Ähnliches spielte sich 1880 bis 1883 hinsichtlich der amerikanischen Vieherzeugnisse, hauptsächlich der Produktion von Schweinefleisch, ab, was Deutschland — ebenso wie mehrere andere europäische Länder — veranlaßte, sich durch sanitäre Verbote gegen die Einfuhr von Vieh und Fleisch zu schützen. Es ist verständlich, daß diese Haltung Deutschlands in den Vereinigten Staaten, besonders in den Interessentenkreisen, Unwillen hervorrief und kritisiert wurde. Damals begann die Ära der gegenseitigen Tarifmaßnahmen und Einfuhrverbote, die je nach der jeweils herrschenden Wirtschaftsauffassung in den beiden Ländern wechselten. Die Fragen, die durch diese wirtschaftlichen und finanziellen Probleme aufgeworfen wurden, sind seitdem nie mehr zur Ruhe gekommen und haben immer wieder, bald mehr, bald weniger, das Verhältnis zwischen den beiden Mächten und die gegenseitige Stimmung beeinflußt.

Im Jahre 1884 wurden die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Amerika noch besonders verschärft durch einen politischen Zwischenfall, der hier übergangen werden könnte, wenn er nicht für die amerikanische Mentalität so charakteristisch wäre, weil er jene Tendenz zu pontifikaler Belehrung anderer Völker und zur Einmischung in interne Fragen anderer Länder zeigt, zu der man in Amerika von früh an neigte, eine Tendenz, die ja seither einen immer größeren Umfang angenommen und zu Reibungen mit vielen

fremden Staaten geführt hat. Am 4. Januar 1884 war der Reichstagsabgeordnete Lasker auf einer Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten, auf der er wiederholt an der deutschen inneren Politik öffentlich Kritik geübt hatte, in New York gestorben. Darauf faßte das amerikanische Repräsentantenhaus eine Entschließung, in welcher der Tod Laskers bedauert ward, dessen „firm and constant exposition of free and liberal ideas have materially advanced the social, political and economic conditions of those people" (nämlich des deutschen Volkes). Diese Resolution sollte den Hinterbliebenen des Verstorbenen sowie dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Berlin und durch diesen dem Präsidenten des Deutschen Reichstages übermittelt werden. Der Gesandte Sargent übersandte Anfang Februar 1884 diese Resolution an den Reichskanzler mit der Bitte, sie dem Reichstag zu übermitteln. Bismarck aber schickte sie durch den deutschen Gesandten an die Regierung in Washington zurück. In der Reichstagssitzung vom 7. März 1884 kam diese Angelegenheit zur Sprache und führte zu lebhaften Diskussionen. Bismarck hielt hierauf am 13. März vor dem Reichstag eine Rede, in der er zunächst seine „unausgesetzten Bemühungen um freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten" ausführlich darlegte, dann betonte, daß er es an sich „den Amerikanern in keiner Weise übelnehme", eine solche Beileidskundgebung für einen verstorbenen Abgeordneten einer Oppositionspartei in einem fremden Lande zu beschließen, daß er es aber ablehnen müsse, aus der Hand des amerikanischen Gesandten in Berlin einen amerikanischen Parlamentsbeschluß entgegenzunehmen und an den Reichstag weiterzuleiten, der ein „Urteil über die Richtung und die Wirkungen der politischen Tätigkeit des Abgeordneten Lasker enthält, welches mit meiner Überzeugung in Widerspruch steht".

Interessant an diesen Friktionen war, daß sich Bismarck bei aller Energie, mit der er den deutschen Standpunkt sowohl in den wirtschaftlichen Verhandlungen wie im Falle Lasker vertrat, in seiner grundsätzlichen Einstellung gegenüber den Vereinigten Staaten nie beirren ließ. Nicht nur legte er in der vorerwähnten großen Rede vor dem Reichstag ein besonders beredtes Zeugnis für die Erwünschtheit guter Beziehungen zu

Amerika ab, sondern er wies gleichzeitig die deutschen Konsulate in USA. durch einen Erlaß an, „alles zu vermeiden, was unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten beeinträchtigen oder stören könnte". Zu einer ernsten Verstimmung führten diese Meinungsverschiedenheiten und Reibungen infolge der freundschaftlichen und stets auf Ausgleich bedachten Haltung des Kanzlers und infolge der ruhigen Auffassung, die damals bei der Regierung in Washington herrschte, nicht; der Gesandte Sargent wurde durch einen verständnisvolleren Nachfolger ersetzt, und die amerikanisch-deutschen Beziehungen kamen bald wieder in ruhiges Fahrwasser.

Besondere Beachtung verdient, daß trotz der völlig einwandfreien Haltung der deutschen Regierung und der überwiegend freundschaftlichen Stimmung in beiden Ländern schon damals wiederholt Nachrichten über deutsche Festsetzungsabsichten in der westlichen Hemisphäre auftauchten, denen fast immer von der Regierung in Washington Glauben geschenkt wurde, obwohl sich in jedem Falle herausstellte, daß die Nachrichten völlig unbegründet waren. Es zeigt sich da der Anfang des Argwohns gegenüber dem erstarkten Deutschland, dem man imperialistische Ausdehnungspläne selbst in Gebieten zutraute, in denen keine deutsche Regierung jemals Festsetzungsabsichten verfolgt hat. Im Sommer 1871 machte zum erstenmal ein derartiges Gerücht die Runde, und zwar wurde behauptet, die Reichsregierung plane die Besitzergreifung der Samana-Bucht auf San Domingo, ein Gerücht, das durch das eindeutige Dementi Berlins und die loyale Berichterstattung Bancrofts rasch in sich zusammenbrach. In den nächsten Jahren aber wiederholten sich die Nachrichten über angebliche derartige Pläne einer Festsetzung im Karibischen Meer immer wieder, und die eindeutigen freundschaftlichen Erklärungen der Reichsregierung vermochten nicht, das in Washington vorhandene Mißtrauen völlig zu zerstreuen, obwohl an diesen Gerüchten, außer gelegentlichen Anregungen unverantwortlicher Einzelpersonen, nicht ein wahres Wort war. Wie korrekt die deutsche Regierung in allen die westliche Hemisphäre berührenden Fragen vorging, zeigte sich deutlich im Falle Venezuelas, wo im Jahre 1871 die Schuldnersäumigkeit der venezolanischen Regierung den Gedanken einer solidarischen Aktion

der europäischen Gläubigermächte hatte entstehen lassen, wo aber die deutsche Regierung erst in Washington sondierte und, auf Abwinken der amerikanischen Regierung hin, von der Ausführung des Planes abriet.

Es wird manchmal in der amerikanischen Literatur behauptet, daß Bismarck ein Gegner der Monroedoktrin gewesen sei und daß er sie im Jahre 1896 als eine „Unverschämtheit" bezeichnet habe. In der Tat haben die Hamburger Nachrichten vom 9. Februar 1896 eine Notiz über die Monroedoktrin veröffentlicht, die authentisch Bismarckisch sein soll und eine derartige Wendung enthielt; es handelte sich aber hier um eine private Äußerung des Fürsten, mehrere Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst, die sich außerdem offenbar nicht gegen die ursprüngliche Monroedoktrin, sondern gegen die im Laufe der neunziger Jahre immer deutlicher zu beobachtende Tendenz gewisser imperialistischer nordamerikanischer Politiker, die Monroedoktrin extensiv zu interpretieren, richtete. In der praktischen Politik hat Bismarck die Monroedoktrin stets de facto anerkannt, sowohl in dem obengenannten Venezuelafall von 1871 wie in dem Brasilienfall 1872, als die amerikanische Presse von einer bevorstehenden deutschen Intervention in Südbrasilien sprach, und Bismarck in Washington erklären ließ, Deutschland beabsichtige nicht, sich in irgendeiner Beziehung in den Lauf der Ereignisse in Brasilien, besonders in dem von deutschen Siedlern besiedelten Gebiet von Rio Grande do Sul, einzumischen. In ähnlicher Weise nahm Bismarck Rücksicht auf amerikanische Empfindlichkeit, als nach Ausbruch des Pazifischen Krieges zwischen Chile und Peru im Jahre 1879 der Plan einer gemeinsamen bewaffneten Vermittlung durch mehrere europäische Mächte auftauchte, der Reichskanzler aber die Zustimmung und Teilnahme der Vereinigten Staaten zur Bedingung machte, ein Vorgehen, das angesichts der „Eifersucht, mit der die Amerikaner jede europäische Machtentfaltung in ihrem Weltteil kontrollieren, zu empfehlen sei". Am klarsten kam Bismarcks grundsätzliche Stellung zur Monroedoktrin in dem Erlaß vom 18. Dezember 1871 an den Gesandten von Schlözer in Washington zum Ausdruck, wo er zwar für Deutschland das Recht in Anspruch nahm, durch die Korvette „Gazelle" die deutsche Flagge

zum Schutz deutscher Reichsangehöriger an der Küste von Venezuela zu zeigen, wo er aber betonte: „Es liegt uns ganz fern, irgendwo in Amerika Fuß fassen zu wollen, und wir erkennen in betreff des ganzen Kontinents den vorwiegenden Einfluß der Vereinigten Staaten, als in der Natur der Dinge begründet und unseren Interessen am meisten zusagend, unumwunden an. Wir haben dort keine politischen, nur kommerzielle Interessen und also keinen anderen Wunsch, als geordnete Verhältnisse, Schutz für Person und Eigentum der Fremden hergestellt zu sehen. Die Stelle in der Botschaft des Präsidenten Monroe vom Jahre 1823, aus der sich die Doktrin entwickelt hat, ist veranlaßt durch die damals obwaltende Besorgnis, daß europäische Mächte Spanien in seinem Kampf gegen die empörten Kolonien unterstützen könnten. Monroe erklärt es für unmöglich, daß die alliierten Mächte (die heilige Allianz) ihr politisches System auf irgendeinen Teil des amerikanischen Kontinents ausdehnen könnten, ohne das Glück und den Frieden der Vereinigten Staaten in Gefahr zu bringen, und will den amerikanischen Kontinent nicht als Gegenstand künftiger Kolonisation durch europäische Mächte betrachtet wissen. Weder das eine noch das andere lag in unserer Absicht."

Wenn auch dieses von 1871 ab immer wieder auftauchende amerikanische Mißtrauen gegen angebliche deutsche Besitzergreifungspläne Schatten auf das gegenseitige Verhältnis warf, so wurden doch die Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland damals nicht ernstlich gestört. Auch die Meinungsverschiedenheiten, die in der Frage der Karolinen und der Samoagruppe in den siebziger und achtziger Jahren in Erscheinung traten, führten zwar — besonders in der Samoafrage 1889 — zu Spannungen und Verstimmungen, spitzten sich aber infolge der ruhigen Haltung der beiden Regierungen nicht so zu, daß es zu einem ernsten Konflikt gekommen wäre.

So läßt sich für die Bismarcksche Epoche abschließend feststellen, daß zwar von Ende 1870 ab an die Stelle des bis dahin völlig ungetrübten Verhältnisses zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eine Phase gegenseitiger wirtschaftlicher und politischer Berührungen und Reibungen trat, und daß in Amerika die ersten Anzeichen eines zwar völlig unbegründeten, aber doch

rasch Verbreitung findenden Argwohns gegen angebliche Expansionsgelüste des erstarkenden Deutschlands erkennbar wurden, daß aber die Beziehungen zwischen beiden Ländern sich nicht ernstlich verschlechterten, sondern durchweg freundschaftlich und befriedigend blieben, ein Zustand, der auch nach dem Ausscheiden Bismarcks aus der Leitung der deutschen Politik noch mehrere Jahre andauerte. Der Grund für diese befriedigende Situation während der Epoche von 1870 bis 1896 ist einmal in der Tatsache zu erblicken, daß die Vereinigten Staaten damals noch ganz überwiegend durch eigene amerikanische Fragen, durch die Ausfüllung und den Ausbau ihres riesigen Raums vom Atlantik zum Pazifik in Anspruch genommen waren und sich strikt an die von Monroe aufgestellten Grundsätze hielten, ferner daß Deutschland an Kolonial- und Weltpolitik nur zögernd heranging und überwiegend mit europäischen Problemen beschäftigt war — Problemen, in denen die Vereinigten Staaten keine unmittelbare Rolle spielten — und endlich in der Tatsache, daß nicht nur in Berlin, sondern auch in Washington während dieser Epoche die amerikanisch-deutschen Dinge fast ausnahmslos in den Händen von Männern lagen, die auf Ausgleich ehrlich bedacht waren. Dazu kam, daß fremde Einflüsse — besonders englische und jüdische, die in den folgenden Jahrzehnten in so verhängnisvoller Weise auf die Gestaltung der amerikanisch-deutschen Beziehungen einwirken sollten — damals noch fast völlig fehlten; die Beziehungen der USA. zu England waren nach wie vor wenig freundlich (noch 1888 mußte der englische Gesandte Sackville-West wegen einer verhältnismäßig geringfügigen politischen Unvorsichtigkeit als persona non grata Washington verlassen), und das jüdische Element zeigte zwar im Falle Lasker (Lasker war Jude) zum ersten Male seine Krallen, war aber quantitativ und qualitativ noch zu schwach, um den Gang der Dinge beeinflussen zu können; erst von den neunziger Jahren an setzte die Rieseneinwanderung der Juden aus Österreich-Ungarn, Rußland, Rumänien usw. in den Vereinigten Staaten ein und führte zu der unamerikanischen Strukturwandlung, die sich seit mehreren Jahrzehnten im kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben Amerikas immer stärker bemerkbar macht.

Von 1896 bis heute

Die letzte Phase der amerikanisch-deutschen Beziehungen — die unbefriedigende Phase, wie ich sie nennen möchte — beginnt etwa um 1896 und dauert heute noch an. In dieser Epoche sind die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, gleichviel ob es sich um das kaiserliche Deutschland, um das Deutschland des 9. November 1918, um das Deutschland Hindenburgs oder um das Deutschland des Dritten Reiches handelt, fast ohne Unterbrechung unbefriedigend gewesen, waren 1917—1921 durch den Krieg völlig unterbrochen und befinden sich heute, ausschließlich durch die Schuld der amerikanischen Regierung, in einem Zustand der Verwilderung, der kaum noch mit einem passenden Ausdruck bezeichnet werden kann. Es würde hier zu weit führen, die Einzelheiten dieser letzten 45 Jahre deutsch-amerikanischer Beziehungen eingehend zu schildern, es soll nur versucht werden, sie in großen Zügen zu umreißen und die Gründe dieser Entwicklung darzulegen. Drei Abschnitte lassen sich unterscheiden:

Die Zeit von 1896 bis Versailles,
die Zeit von Versailles bis zum Amtsantritt Franklin Roosevelts,
die Zeit von 1933 bis heute.

In den Memoiren des amerikanischen Botschafters Andrew White lesen wir, daß er bei der Übernahme seines Postens in Berlin im Jahre 1896 zu seiner Überraschung eine „Atmosphäre gegenseitiger Gereiztheit" vorgefunden habe, wie sie bei seinem früheren Aufenthalt in Deutschland nicht vorhanden gewesen sei. Und in den Vereinigten Staaten drückte Theodor Roosevelt, damals Gouverneur des Staates New York, um die gleiche Zeit einem amerikanischen Freunde gegenüber sein tiefes Mißtrauen gegenüber Deutschland in folgenden Worten aus: „Of all nations in Europe it seems to me Germany is by far the most hostile to us. With Germany we may at any time have trouble, if she seeks to acquire territory in South America." Dieser Gedanke, Deutschland wolle sich in der westlichen Hemisphäre festsetzen — eine Befürchtung, die ja schon seit 1871 fast alljährlich aufgetaucht war und immer wieder die amerikanischen

Gemüter erregt hatte — wurde von 1896 und 1897 an für viele Amerikaner geradezu zu einer Zwangsvorstellung. Ein belangloser Zwischenfall in Haiti im November 1897, als ein Reichsdeutscher festgenommen wurde, was die deutsche Regierung zur Entsendung von Kriegsschiffen nach Port au Prince veranlaßte, regte einen Teil der amerikanischen Presse sehr auf und führte zu Kommentaren, wie „the position of Germany seems utterly unjustifiable" (Chicago Tribune), „it looks as if Germany committed the act of an international highwayman" (Boston Transcript), „the conduct of the German Government was the most flagrant piece of international bullying that has occurred in this part of the world for many years" (Springfield Republican). Ebenso entrüstete sich ein Teil der amerikanischen Öffentlichkeit über das Vorgehen Deutschlands in China, die Besetzung von Kiautschou im November 1897 und die angeblichen deutschen Aufteilungspläne, übersah geflissentlich das gleichzeitige englische und russische Vorgehen und machte Deutschland zum Sündenbock für das Scheitern der von Staatssekretär John Hay 1899 und 1900 proklamierten Politik der „offenen Tür". Für die besondere Lage, in der sich Deutschland nach der Ermordung der deutschen Missionare in Schantung und später nach der Ermordung des Gesandten von Ketteler befand, zeigte die amerikanische Presse wenig Verständnis, im Gegenteil, die deutsche Haltung in China wurde in jeder Weise verdächtigt und in gehässigster Form kritisiert. Eine ziemlich ernste Krise machten die amerikanisch-deutschen Beziehungen während des Krieges der Vereinigten Staaten gegen Spanien im Jahre 1898 durch. Noch heute ist die Auffassung in Amerika weit verbreitet, daß die deutsche Regierung damals versucht habe, den Vereinigten Staaten in den Arm zu fallen und im Interesse Spaniens ein gemeinsames Vorgehen der sechs europäischen Großmächte habe zustande bringen wollen, um den Krieg zu verhindern. Die Akten des Auswärtigen Amts ergeben klar, daß die deutsche Regierung, schon mit Rücksicht auf die erheblichen deutschen wirtschaftlichen Interessen in USA., nicht daran dachte, die Initiative zu einem solchen Vorgehen zu ergreifen (Telegramm des Staatssekretärs von Bülow an das Auswärtige Amt vom 30. September

1897), daß Deutschland sich vielmehr bewußt zurückhielt, und daß die von den sechs europäischen Botschaftern in Washington am 7. April 1898 spontan unternommene Kollektivdemarche auf die persönliche Anregung des britischen Botschafters, Sir J. Pauncefote, zurückzuführen war, ein Schritt, der von der Reichsregierung mißbilligt wurde. Angesichts der negativen Stellungnahme Deutschlands, die auch von Rußland und Frankreich geteilt wurde, unterblieb nach dem 7. April 1898 jede weitere Einmischung der europäischen Mächte in Washington. Auch während des Krieges ist Deutschland, allen anderslautenden amerikanischen und englischen Behauptungen zum Trotz, der Politik der Nichteinmischung treu geblieben. In den Vereinigten Staaten aber wurde die Haltung Deutschlands mit großem Mißtrauen betrachtet, und die amerikanische Verstimmung erreichte einen bedenklichen Höhepunkt, als es im Juli 1898 vor Manila zwischen dem amerikanischen Admiral Dewey und dem deutschen Admiral von Diederichs zu Mißhelligkeiten kam, die sofort in der amerikanischen Presse in einseitig zugespitzter Form berichtet und breitgetreten wurden. Der „Zwischenfall" vor Manila — wo es sich lediglich um einige unbeherrschte Ausbrüche des Admirals Dewey gegenüber dem Flaggleutnant des Admirals von Diederichs handelte, drohende und polternde Äußerungen, die der deutsche Admiral ignorierte — wurde in Amerika zu einer cause célèbre ersten Ranges aufgebauscht und ist heute noch ein Prachtstück, das fast in keinem amerikanischen Schulbuch fehlen darf und jedem jungen Amerikaner zeigen soll, wie amerikanische Entschlossenheit deutsche Anmaßung zurückweist. In Wirklichkeit war wohl die Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Manila — wie Admiral von Diederichs in seinem eingehenden Bericht vom 2. August 1898 ausführt — nicht vorteilhaft, da man auf amerikanischer Seite über die Störung unwillig war; irgendwelche Aktion gegen Amerika war aber von deutscher Seite gar nicht geplant, und die Reichsregierung dachte nicht daran, aus den Mißhelligkeiten zwischen den Admiralen unfreundliche Konsequenzen zu ziehen; in der Anweisung Bülows an das Auswärtige Amt vom 27. Juli 1898 heißt es ausdrücklich: „Wir sind aufrichtig bestrebt, die zwischen Deutschland und Amerika entstandenen, ebenso grund- wie

zwecklosen Mißverständnisse im Interesse beider Länder zu beseitigen. Ein freundschaftliches Verhältnis zu Amerika ist für uns von hohem Wert."

Unglücklicherweise spitzte sich im Herbst 1898 auch die Lage in Samoa erneut zu. Die deutsche Regierung versuchte zunächst eine Verständigung mit der amerikanischen Regierung herbeizuführen, hatte aber keinen Erfolg; im März 1899 beschossen amerikanische und englische Kriegsschiffe Apia und beschädigten das deutsche Konsulat, es entstand eine ernste Spannung, und der Konflikt, der die öffentliche Meinung in beiden Ländern ziemlich erregt hatte, wurde erst im Dezember 1899 durch den Abschluß eines Teilungsvertrages zwischen Deutschland, den Vereinigten Staaten und England beigelegt.

Einer besonders ernsten Belastung wurden die deutsch-amerikanischen Beziehungen durch den Venezuela-Streitfall von 1901 bis 1903 unterworfen. Deutsche, englische und amerikanische Siedler und Handelsgesellschaften in Venezuela hatten während der Bürgerkriege von 1898—1900 schwere Schädigungen erlitten, Verhandlungen der Reichsregierung wegen Ersatzes führten nicht zum Ziel. Die deutsche Regierung entschloß sich daher Ende 1901, nachdem sie sich durch den Botschafter von Holleben im Dezember 1901 vergewissert hatte, daß eine Blockade der Häfen Venezuelas von seiten der USA. keinen Widerspruch finden würde, und nachdem die englische Regierung hatte durchblicken lassen, daß sie mit Deutschland gemeinsam vorzugehen bereit sei, zur Blockade. Anfang Dezember 1902 stellten Deutschland und England an die säumige Regierung Venezuelas gemeinsam ein Ultimatum, und deutsche und englische Kriegsschiffe bombardierten nach erfolglosem Ablauf der Frist ein venezolanisches Fort und versenkten einige venezolanische Kriegsschiffe; vier Wochen später bombardierte ein deutsches Kriegsschiff, das von einem venezolanischen Fort unter Feuer genommen worden war, dieses Fort und zerstörte es. Die Wirkung dieser Aktionen auf die Regierung in Washington und auf die öffentliche Meinung in USA. war überaus ungünstig, und zwar wandte sich die amerikanische Verstimmung fast ausschließlich gegen Deutschland. Der deutsche Geschäftsträger in Washington meldete am 23. Januar 1903, „zu keiner Zeit seit

der venezolanischen Verwicklung ist die Stimmung gegen uns hier so gereizt gewesen, wie jetzt". Die amerikanische Presse war überwiegend der Meinung, daß hier eine absichtliche Verletzung der Monroedoktrin vorliege und kritisierte das deutsche Vorgehen aufs schärfste, nur wenige Zeitungen — wie der angesehene „Springfield Republican" — erkannten ehrlich an, daß die Monroedoktrin nicht gefährdet worden sei, und daß „the German Government had taken unprecedented pains to recognize the Monroe Doctrine in Ambassador von Holleben's note of December 1901. Our Government was satisfied with the assurances offered and at no time has Germany gone beyond the bounds she set for herself". Und Andrew White sagt in seiner Autobiographie: „As a matter of fact the Monroe Doctrine was no more concerned than was the doctrine of the Perseverance of the Saints. There was no more menace to the United States than to the planet Saturn." Als dann am 13. Februar 1903 eine befriedigende Einigung zwischen Deutschland, England und Venezuela erreicht worden war, über die sich auch der Präsident Roosevelt erfreut äußerte, war dieser Fall erledigt; es hatte sich aber, wenn auch völlig unbegründet, auf amerikanischer Seite erneut tiefes Mißtrauen gegen Deutschland gezeigt, und die amerikanische Hetzpresse, die von „shameless Hun", „international bullying" und von „loss of American friendship" sprach und ihr Bedauern ausdrückte, daß „the land of Kant and Goethe" so tief gesunken sei, sorgte dafür, daß die aufgerissene Wunde nicht so rasch vernarbte. Ein willkommenes Thema bildete für diese Presse und für die hinter ihr stehenden Kreise zur selben Zeit die erneut aufgebrachte Behauptung von deutschen Festsetzungsplänen in Brasilien. Zwar waren manche amerikanische Zeitungen klarblickend genug, in dem Vorgang der deutschen Auswanderung nach Brasilien keine teuflische Absicht der Reichsregierung und daher auch keine Gefahr für die Monroedoktrin und für die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu erblicken, aber die Mehrheit der amerikanischen Presse, besonders der Zeitschriften, kam von 1901 an immer wieder mit der Behauptung, daß die deutschen Einwanderer in Südamerika die Aufgabe hätten, ein späteres politisches und militärisches Fußfassen Deutschlands in der westlichen Hemi-

sphäre vorzubereiten. Wenn man die amerikanischen Presseäußerungen der damaligen Tage jetzt wieder durchliest, so ist man erschüttert über so viele, gehässige Beschuldigungen gegen Deutschland, für die nicht der Schatten eines Beweises beigebracht wurde, und man stellt mit Befremden fest, wie damals schon mit genau denselben falschen Behauptungen das amerikanische Volk argwöhnisch gemacht wurde, mit denen heute fast die gesamte amerikanische Presse, der amerikanische Rundfunk und viele amerikanische Propagandaredner — einschließlich des Präsidenten Roosevelt und der Mitglieder seiner Regierung — das amerikanische Volk gegen Deutschland zu erregen und in Panikstimmung zu versetzen suchen.

Ein besonders krasser Fall unwahrhaftiger Verdächtigung Deutschlands durch die amerikanische Presse jener Jahre war der Fall Dänisch-Westindiens. 1902 machte die Amerikanische Regierung, die schon 1866, bald nach dem Bürgerkrieg, die Dänisch-Westindischen Inseln von Dänemark hatte kaufen wollen — die Ratifikation des Kaufvertrages wurde 1867 vom Senat in Washington abgelehnt —, einen neuen Versuch, die Inseln zu erwerben; aber diesmal wurde der abgeschlossene Vertrag von der dänischen Ersten Kammer verworfen. Sofort tauchten in USA. Nachrichten auf, Deutschland — das selbst den Besitz dieser Inseln anstrebe, von denen aus es den zukünftigen Panamakanal beherrschen wolle — habe durch Intrigen in Kopenhagen den Vertrag zu Fall gebracht. Man braucht nur in die amerikanischen Zeitungen jener Tage einen Blick zu werfen, um zu sehen, mit welcher Erregung sich die amerikanische Öffentlichkeit aus diesem Anlaß gegen Deutschland wandte, und in einem großen Teil der amerikanischen Literatur über das Verhältnis Deutschland—Amerika findet sich der dänisch-westindische „Fall" von 1902 auch heute noch als weiterer Beweis für die feindseligen Absichten Deutschlands gegen die Vereinigten Staaten und gegen die Monroedoktrin verzeichnet. Erst der amerikanische Historiker Charles Tansill hat in seiner vor einigen Jahren veröffentlichten Monographie „The purchase of the Danish West-Indies" den Beweis erbracht, daß an der Legende von deutschen Machenschaften gegen den Kaufvertrag kein wahres Wort war. Er muß aber zugeben (vgl.

sein 1938 erschienenes Buch „America goes to war"), daß „this legend was fully accepted by American officials and it helped to sharpen American hostility towards Germany".

Es kann nicht genug betont werden, daß trotz gelegentlicher Ungeschicklichkeiten von deutscher Seite niemals an maßgebender Stelle in Deutschland die Absicht der Festsetzung in der westlichen Hemisphäre oder überhaupt die Absicht einer antiamerikanischen Politik bestanden hat. Daß solche Gerüchte schon zur Bismarckschen Zeit jeder Begründung entbehrten, habe ich oben ausgeführt; daß sie auch später ungerechtfertigt waren, ist vorstehend dargelegt worden. Wie der Kaiser und die Reichsregierung über derartige Pläne dachten, zeigt am deutlichsten ein Randvermerk des Kaisers auf einem vom Staatssekretär von Bülow am 2. September 1898 vorgelegten Bericht, in dem vorgeschlagen wurde, eine Anregung des Präsidenten der Dominikanischen Republik, auf dem Gebiet von San Domingo eine deutsche Marinestation einzurichten, ablehnend zu bescheiden. Der Kaiser trat durchaus der Auffassung des Auswärtigen Amts bei und ließ am folgenden Tage dem Auswärtigen Amt mitteilen, „auf die Anregung aus Haiti falle er nicht herein, er wolle sich nicht mit den Vereinigten Staaten entzweien". Aus den Akten des Deutschen Auswärtigen Amts geht unwiderleglich hervor, daß die deutsche Regierung auch nach dem Ausscheiden Bismarcks bis zum Weltkrieg auf die Pflege der traditionellen Freundschaft zu den Vereinigten Staaten größeren Wert legte. Eine gradlinige Politik, die allerdings von der amerikanischen Regierung in der letzten Phase vor dem Weltkrieg, d. h. von 1896 ab, nicht gewürdigt wurde.

In Berlin wurden die Gefahren einer ungünstigen Entwicklung der amerikanischen Einstellung gegenüber Deutschland, deren Anzeichen von der Jahrhundertwende an immer deutlicher zutage traten, frühzeitig erkannt, und man versuchte bald nach dem Amtsantritt des Präsidenten Theodore Roosevelt eine Besserung herbeizuführen. Vielleicht war die Form, die der Kaiser wählte, nicht glücklich, aber an der Ehrlichkeit der Absicht war nicht zu zweifeln. Charakteristisch jedoch war das negative Echo, das diese freundlichen Gesten in Amerika fanden. Die Reise des Prinzen Heinrich im Frühjahr 1902, mit dem

Auftrag, den Amerikanern zu sagen, „Deutschland will auf der ganzen westlichen Hemisphäre Frieden und gute Freundschaft mit den Vereinigten Staaten", brachte keine dauerhaften Ergebnisse, und die an Alice Roosevelt, die Tochter des Präsidenten, gerichtete Einladung des Kaisers, seine auf einer amerikanischen Werft im Bau befindliche Jacht zu taufen, konnte dem Präsidenten, der von seiner Tochter um einen Beitrag zur Taufrede gebeten wurde, nur den Hinweis auf das Epigramm entlocken: „Damn the Dutch." Dieser Vorgang — den wir aus einem Briefe Roosevelts an seinen Staatssekretär John Hay kennen — soll gewiß nicht überschätzt werden, und er hat schon deshalb keine große Bedeutung, weil der Rat begreiflicherweise nicht befolgt wurde. Aber er ist doch charakteristisch. Einmal enthüllt diese Äußerung die wahren Gefühle, die Theodore Roosevelt damals, trotz günstiger Deutschlandeindrücke in seiner Jugend, gegen Deutschland hegte und später, wie uns ja bekannt ist, noch deutlicher zum Ausdruck brachte. Darüber hinaus aber erscheint dieses „Damn the Dutch" als Antwort auf eine wohl überflüssige, aber aufrichtig gemeinte, freundschaftliche deutsche Geste beinahe symbolisch für den Stand der Dinge zwischen den beiden Völkern, wie er bedauerlicherweise von der Jahrhundertwende an fast ohne Unterbrechung zu konstatieren war: Von deutscher Seite ehrliches Bemühen um freundschaftliches Zusammenleben, von amerikanischer Seite Verständnislosigkeit, Mißtrauen, feindselige Ablehnung. „Damn the Dutch!"

Die weitere Entwicklung der amerikanisch-deutschen Beziehungen während der Präsidentschaft von Theodore Roosevelt blieb im wesentlichen unbefriedigend. Wie einseitig die amerikanische Politik Deutschland gegenüberstand, zeigte sich besonders deutlich während der Marokkokrise und der Algeciraskonferenz. Es hätte nahegelegen, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie überhaupt an der Regelung der Marokkofrage teilnahmen, eine neutrale und ausgleichende Haltung zwischen den beiden europäischen Mächtegruppen eingenommen hätten, und es schien ursprünglich, als ob der Präsident, der in einem Schreiben an Taft im April 1905 betont hatte, daß die Vereinigten Staaten in Marokko eigentlich keine Interessen hätten und daß er keine Lust habe, in dieser Sache zwischen Frankreich und

Deutschland zu wählen, sich entsprechend verhalten würde. Aber als es zur Konferenz kam, schrieb er dem Botschafter Choate, er sei entschlossen, „to stand by France", und dem amerikanischen Konferenzdelegierten Henry White präzisierte er seinen Standpunkt dahin: „I want to keep on good terms with Germany, but my sympathies have at bottom been with France, and I suppose will continue so." Und der Staatssekretär Root ergänzte diese Instruktion an White am 28. November 1905 mit folgenden Sätzen: „While we are friendly to Germany and wish to remain so, we regard as a favorable condition for the peace of the world and, therefore, for the best interests of the United States, the continued entente cordiale between France and England."

Dieser bezeichnende Satz — und zwar nur sein letzter Teil — bildete von da ab die Basis der amerikanischen Politik gegenüber Europa, und insbesondere gegenüber Deutschland, bis zum Weltkrieg. Gewiß gab es in dieser Epoche Abschnitte, in denen die amerikanisch-deutschen Beziehungen in ruhigerem Fahrwasser waren; so die vier Jahre der Taftschen Administration von 1909 bis 1913, obwohl auch in dieser Periode die Marokkokrise von 1911 zu neuer Pressehetze gegen Deutschland führte, wobei — bezeichnenderweise — die Entsendung des Panther nach Agadir besonderes Mißfallen hervorrief, weil dieser westafrikanische Hafen so nahe Brasilien liege und daher als Stützpunkt für einen deutschen Angriff auf Südamerika dienen könne! Die Grundtendenz der Politik blieb die gleiche, und die amerikanische Presse hielt an ihrer um die Jahrhundertwende eingenommenen kritischen und oft feindseligen Einstellung gegenüber allem, was Deutschland bei sich zu Hause oder in der Welt unternahm, gegenüber „preußischem Militarismus" und „deutschem Imperialismus", unverändert fest. Zu dem schon vorhandenen grundsätzlichen Mißtrauen gegen Deutschland kam in der Zeit von Theodore Roosevelt noch der besondere Argwohn hinzu, Deutschland unterstütze in den Vereinigten Staaten Geheimagenten und organisiere deutsch-amerikanische Gesellschaften und Bünde, deren wahres Ziel darin bestehe, „to ultimately substitute imperial German for democratic American ideals in our social and political life". Schon damals also, vor

über dreißig Jahren, der Vorwurf der geheimen Förderung subversiver Aktivität durch amerikanische Bürger deutscher Abstammung, genau wie heute, wo die Behauptung vom deutschen trojanischen Pferd in USA. immer wieder, wenn auch ohne jeden Beweis, erhoben wird. Deutsche Bemühungen, durch Austausch von Gelehrten das gegenseitige Verstehen zu fördern, mögen zwar Früchte getragen haben, konnten aber an der ablehnenden Haltung der politisch maßgebenden Kreise nichts Wesentliches ändern; übrigens tauchte auch schon damals, genau wie heute, der Vorwurf auf, daß Deutschland wissenschaftlich nicht mehr führend sei („was losing her leadership in scholarship"), und die Zahl der amerikanischen Studenten in Deutschland, die im Jahre 1880 noch über tausend betragen hatte, sank bis 1913 auf 338.

Zusammenfassend muß hinsichtlich der Stimmung in den Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland in den Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges folgendes gesagt werden: Gewiß gab es viele Amerikaner, die Gefühle der Bewunderung und Achtung für Deutschland hegten; gewiß dürfte die große Mehrheit des amerikanischen Volkes Deutschland indifferent gegenübergestanden und weder Sympathie noch Antipathie empfunden haben; eine starke Gruppe aber war vorhanden, die ideologisch oder politisch Mißtrauen und Feindseligkeit gegen Deutschland empfand, und diese Gruppe war die aktivste, lauteste und politisch einflußreichste und war daher, als es im Weltkrieg zur Krise kam, in der Lage, die große ruhige Mehrheit mitzureißen bzw. mundtot zu machen.

Es ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, auf die Wilsonsche Zeit, den Eintritt Amerikas in den Krieg und auf die amerikanische Haltung in Versailles und nach Versailles näher einzugehen. Auch sind uns diese Dinge noch so lebhaft in Erinnerung, daß es sich erübrigt, hier auf alle Einzelheiten hinzuweisen. Wir wissen, daß die amerikanische öffentliche Meinung, soweit sie Ausdruck fand, vom ersten Tag des Weltkriegs ab überwiegend für die Gegner Deutschlands Partei nahm. Wir wissen, daß der Präsident Wilson — wie der englische Botschafter in Washington, Sir Cecil Spring Rice, an Sir Edward Grey bald nach Kriegsausbruch berichten konnte —

„durch Geburt und Erziehung ausgesprochen britisch" war, und daß er bereits am 3. September 1914 dem Botschafter sagte: „Every thing that I love most in the world is at stake. If tney succed, we shall be forced to take such measures of defence here as would be fatal to our form of Government and American ideals." Wir kennen die Haltung des amerikanischen State Departments, das nach dem Ausscheiden von Bryan nur noch pro forma Noten mit der britischen Regierung über die Kriegführung zur See wechselte, da es — wie der Staatssekretär Lansing in seinen Memoiren offen zugibt — von vornherein klar war, „that we would ultimately become an ally of Great Britain and that it would not do, therefore, to let our controversies reach a point where diplomatic correspondence gave place to action". Es ist uns bekannt, wie völlig sich die amerikanischen Botschafter in London und Paris, Page und Herrick, vom ersten Tage des Krieges ab als Verbündete Englands bzw. Frankreichs fühlten, und welch feindliche Haltung der amerikanische Botschafter in Berlin, James Gerard, Deutschland gegenüber einnahm. Wir wissen aus dem Bericht der Nye-Kommission, wie eng die Verflechtungen der amerikanischen Finanz mit den englischen Interessen waren, und welche Rolle die amerikanische Rüstungsindustrie bei der Herbeiführung des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten spielte. Wir kennen den Haß, der Deutschland aus einem großen Teil der amerikanischen Presse vom ersten Tage des großen Konflikts an entgegensprühte und die geschickt geförderte Kriegspsychose, die schließlich das Land in den Krieg hineinriß. Wir wissen, welche Ausschreitungen nach dem Kriegseintritt in USA. gegenüber allem stattfanden, was deutsch war oder deutschen Namen hatte. Wir kennen die Haltung Wilsons, der im Widerspruch zu seinen 14 Punkten und im Widerspruch zu dem zwischen dem Staatssekretär Lansing und der Reichsregierung geschlossenen Abkommen vom 5. November 1918, in Paris nahezu sein gesamtes Friedensprogramm preisgab und seinen Namen unter das Diktat von Versailles setzte. Wir wissen, daß der amerikanische Kongreß zwar im folgenden Jahr den Präsidenten desavouierte und die Ratifikation des Versailler Instruments ablehnte, aber keineswegs wegen der zu harten Bedingungen, die Deutschland auf-

erlegt waren, sondern teils aus persönlichen und innerpolitischen Gründen, teils aus Abneigung gegen den Gedanken des Völkerbunds und gegen die Abmachungen über China. Wir wissen, daß die amerikanische Regierung, die 1921 auf die Administration Wilsons folgte, schließlich im August 1921 Frieden mit der Deutschen Republik schloß, sich hierbei aber alle Rechte aus dem Versailler Diktat ausdrücklich ausbedang. Und wir wissen, in welch rigoroser Weise diese Rechte wahrgenommen wurden, wie ein großer Teil der deutschen Werte in den Vereinigten Staaten, besonders die deutschen Patente, akkapariert und verschleudert wurden. Es wird uns gelegentlich von Amerikanern entgegengehalten, daß die Vereinigten Staaten zwar Versailles nicht hätten verhindern können, daß sie sich aber an der Durchführung des Vertrages nicht beteiligt und insbesondere an der Beute nicht bereichert hätten. Das ist nur in sehr begrenztem Umfang richtig. Auf einem der wichtigsten Gebiete, dem Gebiet der Reparationspolitik, unterschied sich die amerikanische mangelnde Erkenntnis der zugrunde liegenden Probleme von der englischen in keiner Weise. Soweit überhaupt Verständnis für die Sinnlosigkeit der Reparationsforderungen nach Schluß des Weltkriegs vorhanden war, war dies eher im englischen als im amerikanischen Lager der Fall. Der Engländer Keynes veröffentlichte schon Ende 1919 sein Buch über „the economic consequences of the peace", während die Amerikaner Moulton und McGuire erst 1923 mit dem Werke „Germany's capacity to pay" folgten. Auch der Dawes- und der Youngplan sind kein Gedankengut, auf das von amerikanischer Seite mit Stolz hingewiesen oder das gar als Beweis für ihre verständnisvolle Haltung gegenüber Deutschland angeführt werden könnte; das ganze Kapitel der Reparationen, einschließlich des Auftretens des amerikanischen Reparationsagenten, ist alles andere als ein Ruhmesblatt für die amerikanische politische Führung und für die amerikanische Finanz. Von irgendeinem Verständnis oder gar von einer wirklichen Hilfsbereitschaft für das damals am Boden liegende Deutschland war nichts zu bemerken; erst als durch die im Herbst 1929 in USA. einsetzende Wirtschafts- und Finanzkatastrophe den Amerikanern die Augen für die Verfehltheit ihrer Politik geöffnet worden waren, machte sich

zu einem Zeitpunkt, als das Reparationsproblem sich schon mehr oder weniger von selbst erledigt hatte, ein größeres Verständnis für den von Deutschland eingenommenen Standpunkt geltend. Das Hoovermoratorium im Juni 1931 kam zu spät, und wurde im übrigen durch französische Widerstände so rasch sabotiert, daß keine Wirkung von ihm ausgehen konnte. Wie in der Reparationsfrage versagte die amerikanische Politik auch in den meisten anderen Fragen, die durch den Krieg und durch den Friedensschluß aufgeworfen worden waren; ihr mäßigender Einfluß machte sich, wenn überhaupt, immer erst dann bemerkbar, wenn es zu spät war. Das zeigte sich am deutlichsten bei der Besetzung der Ruhr im Januar 1923, wo man sich in Washington darauf beschränkte, die amerikanischen Okkupationstruppen einige Tage nach dem Einmarsch der Franzosen aus dem Rheinland abzuberufen, und sich im übrigen die Hände in Unschuld wusch. Das gleiche wiederholte sich in der Abrüstungsfrage, wo von einer richtungweisenden amerikanischen Einflußnahme keine Rede war; man hatte zwar die unmögliche Situation der einseitigen Abrüstung Deutschlands mit herbeigeführt, fand aber nicht den Mut, hatte wohl auch gar nicht den Willen, diese unhaltbare Lage energisch anzupacken und durch eine rechtzeitige Lösung der Abrüstungsfrage zur Verminderung des in Versailles aufgehäuften Explosionsstoffs beizutragen. Die deutschen Gleichberechtigungswünsche fanden zwar im amerikanischen Volk ein gewisses Echo, von einem Verständnis der amerikanischen Regierung oder gar von einer Bereitschaft, dem Übelstande tatkräftig abzuhelfen, kann aber nicht gesprochen werden. Es soll nicht verkannt werden, daß nach der ungeheuren Erregung und Haßpsychose der Weltkriegsjahre, etwa von Mitte 1923 ab — zum Teil unter der Einwirkung des französischen Vorgehens an der Ruhr — eine ruhigere Stellungnahme gegen Deutschland in der amerikanischen Öffentlichkeit Platz griff, und daß die Auswirkungen von Locarno sich auch in Amerika bemerkbar machten. Auch soll nicht bestritten werden, daß von den zwanziger Jahren ab wieder manche persönliche, wissenschaftliche und geschäftliche Beziehungen geknüpft wurden und hierdurch das amerikanisch-deutsche Verhältnis äußerlich wieder einen leidlich normalen Anstrich erhielt. Aber

es darf nicht übersehen werden, daß dieses amerikanische Entgegenkommen nur dem schwachen Deutschland entgegengebracht wurde, und daß sich das Bild schlagartig änderte, sobald das alte Mißtrauen gegen ein erstarkendes Deutschland wieder wach wurde. Wer in Amerika im Jahre 1925 die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten oder im Jahre 1933 die nationalsozialistische Machtergreifung erlebt hat, wird sich erinnern, wie plötzlich über Nacht der alte Argwohn und die alte Feindseligkeit gegen Deutschland wieder zur Stelle waren, nicht etwa, weil von deutscher Seite irgend etwas gegen Amerika unternommen worden wäre, sondern weil weite und ausschlaggebende Kreise ein starkes Deutschland a limine ablehnten. Wie sich diese Dinge seit 1933, seit dem Amtsantritt von Franklin Roosevelt, entwickelt haben, wie durch die Politik des Präsidenten und durch die Wirtschaftspolitik des Staatssekretärs Hull planmäßig fast alle Brücken zwischen den beiden Ländern zerstört worden sind, obwohl die deutsche Haltung gegenüber Amerika nicht die geringste Veranlassung hierzu bot, — das alles steht plastisch vor den Augen jedes deutschen Lesers.

Fragen wir zum Schluß nach den Gründen dieser Entwicklung der letzten 45 Jahre deutsch-amerikanischer Beziehungen, so ist diese Frage nicht leicht zu beantworten. Daß sich Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze zwischen zwei aufstrebenden Völkern von dem Augenblicke an zeigen, in dem sie sich näher begegnen und in dem sich ihre Linien berühren oder schneiden, daß insbesondere wirtschaftliche Streitfragen auftreten, daß die Rivalität und Konkurrenz auf dritten Märkten zu Verstimmungen und Auseinandersetzungen führt, daß das soziale Problem in Ländern wie Deutschland und den Vereinigten Staaten, und daher auch im Verhältnis zwischen diesen Ländern, eine erhebliche Rolle spielt, und daß geistige Strömungen und ideologische Unterschiede (besonders in der Staatsform und im Regierungssystem) Kontroversen hervorrufen können — alles das ist verständlich und liegt auf der Hand. Ferner ist es begreiflich, daß die amerikanische Union, als sie um die Jahrhundertwende in die Welt hinauszutreten begann, für die Verfolgung ihrer neuen Ziele einer

stärkeren Rüstung bedurfte, und daß daher Regierung und Rüstungsindustrie ein Interesse daran hatten, durch die Hervorrufung von Bedrohungspaniken („new phantoms for the day must be created") ihre Flottenbaupläne den Steuerzahlern plausibel zu machen; auch dieses Moment hat zweifellos bei manchen amerikanischen Pressehetzen und „warscares" in den letzten 45 Jahren — die Anfänge der imperialistischen amerikanischen Politik liegen in den Jahren 1897 (Erwerb von Hawai) und 1898 (Krieg mit Spanien, Erwerb von Porto Rico, Besetzung der Philippinen) — eine gewisse Rolle gespielt. Aber warum mußten die Gegensätze zwischen der USA. und Deutschland einen größeren Platz einnehmen als etwa die Gegensätze zwischen USA. und England, oder USA. und Frankreich, oder USA. und Rußland? War nicht England der traditionelle Feind, bestanden nicht mit Frankreich, trotz Lafayette, allerhand Gegensätze (Tariffragen, alte Streitfragen hinsichtlich französischer Besitzungen in der westlichen Hemisphäre, religiöse Momente usw.), und trennte nicht von Rußland (vom zaristischen, sowohl wie später vom bolschewistischen) ein tiefer Graben? Warum sollten also gerade die Meinungsverschiedenheiten und Differenzen mit Deutschland zu so bitteren Auseinandersetzungen und zu solcher Feindschaft führen, und warum sollte gerade Deutschland, das in der westlichen Hemisphäre weder jemals Stützpunkte besaß noch sie dort jemals erstrebte, zum Sündenbock, zur „nightmare", gemacht werden? Warum sollte sich das amerikanische Mißtrauen und der amerikanische Groll gerade auf Deutschland, dessen Volk im wesentlichen gleicher Rasse mit dem amerikanischen Volke war und mit dem von der Entstehung der Union an bis 1896 — also über hundert Jahre — nahezu ungetrübte Freundschaft bestanden hatte, konzentrieren?

Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: E n g l a n d. Der Schlüssel zum deutsch-amerikanischen Verhältnis liegt seit 1896 in London. Seit Anfang 1896 faßte England die Möglichkeit einer früher oder später kommenden kriegerischen Auseinandersetzung mit Deutschland ins Auge, und suchte daher Annäherung an die Vereinigten Staaten, um den Rücken frei zu haben. Ob diese Entwicklung von Anfang an in London klar vorausgesehen wurde, ob es sich also von Anfang an um ein plan-

mäßig durchdachtes Vorgehen von der britischen Zentrale aus handelte, oder ob sich die gemeinsame angelsächsische Front erst allmählich aus dem regionalen anglo-amerikanischen Zusammengehen an verschiedenen Punkten der Peripherie (Manila, Samoa, China) ergab und sich dann allmählich auswuchs, kann dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß von Januar 1896 an die englische Staatsführung daran ging, die bisherige Nadelstichpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten abzubauen, die neuralgischen Punkte des gegenseitigen Verhältnisses zu beseitigen und in der großen Politik nach Möglichkeit mit den Vereinigten Staaten Hand in Hand zu gehen. Die englische Regierung, die es bis dahin stets bewußt vermieden hatte, die Monroe-Doktrin anzuerkennen — Lord John Russell hatte 1861 verächtlich betont, daß England nicht daran denke, den extravaganten amerikanischen Prätentionen nachzugeben, „implied by what is called the Monroe-Doctrine" —, ließ am 31. Januar 1896 durch Lord Salisbury zum erstenmal feierlich erklären, daß sie die Monroe-Doktrin, so wie der Präsident Monroe sie verstanden habe, „völlig billige" und Joseph Chamberlain, Arthur Balfour und John Morley gaben in jenen Tagen ähnlich lautende Erklärungen ab. Damals begann die Wendung. England entfernte sich von Deutschland und näherte sich den Vereinigten Staaten. Ein englisch-amerikanischer Grenzstreit in Venezuela 1896, der unter anderen Verhältnissen zu ernstem Konflikt hätte führen können, wurde rasch beigelegt. Anfang März 1898 trat Lord Salisbury mit dem Angebot eines „understanding" über China an die amerikanische Regierung heran, und im amerikanisch-spanischen Krieg, der bald darauf ausbrach, veranlaßte zwar der englische Botschafter in Washington aus persönlicher Initiative die oben erwähnte ergebnislose Kollektivdemarche der sechs europäischen Botschafter, London aber stand von Anfang an hinter der amerikanischen Regierung, und die englische Presse ließ der amerikanischen Sache vollste Unterstützung zuteil werden. Ebenso arbeiteten die beiden Regierungen in der Samoafrage 1899 eng zusammen, und die im Sommer 1900 erfolgte Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs John Hay über die „offene Tür" in China fand den Beifall der englischen Handelskreise und der englischen Regierung. Von erheblicher

Bedeutung war der Abschluß des Hay-Pauncefote-Vertrags im Jahre 1901 über den Bau und die Beherrschung des Panamakanals durch die Vereinigten Staaten, auch hier eine Schwenkung der englischen Politik, die bis dahin eine Festsetzung der USA. am Isthmus von Panama zu verhindern versucht hatte. Das Verhalten Großbritanniens in der Venezuelafrage 1902 bis 1903 stand mit dieser neuen Politik nicht im Widerspruch; England nahm zwar zuerst an der Blockade gegen Venezuela, gegen die von amerikanischer Seite kein Einwand erhoben worden war, teil, zog sich aber von der militärischen Aktion zurück, sobald die öffentliche Meinung Amerikas anfing, an der Beschießung venezolanischer Forts und an der Versenkung venezolanischer Kriegsschiffe Anstoß zu nehmen. So brachten die Jahre von 1896 bis 1903 eine entscheidende Wendung der Beziehungen Englands zu den Vereinigten Staaten, vor 1896 die alte, ablehnende Haltung, von 1896 ab Anerkennung der Monroe-Doktrin und betonte Annäherung. Gleichzeitig vollzog sich von 1896 an die Entfremdung zwischen England und Deutschland, die 1903 zum Abschluß der englisch-französischen Entente cordiale, 1914 zum Weltkrieg und 1939 erneut zum Krieg führte. So waren also die Jahre seit 1896 für die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen überaus bedeutungsvoll. Die 1896 beginnende Spannung zwischen England und Deutschland verdichtete sich zu einer weltpolitischen Feindschaft, gleichzeitig entstand die gemeinsame Front zwischen den Angelsachsen. Hier liegt der Ursprung und der Kern der amerikanisch-deutschen Entfremdung; durch die Schwenkung Englands hat das Verhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eine entscheidende Veränderung erfahren.

Daß allerdings diese Entfremdung zwischen Amerika und Deutschland sich derart verschärfte, daß sie sich im Jahre 1917 zum Krieg und nach einer gewissen Pause heute wieder zu einem äußerst unbefriedigenden Zustand entwickelte, lag daran, daß die Amerikaner von 1896 an immer mehr zuließen, daß das Bild, das sie sich von Deutschland machten, in großem Umfang durch England und durch einseitig anglophile Amerikaner bestimmt wurde. Für die Engländer war es, nachdem einmal die über hundert Jahre lang hartnäckig verfolgte Nadelstich-

politik gegenüber den amerikanischen „Rebellen" endgültig aufgegeben war, trotz ziemlich tief eingewurzelter amerikanischer Antipathie nicht allzuschwer, auf die amerikanische öffentliche Meinung Einfluß zu gewinnen, da die führenden Schichten in den Vereinigten Staaten sich überwiegend aus dem englischen und dem mit ihm nahe verwandten neuholländischen Element rekrutieren, und die großen Massen, trotz ihrer heterogenen Zusammensetzung, durch die englische Sprache zusammengehalten werden, so daß jedes englisch geschriebene oder gesprochene Wort ohne weiteres Eingang findet und vor allen anderen Sprachen einen nicht einzuholenden Vorsprung hat. So war das amerikanische Volk, nachdem um die Jahrhundertwende die politischen Hemmnisse beseitigt waren, für die Engländer verhältnismäßig leicht zu erobern.

Die Ideen von Persönlichkeiten wie Cecil Rhodes und Andrew Carnegie, die Vorkämpfer eines angelsächsischen Zusammengehens waren, bahnten den Weg und fanden in weiten Kreisen in den Vereinigten Staaten willige Aufnahme. „Many Americans", so schreibt der Amerikaner Quincy Howe, „look instinctively to England as the court of last appeal in all questions involving tradition, scholarship, morals, law and manners", und es ist daher verständlich, wie der Amerikaner Walter Millis sagt, „daß die amerikanische Auffassung von Europa unvermeidlicherweise sehr stark durch die britische Darstellung gefärbt wird." Viele andere Momente kommen den Engländern zustatten. Die amerikanischen Privatschulen, die „private boarding schools", welche von den Söhnen der Geldaristokratie — nicht nur der „sixty families", die angeblich das Land beherrschen — besucht werden, sind dem Muster von Eton, Harrow und Winchester nachgebildet und stehen mit diesen englischen Schulen durch ihre Lehrer und Schüler in ebenso engem Kontakt, wie die Universitäten von Harvard und Yale mit ihren Vorbildern Oxford und Cambridge; die Tatsache, daß sowohl Franklin Roosevelt wie Sumner Welles in Groton zur Schule gingen und in Harvard studierten, soll nur nebenher erwähnt werden. Ein großer Teil der politisch führenden Männer in den Vereinigten Staaten gehört der Episcopal Church an, die ein Ableger der englischen Hochkirche ist, und mit ihr in enger

Verbundenheit steht; auch zwischen den zahlreichen anderen amerikanischen und englischen Kirchen und Sekten der Presbyterianer, Methodisten usw. herrscht vielfältige Zusammenarbeit und reger Gedankenaustausch. Zahllose Organisationen gibt es, allen voran die Pilgrim Society und die English Speaking Union, die sich für die Pflege der englisch-amerikanischen Beziehungen einsetzen; sagen doch die Statuten der 1917 gegründeten „English-speaking Union" ausdrücklich, daß das Ziel ist, die englisch sprechenden Völker der Erde durch die Bande der Kameradschaft zu umschließen und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem britischen Volk durch Verbreitung gegenseitiger Kenntnis und durch „inspiring reverence for their common institutions" zu vertiefen. Die Leitung der English-speaking Union in beiden Ländern liegt in den Händen von Politikern, Finanzleuten, Journalisten, Erziehern, Anwälten, Geistlichen und Industriellen; ihr erster Vorsitzender war Lord Balfour, sein erster Nachfolger war der Amerikaner John W. Davis, ein Teilhaber des Bankhauses J. P. Morgan. Seit den Enthüllungen des Nye-Komitees liegen die für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten 1917 mitbestimmenden engen Verflechtungen der amerikanischen Finanz mit England, besonders die enge Zusammenarbeit der Morganbank mit der britischen Regierung und der Bank of England offen zutage. Ähnlich eng sind seit Jahrzehnten die Beziehungen zwischen den Imperial Chemical Industries in London mit Du Pont in Wilmington, die ihrerseits nicht nur die amerikanische Farben- und Chemikalienindustrie, sondern durch ihren großen Einfluß in General Motors auch einen Teil der amerikanischen Automobilindustrie beherrschen. Neben der „English-speaking Union" arbeiten in den Vereinigten Staaten zahlreiche andere Organisationen, die „Foreign Policy Association", der „Council on Foreign Relations", die „League of Nations Association" und viele andere im Sinne engen Zusammengehens mit England, wobei die maßgebenden Persönlichkeiten in diesen Organisationen oft die gleichen sind, fast alles Männer und Frauen, die sich eine andere Orientierung als die englische nicht denken können; Rockefeller Foundation und Carnegie Endowment arbeiten grundsätzlich in der gleichen Linie, man braucht nur die Namen

Raymond B. Fosdick und James T. Shotwell zu nennen. Die Ausstrahlungen dieser Organisationen auf die breite Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten geschieht durch zahllose Vorträge, „forums", Veröffentlichung von Bulletins und Zeitschriften (wie z. B. „Foreign Affairs", die von dem ausgesprochen pro-britisch eingestellten Council on Foreign Relations in New York herausgegeben werden), und durch direkte Beziehungen zur Tagespresse und zum Rundfunk; ist es doch bezeichnend, daß noch vor kurzem einer der wichtigsten Direktoren der English-speaking Union Vorsitzender der „Radio Corporation of America" und der N. B. C. (National Broadcasting Corporation), und ein anderes Vorstandsmitglied der English-speaking Union Hauptschriftleiter der „New York Times" war. Wie stark der englische Einfluß in der New Yorker Presse war und noch ist, geht aus der interessanten Tatsache hervor, daß das führende Blatt, die „New York Times", in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges 1939 in London, Moskau, Prag, Paris, Tokio und Rom durch britische Untertanen (Birchall, Duranty, Gedye, Philip, Byas und den Malteser Cortesi) vertreten war und daß ein großer Teil der amerikanischen Presse seine europäischen Informationen aus London von Persönlichkeiten wie Hector Bywater, Liddell-Hart und Augur-Poliakoff bezog und heute noch bezieht. Es ist hier nicht möglich, dieses unendlich verschlungene britische Netzwerk in den Vereingten Staaten auch nur einigermaßen erschöpfend darzulegen; in der Tat erfaßt es fast alle Schichten der Bevölkerung, so seit den Tagen von Samuel Gompers die Arbeiterschaft durch die Verbindungen mit der englischen Labour Party, ferner die Jugend des Landes durch die von London aus dirigierte Boy scout-Bewegung und durch die YMCA und die YWCA, endlich die in allen großen und kleinen Zentren des Landes vorhandenen Organisationen der Freimaurer und der Rotarians, deren Drähte, für viele Mitglieder unbewußt, von London aus gezogen werden. Dabei soll gar nicht von der erst vor einigen Jahren ins Leben gerufenen und im Osten der Vereinigten Staaten stark propagierten Bewegung der „Union now" gesprochen werden, die so weit geht, offen auf staatsrechtliche Verschmelzung zwischen dem Britischen Reich und den Vereinigten Staaten hinzuarbeiten, und die kein

Hehl daraus macht, daß die Lostrennung der dreizehn Kolonien von der englischen Krone ein Fehler war, der früher oder später in irgendeiner Form durch Schaffung einer Gemeinschaft zwischen Amerikanern und Briten wieder gut gemacht werden müsse.

Daß Hand in Hand mit der englischen Propaganda seit der Jahrhundertwende, und besonders seit dem Ausbruch des Weltkrieges, eine pro-englische, antideutsche jüdische Propaganda einherging, die in New York ihren Sitz hatte, und heute noch hat, ist bekannt. Die Tätigkeit Bernard Baruchs im Weltkrieg war von erheblicher Bedeutung, der Einfluß von Brandeis auf Balfour rief im November 1917 die Balfour-Erklärung über Palästina hervor, durch die die Bande zwischen der englischen Regierung und dem amerikanischen Judentum, besonders der jüdischen Finanz in New York, noch enger geknüpft wurden, eine Politik, die auch in der Entsendung von Lord Reading als Botschafter nach Washington im Jahre 1918 ihren Ausdruck fand. Nach dem Weltkrieg machte sich dieser jüdische Einfluß in Amerika zugunsten Englands in verstärktem Maße bemerkbar; jüdische Politiker, Journalisten, Rundfunksprecher, Filmunternehmer, Bankiers, Gelehrte, Rabbiner, Gewerkschaftler sind heute die Hauptvorkämpfer Englands und die Haupthetzer gegen Deutschland.

So hat die englische Politik in den letzten 45 Jahren alles daran gesetzt, teils direkt, teils durch Benutzung anglophiler Amerikaner und amerikanischer Juden, Einfluß auf die Meinungsbildung des amerikanischen Volkes zu gewinnen und ihm ein Bild von Europa, und besonders von Deutschland zu vermitteln, wie es englischen Interessen und Absichten entsprach. Für den Durchschnittsamerikaner, selbst den unvoreingenommen und selbständig denkenden, ist es fast unmöglich, sich auf die Dauer ein treffendes Urteil zu bewahren, wenn ihm Tag für Tag die Nachrichten aus und über Europa überwiegend in englischer Aufmachung dargereicht werden und wenn die amerikanischen Kommentare zu diesen Nachrichten in Presse, Rundfunk, Vorträgen, Reden usw. meist nichts anderes sind, als eine gefärbte Brille, durch die alles Englische gut und schön, alles Deutsche abstoßend und unverständlich erscheint. Man wird

vielleicht fragen, warum von deutscher Seite nicht versucht worden ist, dieser Vergiftung der amerikanischen öffentlichen Meinung entgegenzutreten, eine Frage, auf die sich nur antworten läßt, daß Deutschland nie die Möglichkeiten zur Verfügung gestanden haben, die sich den Engländern durch die gemeinsame Sprache sowie durch die Tatsache boten, daß ein großer Teil der führenden Schicht in den Vereinigten Staaten — wie Spring Rice von Woodrow Wilson sagte — „by birth and upbringing distinctly British" war und heute noch ist.

Wenn aber das amerikanische Volk sich vor dem Weltkrieg von England und von anglophilen Amerikanern in zunehmendem Maße einfangen und schließlich in den Krieg gegen Deutschland hineinreißen ließ, so hat es doch von 1920 ab eine gewisse Widerstandskraft gegenüber den englischen Sirenentönen gezeigt. England bemühte sich zwar weiter, die nach dem Weltkrieg noch verbliebenen Reibungsflächen mit den Vereinigten Staaten zu beseitigen — insbesondere verzichtete es auf das Bündnis mit Japan, fand sich mit der Parität seiner Flotte gegenüber der Flotte der Vereinigten Staaten ab und bequemte sich sogar zu einer Regelung der irischen Frage — aber in der Schuldenfrage nahm England eine für das amerikanische Empfinden irritierende Haltung ein (Uncle Shylock), und es verstimmte ferner durch Rohstoffkämpfe (Petroleum, Kautschuk), sowie durch die im Ottawa-Abkommen festgesetzte Präferenzbehandlung seiner Dominions. Diese englischen Fehler wirkten auf das amerikanische Volk ernüchternd und schufen — zusammen mit der in den Jahren nach dem Weltkrieg wachgewordenen Erkenntnis der wahren Hintergründe des Kriegseintritts und zusammen mit der tiefen Enttäuschung darüber, daß die Teilnahme am Kriege den Vereinigten Staaten außer Opfern an Blut und Gut nur wenig eingebracht habe — eine überwiegend Europa abgewandte, isolationistische Stimmung, die noch verstärkt wurde durch die nach der Wirtschaftskatastrophe von 1929 hervorgerufene Reformtendenz, die sich ganz auf innere amerikanische Fragen, besonders auf soziale und wirtschaftliche Probleme, konzentrierte. Erst von 1937 und 1938 ab fingen die Einflüsse der anglophilen Schicht in den Vereinigten Staaten unter Führung des Präsidenten Roosevelt an, sich wieder stärker

durchzusetzen. Die Tätigkeit des englischen Netzwerkes, die auch in den stillen zwanziger und dreißiger Jahren nie abgerissen war, und von dessen Funktionieren der Gründer der „English-speaking Union" sich im Herbst 1937 auf einer Rundreise durch die Vereinigten Staaten persönlich überzeugte, wurde von Ende 1937 ab neu verstärkt, und seitdem ergießt sich, ähnlich wie in den Jahren des Weltkriegs, Tag für Tag ein unübersehbarer Strom antideutscher Propaganda in Presse und Rundfunk, sowie in Verlautbarungen von Einzelpersonen und Organisationen über das amerikanische Volk. Immer wieder wird mit den Argumenten gearbeitet, ein Sieg Deutschlands bedrohe die Vereinigten Staaten und die ganze westliche Hemisphäre, gefährde nicht nur die amerikanische demokratische und freiheitliche Lebensauffassung, sondern auch das wirtschaftliche Wohlergehen und das soziale Niveau des amerikanischen Volkes; nur eine weitgehende Unterstützung Englands sichere den Status quo im Atlantik, und daher müsse alles geschehen, um die Niederlage Englands zu verhüten. Soweit es sich um eine Unterstützung Englands „short of war", also in jeder Weise nur nicht durch Krieg, handelt, ist es der Agitation der Regierung und dieser englischen und englandhörigen Propaganda gelungen, die große Mehrheit des amerikanischen Volkes — die Abstimmungen in beiden Häusern des Kongresses über die lend-lease Bill und spätere Gallup-Abstimmungen haben durchweg Zweidrittelmehrheiten ergeben — hinter sich zu scharen. Dagegen ist es der Kriegspartei und ihren englischen und jüdischen Helfershelfern bisher nicht geglückt, die Mehrheit des amerikanischen Volkes zum Eintritt in den Krieg geneigt zu machen, im Gegenteil, nach wie vor scheinen 70 bis 80 Prozent den Kriegseintritt abzulehnen. Nicht aus Verständnis oder gar aus Sympathie für Deutschland — diese Gesichtspunkte sind durch die skrupellose Agitation und den Terror fast restlos erstickt worden — sondern aus rein amerikanischen Motiven, wie sie am klarsten in den Worten der vor dem Weißen Hause demonstrierenden amerikanischen Mütter zum Ausdruck kommen: „I didn't raise my boy to die for Britain." Wer wird sich durchsetzen, die Gruppe, die mit unamerikanischen — englischen und jüdischen — Elementen im Bunde steht, oder die

große Mehrheit des Volkes, die bisher nicht bereit ist, sich in einen fremden Krieg hineinzerren zu lassen, und die den Standpunkt vertritt: „I didn't raise my boy to die for Britain?"

Von der Beantwortung dieser Frage wird die Zukunft der Vereinigten Staaten und die weitere Entwicklung des Verhältnisses Deutschlands zu den Vereinigten Staaten abhängen.

ROOSEVELTS POLITIK GEGENÜBER FRANKREICH

(Veröffentlicht in den Monatsheften für Auswärtige Politik, Oktober-Heft 1941.)

I. Bis zum Ausbruch des Krieges

Am 28. Oktober 1936 fand auf der kleinen Bedloe's Insel im Hafen von New York zur Feier der vor fünfzig Jahren erfolgten Übergabe der Freiheitsstatue durch Frankreich an die Vereinigten Staaten eine große Kundgebung statt. Präsident Roosevelt war persönlich anwesend und hielt die Festrede; neben ihm waren zahlreiche amerikanische Persönlichkeiten sowie Ehrenformationen des Heeres und der Marine erschienen. Von französischer Seite nahmen an der Feier teil der französische Botschafter in Washington und eine aus Frankreich herübergekommene Delegation, bestehend aus dem Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen sowie dem Bürgermeister von Kolmar, mit dessen Tochter in Elsässer Tracht, und dem Leiter des elsässischen Theaters in Kolmar — letztere, um die Tatsache zu unterstreichen, daß der Bildhauer Bartholdi, der Schöpfer des Standbildes, aus Kolmar stammte. Auf der kleinen Insel wurde durch Lautsprecher zuerst eine Rundfunkansprache des Präsidenten Lebrun aus Paris an die Anwesenden übertragen, in der von der traditionellen Freundschaft zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten sowie von Freiheit und Fortschritt die Rede war. Dann ergriff Präsident Roosevelt das Wort, betonte gleichfalls die Freundschaft der großen demokratischen und freiheitlichen Schwester-Republiken und hob hervor, daß die Bürger aller Demokratien einig seien in ihrer Friedensliebe; so solle denn die Statue erneut der Freiheit und dem Frieden geweiht werden.

Wenn Roosevelt diesem fünfzigjährigen Jubiläum der New Yorker Freiheitsstatue diesen festlichen Rahmen verlieh und in seiner Rede die amerikanisch-französischen Ideale der Demo-

kratie besonders warm pries, so verfolgte er dabei, neben außenpolitischen Zielen, auch innerpolitische. Die Vereinigten Staaten standen damals, am 28. Oktober 1936, kurz vor dem Abschluß der Wahlkampagne um die Präsidentschaft, Roosevelt bewarb sich zum zweiten Male um das Weiße Haus, und da lag es nahe, das New Yorker Jubiläum als Anlaß für ein vor den Augen der ganzen Nation abzulegendes Bekenntnis zur Demokratie und zum Frieden zu benutzen. Und in der Tat begab sich der Präsident unmittelbar von der Feierstätte auf Bedloe's Island in eine Wahlversammlung im Osten von New York und wiederholte dort, vor den New Yorker Wählern, die gleichen programmatischen Erklärungen. Damals, im Herbst 1936, beherrschte die Innenpolitik die Lage in den Vereinigten Staaten nahezu vollkommen. Eine gewisse außenpolitische Aktivität hatte zwar gleich zu Beginn von Roosevelts erster Präsidentschaft im Frühjahr und Sommer 1933 eingesetzt, als der Präsident zu den Problemen der Weltwirtschaftskonferenz in London und der Abrüstungskonferenz in Genf hatte Stellung nehmen müssen, aber dann waren die außenpolitischen Fragen wieder in den Hintergrund getreten, die Weltwirtschaftskonferenz war an dem Rooseveltschen Nein in der Frage der Währungsstabilisierung gescheitert, und in Genf hatte Norman Davis, nach anfänglichem Vorprellen zugunsten der Franzosen, schließlich trotz aller Zusagen, die sein Chef noch im April im Weißen Hause dem beglückten Abgesandten der französischen Regierung, Edouard Herriot, in der Abrüstungsfrage gemacht hatte, und trotz der schönen Worte: „A mon ami Edouard Herriot, Vive l'amitié Franco-Américaine, Franklin D. Roosevelt", die Herriot auf einer Photographie des Präsidenten nach Paris mitgebracht hatte, im Oktober 1933 feierlich konstatiert: „We again make it clear that we are in no way politically aligned with any European Power", und hatte damit das Desinteressement der amerikanischen Regierung an dem europäischen Abrüstungshandel erklärt. So war es vom Herbste 1933 ab zunächst geblieben. Das amerikanische Volk lebte im Zeichen des Isolationismus, wollte von der Außenwelt, besonders von Europa, wenig wissen, suchte sich vielmehr, erschreckt durch die Enthüllungen des Nye-Ausschusses über die Hintergründe des Ein-

tritts der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg, mit Palliativmitteln wie dem Neutralitätsgesetz von 1935 gegen die Verwicklung in etwaige neue auswärtige Konflikte zu sichern, und dachte im übrigen nur an den Wiederaufbau und an die Neugestaltung seines seit 1929 schwer erschütterten wirtschaftlichen und sozialen Gefüges.

In dieser Stimmung befand sich das amerikanische Volk noch im Herbst 1936. Und der Präsident trug ihr, wie gesagt, weitgehend Rechnung. Aber das bedeutete nicht, daß er sein Auge von den außenpolitischen Fragen völlig abgewendet hätte. Nicht nur beschäftigten ihn die Fragen der westlichen Hemisphäre, denen er von Anfang an sein besonderes Interesse geschenkt hatte, aufs lebhafteste, sondern er hatte auch die außeramerikanischen Dinge, besonders die ostasiatischen und die europäischen, stets sorgfältig beobachtet. Und so verfolgte seine Rede am Fuß der Freiheitsstatue am 28. Oktober 1936 nicht nur die erwähnte innenpolitische Tendenz, sondern sie sollte zugleich die eigenartige neue außenpolitische These verkünden, die seither immer stärker von Roosevelt betont worden ist, nämlich, daß die demokratischen Völker gleichzeitig die friedliebenden seien. In der Rede auf Bedloe's Island beschränkte sich der Präsident darauf, die positive Seite dieser These hervorzuheben, indem er die Vereinigten Staaten und Frankreich als die Muster von Demokratie und Friedensliebe pries. Später — nachdem er sich im Laufe des Sommers 1937 nach den schweren Rückschlägen, die ihm in der Frage der Reorganisation des Obersten Gerichtshofes und auf dem Gebiet des „new deal" zuteil geworden waren, fast ganz in die Außenpolitik gestürzt hatte — wandte er sich in seiner großen Rede in Chikago am 5. Oktober 1937 auch der negativen Seite zu, bezeichnete offen die autoritären Staaten als Friedensstörer und Angreifer und forderte, daß ihnen in Zukunft mit den Mitteln der „Quarantäne" begegnet werde. Die Rede in Chikago war zwar in erster Linie gegen Japan gerichtet, dessen Konflikt mit China damals im Brennpunkt stand, richtete sich gleichzeitig aber auch unverkennbar gegen Italien und Deutschland. Von Anfang 1938 nahm die Politik des Präsidenten noch deutlicher die Wendung nach Europa hin. Die im Kongreß im Laufe des Januar eingebrachte

große Flottenvorlage war nicht nur für den Pazifik bestimmt, sondern zielte offenbar auch auf den Atlantik. Am 10. Februar stellte der Staatssekretär Hull, der schon am 16. Juli 1937 ein längeres außenpolitisches Programm veröffentlicht und den Weltmächten unterbreitet hatte, aus dem sich die Tendenz der Aufrechterhaltung des Status quo, insbesondere die Tendenz der Ablehnung jeder gewaltsamen Änderung des bestehenden Zustandes, deutlich ergab, in einem Briefe an den Abgeordneten Ludlow fest, daß die Außenpolitik der Vereinigten Staaten zwar Bündnisse und verpflichtende Abmachungen nach wie vor vermeide, daß sie aber unter Wahrung ihrer vollen Urteils- und Bewegungsfreiheit einen Gedankenaustausch und ein gleichartiges Vorgehen (proceed on parallel lines) mit solchen Ländern anstrebe, die mit den Vereinigten Staaten gemeinsame Interessen und gemeinsame Ziele (common interests and common objectives) hätten.

Zu diesen Ländern rechnete Roosevelt neben England in erster Linie Frankreich. Er hatte im Herbst 1936 den Botschafterposten in Frankreich neu besetzt und hatte einen Mann nach Paris entsandt, den er für einen guten Kenner Europas hielt und von dem er sich eine energische Durchführung seiner Politik versprach, William C. Bullitt. Bullitt stammte aus Philadelphia, hatte die Universität in Yale absolviert, war 1915, mit vierundzwanzig Jahren, als außenpolitischer Mitarbeiter in die Redaktion des „Philadelphia Public Ledger" eingetreten und hatte dann als Korrespondent dieses Blattes in Washington gearbeitet. Als die Vereinigten Staaten 1917 in den Krieg eintraten, eine Entwicklung, zu der die Hetze des „Public Ledger" nicht wenig beigetragen hatte, rückte Bullitt nicht zur Truppe ein — Frontkämpfer zu sein, überließ er anderen —, sondern wechselte ins State Department hinüber und ging Ende 1918 als untergeordnetes Mitglied des Wirtschaftsstabes der amerikanischen Friedensdelegation nach Paris, wo er sich nach einigen Monaten aus sachlichen und persönlichen Gründen mit seinen Kollegen überwarf. 1921, nach dem Zusammenbruch Wilsons und der demokratischen Partei, wandte er sich dem Film zu und wurde Manager des bekannten Konzerns „Famous Players Lasky Corporation". Solange die demokratische Partei in ohn-

mächtiger Opposition verharren mußte, hörte man von Bullitt politisch wenig, aber als Anfang der dreißiger Jahre die Aussichten für die Demokraten wieder besser wurden, erschien er plötzlich wieder in der Arena. Im Sommer 1932 tauchte er geschäftig in Europa auf, überall verkündend, daß die demokratische Partei in den bevorstehenden Wahlen siegen und er selbst dann eine große Rolle spielen würde. Er schien sich zunächst besondsers für den Botschafterposten in Berlin zu interessieren und sprach von Deutschland wie von seiner zweiten Heimat; als aber nach dem 4. März 1933 die amerikanischen Botschafterposten neu besetzt wurden, ging er zunächst leer aus, und nach Berlin kam nicht er, sondern Herr Dodd. Man erfuhr aber bald, daß er keineswegs in Washington in Ungnade gefallen war. Im Gegenteil, er erhielt schon im März 1933 einen wichtigen Posten im State Department, war im Sommer Mitglied der amerikanischen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz in London und wurde Ende des Jahres, nachdem Roosevelt die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wiederhergestellt hatte, zum amerikanischen Botschafter in Moskau ernannt. Nun wurde er über Nacht ein begeisterter Freund Moskaus. Das Idyll dauerte aber nicht lange; schon nach knapp zwei Jahren hatte sich Bullitt in Moskau völlig festgezogen und aus dem begeisterten Künder amerikanisch-russischer Freundschaft wurde ein haßerfüllter Gegner der Sowjetunion. Bullitt nahm zunächst einen längeren Urlaub, und es sah so aus, als ob seine kurze diplomatische Karriere beendet wäre, aber der Präsident schenkte ihm weiter sein Vertrauen und ernannte ihn, wie erwähnt, im Herbst 1936 zum Botschafter in Paris.

Von nun ab begann eine wesentlich verstärkte Aktivität der amerikanischen Politik in Frankreich. Bullitt war sich bewußt, daß die traditionelle amerikanisch-französische Freundschaft seit dem Ende des Weltkrieges ziemlich fadenscheinig geworden war; die wenig erfreulichen Eindrücke, welche die amerikanischen Kriegsteilnehmer aus Frankreich nach USA. mitgenommen hatten, die auf der Friedenskonferenz in Paris gemachten unerquicklichen Beobachtungen und vor allem die weitgehende Verstimmung im amerikanischen Volk über die Säumigkeit des

französischen Schuldners, der, statt dankbar für die amerikanische Hilfe zu sein, nur von „Uncle Shylock" sprach und durch seine Reparations- und Rüstungspolitik die wenigen und schwächlichen amerikanischen Versuche, eine Besserung herbeizuführen, jedesmal zum Scheitern brachte — alles dies hatte die Beziehungen zwischen Amerika und Frankreich sehr nachteilig beeinflußt. Bullitt ging zunächst daran, überall Fäden aufzunehmen und Kontakte herzustellen, entfaltete auf gesellschaftlichem Gebiet eine große Rührigkeit, suchte die vielen alten, etwas eingeschlafenen amerikanisch-französischen Organisationen neu zu beleben, und reiste viel im Lande umher und hielt Reden. Zunächst beschränkten sich seine Äußerungen und Reden mehr oder weniger auf die Pflege der französisch-amerikanischen Beziehungen, aber Hand in Hand mit der immer weiter ausgreifenden und immer aggressiver werdenden Politik seines Präsidenten bekamen auch Bullitts Äußerungen einen immer schärferen Klang. Seitdem in der Präsidentenrede von Chikago Japan, Italien und Deutschland als die Friedensstörer der Welt angeprangert worden waren, ging nun auch Bullitt in seinem französischen Sektor dazu über, den Franzosen die ihnen von Rom und Berlin drohenden Gefahren vor Augen zu führen. Von Anfang 1938 ab wurde die Zusammenarbeit zwischen Bullitt und dem Präsidenten noch enger, der Botschafter in Paris wurde immer mehr das Sprachrohr Roosevelts nicht nur für Frankreich, sondern für den ganzen europäischen Raum. Kam er auf Urlaub nach Washington, wurde er vom Präsidenten mit besonderer Aufmerksamkeit empfangen und ausgezeichnet, war er in Paris, so stand er fast täglich in telephonischem Kontakt mit dem Weißen Haus, erhielt Aufträge, berichtete und gab Anregungen. Immer mehr wurde er zur zentralen amerikanischen Stelle in Europa, die alle Nachrichten sammelte und die die Weisungen des Präsidenten weiterleitete. Im State Department war Bullitt wegen seiner Eigenmächtigkeit wenig beliebt, auch wurde dort gelegentlich seine sachliche Einstellung, besonders seine scharf ablehnende Einstellung gegen Sowjetrußland, kritisch beurteilt, aber der Präsident schenkte ihm sein volles Vertrauen und Bullitt unterließ es nicht, diesen Umstand besonders bei den Persönlichkeiten, mit denen er in Paris zu tun

hatte — Franzosen und fremden Diplomaten — möglichst zu betonen, um dadurch das Gewicht seiner eigenen politischen Mitteilungen zu erhöhen. Ob die französischen Staatsmänner und die fremden diplomatischen Vertreter in Paris den geschäftigen Amerikaner ursprünglich ganz ernst genommen haben, ist fraglich; aber selbst Skeptiker kamen auf die Dauer nicht an der Tatsache vorbei, daß Bullitt über die Ansichten und Absichten des Präsidenten der Vereinigten Staaten gut unterrichtet war und daß daher seinen Äußerungen ein gewisses Gewicht beigemessen werden mußte. Auch war es verständlich, daß bei der immer schwieriger werdenden Lage, in die die französischen Politiker ihr Land gebracht hatten, sie ein besonderes Anlehnungsbedürfnis an die starke amerikanische Großmacht empfanden und den von dort kommenden, durch Bullitt übermittelten Ratschlägen ihr Ohr liehen. Auch daß man sich von französischer Seite beflissen zeigte, dem neuen Freunde im Weißen Hause angenehme Dinge zu sagen, lag nahe; so richteten in der großen außenpolitischen Aussprache der französischen Kammer Ende Februar 1938 sowohl Delbos wie Chautemps ungewöhnlich freundliche Worte an die Adresse des Präsidenten Roosevelt, ein Beweis für den Wert, den Frankreich wieder auf engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten legte.

Vom März 1938 verdoppelte sich die Aktivität Bullitts in Paris. Mit dem Anschluß Österreichs an das Reich, der in Washington Bestürzung hervorrief und zur offenen Bekundung tiefer Feindseligkeit der amtlichen Stellen gegen die deutsche Politik führte, war ja nun auch Deutschland im Rooseveltschen Sinne ein „Angreiferstaat" geworden, dem die Quarantäne der „friedliebenden" demokratischen Völker entgegenzusetzen war. Man konnte zwar den Anschluß Österreichs nicht mehr rückgängig machen, aber man konzentrierte nun die Kräfte auf die „Beschützung" der Tschecho-Slowakei. Als Prag, London, Paris und New York am 21. Mai die unwahre Behauptung verbreiteten, Deutschland habe einen Überfall auf die Tschecho-Slowakei geplant, sei aber durch die rasche Mobilisierung der tschechischen Armee und das prompte diplomatische Eingreifen von England und Frankreich zum Aufgeben dieses Planes gezwungen worden, zog die demokratische Propaganda hieraus

die Schlußfolgerung, man brauche nur energisch den „Angreiferstaaten" in den Weg zu treten, dann zögen sie sich zurück. Dieses Thema wurde von jetzt ab das Thema Bullitts. In einer großen Rede in Reims, am 10. Juli 1938, als er aus Anlaß der von amerikanischen Kapitalisten durchgeführten Wiederherstellung der Kathedrale zum Ehrenbürger der Stadt ernannt wurde, wies Bullitt darauf hin, daß die große Mehrzahl der Völker, namentlich der Völker der westlichen Hemisphäre sowie Frankreich, England und eine Anzahl kleinerer Nationen durchaus in der Lage seien, gegenüber denjenigen Völkern, welche „die internationale Moral mit Füßen träten", die notwendigen Grundlagen für die Wiederherstellung der internationalen Moral zu verteidigen, und in einer flammenden Ansprache aus Anlaß der Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung des amerikanischen Eintritts in den Weltkrieg am 4. September 1938 an der Gironde-Mündung gegenüber Royan führte Bullitt aus, daß eine „entente profonde" zwischen Amerika und Frankreich bestehe. Amerika wünsche wie Frankreich den Frieden; wenn aber ein Krieg in Europa ausbreche, könne niemand voraussagen, „si ou non les Etats Unis seraient entraînés dans une telle guerre", denn die Vereinigten Staaten stünden heute nicht mehr abseits von den Gegensätzen in Europa. In der gleichen Ansprache griff Bullitt den vom französischen Außenminister Bonnet in allgemeinen Wendungen wiederholt ausgesprochenen Gedanken der Gemeinsamkeit der Ideale des amerikanischen und französischen Volkes auf und präzisierte die sich hieraus ergebenden Folgerungen für die amerikanische Haltung im Fall eines europäischen Konflikts mit einer Deutlichkeit, die den gleichzeitig von Roosevelt und Hull aus Anlaß der amerikanischen Lafayette-Feiern zu diesem Thema gesprochenen Worten nicht nachstand. Unter diesen Umständen war es begreiflich, daß der „Temps" in seinem Leitartikel vom 5. September aus den Reden der amerikanischen Staatsmänner den Schluß zog, daß Frankreich beim Eingreifen in eine militärische deutsch-tschechische Auseinandersetzung die aktive, und nicht nur die moralische Hilfe der Vereinigten Staaten finden würde. Und ein Bericht des Washingtoner Korrespondenten des „Temps" vom gleichen Tage betonte, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zwar

aus bekannten Gründen verhindert sei, für zukünftige europäische Konfliktsfälle Bindungen einzugehen, daß aber nach Ansicht der politischen Kreise in Washington und der Presse diese Schwierigkeiten sowie die Existenz eines Neutralitätsgesetzes eine weitgehende wirksame Hilfe der Vereinigten Staaten für die europäischen Demokratien nicht verhindern würden. In nie gekanntem Maße nähmen die amerikanischen diplomatischen Vertreter in den europäischen Hauptstädten an der Entwicklung Anteil, und der Unterstaatssekretär Sumner Welles befinde sich zur Zeit selbst in Europa; als Folgerung ergebe sich hieraus, daß eine politische Isolierung Amerikas nicht mehr in den Absichten der zuständigen Regierungsstellen liege. Diesen Korrespondentenbericht brachte der „Temps" unter der Überschrift: „En cas de conflit l'Amérique serait automatiquement aux côtés de l'Angleterre et de la France!"

Daß auf diese schönen Pläne das Abkommen von München wie ein Reif in der Frühlingsnacht wirken mußte, kann man verstehen. Die Enttäuschung, die nach dem Bekanntwerden des Münchener Abkommens am 29. September 1938 im Weißen Haus und im State Department zu beobachten war, war ungeheuer; die Entrüstung über die „schwächliche" Haltung der französischen und englischen Appeasement-Politiker, denen Washington Verrat an der Sache der Demokratie vorwarf, war beinahe größer als die ohnmächtige Wut über den deutschen Erfolg.

Ich habe in einem früheren Aufsatz „Präsident Roosevelt und der Krieg" (Monatshefte für Auswärtige Politik, April 1941) dargelegt, daß nach München eine neue, verschärfte Phase der amerikanischen Einmischungspolitik in Europa begann und daß nunmehr alle Kräfte gegen Deutschland konzentriert wurden, das seit München als d e r Angreiferstaat und d e r Feind galt. Roosevelt ging davon aus, daß Deutschland früher oder später auch die westliche Hemisphäre bedrohen würde, und daß seinem Ausbreitungsdrang daher schon jetzt noch energischer als bisher Widerstand entgegengesetzt werden müsse. „Stop Hitler" und „no further appeasement" wurden von München an, noch schärfer als bis dahin, die obersten Ziele der amerikanischen Außenpolitik. Nach München war der Präsident kom-

promißlos darauf aus, Deutschland niederzuhalten. Zwar sollte die amerikanische Regierung auch in Zukunft keine ausdrücklichen politischen oder militärischen Bindungen in Europa eingehen, im Falle eines europäischen Krieges sollte aber das amerikanische Schwergewicht weitgehend in die Waagschale der Gegner Deutschlands geworfen werden. Wer sich für die Einzelheiten der Entstehung dieser neuen, in langen Beratungen im Weißen Hause im Oktober und November 1938 festgelegten Richtlinien interessiert, tut gut, das „American White Paper" zu lesen, eine im Mai 1940 erschienene Publikation, die zwar keinen amtlichen Charakter hatte, die aber von den dem State Department nahestehenden Journalisten Alsop und Kintner stammte und offenbar mit Zustimmung des Präsidenten veröffentlicht wurde, um die „kluge Voraussicht" des Außenpolitikers Roosevelt darzulegen und vor seinem Volk zu rechtfertigen. Übrigens beweisen alle nach München erfolgten außenpolitischen Handlungen und Reden des amerikanischen Präsidenten, daß damals im Herbst 1938 die aggressiven Maßnahmen beschlossen wurden, die Roosevelt in seiner Botschaft an den Kongreß vom 3. Januar 1939 als „methods short of war" bezeichnete, mit denen man den Aggressoren begegnen müsse. Heute, wo der Präsident von dieser kriegstreiberischen Politik das letzte Feigenblatt hat fallen lassen, rühmt er sich laut und stolz, damals, als noch viele blind gewesen seien, die „Gefahren" klar erkannt und rechtzeitig die für die „Verteidigung" nötigen Wege eingeschlagen zu haben. (Vgl. den Rooseveltschen Aufsatz im letzten September-Heft von Collier's Magazine, September 1941.)

Daß Frankreich in diesem neuen Plan eine der wichtigsten Rollen, wenn nicht die wichtigste Rolle zugedacht war, war selbstverständlich. Wer sollte Deutschland entgegentreten, wer sollte Hitler stoppen, wenn nicht Frankreich, von dessen Armee damals noch immer in Washington die Vorstellung bestand, daß sie die beste der Welt sei. Es kam nun alles darauf an, so rasch wie möglich die Rüstung des französischen Freundes zu verstärken, besonders auf dem Gebiet der Luftwaffe, wo noch Lücken bestanden. Bereits im Dezember 1938 veranlaßte Herr Bullitt die geheime Entsendung einer französischen Mission nach

den Vereinigten Staaten, die hier Kampfflugzeuge für die französische Wehrmacht kaufen sollte. Auf Weisung des Präsidenten mußte die amerikanische Armee der französischen Kommission gewisse, bisher geheimgehaltene Modelle vorführen, wobei es im Januar 1939 in Kalifornien zu einem schweren Unfall kam, durch den die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit auf dieses Treiben gelenkt wurde. Der Senat geriet in Bewegung, und der Präsident sah sich genötigt, zur Beruhigung der erregten, noch überwiegend isolationistisch eingestellten öffentlichen Meinung Anfang Februar 1939 die führenden Mitglieder des Senatsausschusses für militärische Angelegenheiten ins Weiße Haus zu bitten. In dieser Besprechung entwarf der Präsident ein düsteres Bild der Lage in Europa und schilderte die angeblichen kriegerischen Pläne Deutschlands, durch die nicht nur die Sicherheit der „demokratischen" Staaten Europas, sondern der ganzen Welt, also vor allem auch die Sicherheit der westlichen Hemisphäre, bedroht sei. Nicht nur die Länder Europas würden Gefahr laufen, unter deutsche Herrschaft zu geraten, sondern auch die Sicherheit der überseeischen Besitzungen dieser Länder, besonders der Besitzungen Englands, Frankreichs und Hollands in Amerika werde auf dem Spiel stehen. Deshalb sei die Frage der Sicherheit am Rhein eine Frage, die auch Amerika notwendigerweise berühre. Wenn die Rheingrenze bedroht sei, sei es auch der Rest der Welt. Sobald die Grenze am Rhein vor Hitler gefallen sei, würde die deutsche Aktionssphäre unbegrenzt sein.

Man kann verstehen, daß die französische Presse diese Äußerungen des Präsidenten, die von der ganzen französischen Öffentlichkeit als Sensation ersten Ranges bewertet und besonders von den Gegnern der Münchener Politik lebhaft begrüßt wurden, in größter Aufmachung brachte. Wenige Tage darauf, am 22. Februar 1939, dem Geburtstag George Washingtons, schlug Herr Bullitt in die gleiche Kerbe. Er sprach vor dem American Club in Paris in Gegenwart des französischen Ministerpräsidenten Daladier, der es seinerseits für richtig hielt, bei dieser Gelegenheit die Einigkeit Frankreichs und Amerikas zu preisen, mit der beide den Aufgaben des Friedens dienten; Roosevelt sei der Führer des friedlichen Willens der Welt, und

es gebe keinen Franzosen, dem nicht in dem Gedanken an den Frieden das Gesicht des amerikanischen Präsidenten hoffnungsvoll vorschwebe.

Gleichzeitig war Bullitt hinter den Kulissen in jeder Weise tätig, um die französische Stimmung gegen Deutschland scharfzumachen und einen weiteren friedlichen Ausgleich in Europa zu erschweren oder ganz zu verhindern. Die im dritten Weißbuch des Auswärtigen Amtes Ende März 1940 veröffentlichten Berichte der polnischen Botschafter in Washington und Paris aus den Wintermonaten 1938/39 geben uns hiervon ein anschauliches Bild. Nach dem Bericht des Grafen Potocki vom 21. November 1938 erklärte Bullitt, der damals in Washington weilte, um Instruktionen entgegenzunehmen, auf die Frage des polnischen Botschafters, ob die Vereinigten Staaten an einem Krieg zwischen den europäischen Demokratien und Deutschland, wie Bullitt ihn als sicher voraussagte, teilnehmen würden: „Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen." Und dem Botschafter Łukasiewicz in Paris erklärte Bullitt im Februar 1939, daß man die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege auf seiten Frankreichs und Englands mit Sicherheit voraussehen könne, natürlich erst eine gewisse Zeit nach Ausbruch des Konflikts. „Sollte ein Krieg ausbrechen, so werden wir sicherlich nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden." Ferner sagte Bullitt in dieser Unterhaltung mit Łukasiewicz, der Präsident habe den Senatoren im Weißen Hause gesagt, „er verkaufe Frankreich Flugzeuge, da die französische Armee die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten sei. Dieses entspreche vollkommen seinen Ansichten". Abschließend sagt Łukasiewicz in einem Bericht: „Eines scheint mir sicher, nämlich daß die Politik Präsident Roosevelts in der nächsten Zeit dahin gehen wird, den Widerstand Frankreichs zu unterstützen, den deutsch-italienischen Druck zu hemmen und die Kompromißtendenzen Englands zu schwächen."

Nach der Errichtung des deutschen Protektorats über Böhmen und Mähren im März 1939 wurde die Rooseveltsche Drohpolitik noch schärfer und die Bullittsche Begleitmusik noch lauter und schriller. Wir wissen, daß in der zweiten Hälfte des März

die Appeasement-Politik in England aufgegeben wurde und daß gleichzeitig ein „redressement" in Frankreich begann, das den Ausgleich mit Deutschland ablehnte und auf Krieg zusteuerte. Wieweit dieser Sinneswechsel in London und Paris auf die Einwirkung von Roosevelt und auf die Arbeit seiner Botschafter, besonders auf die Arbeit Bullitts, zurückzuführen war, läßt sich noch nicht im vollen Umfang sagen. Aber wir wissen, daß die amerikanische Regierung sofort nach dem 15. März die deutsche Aktion in Böhmen und Mähren öffentlich brandmarkte und durch Sumner Welles am 18. März erklären ließ, der deutsche Einmarsch in Prag sei „wanton lawlessness" und die von Deutschland neu geschaffene Regelung werde von den Vereinigten Staaten nicht anerkannt. Wir können mit Sicherheit annehmen, daß durch die amerikanischen Botschafter in Paris und London die gleiche Sprache geführt wurde, und daß die Versteifung der englischen und französischen Haltung in der polnischen Frage mit auf diese Einflüsterungen zurückzuführen ist. Bezeichnend hierfür ist die Bemerkung Bullitts in dem Gespräch mit dem polnischen Botschafter Łukasiewicz vom 24. März 1939 (Nr. 11 der Dokumente des dritten Weißbuches des Auswärtigen Amts), „die Vereinigten Staaten seien im Besitz von Mitteln, mit denen sie einen wirklichen Zwang auf England ausüben könnten. An die Mobilisierung dieser Mittel werde er, Bullitt, ernstlich denken".

Nach dem Abschluß des englisch-polnischen Garantieabkommens Anfang April 1939 — ein Abschluß, zu dem Bullitt durch persönliche Einwirkung auf den polnischen Außenminister Beck, der damals über Paris reiste, in jeder Weise beizutragen sich bemühte — und nach der perfiden Botschaft Roosevelts an den Führer und den Duce Mitte April 1939 ließ Bullitt auch in seinem öffentlichen Auftreten die letzte Zurückhaltung fallen. In einer großen Rede in Neuilly am 28. Mai 1939 finden sich folgende Sätze:

„La guerre est une alternative moins horrible que celle de l'esclavage. Notre doctrine américaine a été clairement exprimée le jour où Patrick Henry a dit: ‚La vie est-elle si précieuse, ou la paix si douce, qu'elles doivent être achetées au prix des chaînes de l'esclavage? Empêchez cela, Dieu tout

Puissant! Je ne sais pas quel choix les autres feraient, mais pour moi, donnez-moi la liberté ou donnez-moi la mort!' En conséquence, notre compréhension et notre sympathie vont aux nations qui, quels que soient les risques, préfèrent lutter pour la liberté plutôt que de se courber sous le talon d'un conquérant."

„Vouons ici, encore une fois, nos efforts à la réalisation de leur rêve de paix; mais n'oublions pas qu'il y a des moments où les hommes doivent prendre les armes pour sauver tout ce qui a de la valeur dans la vie humaine, car si les armes brisent la paix, elles servent aussi à la défendre.

Et rappelons-nous que leur mort n'a pas été inutile. Ils servent aussi, ceux qui veillent et attendent. Oui! Mais ils servent beaucoup mieux, ceux qui luttent et meurent.

Pour nous, les vivants, l'ordre est: ‚Peiner, chercher, trouver et ne pas céder'."

Noch einmal verursachte im Juni 1939 die Weigerung des Auswärtigen Ausschusses des Senats in Washington, den von den Anhängern des Präsidenten eingebrachten Antrag auf Aufhebung des Waffenembargos an das Plenum weiterzuleiten, in Paris eine gewisse Ernüchterung; es wurden Zweifel laut, ob nicht doch die isolationistische Stimmung im amerikanischen Volk und im Kongreß in Washington für den Präsidenten im Falle eines europäischen Krieges zu stark sein würde, und ob es nicht wieder so ähnlich gehen würde, wie mit der Nichtratifizierung des Versailler Vertrages. Aber die Bedenken wurden rasch übertönt durch die immer aggressiver werdenden Stimmen der amerikanischen Presse, durch die unverändert zum Widerstand auffordernden Ratschläge Roosevelts und seines Botschafters und durch neue öffentliche Reden Bullitts, darunter eine besonders scharfe Rede in Neuilly am 4. Juli 1939. Daß die amerikanischen Ratschläge an die französische Regierung in den letzten Wochen vor Ausbruch des Krieges alles andere waren, als eine Empfehlung eines vernünftigen, ausgleichenden Zusammengehens mit dem starken deutschen Nachbar, daß sie vielmehr ganz darauf abgestellt waren, Widerstand zu wecken und wachzuhalten, selbst auf die Gefahr des Krieges hin, und

daß hierbei der Hinweis auf die Unterstützung durch Amerika eine erhebliche Rolle spielte, kann keinem Zweifel unterliegen. Der volle Umfang dieser Rooseveltschen und Bullittschen Kriegshetze, die um so unverantwortlicher und frivoler war, als den beiden Männern bekannt sein mußte, daß im gegebenen Falle eine wirksame militärische Hilfe Amerikas für Frankreich nicht in Frage kam, wird eines Tages der Welt bekannt werden.

II. Vom Ausbruch des Krieges bis zum Waffenstillstand von Compiègne

Als am 3. September 1939 infolge der englischen und französischen Kriegserklärung in einem großen Teil Europas die Lichter ausgingen, da muß im Weißen Haus Befriedigung geherrscht haben. War es doch den Bemühungen des Präsidenten gelungen, einen friedlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen zu verhindern und ein zweites München zu verhüten. Die Appeasement-Politik war tot. Allerdings hatte Deutschland nicht, wie man den europäischen Demokratien in den letzten Monaten von Washington aus eingeredet hatte, angesichts des „redressement" von Frankreich und England auf die Verfolgung seiner in der Danzig- und Korridorfrage so berechtigten Ansprüche verzichtet; vielmehr war es zum kriegerischen Zusammenstoß gekommen, da die von Amerika irregeführten, phantasielosen Staatsmänner in London und Paris im entscheidenden Augenblick keinen anderen Ausweg als den Krieg mehr fanden. Natürlich zeigte der Präsident nach außen seine Genugtuung nicht, im Gegenteil, die eingetretene Kalamität wurde mit trauriger Miene tief beklagt, wobei man selbstgefällig durchblicken ließ, daß der kluge Präsident alles habe kommen sehen, und daß, wenn der Kongreß so weitblickend gewesen wäre wie der Präsident und rechtzeitig das Waffenembargo aufgehoben hätte, die deutschen Aggressoren den Mut zum Kriege nicht gefunden haben würden. War es wirklich ein Zeichen von weiser Voraussicht, daß der Präsident den Krieg richtig vorausgesagt hatte? Hatte er nicht alles Erdenkliche getan, um der Entwicklung diese Richtung zu geben? Ist es ein Beweis von besonderer Klugheit, wenn man den Dammbruch voraussagt, nachdem man

selbst alles getan hat, um den Damm planmäßig zu unterwühlen? Hatte nicht Roosevelts Politik in Europa in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges nur e i n Ziel gehabt: Lieber Krieg als Verständigung mit Hitler?

Frankreich war nun im Kriege, aber die Hilfe, die Bullitt den Franzosen für den Fall des Widerstandes gegen Deutschland in Aussicht gestellt hatte, blieb zunächst völlig aus. Polen wurde in wenigen Wochen überrannt, ohne daß Amerika einen Finger gerührt hätte, und die ganze Last der militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die der Krieg für Frankreich mit sich brachte, lastete einstweilen ausschließlich auf den französischen Schultern; abgesehen von sympathischen Reden und Zeitungsartikeln geschah von Amerika aus vorläufig nichts. Erst nach zwei Monaten Krieg, am 4. November 1939, trat das abgeänderte Neutralitätsgesetz in den Vereinigten Staaten in Kraft, welches zwar das Ausfuhrverbot für Waffen und Kriegsmaterial aufhob, die Lieferung aber ausdrücklich von englischer und französischer Barzahlung und von der Abholung mit nichtamerikanischen Schiffen abhängig machte; amerikanischen Fahrzeugen blieb ebenso wie amerikanischen Bürgern die Reise nach englischen und französischen Häfen ausdrücklich verboten. Gewiß konnte die Aufhebung des Waffenembargos für England und Frankreich auf weite Sicht von erheblicher Bedeutung werden, auch standen ausreichende englische und französische Dollarguthaben zur Verfügung, um die Lieferungen für einige Zeit zu bezahlen, aber es war klar, daß es viele Monate dauern würde, bevor die amerikanische Waffen- und Kriegsmaterialproduktion einen gewissen Umfang erreichen konnte, und außerdem war von vornherein zu sehen, daß die vorhandene nichtamerikanische Tonnage nicht ausreichen würde, um die Lieferungen rasch nach England und Frankreich zu transportieren. In der Tat hat sich für Frankreich herausgestellt, daß außer einigen Flugzeugen so gut wie kein amerikanisches Kriegsmaterial auf dem französischen Kriegsschauplatz eingetroffen war, als nach etwas über neun Monaten Krieg im Juni 1940 die Katastrophe über Frankreich hereinbrach.

Im März 1940 erschien in Paris der Unterstaatssekretär Sumner Welles, der damals im Auftrag des Präsidenten eine

Rundreise durch Italien, Deutschland, Frankreich und England machte, um sich über die Lage in Europa zu unterrichten. Er führte verschiedene Unterhaltungen mit den französischen Staatsmännern, übergab ihnen ein Memorandum, das sich mit Wirtschaftsfragen beschäftigte und ließ sich im Gespräch mit Reynaud in dessen Amtszimmer photographieren — wobei das Mißgeschick unterlief, daß das Bild, welches einige Tage später in der „Illustration" erschien, nicht nur Sumner Welles und Reynaud, sondern an der Wand eine große Karte Europas mit deutlichen Einzeichnungen der geplanten Zerstückelung Deutschlands zeigte, eine Tatsache, die auch durch das spätere entrüstete Dementi von Sumner Welles, er habe während seines Besuches bei Reynaud von einer derartigen Wandkarte nichts bemerkt, nicht beseitigt werden konnte. Über den Inhalt der Wellesschen Gespräche in Paris ist nicht viel öffentlich bekanntgeworden. Es steht aber fest, daß er den Franzosen nicht nur nicht zum Frieden geraten, sondern sie in der Fortführung des Krieges bestärkt hat, trotzdem ihm und seinem Präsidenten bekannt war und bekannt sein mußte, daß eine nennenswerte Unterstützung Frankreichs durch die Vereinigten Staaten in absehbarer Zeit nicht möglich war, hatte sich doch die Unfähigkeit Amerikas, den europäischen Freunden zu helfen, gerade erst im Falle Finnlands deutlich gezeigt. Ein interessantes Detail in den Besprechungen von Sumner Welles in Paris war eine Unterhaltung mit dem früheren französischen Botschafter in Washington, de Laboulaye, der seit Ausbruch des Krieges am Quai d'Orsay die französische Propaganda nach USA. leitete. Auf die Frage von Laboulaye, ob von französischer Seite noch mehr geschehen solle, um für Frankreich in den Vereinigten Staaten Stimmung zu machen, antwortete Sumner Welles, daß dies an sich nicht nötig sei; erwünscht aber sei eine stärkere Einwirkung von französischer katholischer Seite auf die amerikanischen Iren, da das irische Element in den Vereinigten Staaten der Politik Roosevelts recht störend im Wege stehe.

Als am 10. Mai 1940 die deutsche Wehrmacht zum Endkampf gegen Frankreich antrat, war die amerikanische Hilfe noch ebenso fern wie am ersten Tage des Krieges. Die französische Regierung sandte, sobald sie — etwa um den 15. Mai

herum — den Ernst der Lage erkannte, über Bullitt einen dringenden Hilferuf nach Washington, aber es erfolgte nichts. Das vom deutschen Auswärtigen Amt herausgegebene Weißbuch Nr. 6, welches einen Teil der in La Charité gefundenen Geheimakten des französischen Generalstabes veröffentlicht, enthält als Dokument Nr. 61 das Protokoll des „Comité de Guerre" über seine Sitzung vom 25. Mai 1940, eine Sitzung, an der der Präsident der Republik, der Ministerpräsident Paul Reynaud, der Marschall Pétain als Vizepräsident des Ministerrats, der General Weygand und der Admiral Darlan teilnahmen. Der Schlußsatz des Sitzungsprotokolls lautet:

„M. Paul Reynaud a demandé à M. Bullitt sous quelle forme le Président Roosevelt espère pouvoir apporter à la France une aide décisive. Il n'a encore reçu aucune réponse précise à cette question posée il y a plus d'une semaine."

Und bei dieser rein platonischen Hilfsbereitschaft der Vereinigten Staaten blieb es bis zum Eintritt der französischen Katastrophe. Immer mehr häuften sich von Ende Mai und Anfang Juni ab die Hilferufe in der französischen Presse. Am 1. Juni schrieb der „Petit Bleu" unter dem Titel „Démocratie": „Il appartient aux Américains de parer le danger totalitaire, dirigé autant contre eux que contre les démocraties européennes." Und die Zeitung fügte deutlich hinzu: „Nous ne leur demandons pas d'entrer en guerre, nous ne leur demandons pas des troupes, mais nous leur demandons de donner sans retard aux alliés le moyen de sauver le monde, le monde entier!" Es nützte den Franzosen wenig, daß in ihrer furchtbaren Krise Amerika durch den damaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Mr. Pittman, am 1. Juni erklären ließ, er bewundere die französische Armee und verurteile die Hitlerschen Methoden, und es muß für die Franzosen in ihrer tiefen Sorge ein geringer Trost gewesen sein, am 2. Juni am Rundfunk zu erfahren, daß Mr. Henry Luce, der Herausgeber von „Time", „Life" und „Fortune", einen „appel vibrant" zugunsten sofortiger Hilfe der Vereinigten Staaten an Frankreich erlassen habe. Auch eine am 4. Juni gehaltene, haßsprühende Rede des damaligen Landwirtschaftsministers, des

heutigen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Henry Wallace, in der sofortige wirtschaftliche und militärische Bereitschaft und raschere Erzeugung von Geschützen, Munition, Flugzeugen, Tanks und Schiffen in USA. befürwortet wurde, half den Franzosen wenig, und die pompöse Ankündigung des Reuterbüros am 6. Juni, daß das erste Schiff des amerikanischen Roten Kreuzes mit einer Ladung medizinischer Produkte im Werte von einer halben Million Dollar „wahrscheinlich" am 14. Juni nach Frankreich auslaufen werde, mußte auf die französische Bevölkerung fast wie Hohn wirken. Und was sollte die sorgenerdrückte französische Regierung mit einer Havas-Meldung aus Washington vom 7. Juni anfangen, in der es hieß: „Die Bewegung zugunsten einer sofortigen materiellen Unterstützung für Frankreich ist weiter stark im Wachsen begriffen. Man ist sicher, daß der Kongreß und die Regierung nicht länger die Stimme des Volkes vernachlässigen können. Zahlreiche Projekte sind im Büro der Kammer und des Senats eingetroffen, um so bald wie möglich Flugzeuge und Kanonen an die Alliierten zu liefern. Auch zahlreiche Intellektuelle, die bisher als überzeugte Pazifisten betrachtet wurden, schließen sich diesen Wünschen an." Dabei hatten die deutschen Armeen bereits die Somme und die Aisne überschritten und waren in vollem Siegeslauf auf die Seine! Und welchen Trost konnte die Regierung in Paris aus den Pressenachrichten aus Washington vom gleichen Tage schöpfen, der Sekretär des Weißen Hauses habe erklärt, „die Botschafter in London und Paris telephonieren und telegraphieren uns täglich und fordern uns auf, alles zu tun, was wir können, um die Kriegsmaterialproduktion zu beschleunigen", wo doch den französischen Staatsmännern bekannt sein mußte, daß die Vereinigten Staaten nur Flugzeuge und veraltetes Gerät zusammensuchten, um den Anschein zu erwecken, als ob Amerika den Franzosen Hilfe bringen könnte! Was aber tat Herr Bullitt? Er begab sich am 9. Juni zu einer Feier nach Domrémy, hielt dort vor der Statue der Jeanne d'Arc eine fanatische Rede, in der er vom Triumph der „forces spirituelles" über die „forces du satanisme" und von dem Gegensatz zwischen dem Recht, der Gerechtigkeit und den „vertus chrétiennes" einerseits und dem Unrecht, der Grausamkeit und der „bestialité" andererseits

sprach, in der er behauptete, daß der Eroberer Männer, Frauen und Kinder töte („L'envahisseur tue hommes, femmes, enfants") und die er mit der Bitte an die Jungfrau von Orléans schloß: „Sainte Jeanne, mène à la victoire." Zum Schluß der Feier legte der Botschafter im Namen des Präsidenten Roosevelt eine weiße Rose am Fuß der Statue der Heiligen nieder, und der Minister Louis Marin sprach in einer Rede dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem amerikanischen Volke seine Hochachtung aus. Wenige Tage nach dieser rührenden Szene trugen sich die Offiziere und Männer der deutschen Panzerkorps in das Fremdenbuch in Domrémy unmittelbar hinter dem Namen von Bullitt ein, und gleichfalls wenige Tage nach seiner flammenden Rede stand Bullitt in Paris im Vorzimmer des deutschen Militärgouverneurs, um ihm seine Aufwartung zu machen! Auch Präsident Roosevelt hatte am 10. Juni in einer Rede in Charlottesville in Virginia vom Kampf der Friedliebenden gegen die Friedensstörer gesprochen, hatte zu rascher Erschließung der amerikanischen Hilfsquellen aufgefordert, hatte aber den zusammenbrechenden Franzosen nur mitteilen können, daß „Amerikas Gebete und Hoffnungen zu Denjenigen jenseits der Meere gehen, die mit herrlichem Kampfesmut für die Freiheit kämpfen".

In der Nacht vom 13. zum 14. Juni, am Vorabend des Falles von Paris, richtete der französische Ministerpräsident Reynaud in einer Rundfunkansprache einen verzweifelten Hilferuf an das amerikanische Volk, den er seinen „letzten Appell" an die Vereinigten Staaten nannte. Er hatte sich, wie wir aus der Unterhausrede Churchills vom 25. Juni 1940 wissen, zu diesem Schritt nach einer Besprechung, die mit dem englischen Ministerpräsidenten sowie mit Halifax und Beaverbrook am 13. Juni auf französischem Boden stattfand, entschlossen, nachdem ihm von den englischen Staatsmännern geraten worden war, die französische Regierung möge, bevor sie sich über die weitere Fortführung des Krieges schlüssig werde, an die Vereinigten Staaten appellieren. Aber das Echo in Amerika war völlig negativ. Zwar meldeten die Zeitungen und Rundfunksender am nächsten Tage aus USA., daß der Appell Reynauds überall im amerikanischen Volke Rührung und tiefe Bewegung hervorgerufen habe, fügten

aber sofort hinzu, daß auch diejenigen Amerikaner, die sich am eifrigsten dafür einsetzten, Frankreich Hilfe zu leisten, zugeben müßten, daß im Augenblick eine weitere Hilfe unmöglich sei. Die gleiche Aufnahme fand Reynauds Appell in den Kreisen des Kongresses in Washington. Man sei, so meldete Reuter am 14. Juni, sehr bewegt, aber die Washingtoner Sympathie für Frankreich sei mit einem Gefühl der Ohnmacht verknüpft; Sol Bloom, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, stellte mit Bedauern fest, Amerika könne bei aller Sympathie für Frankreich unmöglich mehr tun. Das Weiße Haus ließ am 14. Juni erklären, man habe mit aufrichtiger Sympathie den Aufruf des französischen Ministerpräsidenten gehört, aber alles, was nur irgend möglich sei, werde schon jetzt getan („everything possible is being done"). Und diese negative Antwort erfolgte, obwohl schon am 12. Juni ein Telegramm von Bullitt beim Präsidenten eingegangen war, daß nur die Person von Reynaud einem Sonderfrieden im Wege stehe, während die französische Heeresleitung den Abschluß eines rechtzeitigen Waffenstillstandes empfehle. Mrs. Roosevelt erklärte, die Vereinigten Staaten könnten, selbst wenn sie es wollten, in dem europäischen Krieg nicht intervenieren, da sie gegenwärtig nicht die Möglichkeit hätten, eine Armee auszurüsten und sie über den Ozean zu entsenden.

Und nun hub der Schlußakt des französischen Dramas an. In Beantwortung des Reynaudschen Appells antwortete Roosevelt am 15. Juni mit folgendem Telegramm:

„Ich sende Ihnen diese Antwort auf Ihre Botschaft von gestern, von der ich sicher bin, daß Sie sich vorstellen werden, daß sie auf das ernsteste und freundschaftlichste von uns geprüft wurde. Zuallererst lassen Sie mich wiederholen, mit welcher immer wachsenden Bewunderung das amerikanische Volk und seine Regierung die glänzende Tapferkeit betrachten, mit der die französischen Armeen den Eindringlingen auf französischem Boden widerstehen. Ich wünsche auch auf das nachdrücklichste zu wiederholen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten jede unter den gegenwärtigen Umständen nur mögliche Anstrengung gemacht hat, daß die alliierten Armeen in den vergangenen Wochen Flugzeuge,

Artillerie und Munition vieler Arten erhalten konnten, und daß diese Regierung, solange die alliierten Regierungen ihren Widerstand fortsetzen, ihre Bemühungen in dieser Richtung verdoppeln wird. Ich glaube, es ist möglich zu sagen, daß jede Woche, die kommen wird, noch mehr Kriegsmaterial auf seinem Weg zu den alliierten Nationen sehen wird. Im Einklang mit ihrer Politik, die Ergebnisse der Eroberung, die durch militärische Aggression erfolgte, nicht anzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten die Gültigkeit irgendwelcher Versuche, gewaltsam die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit Frankreichs zu beschränken, nicht anerkennen. In diesen Stunden, die dem französischen Volk und Ihnen selbst das Herz zerreißen, übermittle ich Ihnen die Versicherung meiner äußersten Sympathie. Ich kann Ihnen ferner versichern, daß, solange wie das französische Volk seinen Verteidigungskampf für seine Freiheit fortsetzt, die den Ursprung aller demokratischen Einrichtungen in der ganzen Welt darstellt, es gewiß sein kann, daß Kriegsmaterial und Zufuhren in immer wachsender Zahl und Art von den Vereinigten Staaten geschickt werden.

Ich weiß, daß Sie verstehen werden, daß diese Feststellungen keinerlei militärische Verpflichtungen zur Folge haben können. Der Kongreß allein kann solche Verpflichtungen übernehmen."

(Nachstehend der englische Wortlaut des Hauptteils der Roosevelt-Antwort):

„First of all let me reiterate the ever increasing admiration with which the American people and their Gouvernment are viewing the resplendent courage with which the French armies are resisting the invaders on French soil. I wish also to reiterate in the most emphatic terms that making every possible effort under present conditions the Government of the United States has made it possible for the Allied Armies to obtain during the weeks that have just passed aeroplanes, artillery and munitions of many kinds, and that this Government, so long as the Allied Governments continue to resist, will redouble its efforts in this direction.

I believe that it is possible to say that every week that goes by will see additional material on its way to the Allied Nations.

In accordance with its policy not to recognize the results of conquest of territory acquired through aggression, the Government of the United States will not consider as valid any attemps to infringe by force the independence and territorial integrity of France. In these hours, which are so heartrending for the French people and yourself, I send you assurance of my utmost sympathy and can further assure you that so long as the French people continue in the defense of their liberty, which constitutes the cause of popular institutions throughout the World, so long you may rest assured that material suplies will be sent to them from the United States in ever increasing quantities and kinds.

I know that you will understand that these statements carry with them no implication of military commitments which can be made only by Congress."

Am Sonntag, dem 16. Juni, teilte der französische Rundfunk mit, daß die französische Regierung im Besitze der Antwort Roosevelts auf den letzten Appell Reynauds sei, daß der Wortlaut der Antwort aber noch nicht veröffentlicht werde. Bisher sei nur vom Ministerrat amtlich erklärt worden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht habe, ihre Politik der direkten „assistance" für die Alliierten beizubehalten und diesen Beistand bis zum Maximum der amerikanischen Hilfsquellen zu entfalten, jedoch für den Augenblick unter Ausschluß jeder Kriegserklärung an Deutschland. Im Laufe des Abends werde der Ministerrat in Bordeaux, der schon während des ganzen Vormittags getagt habe, erneut zusammentreten, um über die Antwort Roosevelts zu beraten und festzustellen, welchen Einfluß diese Botschaft des amerikanischen Präsidenten auf die Entschließungen der französischen Regierung habe. An den Beratungen des Ministerrats nehme auch der Marschall Pétain teil: General Weygand und Admiral Darlan hielten sich zur Verfügung, um, wenn nötig, befragt zu werden.

Wir wissen, wie die Beratungen an jenem Sonntag in Bordeaux ausgingen. Sie endeten mit dem Rücktritt Reynauds, trotzdem Reynaud selbst, seine politischen Freunde und englische Sendlinge alles versuchten, um den Sturz der Regierung zu verhindern. Die neue Regierung wurde von Marschall Pétain gebildet, und sein erster Schritt bestand in der Erklärung, „daß Frankreich den Kampf aufgeben müsse und daß er sich an die Gegner wenden werde, um sie zu fragen, ob sie bereit seien, mit ihm unter Soldaten und auf ehrenvoller Grundlage über die Möglichkeit der Beendigung der Feindseligkeiten zu verhandeln".

Entscheidend für diesen Entschluß der neuen französischen Regierung war die in den letzten Wochen und Tagen gewonnene Erkenntnis, daß Frankreich von England, das nur noch an die Verteidigung seiner Insel dachte und am Kampfe auf französischem Boden gar nicht mehr teilnahm, mangelhaft unterstützt wurde, und daß die Vereinigten Staaten Frankreich im Stiche ließen. Die beiden Schlußsätze in Roosevelts Antwort an Reynaud: „Ich weiß, daß Sie verstehen werden, daß diese Feststellungen keinerlei militärische Verpflichtungen zur Folge haben. Der Kongreß allein kann solche Verpflichtungen übernehmen", waren entscheidend. In der Tat, die Franzosen verstanden. Sie verstanden, daß Roosevelt lediglich mit leeren Versprechungen und Gesten Frankreich Mut machen wollte, damit es den Krieg mit allen seinen Zerstörungen und Menschenverlusten fortsetzte. Sie verstanden, daß den amerikanischen Präsidenten weder die Vernichtung der französischen Dörfer und Städte noch der Tod oder die Verstümmelung französischer Soldaten bekümmerte, wenn nur der Kampf gegen Deutschland weiterging! Sie verstanden vor allem, daß hier zum zweitenmal innerhalb von zwanzig Jahren Frankreich von Amerika im Stich gelassen wurde, nachdem es durch amerikanische Präsidenten irregeführt worden war; 1920 durch Wilson, der den Vertrag von Versailles verhandelte und unterzeichnete, seine Ratifikation aber nicht durchsetzen konnte, 1940 durch Roosevelt, der ununterbrochen zum Widerstand gegen Deutschland aufgefordert hatte, nun aber, da der furchtbare Krieg Frankreich überflutete, sich auf vage Zusagen zu künftigen

Waffenlieferungen sowie auf die Übermittlung von platonischen Sympathie-Erklärungen und frommen Gebeten beschränkte. Die Franzosen verstanden. Und indem sie die Antwortbotschaft des Weißen Hauses an Reynaud unbeachtet ließen und über sie zur Tagesordnung übergingen, brachten sie der anmaßenden und frivolen Einmischungspolitik Roosevelts in Europa eine entscheidende Niederlage bei.

III. Nach dem Waffenstillstand

Die Wirkung der Nachrichten aus Bordeaux auf die Vereinigten Staaten war ungeheuer. Die Mehrheit des amerikanischen Volkes sah ein, daß Frankreich keinen anderen Ausweg hatte und daß es von vornherein für die Vereinigten Staaten richtiger gewesen wäre, sich nicht in die europäischen Dinge einzumischen, sondern sich auf die Probleme Amerikas zu konzentrieren. Einige Stimmen (z. B. die „Washington Post" vom 19. Juni) wagten es sogar, die Schuldfrage — wenn auch nur schüchtern — aufzuwerfen und fragten, ob nicht die amerikanische Regierung mit ihren früheren Zusagen Frankreich irregeführt habe; die Journalisten O'Donnell und Fleeson schrieben in „Washington Times Herald", Bullitt befinde sich in Paris in Gefahr, da die Pariser Arbeiter, die stets gegen den Krieg gewesen seien, ihm vorwürfen, daß er zum Kriege gehetzt habe.

Aber die amerikanische Regierung nahm eine ganz andere Haltung ein. Sie empfand kein Gefühl von Schuld und betrachtete die Bitte des Marschalls Pétain um Waffenstillstand als eine Art persönlicher Beleidigung. Was fiel den Franzosen ein? Wie kamen sie dazu, ohne Erlaubnis des amerikanischen Präsidenten aus dem Kampfe gegen den Hitlerismus auszuscheiden? Die erste Maßnahme, die Roosevelt ergriff, und zwar sofort am 17. Juni, war die Sperrung aller in den Vereinigten Staaten befindlichen Vermögenswerte der französischen Regierung und der französischen Staatsangehörigen; hierdurch wurden Werte von etwa einer Milliarde Dollar betroffen. Aber die wichtigste Frage, die sich stellte, war die Frage, ob die amerikanische Regierung noch weiter mit der Regierung Pétain, die inzwischen nach Vichy übergesiedelt war, in Beziehungen bleiben, oder ob

sie das am 22. Juni in London von dem französischen General de Gaulle gebildete „Französische National-Komitee" anerkennen sollte. Die britische Regierung hatte am 23. Juni die Beziehungen zur Regierung Pétain, die sie nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrags mit Deutschland nicht mehr als eine souveräne französische Regierung betrachten könne, abgebrochen und hatte in einer Verlautbarung erklärt, „that they will recognize such a provisional French National Committee and will deal with them in all matters concerning the prosecution of the war, so long as that Committee continues to represent all French elements resolved to fight the common ennemy". Schon verkündete London am 24. Juni durch den Rundfunk triumphierend, es sei unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten mit einer französischen Regierung, die „unter deutscher Herrschaft eingesetzt sei", zusammenarbeiten würden, und gleichzeitig veröffentlichte London Berichte über die angeblich feste Entschlossenheit der französischen Kolonialverwaltungen und der Nahost-Armee, den Krieg an Englands Seite weiterzuführen. Schon meldeten New Yorker Sender, daß Reynaud, Blum, Delbos und Herriot ein national-französisches Komitee gründen würden, das sich in einer französischen Besitzung niederlassen und dort im Namen des französischen Imperiums amtieren werde. Aber Washington machte nicht mit. Staatssekretär Hull dementierte am 25. Juni die Gerüchte über einen bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur französischen Regierung und erklärte, man beabsichtige nicht, die von de Gaulle ins Leben gerufene Bewegung anzuerkennen; Botschafter Bullitt werde bis auf weiteres in Frankreich bleiben.

Was war der Grund für diese amerikanische Haltung, die bis zum heutigen Tage unverändert geblieben ist? Warum nahm Washington, trotz seines unverhüllten Grolls gegen die neuen Männer in Frankreich, eine von der englischen Stellungnahme abweichende Haltung ein?

Daß diese amerikanische Haltung nicht durch irgendwelche Sympathie für die neue französische Regierung oder durch den Wunsch, dem gefallenen Freunde zu helfen und konstruktiv zu seinem Wiederaufstieg beizutragen, diktiert wurde und diktiert wird, steht nach allem, was inzwischen auf diesem Gebiet be-

obachtet werden konnte, unzweifelhaft fest. Die Sympathien des Weißen Hauses wie der gesamten Kriegspartei in den Vereinigten Staaten sind nicht bei den Männern von Vichy, für deren schwierige Lage bei der amerikanischen Regierung und bei der amerikanischen Presse nur wenig Verständnis vorhanden ist, von deren Persönlichkeiten die amerikanischen Zeitungen durchweg in recht geringschätziger Weise sprechen, und mit denen die Regierung in Washington in ihren öffentlichen Erklärungen in einem Tone zu reden pflegt, wie er im Verkehr zwischen Regierungen nicht üblich ist oder jedenfalls früher, bevor die neuen Washingtoner Manieren eingeführt wurden, nicht üblich war. Nein, im Prinzip stand man in Washington von Anfang an und steht auch heute auf dem gleichen Standpunkt, der in London eingenommen wird: Jeder, der gegen Deutschland kämpft — und sei es auch der Bolschewik —, ist Freund, jeder, der sich vom Kampfe fernhält, wird mit Mißtrauen beobachtet, und jeder, der mit Deutschland zusammenarbeitet, ist Feind. Wie verständnislos und ablehnend die amerikanische Regierung und ein Teil der amerikanischen öffentlichen Meinung Frankreich nach dem Waffenstillstand gegenüberstand, zeigte sich schon bei der Beschießung von Oran durch die britische Flotte am 3. Juli 1940; obwohl aus den Waffenstillstandsbedingungen klar hervorging, daß Deutschland seine Hand nicht auf die französische Flotte zu legen beabsichtige, und obwohl daher nicht damit zu rechnen war, daß die französischen Schiffe gegen England eingesetzt würden, fand es die amerikanische Regierung und ein großer Teil der amerikanischen Presse vollkommen in der Ordnung, daß die Engländer sich vor Oran legten, die französischen Kriegsschiffe, die auf keinen Kampf vorbereitet waren, zusammenschossen und Hunderte von Franzosen töteten; der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Senator Pittman, beglückwünschte England in einer besonderen Erklärung zu dieser Aktion! Das gleiche wiederholte sich, als wenige Monate später der Überfall auf Dakar stattfand, an dem die amerikanische Presse nur beanstandete, daß er ungenügend vorbereitet gewesen und daher gescheitert sei. Und so war bis auf den heutigen Tag stets zu beobachten: Gleichviel ob es sich um die französischen Be-

sitzungen in Afrika, oder um Syrien, oder um Martinique, oder um die französischen Guthaben in USA., oder um die französischen Schiffe in den amerikanischen Häfen, oder um irgendwelche Schwierigkeiten der französischen Regierung in Frankreich selbst (z. B. Lebensmittelknappheit) handelte — von irgendwelcher Sympathie der amerikanischen Regierung oder gar von einer Hilfsbereitschaft für den durch amerikanische Schuld in Not geratenen früheren Freund war keine Rede. Nein, der Grund für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen der amerikanischen Regierung und der Regierung in Vichy war nicht Sympathie oder gar Hilfsbereitschaft, sondern ausschließlich das Bestreben, an Ort und Stelle zu sein, aufzupassen, was in Frankreich geschieht, und in jeder Weise zu verhindern, daß irgendwie über die unvermeidlichen Notwendigkeiten des Waffenstillstandsvertrages hinaus eine Zusammenarbeit zwischen der Regierung in Vichy und der deutschen Regierung erfolge. Wenn Washington den Abbruch der Beziehungen zu Vichy Ende Juni 1940 und später unterließ, so geschah dies lediglich aus dem Bestreben heraus, nichts zu tun, was Frankreich in ein enges Zusammengehen mit Deutschland oder gar in ein militärisches Bündnis mit Deutschland treiben konnte. Also auch nach dem Zusammenbruch Frankreichs die alte Rooseveltsche Politik, keinen Frieden und Ausgleich auf dem europäischen Kontinent aufkommen zu lassen, sondern — nach bewährtem englischen Rezept — jede Verständigung, oder wie es in Washington verächtlich heißt, jedes „appeasement", in Europa zu sabotieren. In der öffentlichen Erklärung Roosevelts vom 15. Mai 1941 ist diese Politik klar ausgesprochen worden. Die Erklärung lautete:

„Die Politik der amerikanischen Regierung in ihren Beziehungen zur französischen Republik beruht auf den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags zwischen Deutschland und Frankreich und auf der Anerkennung gewisser klarer Beschränkungen, die durch diesen Waffenstillstand der französischen Regierung auferlegt wurden. Ferner sind uns vom französischen Staatsoberhaupt im Namen der französischen Regierung Zusicherungen („assurances") gegeben worden, daß sie keiner Zusammenarbeit mit Deutsch-

land zustimmen werde, welche über die Erfordernisse dieses Waffenstillstandsvertrags hinausgehen würde. Dies war das mindeste, was von einem Frankreich erwartet werden konnte, das Respekt für seine Integrität verlangte. Das französische Volk, welches immer noch Ideale von Freiheit und freien Einrichtungen hegt und die Liebe zu diesem unschätzbaren Besitz in seinem Herzen und in seinem Sinne bewahrt, wird — darauf kann vertraut werden — für diese Grundsätze aushalten, bis der Augenblick für ihre Wiederherstellung kommt. Es ist nicht vorstellbar, daß das französische Volk ein Übereinkommen für sogenannte „collaboration" gutwillig hinnehmen wird, welches in Wirklichkeit das Bündnis mit einer Militärmacht bedeuten würde, deren zentrale und fundamentale Politik überall die Zerstörung von Freiheit und demokratischen Einrichtungen heischt. Das Volk der Vereinigten Staaten kann kaum glauben, daß die gegenwärtige Regierung von Frankreich dazu gebracht werden könnte, sich dazu herzugeben, freiwillig ein Bündnis dieser Art abzuschließen, welches offenbar Frankreich und sein Kolonialreich, einschließlich der französischen Besitzungen in Afrika, preisgeben und dadurch Gefahren für den Frieden und die Sicherheit der westlichen Hemisphäre heraufbeschwören würde."

Hier ist in wenigen Sätzen das ganze Rooseveltsche Programm gegenüber dem heutigen Frankreich mit zynischer Offenheit dargelegt. Der Ton liegt auf der im Schlußsatz ausgesprochenen, kaum verhüllten Warnung, daß bei engerer Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland, besonders in den französisch-afrikanischen Gebieten, die westliche Hemisphäre sich bedroht fühlen und sich — das wird in dieser Erklärung nicht ausdrücklich gesagt, ist aber in zahlreichen anderen amtlichen und nichtamtlichen amerikanischen Verlautbarungen deutlich zum Ausdruck gekommen — zu entsprechenden Maßnahmen gegen Frankreich gezwungen sehen würde. Das ist des Pudels Kern. Nicht die Wiederherstellung der französischen „freiheitlichen" Institutionen ist es, um die man sich in Washington in so rührender und dabei so anmaßender Weise sorgt, sondern es ist die Frage des französischen Kolonialbesitzes, von

dem ohne jeden Beweis behauptet wird, daß er eine Bedrohung für die westliche Hemisphäre darstellen würde, falls Vichy in diesen Gebieten mit der deutschen Regierung enger zusammenarbeite, als der Waffenstillstandsvertrag es vorsehe.

In der Tat bestand erstaunlicherweise die akuteste Sorge des Präsidenten Roosevelt unmittelbar nach dem militärischen Zusammenbruch Frankreichs darin, daß Deutschland nunmehr versuchen könnte, mit Hilfe der französischen Flotte auf den französischen Besitzungen in Amerika, auf St. Pierre Miquelon, auf Martinique und in Französisch-Guyana, Fuß zu fassen und hier deutsche Stützpunkte zu errichten. Ob diese Sorge ehrlich oder ob sie nur ein Vorwand war, um von seiten Amerikas gegen die französischen Besitzungen in der westlichen Hemisphäre vorzustoßen und sie unter amerikanische Botmäßigkeit zu bringen, kann dahingestellt bleiben; die Tatsache, daß im Wortlaut des Waffenstillstandsvertrags von derartigen deutschen Absichten keine Rede war und daß in der seitdem verflossenen Zeit nie ein Versuch von deutscher Seite gemacht wurde, solche angeblichen Pläne in die Tat umzusetzen, die Tatsache andererseits, daß von amerikanischen Politikern und Zeitungen die Frage der Besetzung von Martinique durch amerikanische Streitkräfte immer wieder erörtert wird, spricht dafür, daß es sich bei den Besorgnissen in Washington mehr um einen Vorwand als um eine ehrliche Sorge handelt. Der amerikanische Admiral Greenslade hat es am 29. Januar 1941 in New York deutlich durchblicken lassen, daß es die Vereinigten Staaten nach dem Besitz von Martinique gelüstet, als er erklärte: „Die Errichtung eines USA.-Flottenstützpunktes auf Martinique ist gegenwärtig keine dringliche Frage, es ist jedoch zu hoffen, daß der Tag kommt, an dem ein freies Frankreich sich bereitfinden wird, den Vereinigten Staaten in der Martinique-Frage entgegenzukommen."

Und was für Martinique gilt, gilt ebenso für Dakar. Auch von Dakar ist in der amerikanischen Öffentlichkeit seit dem Zusammenbruch Frankreichs ständig die Rede, und zwar in dem Sinne, daß Deutschland in teuflischer Ausnutzung der Schwäche und Nachgiebigkeit von Vichy jeden Augenblick in Dakar auftreten könne, um sich dort festzusetzen, um entweder von diesem neuen Stützpunkte aus den U-Boot-Krieg im Atlantik in

verstärktem Maße durchzuführen oder gar über die Enge des Südatlantik nach Brasilien und damit nach der westlichen Hemisphäre vorzustoßen. Fast kein Tag vergeht, ohne daß in Reden und in Zeitungsartikeln in USA. von der unmittelbar bevorstehenden Festsetzung der Deutschen in Dakar gesprochen wird, meistens im Zusammenhang mit phantastischen Meldungen über das angebliche Erscheinen von Tausenden von Deutschen in Marokko oder im Senegal, von riesigen militärischen Vorbereitungen in Westafrika, vom Bau der Transsaharabahn und ähnlichen Dingen. Und alle diese amerikanischen Betrachtungen und Emotionen über Dakar münden dann gewöhnlich in die Forderung aus, Amerika müsse den Deutschen zuvorkommen und Dakar so rasch wie möglich präventiv selbst besetzen, um den Schlüssel zum Tor des Südatlantik nicht in „feindliche" Hände fallen zu lassen. Daß selbst Roosevelt sich öffentlich an solchen Spekulationen beteiligt, hierdurch die durch nichts begründete Panik in den Vereinigten Staaten erhöht und die Stimmung für eine amerikanische Aggression nach Afrika hinüber reif zu machen sucht, ergibt sich aus mehreren seiner Äußerungen und Reden, u. a. aus seiner großen Rede vom 27. Mai 1941. Wenn die amerikanische Regierung bisher von der Durchführung eines solchen Unternehmens abgesehen hat, so ist das auf militärische Gründe (Bedenken der amerikanischen Wehrmacht gegen eine so riskante Aktion) und auf politische Momente (Unbehagen in Lateinamerika über eine Festsetzung der USA. auf der Ostseite der Atlantik-Enge) zurückzuführen. Sollten aber diese Hemmungen einmal nicht mehr bestehen und sollte Roosevelt glauben, daß er mit keinem ernsthaften Widerstand der Franzosen zu rechnen hat, so wird man auf einen derartigen Vorstoß gefaßt sein müssen; Rücksichten auf Frankreich, völkerrechtliche oder moralische Hinderungsgründe, dürften dann, trotz aller Reden über „international law and order" kaum eine Rolle spielen. Inzwischen wird der Boden in Französisch-Nordafrika, Westafrika und Äquatorial-Afrika von Washington aus bereits sorgfältig aufgelockert. Der amerikanische Botschaftsrat Murphy befindet sich seit Dezember 1940 auf sogenannten Inspektionsreisen in Algier und Marokko, reist zwischen den Hauptquartieren der Generale Weygand und Noguès hin und

her und hält — wie man in der amerikanischen Indianersprache zu sagen pflegt — sein Ohr „on the ground", um jede Bewegung wahrzunehmen, die hier erkennbar werden könnte. Washington hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, Weygand oder Noguès oder beide von Vichy loslösen und dadurch den so sehr gefürchteten deutschen Einfluß auf das französische Gebiet in Nordwestafrika ausschalten zu können. Immer wieder ergehen sich amerikanische Senatoren, Abgeordnete und Journalisten ungeniert in Betrachtungen, wie schön es wäre, wenn Weygand sich von Pétain lossagte, und wie bedauerlich es sei, daß dies bisher trotz aller amerikanischen Bemühungen noch nicht gelungen sei. Das amerikanische Generalkonsulat in Tanger hat ähnliche Aufgaben wie Murphy, Propaganda gegen Deutschland und gegen Vichy, Sondierung und Förderung aller Strömungen, die in diesem Sinne ausgenutzt werden könnten und die Durchführung eines Nachrichtendienstes über alles, was sich politisch und militärisch in Nordwestafrika ereignet; daß dieser konsularischen Behörde sogar ein Militärattaché beigegeben ist, ist ein besonders aufschlußreiches Kuriosum. In Casablanca ist ein amerikanisches Generalkonsulat mit einem Generalkonsul und dreizehn höheren Beamten tätig, die ähnliche Funktionen haben wie das Generalkonsulat in Tanger. Weiter südlich stoßen wir auf das amerikanische Konsulat in Dakar und dann auf die verschiedenen amerikanischen Vertretungsbehörden in Liberia, Freetown usw.; überall Horchposten und Propagandastellen, die mit eigentlicher konsularischer Tätigkeit wenig zu tun haben. Gleichzeitig werden von Amerika, und zwar von Panamerican Airways, Luftverkehrslinien nach Westafrika (Bolama in Portugiesisch-Guinea und Bathurst) entwickelt, von denen ein Teil durch Äquatorialafrika weitergeführt ist und sich mit der Beförderung von Kriegsmaterial, Flugzeugen, Piloten usw. für die britischen Kampffronten in Ägypten und im vorderen Orient befaßt. Soweit die in Frage kommenden Gebiete Äquatorialafrikas unter de-Gaulle-Kontrolle stehen, wird von amerikanischer Seite mit den de-Gaulle-Beamten und -Offizieren zusammengearbeitet, eine Kollaboration, die kürzlich nicht nur in der Schenkung eines besonders wilden Gorillas durch den General de Larminat an Roose-

velt — leider starb der Sendling, bevor er das Weiße Haus erreichte — sondern in der zunächst streng geheim gehaltenen Entsendung einer amerikanischen Militärmission unter Oberst Cunningham ihren Ausdruck fand. Die Mission reiste am 19. August 1941 aus Amerika ab und traf am 4. Oktober in Pointe Noire ein; ihr ist der Legationssekretär Lawrence Taylor, der früher bei der Botschaft in Paris war, als Vertreter des State Departments beigegeben. In diesem Zusammenhang ist die Erklärung des Staatssekretärs Hull in der Pressekonferenz vom 5. September 1941 über die Beziehungen der amerikanischen Regierung zum General de Gaulle von Interesse. Auf die Frage eines Journalisten, ob die „freien" französischen Streitkräfte im Rahmen des amerikanischen Pacht-Leihgesetzes Unterstützung erhalten würden, erwiderte Herr Hull, er habe bereits vor einigen Wochen erklärt, daß die Vereinigten Staaten in jeder Hinsicht außerordentlich freundschaftliche Beziehungen zu der Gruppe de Gaulle pflegten. Herr Hull erklärte ferner, daß die Vereinigten Staaten mit den Streitkräften des „freien" Frankreich — soweit es die augenblickliche Lage erlaubte — einen durchaus normalen Handelsverkehr aufrechterhielten.

Im Rahmen dieser Darlegungen würde es zu weit führen, die ganze Entwicklung der Rooseveltschen Politik gegenüber Frankreich im Laufe der fünfzehn Monate seit dem Waffenstillstand im einzelnen darzulegen. Das Grundsätzliche ist in Vorstehendem gesagt. Das amerikanische Ziel ist, nicht Vichy zu helfen, sondern es zu beobachten, insbesondere jede Regung der engeren Zusammenarbeit mit Deutschland zu erspähen und wenn möglich, sie durch Warnungen oder Drohung zu ersticken. Die Tätigkeit des amerikanischen Botschafters in Vichy, des Admirals Leahy, der sich seit Anfang Januar 1941, als Nachfolger Bullitts, auf seinem Posten befindet, besteht darin, die in Montoire zwischen dem Führer und dem Marschall Pétain festgelegte Politik der Zusammenarbeit nach Möglichkeit zu erschweren. Leahy wurde von Roosevelt für die Aufgabe in Vichy ausersehen, weil Bullitt abgewirtschaftet hatte und der Präsident sich von diesem angesehenen alten Offizier Einfluß auf den Marschall Pétain und auf den Admiral Darlan erhoffte. Die Taktik, welche von der amerikanischen Politik gegenüber Vichy angewandt wird,

ist ziemlich primitiv und besteht einerseits in einem Ködern mit Lebensmittelsendungen für das unbesetzte Frankreich (Lebensmittel für das besetzte Frankreich kommen nicht in Frage, die Ernährung der Körper dieser Millionen Franzosen, um deren freiheitliche Seele Herr Roosevelt so besorgt ist, ist der amerikanischen Regierung Hekuba) und mit gewissen Rohstoff-Lieferungen für Nord- und Nordwestafrika, andererseits in einem mehr oder weniger deutlichen Drohen mit Zwangsmaßnahmen gegen die französischen Schiffe in amerikanischen Häfen, mit Aktionen gegen Martinique, Dakar usw. und letzten Endes mit dem Abbruch der Beziehungen und der Anerkennung de Gaulles. Eine Politik der Wechsel-Duschen, bald warm bald kalt, bald freundlich als Spender von Vitaminen (von denen bisher übrigens nur ganz geringe Mengen nach Frankreich gelangt sind), bald unfreundlich mit drohend erhobenem Zeigefinger. Zeigt sich in Vichy das geringste Anzeichen einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland, so gerät Herr Leahy in Bewegung, und von Washington aus ertönt in Presse und häufig auch in Regierungsverlautbarungen eine Kanonade von Vorwürfen, Warnungen und Drohungen. Und dieses Eingreifen beschränkt sich nicht nur auf die Frage der „collaboration" zwischen Vichy und Deutschland, in der die amerikanische Regierung bekanntlich in Anspruch nimmt, daß s i e ein Recht habe, darüber zu wachen, daß der Waffenstillstandsvertrag — an dem sie überhaupt nicht beteiligt war — nicht überschritten werde, sondern es erstreckt sich auch auf andere Fragen, die mit Deutschland nichts zu tun haben. Wenn die französische Regierung mit der japanischen ein Abkommen über Indochina schließt und den Japanern die Benutzung indochinesischer Häfen und Stützpunkte gestattet, oder wenn die französische Armee in Syrien sich gegen einen Angriff englischer und de Gaullistischer Truppen zur Wehr setzt, oder wenn die Regierung in Vichy innerpolitische und organisatorische Maßnahmen ergreift, z. B. in der Freimaurer- oder der Judenfrage Regelungen trifft, — sofort glaubt Washington sich hierzu in schulmeisterlichem Tone äußern zu müssen, entweder durch eine Erklärung des Weißen Hauses bzw. des State Departments oder durch eine Anfrage von Leahy. Wer alle Demarchen des amerikanischen Bot-

schafters in Vichy und alle pompösen Verlautbarungen von Roosevelt, Hull und Sumner Welles an die Adresse der französischen Regierung aus den letzten zehn Monaten registrieren wollte, würde eine lange Liste aufzuzeichnen haben. Und wenn man außerdem noch alle Eröffnungen notieren wollte, die der französische Botschafter Henry Haye im State Department in Washington Woche für Woche über sich ergehen lassen muß, so würde die Liste noch länger werden. Offenbar glauben die amerikanischen Hähne, daß ohne ihr Krähen die französische Sonne nicht mehr aufgehen darf. Die Frage ist nur, wie lange der gallische Chante-Cler sich dieses Krähen noch anhören wird.

DIE VEREINIGTEN STAATEN UND JAPAN

Ein Rückblick

(Veröffentlicht in den Monatsheften für Auswärtige Politik, Januar/Februar-Heft 1942.)

Als am Morgen des 7. Dezember 1941 japanische Bombenflugzeuge über Pearl Harbour erschienen, die dortigen Flugplätze und Flugzeughallen schwer beschädigten und gemeinsam mit japanischen Unterseebooten einen großen Teil der im Hafen liegenden amerikanischen Schlachtflotte versenkten, soll der Rundfunksprecher im benachbarten Honolulu, der die Vorgänge beobachtete und darüber laufend am Mikrophon berichtete, seine mit erregter Stimme vorgetragene Reportage immer wieder durch die erstaunten Ausrufe unterbrochen haben: „But, this is war! It's war!" Aber das ist ja Krieg! Es ist Krieg!

Wir können die Aufregung des amerikanischen Radiomannes durchaus verstehen, war er doch Augenzeuge eines umwälzenden Ereignisses, von dem er mit dem jungen Goethe am Abend der Schlacht von Valmy hätte sagen können: „Von hier aus und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabeigewesen." Was wir aber nicht recht begreifen, ist das Erstaunen des Amerikaners. Konnte er sich wirklich darüber wundern, daß Japan zuschlug, endlich zuschlug? Konnte es ihn wirklich überraschen, daß nach fast einem halben Jahrhundert nahezu ununterbrochener amerikanischer Einmischung in den westpazifischen und ostasiatischen Raum und feindseliger, provozierender Politik Amerikas gegen die führende Macht Ostasien, Nippons Geduld am Ende war und es den Einkreisungsring zu zerschmettern suchte, den die Vereinigten Staaten unermüdlich und immer stärker gegen Japan zu schmieden getrachtet hatten?

Vielleicht kann uns ein Rückblick auf die Entwicklung der amerikanisch-japanischen Beziehungen im letzten halben Jahrhundert die Antwort auf diese Fragen geben. Wer hat wen be-

droht? Hat Japan in den amerikanischen Raum hinübergegriffen oder haben die Vereinigten Staaten sich in die ostasiatischen Dinge eingemischt? Hat Japan die Existenz der USA. bedroht oder haben die USA. eine Politik getrieben, welche an die Wurzeln der Existenz Japans rührte?

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Ländern Ostasiens, vor allem China und Japan, umfassen einen Zeitraum, der sich über die letzten hundert Jahre erstreckt. Und selbst wenn man nicht bis zum Jahre 1842 zurückgehen will, als der chinesische Gouverneur von Kanton dem amerikanischen Kommodore Kearny die Behandlung der Vereinigten Staaten als meistbegünstigte Nation zusagte, oder auf die Jahre 1853 und 1854, als Kommodore Perry mit einem Geschwader die „Öffnung" Japans durch den Abschluß des Vertrags von Kanagawa erzwang, so wird man sich doch mindestens mit den letzten fünfundvierzig Jahren befassen müssen, um die Entwicklung des amerikanisch-japanischen Verhältnisses einigermaßen überblicken und die Ursachen dieser Entwicklung erkennen zu können. Im Rahmen der vorliegenden Skizze ist es nicht möglich, das ganze Geschehen dieser fünfundvierzig Jahre darzulegen, aber die Hauptetappen der Entwicklung sollen nachstehend in großen Zügen festgehalten werden.

I. Von 1897 bis 1914

Der erste Schritt der Vereinigten Staaten in den pazifischen Raum erfolgte 1897, als die Hawaii-Inseln unter amerikanische Oberherrschaft gestellt wurden. Schon 1898 folgten zwei weitere Schritte: Nach Abschluß des Krieges mit Spanien setzten sich die Vereinigten Staaten sowohl auf Guam wie auf den Philippinen fest und etablierten sich damit im westpazifischen Raum. Im nächsten Jahre kam ein weiterer bedeutsamer Schritt hinzu. Am 6. September 1899 ließ Präsident Mc Kinley durch seinen Staatssekretär John Hay den Grundsatz der „offenen Tür" in China verkünden. Wie weit die amerikanische Regierung zu diesem Schritt durch englische Einwirkung veranlaßt wurde, wie weit amerikanische big business-Einflüsse diese Entwicklung ausschlaggebend bestimmten, kann dahingestellt blei-

ben. Tatsache ist, daß die Regierung von Washington sich mit dieser Note auf die Bahn der Einmischung in China begab und sich hierdurch in ihrer Ostasienpolitik festlegte. An sich war das damalige Vorgehen der Amerikaner bis zu einem gewissen Grade verständlich, waren doch um 1899 fast alle Großmächte im Begriff, sich auf China zu stürzen und sich Flottenstützpunkte, Interessensphären und einen Anteil am Handel zu sichern. Auch war, so wie die Dinge damals lagen, die Erklärung des Grundsatzes der offenen Tür kaum zu beanstanden, bedeutete er doch nicht viel mehr als die wirtschaftliche Gleichstellung aller handeltreibenden Nationen in China. Aber Hay ging schon bald erheblich weiter. Nachdem die Boxerunruhen im Frühjahr 1900 die chaotische Lage Chinas noch verschärft hatten, sandte Hay den Großmächten am 3. Juli 1900 eine zweite Note. In dieser Kundgebung nahm die amerikanische Regierung den Standpunkt ein, daß die Politik der offenen Tür nur dann wirkungsvoll durchgeführt werden könne, wenn allgemeines Einverständnis darüber bestehe, daß China das Recht habe, volle und unbeschränkte Souveränität über seine sämtlichen Provinzen auszuüben. Mit anderen Worten: Die amerikanische Regierung beschränkte sich nicht mehr darauf, den Grundsatz der offenen Tür, also der wirtschaftlichen Gleichstellung aller handeltreibenden Nationen in China, aufzustellen, sondern sie ging darüber hinaus, indem sie zum politischen Prinzip in Ostasien die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität Chinas erhob.

Um sich klarzumachen, wie die Verkündung dieses politischen Anspruchs auf alle Beteiligten, besonders auf Japan, wirken mußte, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, was die Vereinigten Staaten dazu gesagt haben würden, wenn Japan oder eine andere nichtamerikanische Macht eine analoge Erklärung bezüglich der territorialen Integrität eines Staates der westlichen Hemisphäre, z. B. Mexikos, abgegeben hätte. Und das Gravierende war, daß es sich bei der Erklärung von Hay nicht etwa um eine vorübergehende, durch die besondere Situation Chinas um die Jahrhundertwende vielleicht gerechtfertigte Stellungnahme handelte, sondern daß die Vereinigten Staaten an diesem durch die Entwicklung bald gänzlich überholten starren Grund-

satz des „Status quo" in China unentwegt weiter festhielten, bis auf den heutigen Tag.

Praktisch änderten die beiden Hayschen Noten an der Lage in China nichts. Von einer Gleichbehandlung aller Fremden war angesichts der Tatsache, daß die an Ort und Stelle maßgebenden Faktoren die Tarife, Zölle und Hafengebühren so handhabten, wie sie es für richtig hielten, ebensowenig die Rede, wie von einer territorialen Integrität Chinas. Übrigens zeigte sich bald, daß auch die amerikanische Regierung selbst keineswegs so uneigennützig war, wie man nach den beiden Noten von John Hay hätte vermuten sollen. Im Gegenteil, schon im November 1900, also kaum vier Monate nach der Absendung der zweiten Note, versuchte das State Department einen Stützpunkt für die USA.-Flotte in der Samsah-Bucht, Provinz Fukien, zu erwerben, beteiligte sich also — trotz aller schönen Grundsätze — ungeniert an der damaligen Politik der übrigen Großmächte; daß der Versuch infolge des begreiflichen Einspruchs der Japaner fehlschlug — Tokyo hatte es leicht, Herrn Hay mit seinen eigenen Worten über die Notwendigkeit der Erhaltung der territorialen Integrität Chinas zu schlagen! — beweist nichts gegen die dolose Absicht der Männer in Washington.

Die widerspruchsvolle und sterile Ostasienpolitik von John Hay wurde übrigens von niemandem klarer erkannt, als von Theodore Roosevelt, der im September 1901 die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten antrat. Ihm war bewußt, daß die Aufteilung oder Nichtaufteilung Chinas von den großen Faktoren der Weltpolitik, nicht aber von der Aufstellung theoretischer Grundsätze durch die Regierung der Vereinigten Staaten abhing. Insbesondere erkannte Theodore Roosevelt, — wie manche anderen Amerikaner — daß ein starres Beharren der USA. auf der Politik „to sustain China" früher oder später zum Konflikt mit Japan führen mußte. Aber auch er konnte sich während der sieben Jahre seiner Präsidentschaft nicht entschließen, einen gradlinigen Nichteinmischungskurs in Ostasien zu steuern. Auch während seiner Administration und der Amtszeit seines Staatssekretärs Elihu Root bestimmten im wesentlichen die Hayschen Grundsätze die amerikanische Ostasienpolitik.

Das fand deutlichen Ausdruck zu Beginn des Jahres 1904,

als Japan sich — nach Abschluß seines Bündnisses mit England — zum Eingreifen in Korea entschloß und hierdurch im Februar 1904 in kriegerischen Konflikt mit Rußland geriet. Die Regierung Roosevelt hielt es für nötig, zu dieser neuen Lage in Ostasien Stellung zu nehmen, und forderte in einer Note (Ende Februar 1904) die Kriegführenden auf, die Neutralität Chinas sowie seine Einheit („administrative entity") in jeder, wie es in der Note hieß, praktisch durchführbaren Weise zu respektieren. Aber der Protest blieb, wie die Integritätsnote von Hay, völlig wirkungslos und änderte nichts an den Tatsachen. Die Tatsache der japanischen Vormachtstellung in Korea und in der Südmandschurei trat aber bald so stark in Erscheinung, daß Roosevelt selbst am 29. Juli 1905 der japanischen Regierung in einem geheimen Memorandum sein Einverständnis mit der Festsetzung Japans in Korea zum Ausdruck bringen ließ, und daß der unter Roosevelts Ägide am 5. September 1905 abgeschlossene russisch-japanische Friedensvertrag von Portsmouth die „special interests" Japans in Korea sowie den Übergang der russischen Pachtrechte an Port Arthur usw. auf Japan ausdrücklich anerkannte.

Im Laufe der nächsten Jahre machte sich ein neues Element bemerkbar, das die amerikanisch-japanischen Beziehungen entscheidend beeinflußte: die Frage der Einwanderung japanischer Arbeiter in die Vereinigten Staaten. Jahrelang hatten sich japanische Auswanderer, dem Druck der rasch wachsenden Bevölkerung weichend, nach Amerika gewandt und hatten als fleißige und genügsame Arbeitskräfte die Weststaaten der USA., besonders den Staat Kalifornien, entwickeln helfen. Daß die in Frage kommenden amerikanischen Staaten sich gegen eine allzu starke Überfremdung zu schützen suchten, kann man verstehen, aber die Form, in der die Ablehnung der japanischen Einwanderer von der Jahrhundertwende ab in immer stärkerem Maße zum Ausdruck kam, war so brutal und für Japan so verletzend, daß sich das japanische Volk tief gekränkt fühlte und daß die amerikanisch-japanischen Beziehungen hierdurch schwer belastet wurden. Die Dinge spitzten sich im Laufe des Jahres 1908 so zu, daß Roosevelt eingreifen zu müssen glaubte. Es war charakteristisch für die Mentalität in Washington, — wie sie auch in

den folgenden Jahrzehnten immer wieder zum Ausdruck kam — daß dem Präsidenten nichts anderes einfiel als eine Einschüchterungsaktion, durch die er die japanische Erregung über die amerikanische Haltung in der Einwanderungsfrage zum Verstummen bringen wollte. Er schickte die amerikanische Flotte auf die berühmte Reise um die Welt, wobei in erster Linie die Häfen Japans angelaufen wurden, um die „little Japs" mit den großen Kanonen der amerikanischen Schlachtschiffe zu beeindrucken. Man kann sich denken, wie verfehlt dieses Mittel war und wie ablehnend das stolze Volk von Nippon auf diese plumpe Drohung reagierte. Infolgedessen entschloß man sich im Weißen Hause, an Stelle der Peitsche das Zuckerbrot anzuwenden, und ließ Ende November 1908 durch den Staatssekretär Root ein Abkommen mit dem Vertreter Japans, Takahira, schließen, durch welches festgelegt wurde, daß die Politik der amerikanischen und japanischen Regierung auf die „Aufrechterhaltung des Status quo im Pazifischen Ozean" gerichtet sei, eine Formel, die von den Japanern als eine Anerkennung der inzwischen von Japan bezogenen Position in Korea und der Mandschurei interpretiert wurde. Washington bestand aber auch hier wieder darauf, einen Passus über die offene Tür in China und über die territoriale Integrität Chinas in das Abkommen aufzunehmen, setzte also die starre, doktrinäre Politik, die sich in der Praxis längst als undurchführbar erwiesen hatte, weiter fort, womit nichts erreicht wurde, als Japan erneut zu verstimmen.

Nach dem Amtsantritt des Präsidenten Taft im Frühjahr 1909 trat der Pferdefuß der amerikanischen Einmischungspolitik in China ganz unverhüllt hervor. Von nun an setzte eine vom Staatssekretär Knox und den Beamten des State Department in jeder Weise geförderte Investierungspolitik in China ein, die sich besonders auf die Mandschurei richtete, offenbar um dort den Japanern zuvorzukommen oder ihnen das Wasser abzugraben, eine Politik, die früher oder später mit den japanischen Interessen kollidieren mußte. Für die Japaner stellte sich die Lage in der Mandschurei folgendermaßen dar: Das Land war von ihnen in schwerem Kampf erobert worden, sie hatten von Ende 1905 ab ihre wirtschaftlichen Interessen sehr ver-

stärkt, hatten insbesondere Eisenbahn-, Bergwerks- und Forstkonzession erworben, sie brauchten dieses Gebiet und seine Bodenschätze dringend, und sie hatten im Sommer 1907 durch Verträge mit Frankreich sowie mit Rußland diese Position noch untermauert; sie verfügten über eine sachlich begründete, fest fundierte Sonderstellung in jenen Gebieten und waren keineswegs geneigt, vor künstlich ins Leben gerufenen amerikanischen Dollarinteressen, hinter denen sich durch nichts gerechtfertigte politische Absichten verbargen, das Feld zu räumen. So war es begreiflich, daß der von Knox im November 1909 gemachte Vorschlag, die Eisenbahnen in der Mandschurei unter internationale Kontrolle zu stellen, auf scharfe japanische Ablehnung stieß und ergebnislos verpuffte. Dazu kam, daß alle Bemühungen der Regierung in Washington, die Kreise von Wallstreet und „big business" zu großen Investierungen in China zu veranlassen, erfolglos blieben. Während der Handel zwischen USA. und Japan in den Jahren der Taftschen Administration (1909 bis 1913) zunahm, gingen die amerikanischen Wirtschaftsinteressen in China im gleichen Zeitraum erheblich zurück. Bei Ausbruch des Weltkrieges 1914 war der Wert des amerikanischen Handels mit Japan doppelt so groß wie der Wert des Handels mit China. Wie unter diesen Umständen Taft und Knox an ihrer aggressiven Politik gegen die japanischen Interessen in China festhalten konnten, ist schwer zu verstehen; unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten war diese Politik nicht zu rechtfertigen, und politisch mußte sie auf die Dauer ernste Gefahren in sich bergen. Theodore Roosevelt hat dies in einem Brief an Präsident Taft vom 22. Dezember 1910 (der Brief findet sich in den hinterlassenen Papieren des Sekretärs Knox) freundschaftlich aber klar zum Ausdruck gebracht. Seine Worte treffen den Nagel auf den Kopf und sie lesen sich heute, obgleich die ostasiatische Problemstellung sich inzwischen über Korea und Mandschurei hinaus zur größeren Frage des japanischen Führungsanspruchs im ostasiatischen Raum erweitert hat, geradezu wie eine prophetische Vorhersage. Der entscheidende Passus des Briefes lautet:

„Das Lebensinteresse Amerikas besteht darin, die Japaner aus unserem Lande herauszuhalten, sich aber gleichzeitig den

guten Willen Japans zu erhalten. Das vitale Interesse der Japaner andererseits liegt in der Mandschurei und in Korea. Wir haben deshalb allen Anlaß, keine Maßnahmen hinsichtlich der Mandschurei zu ergreifen, welche bei den Japanern den Eindruck erwecken könnten, als ob wir ihnen feindlich wären oder als ob wir ihre Interessen — wenn auch in noch so unbedeutender Weise — bedrohten. Was die Mandschurei anlangt, so können wir die Japaner, falls sie sich zu einem Vorgehen entschließen sollten, das uns nicht zusagen würde, daran nur dann hindern, wenn wir bereit sind, Krieg zu führen, und ein erfolgreicher Krieg wegen der Mandschurei würde eine Flotte, die so gut ist wie die englische, und eine Armee, die so gut ist wie die deutsche, erfordern.

Die Politik der offenen Tür war eine ausgezeichnete Sache und wird, hoffe ich, auch in Zukunft eine gute Sache sein, soweit sie durch ein allgemeines diplomatisches Übereinkommen aufrechterhalten werden kann; aber die Politik der offenen Tür verschwindet völlig, wie sich in der mandschurischen Frage gezeigt hat, sobald eine mächtige Nation entschlossen ist, sie zu ignorieren."

Es ist für das amerikanische Volk tragisch, daß diese prophetischen Worte Theodore Roosevelts von seinen Nachfolgern nicht beachtet worden sind.

II. Vom Ausbruch des Weltkrieges bis 1933

Der Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914 schuf in Ostasien eine neue Lage. Die europäischen Großmächte waren durch den Kampf in Europa voll in Anspruch genommen. Deutschland schied nach dem Verlust von Kiautschou Ende 1914 aus der Reihe der an China territorial interessierten Mächte aus, und Japan rückte sichtbar in die Vormachtstellung als führende Macht Ostasiens ein. Aber auch jetzt ließ Washington jede Erkenntnis dieser neuen Situation vermissen. Kaum hatte die japanische Regierung am 21. Januar 1915 eine Reihe von Forderungen (die einundzwanzig Forderungen) an die chinesische Regierung gerichtet, als der Staatssekretär Bryan — Woodrow

Wilsons Außenminister — in Tokyo mitteilen ließ, daß die amerikanische Regierung keine Abmachung zwischen Japan und China anerkennen würde, welche die politische oder territoriale Integrität Chinas oder das Prinzip „commonly known as the Open Door policy" beeinträchtige. Also auch hier wieder die starre Fortführung der gegen Japan gerichteten Nadelstichpolitik! Praktisch führte auch diesmal die amerikanische Demarche zu nichts; am 25. Mai 1915 schloß Tokyo mit Peking eine Reihe von Verträgen ab, welche die Stellung Japans in der Südmandschurei und in der Inneren Mongolei erheblich befestigten. So blieb auch dieser amerikanische Schlag gegen Japan ein Schlag ins Wasser.

Im Laufe des Jahres 1917 verschob sich die Lage noch weiter zugunsten Japans. Durch den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn, am 6. April 1917, waren nun auch die USA. genötigt, ihr Hauptinteresse auf Europa zu konzentrieren; ferner empfand Washington infolge der durch den Sturz des Zarismus im Frühjahr 1917 eingetretenen ungeklärten Situation in Rußland das Bedürfnis, sich Tokyo zu nähern. So kam es am 2. November 1917 zwischen dem Staatssekretär Lansing und dem Botschafter Grafen Ishii zum Abschluß eines Abkommens, welches zwar wieder das Prinzip der offenen Tür in China und der territorialen Integrität Chinas feststellte, gleichzeitig aber zugab, die amerikanische Regierung erkenne an, daß „räumliche Nähe" (territorial propinquity) besondere Beziehungen zwischen Ländern schaffe, und daß daher Japan „besondere Interessen" (special interests) in China habe, und zwar namentlich in denjenigen Teilen Chinas, die an Japans Besitzungen angrenzten. Für Japan bedeutete das Lansing-Ishii-Abkommen einen Fortschritt. Aber sehr groß war dieser Fortschritt nicht, und er wurde von den Amerikanern nur sehr widerwillig eingeräumt. Ishii hätte am liebsten die Anerkennung einer Art von Monroedoktrin für Ostasien durch die Vereinigten Staaten und eine Präzisierung der Stellung Japans im ostasiatischen Raum analog der Position der USA. in der westlichen Hemisphäre mit nach Hause gebracht, aber die amerikanische Regierung dachte nicht daran, eine solche Konzession zu machen. Schon die zu Be-

ginn der Verhandlungen von Ishii vorgebrachte Anregung, die japanischen Interessen in China in dem abzuschließenden Abkommen als „paramount interests" zu bezeichnen, stieß bei Lansing auf kühle Ablehnung; mehr als „special interests" wurden nicht gewährt. Also trotz der durch die gemeinsame Waffenbrüderschaft geschaffenen besonderen Lage war die amerikanische Regierung nicht bereit, auf die Einmischungspolitik in China zu verzichten und die Politik der Schikane und des In-den-Weg-Tretens gegenüber Japan aufzugeben; nur die kleine Konzession der Anerkennung der „special interests" ließ man sich abringen.

Die gleiche mißtrauische und ablehnende Haltung zeigte sich auch eineinhalb Jahre später bei den Friedensverhandlungen in Paris. Präsident Wilson ließ sich zwar schließlich herbei, die von Deutschland abzutretenden Rechte in der Provinz Schantung auf Japan und nicht — wie die Chinesen verlangten — auf China zu übertragen (Artikel 156 bis 158 des Vertrages von Versailles). Aber das bedeutete wenig, da diese Rechte später doch an China fallen sollten, eine Entwicklung, die denn auch von der amerikanischen Regierung wenige Jahre später erzwungen wurde; Ende 1922 mußten die letzten japanischen Truppen Schantung verlassen. Auch zeigte gerade die große Erregung der amerikanischen Öffentlichkeit beim Bekanntwerden der Schantung-Klauseln und die Debatten im Kongreß bei der Beratung dieser Bestimmungen des Versailler Diktats, wie tief die Abneigung war, die in den Vereinigten Staaten gegen Japan bestand, und wie scharf das amerikanische Volk dieses Entgegenkommen Wilsons gegenüber Japan verurteilte. Ganz unnachgiebig zeigte sich Wilson in einem anderen Punkte, an dem die Japaner sehr interessiert waren und den sie während der Pariser Verhandlungen mit Nachdruck betrieben, der Frage der Festlegung der „Gleichheit aller Nationen" auf Grund ihrer Nationalität und Rasse als „basic principle" in der Satzung des Völkerbundes. Die Japaner glaubten auf die Berücksichtigung dieses Wunsches um so mehr Anspruch zu haben, als auf Betreiben der USA. eine ausdrückliche Reservation zugunsten der Monroedoktrin in den Völkerbunds-Covenant aufgenommen worden war. Aber ihre Erwartungen wurden bitter enttäuscht.

Unter Führung des australischen Premierministers Hughes verhinderten die britischen Vertreter die einstimmige Annahme des von den Japanern gestellten Antrags, und Präsident Wilson als Vorsitzender gab den Ausschlag gegen Japan.

Nach dem Sturze Wilsons und der Machtübernahme durch die republikanische Partei im März 1921 zeichnete sich die jedem Machtzuwachs Japans feindlich eingestellte Politik der Vereinigten Staaten noch deutlicher ab. Das Ziel der von der amerikanischen Regierung einberufenen Washingtoner Konferenz, die vom 12. November bis zum 6. Februar 1922 tagte, war nichts anderes als die möglichst restlose Zurückdrängung Japans aus den in China während der letzten Jahre gewonnenen Positionen und für die Zukunft die möglichste Erschwerung einer Erstarkung Japans. Getarnt wurden diese Absichten mit den schönen Grundsätzen von „Aufrechterhaltung des Friedens, Abrüstung" usw., also genau denselben Thesen, mit denen die angelsächsischen Mächte stets ihre Positionen — auch wenn sie durch Gewalt und Raub gewonnen sind — zu sichern suchen, sobald sie sie für gefährdet halten. Es würde hier zu weit führen, die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz im einzelnen zu erörtern. Das Ergebnis der Konferenz war für Japan nur insofern von Vorteil, als ein ausdrückliches Verbot der Befestigung der im mittleren Pazifik liegenden Inselgruppen beschlossen wurde, so daß eine Fortifikation der amerikanischen Insel Guam ausgeschlossen erschien. Im übrigen endete die Konferenz für Japan negativ. Das Bündnis mit England wurde gekündigt, die Positionen in Schantung und Ostsibirien mußten aufgegeben werden (Wladiwostok wurde Ende 1922 von den japanischen Truppen geräumt), der Status quo in Ostasien und im Pazifik wurde erneut bekräftigt und diesmal sogar durch die Unterschrift der neun in Frage kommenden Mächte feierlich verbrieft. Ein Jahr später, am 10. April 1923, folgte die ausdrückliche Aufhebung des Lansing-Ishii-Abkommens durch eine Erklärung des Staatssekretärs Hughes; ein ausgesprochen unfreundlicher Akt, der in Japan tief verstimmte, wie sich aus der bitteren Replik des Grafen Ishii ergab, der die Sonderinteressen Japans in China als „unauslöschliche" Tatsachen bezeichnete, die auf Natur und geographischer Lage beruhten, und die un-

abhängig von der Existenz des Abkommens vom 2. November 1917 weiter bestünden.

Die folgenden Jahre brachten keine Besserung der amerikanisch-japanischen Beziehungen. Im Gegenteil. 1924 wurde die Einwanderung von Japanern in die Vereinigten Staaten durch ein amerikanisches Gesetz ausdrücklich und endgültig verboten, eine Maßnahme, die in so kränkender Form erfolgte und von so schriller Begleitmusik in der amerikanischen Presse und in den Debatten des Kongresses begleitet war, daß sie in Japan als besonders schwere Beleidigung empfunden werden mußte. Noch heute wirkt die damalige Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit in dieser für Japan wirtschaftlich und ethisch so wichtigen Frage im japanischen Volke sehr stark nach.

Die Jahre von 1925 bis 1930 verliefen verhältnismäßig ruhig. Immer stärker machte sich in Japan der Druck der wirtschaftlichen Lage bemerkbar. Bei einer Bevölkerungszunahme von jährlich durchschnittlich 900 000 Menschen, für die infolge der Sperrung des Gebiets der Vereinigten Staaten und Australiens für japanische Einwanderer kaum mehr Unterbringungsmöglichkeiten im Ausland vorhanden waren, wurde die Situation immer schwieriger. Die japanische Regierung hielt aber zunächst an ihrer maßvollen und geduldigen Politik fest. Die Kündigung des Bündnisses mit England war ruhig hingenommen, Schantung und Ostsibirien waren ohne Widerspruch geräumt, die auf der Washington-Konferenz geschlossenen Verträge waren durchgeführt und die herausfordernde Haltung der USA. in der Einwanderungsfrage war mit würdiger Zurückhaltung getragen worden. Den chinesischen Provokationen gegenüber, besonders den Massakers von Nanking 1927 gegenüber, bewahrten die Japaner erheblich größere Selbstbeherrschung als die Engländer und Amerikaner. Auch in der Frage der Flottenabrüstung bewies die japanische Regierung auf der Londoner Konferenz 1930 eine Selbstverleugnung, welche von großen Schichten des eigenen Volkes, die an der Festsetzung von ungleichen Flottenstärken lebhafte Kritik übten, als kaum erträglich empfunden wurde.

Aber diese passive Haltung wurde zwar in London und Washington mit Befriedigung registriert, brachte jedoch Japan von Jahr zu Jahr in eine schwierigere Lage. Die immer drängender

werdenden Rohstoff- und Ernährungsprobleme blieben ungelöst. Außerdem war durch die Reparationspolitik der Engländer, Franzosen und Amerikaner und durch die übrigen verfehlten Regelungen von Versailles die Weltwirtschaft so in Unordnung geraten, daß Ende der zwanziger Jahre nicht nur über Europa und Amerika, sondern auch über Japan die Schatten der Depression immer düsterer wurden. Zwischen 1923 und 1931 sank der japanische Außenhandel in Einfuhr und Ausfuhr von 3,352 Millionen Yen auf 2,318 Millionen Yen; der Versuch, für Japans wachsende Bevölkerung durch Verstärkung und Ausdehnung des Außenhandels zu sorgen, war also gescheitert. Und zu alledem mußte das japanische Volk immer wieder die Beobachtung machen, daß trotz seiner friedlichen und ruhigen Haltung jedes Entgegenkommen von englischer und amerikanischer Seite ausblieb, und die Feindseligkeit der amerikanischen Einstellung eher noch zunahm.

Es ist daher durchaus verständlich, daß in Japan allmählich die Erkenntnis durchbrach, daß mit der passiven Politik der zwanziger Jahre nicht nur kein Fortschritt erzielt worden war, sondern daß gerade durch diese Politik die Dinge eine immer schlimmere Wendung für Japan genommen hatten. Und so kam es im Herbst 1931 zu der Einleitung der neuen, aktiven und dynamischen Außenpolitik Japans, deren Entwicklung wir in den letzten zehn Jahren beobachten konnten.

Es ist wichtig, von vornherein festzuhalten, daß diese neue japanische Politik ursprünglich in keiner Weise gegen die angelsächsischen Mächte gerichtet war. Sie beschränkte sich nur auf China und hätte nicht zum Zusammenstoß mit England und den Vereinigten Staaten zu führen brauchen. Wenn es schließlich im Dezember 1941 doch zum Konflikt mit Amerika und dem Britischen Reich kam, so lag die Schuld in Washington.

Die Entwicklung des amerikanisch-japanischen Verhältnisses in diesen letzten zehn Jahren steht noch so lebendig vor uns, daß wir hier darauf verzichten können, den Verlauf in allen Einzelheiten darzulegen. Unvergessen ist, wie sich die Vereinigten Staaten Japan in den Weg zu stellen suchten, als Japan sich im September 1931 entschloß, angesichts der chaotischen Lage im mandschurisch-nordchinesischen Raum, die Mandschu-

rei militärisch zu besetzen. Am 7. Januar 1932 richtete der amerikanische Staatssekretär Henry L. Stimson im Auftrage des Präsidenten Herbert Hoover eine Note an die chinesische und japanische Regierung sowie an die übrigen Regierungen, die den Neunmächtepakt unterzeichnet hatten, und erklärte, die amerikanische Regierung bestreite die Legalität der japanischen Aktion in der Mandschurei und sie werde keine Regelung zwischen Japan und China anerkennen, welche die Integrität Chinas oder die Politik der offenen Tür in China verletze; auch auf den Kellogg-Pakt vom 27. August 1928 wurde Bezug genommen. Die Japaner antworteten mit eleganter Ironie, indem sie für die neue Bekräftigung der Prinzipien des Kellogg-Pakts durch die USA. dankten, im übrigen betonten sie, daß die Verträge, die sich auf China bezögen, infolge der inneren Situation in China keine Anwendung finden könnten, da „the present unsettled and distracted state of China is not what was in the contemplation of the high contracting parties at the time of the Treaty of Washington". Ohne sich um die Stimsonschen Warnungen und Drohungen zu kümmern, die am 23. Februar 1932 in einem Brief des Staatssekretärs an den Senator Borah und später in mehreren Reden Stimsons weiteren Ausdruck fanden, führten die Japaner ihre Pläne zielbewußt und energisch durch. Auch die von Washington hinter den Kulissen geschürte feindselige Haltung des Völkerbundes vermochte die Japaner nicht zu beirren; den verurteilenden Beschluß des Genfer Gremiums vom 24. Februar 1933 beantwortete die japanische Regierung am 27. März 1933 mit der Erklärung des Austritts Japans aus dem Völkerbund. Nachdem auch alle Versuche der amerikanischen Regierung, außerhalb des Völkerbundes ein gemeinsames Vorgehen der Signatare des Neunmächteabkommens zustande zu bringen, gescheitert waren, sahen sich die Vereinigten Staaten der schwierigen Frage gegenüber, ob sie allein das Risiko einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der ersten Militärmacht Ostasiens eingehen sollten. Weder die amerikanische Regierung noch das amerikanische Volk waren hierzu bereit. Auch die stärkste Sympathie für China, die übertriebensten Vorstellungen von den derzeitigen und potentiellen späteren wirtschaftlichen Interessen und die pontifikal moralisierende Einstellung gegen-

über unbequemen internationalen Vorgängen, wie sie in dem Aufflammen der antijapanischen Stimmung nach der Okkupation der Mandschurei zum Ausdruck kam, konnten über die Gefahren eines pazifischen Krieges nicht hinwegtäuschen. Außerdem war man für einen derartigen Zusammenstoß militärisch keineswegs vorbereitet. Endlich hatte die Wirtschaftskatastrophe der Jahre 1929 bis 1933 Amerika ökonomisch und, sozial so geschwächt, daß ein so riskantes Unternehmen schon aus diesem Grunde nicht in Frage kam. So brach die Stimsonsche Politik, die alles versucht hatte, um mit möglichst großen Kollektivaktionen Japan entgegenzutreten und den überlebten Status quo in Ostasien zu verteidigen, kläglich zusammen.

III. Vom 4. März 1933 bis zum 7. Dezember 1941

Die Situation, die Franklin D. Roosevelt bei seinem Amtsantritt am 4. März 1933 vorfand, war so, daß eine Weiterführung der Stimsonschen Politik, jedenfalls in der bisherigen Form, zunächst nicht in Betracht kam. Die amerikanische Regierung trat den Rückzug an, indem sie zwar die Zusammenarbeit mit dem Völkerbund in der mandschurischen Frage fortsetzte und das Prinzip der „Nichtanerkennung" aufrechterhielt, wie es von Stimson in seiner Note vom 7. Januar 1932 aufgestellt worden war (Stimsondoktrin); im übrigen aber nahm Roosevelt vorläufig von jeder Initiative und von jeder Intervention in den ostasiatischen Fragen Abstand. Er hielt also an den alten Grundsätzen der amerikanischen Politik dem japanischen Aufstreben gegenüber fest, fühlte sich aber — wenigstens in den ersten Jahren seiner Amtsführung — zu schwach, um sie in die Tat umzusetzen, und vermied vor allem die irritierenden Methoden, die Stimson in so plumper Weise angewandt hatte.

So konnte Japan vom Frühjahr 1933 an zunächst ruhig seinen Weg gehen; Amerika war zu schwach, um ihm in den Arm zu fallen. Selbst die Erklärung einer Art von Monroedoktrin für Ostasien im Frühjahr 1934 und die Feststellungen eines Sprechers der japanischen Regierung am 10. und 17. April 1934, daß Japan es als seine Mission empfinde, den Frieden in Ostasien aufrechtzuerhalten und jede gemeinsame fremde politische,

wirtschaftliche oder finanzielle Unternehmung in China, insbesondere jede fremde Gewährung von Anleihen an China, ablehne, riefen von seiten der amerikanischen Regierung nur eine milde Reaktion hervor. Herr Hull wies zwar am 29. April auf die bestehenden Verträge hin, fand sich aber ohne weiteres mit der Tatsache ab, daß Tokio auf diese Erklärung keine Antwort erteilte.

Der ruhige Ton und die vorsichtigeren Methoden, welche die Regierung Roosevelt Japan gegenüber in den Jahren 1933 bis 1935 anschlug, konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grundtendenz der amerikanischen Politik, sich dem japanischen Führungsanspruch in Ostasien in den Weg zu stellen und die Vorherrschaft Japans im ostasiatischen Raum erforderlichenfalls mit Waffengewalt zu verhindern, keineswegs aufgegeben war. Im Gegenteil. Sowohl politisch wie militärisch traf Roosevelt schon bald nach seinem Amtsantritt seine Vorbereitungen. Der erste Schritt war die im Herbst 1933 erfolgende diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung, ein Schritt, der zwar auch als Schachzug gegen Deutschland gedacht war, der sich aber in erster Linie gegen Japan richtete. Der zweite Schritt war der Ausbau der amerikanischen Flotte. Für Roosevelt kam eine Anerkennung der von Japan seit der Londoner Konferenz von 1930 immer lauter geforderten Parität der japanischen Flottenstärke mit den Flottenstärken Amerikas und Großbritanniens niemals in Frage. Schon bevor Japan Ende 1936 von allen vertraglichen Bindungen über Flottenbau frei wurde und dementsprechend sein Bauprogramm verstärkte, legte Roosevelt, der bekanntlich stets ein „big Navy"-Mann war und schon in den Jahren 1913 bis 1921 als Unterstaatssekretär der Marine unter Woodrow Wilson energisch an der Stärkung der amerikanischen Kriegsmarine gearbeitet hatte, im Frühjahr 1936 dem Kongreß ein alle früheren in Friedenszeiten aufgestellten Flottenbauprogramme weit übertreffendes Flottenbauprogramm vor. Die Entwicklung auf diesem Gebiet, insbesondere die weiteren Flottenverstärkungen von 1938 und das „Two Ocean Navy"-Programm von 1940, Maßnahmen, die vorwiegend im Hinblick auf Japan eingeleitet wurden und im Jahre 1945 voll durchgeführt sein sollen, ist bekannt. Es ist begreiflich, daß

Japan in dieser ungeheuren amerikanischen Flottenvergrößerung, deren von Politikern und Admiralen offen verkündetes Ziel es sein sollte, unter allen Umständen eine der japanischen Flotte überlegene Flotte bereitzustellen, eine Bedrohung erblickte. Die Haltung der Vereinigten Staaten in der Frage des Flottenbaus hat mehr als alles andere dazu beigetragen, die japanischen Staatsmänner davon zu überzeugen, daß Amerika nicht gewillt war, auf seine Stellung im Stillen Ozean und auf seine Einmischungspolitik in China zu verzichten, vielmehr sich auf Kampf einstellte, falls Japan nicht durch Drohungen oder Versprechungen zum Stillhalten und Nachgeben veranlaßt werden konnte.

Aber nicht nur die über jedes bisherige Maß hinausgehende Verstärkung der amerikanischen Flotte seit Anfang 1936, sondern auch die undurchsichtige amerikanische Politik hinsichtlich der Philippinen wurde in Japan mit Mißtrauen und Sorge verfolgt. Zwar verlangte die philippinische Bevölkerung immer lauter die Beendigung der amerikanischen Herrschaft, und auch weite amerikanische Kreise, die gegen die unbegrenzte Einwanderung billiger philippinischer Arbeitskräfte und gegen das zollfreie Einströmen der philippinischen Bodenprodukte, besonders des philippinischen Zuckers geschützt sein wollten, sprachen sich dafür aus, daß die kaum mehr als dreißig Jahre alten Bande zwischen den Philippinen und den Vereinigten Staaten gelöst würden. So war es in Washington im Jahre 1932 zu einem Gesetz gekommen, welches für die Philippinen die politische Unabhängigkeit in Aussicht nahm, und dieses Gesetz wurde, mit einigen Modifikationen, am 24. März 1934, also unter Roosevelt, erneut bekräftigt. Allerdings enthielt das Gesetz eine merkwürdige Klausel: Frühestens im Jahre 1946 sollte die Unabhängigkeit verwirklicht werden, und auch dann war sie noch an gewisse Einschränkungen geknüpft! Es war verständlich, daß die Japaner fragten, warum noch eine so lange Wartezeit festgelegt wurde, wenn Amerika wirklich den Filipinos aus ethischen Gründen, von denen so viel die Rede war, die Freiheit geben und aus wirtschaftlichen Gründen die Beziehungen zu den Inseln lösen wollte. Waren es nicht militärische und politische Hintergedanken, die Washington veranlaßten, noch mehr als

ein Jahrzehnt zu warten? War es nicht auffällig, daß in den Gesetzen von 1932 und 1934 die Frage der militärischen Stützpunkte, besonders der „naval bases" eine erhebliche Rolle spielte? Galten nicht doch noch immer, auch unter der Regierung Roosevelt, die Grundsätze, mit denen Stimson als Staatssekretär am 15. Februar 1932 in einem Briefe den Gedanken der philippinischen Unabhängigkeit bekämpft hatte. In diesem Briefe hatte es geheißen:

„Ob es uns bewußt ist oder nicht, wir sind bereits eine große pazifische Macht, und als solche werden wir ein immer stärkeres Interesse an den Dingen des Pazifik zu nehmen haben. Die Philippinen stellen heute ein Eiland zunehmender westlicher Entwicklung und westlicher Ideen dar, umgeben von einem Ozean des Orientalismus; sie sind die Dolmetscher des amerikanischen Idealismus gegenüber dem Fernen Osten. ... Ein Rückzug der Vereinigten Staaten von den Philippinen würde das Gleichgewicht der Kräfte im Pazifik über den Haufen werfen."

Und galten nicht noch immer die Ausführungen des Präsidenten Hoover, der gegen das Gesetz von 1932 erfolglos sein Veto ausgesprochen und dabei folgendes geltend gemacht hatte:

„Das amerikanische Volk hat Anspruch darauf, dagegen geschützt zu sein, daß die Abtrennung der Philippinen erfolgt, ohne daß die Vereinigten Staaten die Philippinen vor militärischer Bedrohung durch andere Mächte schützen können. Wir sind der Welt dafür verantwortlich, daß wir nicht durch den Kurs, den wir in der philippinischen Frage einschlagen, dazu beitragen, noch mehr Chaos in einer bereits sehr unstabilen Welt hervorzurufen."

War das nicht deutlich genug? Wurde nicht in zahllosen Äußerungen von amerikanischen Politikern, Admiralen usw. immer wieder darauf hingewiesen, daß man die Philippinen nicht aufgeben dürfe, da sie die „first line of defence" der USA. gegen Japan darstellten, und hörte man nicht immer wieder amerikanische Stimmen, die ganz offen sagten, die Philippinen müßten amerikanisch bleiben, um als Sprungbrett gegen Japan zu dienen? Wurde nicht schon seit Jahren von einem gegen

Japan zu errichtenden strategischen Viereck Hongkong, Singapore, Port Darwin und Manila gesprochen? Hatten nicht die Amerikaner doch vielleicht die Absicht, die zehnjährige Wartezeit bis zur Gewährung der Unabhängigkeit für den Ausbau der militärischen Positionen und der Marinestützpunkte auszunützen?

Eine klare Antwort auf diese Fragen ist nie erteilt worden. Die amerikanische Philippinenpolitik blieb vom Anfang bis zum Ende widerspruchsvoll. Zuerst wurde dem philippinischen Volke in den Jahren 1900 bis 1902 in zum Teil brutaler Form (man lese das erschütternde Buch von Moorfield Storey „The Conquest of the Philippines by the United States", New York 1926) die amerikanische Oberherrschaft aufgezwungen, dann fing man in USA. an zu erkennen, — besonders nach dem Einsetzen der Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre — daß es aus mehreren Gründen besser wäre, diese Gebiete wieder abzustoßen, schließlich konnte man sich aber zu einem solchen Schritt nicht aufraffen, da man den Rückzug aus dem Ostasiatischen Raum nicht antreten wollte. Und so temporisierte man, bis es zu spät war. Ob der amerikanische Besitz der Philippinen militärisch wirklich eine ernste Bedrohung für Japan und seinen Führungsanspruch in Ostasien war, ist schwer zu sagen; eines aber ist sicher, daß das Festhalten der USA. an dieser weit in den westpazifischen Raum vorstoßenden Position, obwohl stärkste Gründe für Aufgabe sprachen, von Japan als Bedrohung empfunden werden mußte.

So konnte die japanische Führung in den ersten Jahren nach dem Amtsantritt Franklin D. Roosevelts zwar eine gewisse Besserung des Tones und eine Milderung der Methoden feststellen, sie konnte aber nicht verkennen, daß die demokratische Administration von der grundsätzlichen Stellungnahme ihrer republikanischen Vorgängerinnen in der Frage der offenen Tür, der territorialen Integrität Chinas und der Philippinen kein Jota abwich, und daß sie in der Frage der Flottenrüstung und der Einstellung zur Sowjetunion sogar über die Haltung der früheren Administrationen hinausging.

Vom Sommer 1937 ab nahmen auch die Methoden wieder ihre frühere Schärfe an. Kaum vierzehn Tage nach dem Zwi-

schenfall an der Marco-Polo-Brücke, der den Konflikt zwischen Japan und China neu aufflammen ließ, trat die amerikanische Regierung am 16. Juli 1937 mit einem großen Pronunziamento hervor, in dem erklärt wurde, daß Friede, Heiligkeit der Verträge, „law and order", Lösung internationaler Probleme im Wege der Übereinkunft, Gleichheit wirtschaftlicher Möglichkeiten für alle Länder usw. die Prinzipien seien, von denen sich die amerikanische Außenpolitik leiten lasse. Diese feierliche Erklärung des Staatssekretärs Hull vermied es zwar, Japan und den neu entbrannten japanisch-chinesischen Konflikt ausdrücklich zu nennen, aber es war unmißverständlich, daß es sich hier — wenn auch in etwas allgemeinerer und vorsichtigerer Form — um nichts anderes als um eine Wiederholung der Stimson-Note vom 6. Februar 1932 und in erster Linie um einen „avis au lecteur" an die Adresse Japans handelte. Diese Verschärfung der amerikanischen Haltung gegenüber Japan wurde noch unverkennbarer, als drei Monate später Präsident Roosevelt selbst das Wort ergriff und in der bekannten Rede vom 5. Oktober 1937 in Chikago unverblümt, wenn auch ohne Namensnennung, den Kampf ansagte. Zwar war diese Rede offenbar auch auf Deutschland und Italien gemünzt, denn auch ihnen drohte der Präsident „Quarantänemaßnahmen" an, aber der Hauptstoß war gegen Japan gerichtet, wie sich übrigens auch aus der unmittelbar anschließenden Aktivität der amerikanischen Regierung (Befassung des Völkerbundes mit dem japanisch-chinesischen Konflikt und Einberufung der Brüsseler Konferenz) sowie aus der Haltung der amerikanischen Presse deutlich ergab. Daß die Brüsseler Konferenz, die vom 3. bis 24. November 1937 tagte, wie das Hornberger Schießen endete, war nur darauf zurückzuführen, daß die übrigen Mächte keine Lust verspürten, sich die Finger an den ostasiatischen Kastanien zu verbrennen und sich daher mit einem Lippenbekenntnis zu den Grundsätzen des Neunmächtepakts begnügten; es lag aber vor allem daran, daß das amerikanische Volk, das damals noch ganz überwiegend isolationistisch gesinnt war, die kriegerische Fanfare von Chikago inzwischen unzweideutig mißbilligt hatte. Am dolus des Präsidenten und seiner Berater änderte dies freilich nichts. Trotz des Rückschlags, den er von der amerikanischen öffentlichen Mei-

nung erfahren hatte, beharrte der Präsident auf der scharf antijapanischen Linie, nur beschränkte er sich in den nächsten Monaten darauf, die Volksmeinung erst einmal für seine Zwecke reif zu machen, was durch entsprechende Lenkung der Presse und vor allem durch Rundfunk- und Kinopropaganda im größten Umfange eingeleitet wurde; man muß die raffinierte Filmreportage vom chinesischen Kriegsschauplatz in den amerikanischen Lichtbildtheatern während der Herbst- und Wintermonate 1937 bis 1938 gesehen haben, um sich von dieser haßerfüllten und zum Teil mit Unwahrheiten und Fälschungen arbeitenden amerikanischen Hetze gegen Japan einen Begriff zu machen. Der Panay-Zwischenfall im Dezember 1937, als japanische Flieger in Mittelchina versehentlich das amerikanische Flußkanonenboot „Panay" angriffen und versenkten, war Wasser auf die Mühle der antijapanischen Stimmungsmacher. Zwar wurde der Zwischenfall, da sich die japanische Regierung rasch entschuldigte, und da, wie gesagt, die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten für ein schärferes Vorgehen noch nicht reif war, und da außerdem die amerikanische militärische Rüstung einen Waffengang mit Japan noch in keiner Weise gestattete, verhältnismäßig schnell beigelegt, aber es hatte sich auch hier wieder deutlich gezeigt, welche Tendenz im Weißen Hause und im State Department herrschte und welche Methoden angewendet wurden, um das amerikanische Volk aktionsfreudiger zu machen. Daß Tokyo diese Vorgänge sehr genau verfolgte und hieraus seine Schlüsse zog, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Von Anfang 1938 wurde die unfreundliche Haltung der Regierung Roosevelt gegenüber Japan immer deutlicher. Die gewaltige Flottenvorlage, die der Präsident im Januar 1938 im Kongreß einbrachte, war der erste weitere Schachzug gegen Japan; daß sich die Verstärkung der Flotte vorwiegend gegen das Land der aufgehenden Sonne richtete, lag klar zutage. Der zweite Zug war eine Vorlage im Kongreß, durch die der Ausbau der Insel Guam als Basis für Kriegsschiffe und Flugzeuge gefordert wurde. Die Flottenvorlage wurde vom Kongreß, wenn auch zögernd, bewilligt. Das Guam-Projekt wurde im Senat und Repräsentantenhaus abgelehnt, und zwar mit der in-

teressanten Begründung, daß man durch die Schaffung dieses Flottenstützpunkts nichts anderes erreichen würde, als eine Irritierung Japans; so stark war damals noch die isolationistische Stimmung, daß ein solcher Vorschlag glatt der Ablehnung verfiel. Aber die Regierung ließ sich nicht beirren. Sie ließ zwar, was Guam anlangte, für den Augenblick das Projekt fallen, benutzte aber die Zeit zu einer eingehenden Planung, da sie entschlossen war, den Vorschlag bei erster Gelegenheit wieder vorzubringen. Im übrigen setzte sie einen Kredit an die Regierung Tschiangkaischeks in Höhe von 25 Millionen Dollar durch, was zwar für die Tschungkingleute in ihrem Kampf gegen Japan keine sehr große Hilfe bedeutete, was aber doch eine für Japan nachteilige Geste war, da hierdurch mindestens psychologisch die Widerstandskraft Tschiangkaischeks gestärkt wurde.

Noch deutlicher zeichnete sich die Roosevelt-Politik gegenüber Japan ab nach dem Abschluß des Münchener Abkommens über die Sudetenfrage am 30. September 1938. München hatte in Washington tiefe Bestürzung hervorgerufen. Präsident und Regierung hatten gehofft, daß es den Engländern, Franzosen und Tschechen gelingen würde, den deutschen Forderungen an die Tschechoslowakei ein Paroli zu bieten. Daß Deutschland seine Forderungen in vollem Umfange und noch dazu mit Zustimmung von London und Paris durchsetzte, daß es zu einem Ausgleich in Europa im Sinne der deutschen Wünsche kam, erschien dem Präsidenten außerordentlich bedenklich. Von nun an wurde, noch viel stärker als vorher, der Kampfschrei „Stop Hitler" das Losungswort der amerikanischen Außenpolitik. Aber nicht nur der deutschen und der italienischen Politik in Europa und Afrika traten von nun an die Vereinigten Staaten mit verschärftem Einsatz entgegen, sondern das gleiche galt von Ende 1938 ab in entsprechender Weise auch gegenüber Japan und seinem Bestreben, die Führung im ostasiatischen Raum zu übernehmen und diesen Raum neu zu ordnen. Die Fanfare Roosevelts in der Botschaft an den Kongreß vom 3. Januar 1939, in der von den „methods short of war", also von allen Maßnahmen abgesehen von Krieg, die Rede war, die gegenüber „internationaler Gesetzlosigkeit" zur Anwendung kommen müßten, „um den Angreiferstaaten die Gefühle unseres Volkes

klarzumachen", bezog sich ebenso auf Japan wie auf die Achsenmächte.

Man hätte meinen sollen, daß die Tatsache, daß weder von deutscher und italienischer, noch von japanischer Seite jemals ein Versuch unternommen worden war, in den Raum der westlichen Hemisphäre hinüberzugreifen, den Präsidenten zur Zurückhaltung gegenüber den Achsenmächten und Japan veranlaßt hätte. Selbst wenn man zugibt, daß die Entwicklungen in Europa und in Ostasien die Vereinigten Staaten nicht uninteressiert lassen konnten, so ist doch schwer verständlich, warum die amerikanische Politik, gestützt auf die unangreifbare Position der Union, sich nicht aus diesen Händeln heraushielt oder alles versuchte, um ihren Einfluß für einen Ausgleich der Gegensätze geltend zu machen. Was Ostasien anlangte, so kam noch hinzu, daß das wirtschaftliche Interesse der Vereinigten Staaten die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Japan besonders nahegelegt hätte. Während China im Jahre 1938 in der amerikanischen Handelsbilanz als Abnehmer amerikanischer Waren mit 34,7 Millionen Dollar die zweiundzwanzigste Stelle und als Lieferland mit 47,2 Millionen Dollar die dreizehnte Stelle einnahm, stand Japan im gleichen Zeitraum als Abnehmer amerikanischer Produkte mit 239,5 Millionen Dollar an dritter Stelle, als Lieferland mit 131,6 Millionen Dollar sogar an zweiter Stelle! Schon diese Tatsache hätte eine so feindselige und provozierende Politik gegen Japan, wie sie von Ende 1938 ab von Washington aus, in konsequenter Fortführung der jahrzehntealten amerikanischen Ostasienpolitik, verstärkt einsetzte, eigentlich unmöglich machen müssen. Aber offenbar haben von Ende 1938 ab ruhige, kühle, sachliche Erwägungen bei der amerikanischen Regierung und den mit ihr gehenden Gruppen keine ausschlaggebende Rolle mehr gespielt. Vielmehr beherrschten von damals an in merkwürdiger Mischung Ressentiments und Haßgefühle, Angstpsychosen und hektische Aufregungszustände, Überheblichkeit und Großmannskoller, ideologische Doktrinen und der starre, den europäischen und ostasiatischen Ideen verständnislos gegenüberstehende Standpunkt des Festhaltens am Status quo, des Festhaltens am Besitz der „haves" gegen die „have nots", die Entschlußfassung des Präsi-

denten und seiner Freunde. Unamerikanische — englische und jüdische — Einflüsse waren hierbei mitbestimmend und oft entscheidend. Man braucht nur die in den Jahren 1939, 1940 und 1941 gehaltenen Reden und abgegebenen Erklärungen Roosevelts und seiner Minister zu lesen, seine außenpolitischen Handlungen zu verfolgen und die Begleitmusik zu studieren, die von Presse, Rundfunk und Film in diesen Jahren gemacht wurde, um zu erkennen, wie planmäßig, Schritt für Schritt, das amerikanische Volk gegen Europa und gegen Japan aufgehetzt und auf eine immer abschüssigere Bahn geführt wurde. Daß die Drahtzieher dieser Entwicklung unbedingt den Krieg mit Japan wollten, ist nicht wahrscheinlich. Offenbar glaubten sie, durch eine drohende Haltung der Staatsmänner in Tokyo so einschüchtern zu können, daß sich Japan ruhig verhielt, bis die Achsenmächte in Europa auf die Knie gezwungen sein würden. Dann, so hoffte man in Washington und London, würde man mit dem isolierten Japan leichtes Spiel haben.

Diese letzte Phase der amerikanischen Politik gegen Japan wurde im Sommer 1939 mit einem sensationellen Paukenschlag eingeleitet: Washington kündigte am 26. Juli den amerikanisch-japanischen Freundschafts- und Handelsvertrag. In einem Moment, in dem außer Beschwerden über einige Übergriffe des japanischen Militärs in China gegen amerikanische Bürger und amerikanische Interessen nichts vorlag, in einem Moment, in dem die amerikanische Ausfuhr nach Japan in voller Blüte stand, entschloß sich Roosevelt zu diesem folgenschweren Schritt, offenbar um einerseits Japan einzuschüchtern und von weiterem Vorgehen in China abzuhalten, andererseits England den Rücken zu stärken und in Moskau — man beachte den Zeitpunkt, Ende Juli 1939! — den Eindruck einer festen Haltung der USA. gegen die autoritären Staaten hervorzurufen. Daß bei dem Entschluß Roosevelts auch innerpolitische und parteipolitische Gesichtspunkte mitspielten (Ablenkung von der Niederlage, die der Präsident Anfang Juli im Auswärtigen Ausschuß in der Frage der Änderung des Neutralitätsgesetzes erlitten hatte, und Bestreben, den Republikanern, deren Führer im Senat, Senator Vandenberg, mit dem Kündigungsgedanken vorangegangen war, Wind aus den Segeln zu nehmen), war bei einem Taktiker

wie Roosevelt nicht verwunderlich. Die Wirkung des Schlages in Tokyo war sehr tief. Der Sprecher des japanischen Außenamts erklärte am 27. Juli, niemand könne die politische Bedeutung der Aktion ignorieren, die um so überraschender gewirkt habe, als weder eine Ankündigung noch ein Meinungsaustausch vorangegangen seien; im japanischen Volk werde der Schlag Roosevelts überwiegend als ein durch nichts provozierter feindseliger Akt der Vereinigten Staaten empfunden.

Wenige Monate später, am 19. Oktober, hielt der soeben vom Urlaub aus Amerika zurückgekehrte Botschafter Grew eine aufsehenerregende Rede vor der amerikanisch-japanischen Gesellschaft in Tokyo, der er am 9. November eine zweite Rede vor dem amerikanischen Klub folgen ließ. In beiden Reden drohte der Botschafter schwere amerikanische Kampfmaßnahmen, namentlich Ausfuhrverbote, gegen Japan an, falls Japan seine Chinapolitik nicht aufgebe. Die Zeit für Versprechungen sei endgültig vorüber. Amerika lehne die von Japan betriebene Neuordnung Ostasiens ab, verlange Achtung der bestehenden Verträge, sofortige Wiederherstellung der Handelsfreiheit in China, insbesondere Öffnung des Jangtse-Tals, und vollen Ersatz für die bisher erlittenen Schäden. Mit einer Anmaßung und Überheblichkeit, deren man einen so erfahrenen und klugen Diplomaten wie Herrn Grew kaum für fähig gehalten hätte, belehrte der Botschafter das japanische Volk, wie es sich in Zukunft zu verhalten habe, um die Sympathie Amerikas zurückzugewinnen und den drohenden Zusammenstoß zwischen USA. und Japan zu vermeiden. Von irgendeinem Verständnis für die Lage Japans und für die gesunden, natürlichen Ziele der japanischen Politik im ostasiatischen Raum war in diesen Reden keine Spur zu finden; es waren drohende Strafpredigten, wie ein Vertreter der USA. sie vielleicht in Haiti halten könnte, wie sie aber in Tokyo zweifellos verfehlt waren. Die Reden verstimmten um so mehr, als sie zeitlich zusammenfielen mit scharfen Äußerungen des neuen amerikanischen Oberkommissars in Manila, Mr. Sayre, mit einer unfreundlichen Rede des Vizeunterstaatssekretärs Messersmith in Washington, mit der offenen Androhung eines Embargos durch den Senator Pittman und mit der Entsendung von Flot-

ten- und Luftstreitkräften nach Hawai. Besonders interessant war ein gleichzeitig veröffentlichter, offenbar inspirierter Artikel von Walter Lippmann in der amerikanischen Presse, der den Japanern androhte, daß ein weiteres Vorgehen in China und Südostasien Amerika veranlassen werde, jetzt schon ein Embargo gegen Japan zu verhängen und nach Abschluß des europäischen Krieges, gemeinsam mit England, Japan die etwa gemachten Erwerbungen wieder abzunehmen; Amerika habe Zeit genug, abzuwarten, bis nach Beendigung des europäischen Krieges England in Ostasien wieder auf dem Plane sei.

Trotz tiefer Verstimmung über diese immer feindseliger werdende Haltung der Vereinigten Staaten ließ sich die japanische Regierung von ihrer ruhigen Haltung nicht abbringen. Amerikanische Schadensersatzansprüche in China wurden, soweit möglich, der Regelung zugeführt, und gleichzeitig wurden die Versuche fortgesetzt, das Eintreten eines vertraglosen Zustandes zwischen USA. und Japan zu verhüten. Ein Erfolg war diesen Bemühungen indes nicht beschieden. Am 26. Januar 1940, sechs Monate nach der Kündigung, trat der amerikanisch-japanische Handelsvertrag außer Kraft. Alle Bemühungen der japanischen Regierung, wenigstens vorübergehend eine Basis für Handelsbeziehungen zu schaffen, scheiterten an der unnachgiebigen Haltung des State Departments, welches glaubte, am längeren Hebel zu sitzen und offenbar beabsichtigte, den vertraglosen Zustand und die Anwendung von Sanktionen als Damoklesschwert über Japan zu halten. So hatten sich wieder diejenigen Tendenzen voll durchgesetzt, die, wie früher zur Zeit der Leitung des State Departments durch Stimson, zu keiner Konzession an Japan bereit waren. Daß man im Augenblick nicht noch weiter ging und Ausfuhrverbote zur Anwendung brachte, lag nicht an einer Kompromißbereitschaft oder Nachgiebigkeit gegenüber der japanischen Politik in Ostasien, sondern wurde nur durch die taktische Erwägung diktiert, daß es klüger sei, während des europäischen Krieges keine zu ernsten Störungen in den Pazifischen Raum hineinzutragen, eine Auffassung, die damals auch durch den englischen Botschafter Lord Lothian in Washington vertreten wurde. Welches aber die Ziele einiger amerikanischer Extremisten waren, ging deutlich aus einem Leit-

artikel der Los Angeles „Daily News" vom 26. Januar 1940 hervor, die offen schrieb, das Ziel Amerikas sei die Beherrschung der japanischen Außenpolitik und die Kontrolle über die japanische Behandlung amerikanischer Interessen in China. Die Kündigung des Handelsvertrags setze Japan wirtschaftlichen und militärischen Pressionen aus, die es Amerika ermöglichen würden, die Daumenschrauben nach Gefallen anzuziehen. Vom 26. Januar ab werde die japanische Politik von der Gnade der amerikanischen Regierung abhängen.

Die japanische Regierung ließ sich durch dieses Indianergeheul nicht beirren. Sie versuchte, durch Verhandlungen mit dem amerikanischen Botschafter Grew eine Entspannung herbeizuführen, aber ohne Erfolg; Washington fuhr mit weiteren unfreundlichen Akten und feindseligen Erklärungen fort. Nicht nur wurde die im Kampf mit Japan stehende chinesische Regierung in Tschungking am 8. März 1940 durch eine Anleihe von 20 Millionen Dollar unterstützt und die Anerkennung der neuen nationalen Regierung in Nanking in schärfster Form durch eine Erklärung des Staatssekretärs Hull am 30. März 1940 abgelehnt, sondern Herr Hull hielt es für richtig, am 17. April drohend zu verkünden, daß die Vereinigten Staaten die Besetzung der für die amerikanische Wirtschaft lebenswichtigen Rohstoffquellen in Niederländisch-Indien durch Japan nicht zulassen würde. Fast gleichzeitig wurden starke amerikanische Seestreitkräfte bei Hawai konzentriert und der stellvertretende Flottenchef, Admiral Taussig, erklärte am 22. April vor dem Marineausschuß des Senats, daß, falls die bisherigen wirtschaftlichen und finanziellen Druckmittel gegen Japan zur Erhaltung der Integrität Chinas nicht ausreichen sollten, es zum Kriege mit Japan kommen werde. Amerika brauche ein stabiles, unabhängiges China, und es sei schwer abzusehen, wie Amerika einen Krieg gegen Japan vermeiden könne. Diesen Krieg dürfe Amerika aber nicht allein, sondern müsse ihn zusammen mit England, Frankreich und Holland gegen Japan führen. Auf den Philippinen müsse ein unangreifbarer Flottenstützpunkt errichtet werden, mehr Schlachtschiffe müßten gebaut und Abmachungen müßten getroffen werden, um alle britischen, holländischen und französischen Stützpunkte im Pazifik benutzen zu können. — Auch

das vom philippinischen Parlament am 2. Mai 1940 beschlossene Gesetz, das die Einwanderung aus fremden Staaten nach den Philippinen auf eine Jahresquote von 500 Personen beschränkte, wirkte sich in erster Linie als ein Schlag gegen Japan aus und wurde in Tokyo als ein Schlag der amerikanischen Politik gegen Japan empfunden. Bisher hatte Japan mit einem Jahreskontingent von 2500 Personen das weitaus größte Einwanderungskontingent für die Philippinen gestellt. —

Vom Sommer 1940 an wurde die Unterstützung der Tschungking-Regierung durch Washington immer stärker. Als im Juli die britische Regierung, um Japan entgegenzukommen, den Transport von Waffen, Munition, Benzin, Lastautos und Eisenbahnmaterial auf der Burma-Straße für einige Monate sperrte, wandte sich Herr Hull öffentlich gegen diesen Schritt in einer Erklärung, die in Tokyo als besondere Unfreundlichkeit empfunden wurde und auf scharfe Ablehnung stieß. Schon im Oktober 1940 wurde, auf amerikanischen Druck hin, die Burma-Straße wieder geöffnet, und seitdem floß der Regierung in Tschungking ein ununterbrochener Strom von amerikanischen Waffen, Flugzeugen und Material auf diesem Wege zu. Auch mit Geld wurde Tschungking von Washington aus reichlich unterstützt, um den Kampf gegen Japan weiterführen zu können; insgesamt wurden 150 Millionen Dollar in Krediten und Anleihen in den Jahren 1940 und 1941 Tschiangkaischek von Amerika aus zur Verfügung gestellt. Vom 15. März 1941 ab gewährten die Vereinigten Staaten der Tschungking-Regierung für alle Lieferungen die Vorzüge des Pacht-Leih-Systems, allerdings nicht ohne sich als Gegenleistung erhebliche Rohstoffbezüge aus China, vor allem Wolfram, zu sichern. Durch die Ernennung eines besonders aktiven und antijapanisch eingestellten Botschafters, des Mr. Gauss, der im Sommer 1941 an Stelle des Botschafters Nelson T. Johnson trat, und durch die Entsendung von Einzelpersönlichkeiten mit besonderen Aufträgen, wie Laughlin Currie, James Roosevelt, General Claggett, Owen Lattimore und Dr. Baker sowie durch die Bestellung einer amerikanischen Militärmission in Tschungking unter Führung des Generals John Magruder suchte Roosevelt in jeder Weise der Regierung in Tschungking den Rücken zu stärken. Charakteristisch war die

Erklärung des Präsidenten, mit der er die Entsendung des Generals Magruder am 26. August 1941 bekanntgab; der General habe den Auftrag, die Tschungking-Regierung zu unterstützen und zu beraten, „to make lend lease assistance to China as effective as possible in the interest of the USA., China and of world effort in resistance to movement of conquest by force". Im Oktober 1941 traf Dr. Henry Grady im Auftrage Roosevelts in Tschungking ein, um über die Bereitstellung chinesischer Rohstoffe für den Kampf der ABCD-Staaten gegen Japan zu verhandeln. Vom ABCD-Block, der die Länder America, Britain, China und Dutch-India umfassen sollte, war schon seit Anfang 1941 die Rede; im Mai 1941 fanden militärische Besprechungen von Vertretern dieser vier Staaten in Singapore statt. Daß Tschiangkaischek angesichts derartiger Aufpeitschung durch die Vereinigten Staaten — die außerdem in Reden von Roosevelt (z. B. der Rede vom 27. Mai 1941, in der der Präsident Großbritannien und China als die Hauptpfeiler des „antiaggression block" bezeichnete) und in Erklärungen von Hull (z. B. in der Erklärung vom 29. Mai 1941, in der er die Zuversicht aussprach, daß Tschungking den Widerstand gegen Japan fortsetzen werde) noch unterstrichen wurde — nicht daran dachte, den Kampf gegen Japan aufzugeben, war verständlich. Am 17. November 1941 erklärte der Marschall vor dem Volksrat in Tschungking: „Der Augenblick, um mit Japan abzurechnen, ist gekommen", und der Außenminister Quo Tai Chi erklärte am gleichen Tage: „Alle Anzeichen weisen in Richtung eines ABCD-Bündnisses", und er forderte die USA. und England auf, „Japan möglichst bald zu zerschlagen"! So wurde von Washington aus der Kampf Tschungkings gegen Japan erfolgreich geschürt. Es war in Ostasien die gleiche frivole, unverantwortliche Einmischungspolitik, wie sie von Roosevelt im europäischen Raum, in Polen, England, Frankreich und später in Jugoslawien gegen Deutschland und Italien betrieben wurde, — ein systematisches Verhindern jedes Ausgleiches, jedes „appeasement's", ein ständiges Ermuntern zum Widerstand und zum Kampf, eine ununterbrochene Hetze zum Krieg.

Hand in Hand mit dieser gegen Japan gerichteten Einmischungspolitik in China ging von Anfang 1940 ab eine je nach

dem Verhalten Japans bald lauernd abwartende, bald schärfer anziehende wirtschaftliche Erdrosselungspolitik. Daß am 26. Januar 1940 infolge der Kündigung des Handelsvertrags ein vertragloser Zustand zwischen beiden Ländern eintrat, wurde oben schon erwähnt. Im Mai 1940 folgten die ersten Ausfuhrverbote. Zuerst erging ein Ausfuhrverbot für rüstungswichtige Maschinen, insbesondere Werkzeugmaschinen, das sofort von der amerikanischen Presse als bewußter Schlag nicht nur gegen Deutschland, Italien und die Sowjetunion, sondern vor allem gegen Japan hingestellt und in Tokyo entsprechend empfunden wurde. Am 26. Juli 1940 wurde die Ausfuhr von Erdölprodukten (besonders Fliegerbenzin) sowie von Eisen- und Stahlschrott unter Lizenzzwang gestellt; auch diese Sperre richtete sich in erster Linie gegen Japan, das Hauptabnehmer von Schrott und Großabnehmer der amerikanischen Ölproduktion war. Gleichzeitig versagte die bundesstaatliche Schiffahrtsbehörde in Washington die Vercharterung von vier amerikanischen Tankdampfern und zwei Frachtdampfern an japanische Interessenten, die Öl und Schrott nach Japan verschiffen wollten. Wenige Tage darauf, am 31. Juli 1940, wurde die Ausfuhr von Fliegerbenzin nach Ländern außerhalb der westlichen Hemisphäre vorbehaltlos verboten; auch dieses Verbot traf in erster Linie Japan. Am 26. September 1940, also noch vor Bekanntwerden des Abschlusses des Dreimächtepakts, ordnete Roosevelt eine verschärfte Beschränkung der Ausfuhr von Schrott an; alle erteilten und nicht ausgenutzten Lizenzen wurden widerrufen, und in Zukunft wurden nur noch Lizenzen zur Ausfuhr nach Ländern der westlichen Hemisphäre und nach Großbritannien erteilt. Auch diese Maßnahme war hauptsächlich als Schlag gegen Japan gedacht; die amerikanische Presse begrüßte die Maßnahme und empfahl gleichzeitig die Ausdehnung des Embargos auf alle übrigen Ölprodukte (zusätzlich zum Fliegerbenzin). Durch Proklamation vom 30. September 1940 wurde der Ausfuhrlizenzzwang auf eine große Zahl weiterer kriegswichtiger Produkte ausgedehnt, und Anfang Dezember 1940 unterstellte die amerikanische Regierung auch die Ausfuhr von Eisenerzen und von praktisch allen Eisen- und Stahlprodukten in fertigem oder halbfertigem Zustand dem Lizenzzwang. Es war bezeichnend, daß

die amerikanische Presse diese Verordnung sofort dahin auslegte, daß sie gegen Japan gerichtet sei, dessen Kriegswirtschaft von diesen Lieferungen abhänge. Von Beginn des Jahres 1941 verstärkten sich die amerikanischen wirtschaftlichen Abdrosselungsmaßnahmen gegen Japan noch weiter; eine Reihe von weiteren Ausfuhrverboten, die Produkte berührten, an denen Japan Interesse hatte, erging in den ersten Monaten des Jahres. Am 28. Mai 1941 wurde die Ausfuhrsperre, die sich bisher nur auf das kontinentale Gebiet der USA. bezogen hatte, auf alle Territorien und Besitzungen der Vereinigten Staaten ausgedehnt; diese Novelle richtete sich wieder in erster Linie gegen Japan, das bis dahin noch allerhand Rohstoffe aus den Philippinen bezogen hatte. Am 26. Juli 1941 erfolgte ein besonders feindseliger Akt von seiten der USA.: Die japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten wurden gesperrt. Die Maßnahme sollte die „Strafe" sein für den Einmarsch japanischer Truppen in Französisch-Indochina, einen Einmarsch, der friedlich und auf Grund vertraglicher Abmachungen erfolgte. Wenige Tage später, am 1. August 1941, wurde durch eine Verordnung Roosevelts die Ausfuhr von Rohöl, aus welchem Flugzeugbenzin und Flugzeugöl gewonnen werden, verboten, Lizenzzwang für alle übrigen Ölprodukte eingeführt und alle bestehenden Lizenzen für ungültig erklärt. Diese Verordnung wurde in der amerikanischen Öffentlichkeit als ein besonders schwerer Hieb gegen Japan aufgefaßt und begrüßt. Gleichzeitig wurde zwischen der niederländisch-indischen Regierung, — deren Verhandlungen mit Japan infolge der Weigerung, Kautschuk, Zinn, Kopra und Palmöl an Japan zu liefern, bereits im Juli 1941 gescheitert waren — der britischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten vereinbart, „zur Durchführung des verschärften Wirtschaftskrieges" (wie es in einer Meldung der Associated Press aus Washington hieß), jede Petroleumausfuhr aus den von ihnen kontrollierten Gebieten nach Japan einzustellen.

So sehen wir, wie in den Jahren 1940 und 1941 eine raffinierte wirtschaftliche Pressionspolitik gegen Japan planmäßig durchgeführt wurde. Washington ging hierbei — wie Verlautbarungen des Handelsdepartements offen hervorhoben — davon

aus, daß Japan aus Mangel an Rohstoffen in einer prekären Lage sei, daß man also die Daumenschrauben, die man ihm angesetzt hatte, nur ab und zu etwas anzuziehen brauche, um die erwünschten Wirkungen hervorzubringen und dadurch die unbequeme Erstarkung Japans und seine militärische und politische Machtentfaltung auf dem ostasiatischen Kontinent aufzuhalten, wenn nicht ganz zu verhindern. Je nachdem sich Japan verhielt, wurden die Schrauben lockerer gelassen oder fester angezogen. Das vollzog sich unter lärmender Zustimmung der amerikanischen Öffentlichkeit. In einer Form, die man kaum für möglich halten sollte, kamen der Haß, die Abneigung und der Vernichtungswille zum Ausdruck, oft gepaart mit Überheblichkeit und höhnischer Geringschätzung. Vielleicht hat es ernste Amerikaner gegeben, die vor so viel Hybris erschraken und sie mißbilligten; laut geworden sind solche Stimmen nicht.

Das Getöse, das schon im Jahre 1940 ziemlich lärmend geworden war, nahm 1941 noch erheblich zu. Nachstehend nur wenige Beispiele aus einigen Monaten dieses Jahres, wahllos zusammengestellt. Am 6. Februar 1941 meldete die United Press aus Washington, leitende Beamte im State Department hätten erklärt, Japan müsse sein Trachten nach Vorherrschaft in Ostasien und sein Bündnis mit Deutschland und Italien aufgeben, die japanischen Truppen hätten vom Boden Chinas zu verschwinden. Am 19. Februar 1941, kurz vor der Beratung des Kongresses über den Ausbau von Guam als Luft- und Flottenstützpunkt, hieß es in einem Schreiben des Admiralstabschefs Stark an den Vorsitzenden des Marineausschusses des Repräsentantenhauses: „Den japanischen Protesten gegen die geplanten Befestigungsmaßnahmen ist nicht die geringste Beachtung zu schenken." (Der Kongreß bewilligte kurz darauf die Mittel für die Fortifikation von Guam.) In den gleichen Tagen brachte die „New York Times" einen Leitartikel, der eine unverhüllte Kriegsdrohung gegen Japan enthielt; sollte Japan sich nach Südostasien auszudehnen versuchen, so werde die USA. zu einem „tödlichen Schlag gegen Japan" ausholen. Am 20. Februar 1941 gab der amerikanische Generalstabschef, General Marshall, Erklärungen im Militärausschuß des Senats ab und machte Mitteilungen über Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte im

Pazifik; wenige Tage später wurde die Verlegung von zwei Jagdgeschwadern nach den Philippinen bekanntgegeben. Kurz darauf, am 9. März, erklärte der Senator John Bankhead in einer Rundfunkansprache: „Die Vereinigten Staaten sind bereit, die gesamte japanische Flotte zu versenken." Gleichzeitig wurden mehrere Einheiten der amerikanischen Flotte nach Australien entsandt, ein Besuch, der in der USA.-Presse als Demonstration angelsächsischer Solidarität gegen Japan aufgezogen wurde; in ähnlicher Weise wurde die Aussprache des britischen Oberkommandierenden von Singapore mit dem amerikanischen Marinebefehlshaber in Manila als Bekundung der gemeinsamen englisch-amerikanischen Front gegen Japan hingestellt. Am 15. April 1941 gab der Staatssekretär Hull vor der Presse auf eine offenbar bestellte Frage die Erklärung ab, die Vereinigten Staaten seien nach wie vor nicht bereit, den Staat Mandschukuo anzuerkennen. Zwei Wochen später hielt der dem Präsidenten Roosevelt nahestehende Senator Pepper eine Rede in Nashville, in der er Japan als Amerikas „tödlichsten Feind seiner Geschichte" brandmarkte und verlangte, die Vereinigten Staaten sollten unverzüglich zuschlagen, falls Japan keine Zusicherungen über sein Wohlverhalten gebe. Der gleiche Senator schlug am 9. Mai in offener Plenarsitzung des Senats noch gröbere Töne an; da hieß es:

„Die Vereinigten Staaten sollten jetzt die Initiative ergreifen. Die amerikanische Flotte sollte sich mit der britischen Flotte im Pazifik offen verbünden und die Japaner in ihren Höhlen abriegeln. Weitreichende USA.-Bomber, von freiwilligen amerikanischen Piloten geflogen, sollten unter chinesischer Flagge Tokyo so heimsuchen, daß nicht mehr genügend stehen bleibe, um ein Freudenfeuer anzuzünden."

Am 6. Juni 1941 erschien in den Washingtoner „United States News" ein Aufsatz, der Roosevelts Expansionspolitik im Pazifik rühmte. Der Artikel war von Karten begleitet, die den Sinn dieser Politik, nämlich die Beherrschung des Stillen Ozeans und die Einschnürung des japanischen Bewegungsraumes, klar erkennen ließen; die ausgebauten und noch auszubauenden Stützpunkte und die Offensivmöglichkeiten von diesen Stütz-

punkten aus waren in plastischer Weise kenntlich gemacht. Am 30. Juni traten der Innenminister Ickes, der Marineminister Knox und der Kriegsminister Stimson, — der gleiche Henry L. Stimson, der sich von 1911 bis 1913 als Kriegsminister unter Taft, von 1927 bis 1929 als Gouverneur der Philippinen unter Coolidge und von 1929 bis 1933 als Außenminister unter Hoover stets durch seine besonders starre antijapanische Haltung hervorgetan hatte, — in öffentlichen Reden für die Anwendung schärfsten Drucks gegen Japan ein. Die Fülle der gegen Japan gerichteten provokatorischen Äußerungen von amtlicher und nichtamtlicher amerikanischer Seite in den letzten Monaten vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten ist so groß, daß eine Wiedergabe im Rahmen dieser Skizze unmöglich ist.

Von japanischer Seite wurde diese Entwicklung in den Vereinigten Staaten begreiflicherweise mit Aufmerksamkeit verfolgt. Die japanische Regierung und die japanische Öffentlichkeit verloren aber die Ruhe nicht. Nur mit größter Zurückhaltung nahmen japanische Minister und andere verantwortliche Persönlichkeiten zu den zwischen Japan und den USA. schwebenden Fragen öffentlich Stellung. Der japanische Führungsanspruch im großostasiatischen Raum und die Entschlossenheit, ihn durchzusetzen, wurden zwar ebenso betont, wie das im Antikominternpakt und im Dreimächtepakt festgelegte Zusammengehen mit den europäischen Achsenmächten, die Haltung der Vereinigten Staaten wurde bedauert, aber zu Beleidigungen oder Drohungen ließ man sich nicht hinreißen. Die japanische Presse vertrat ebenfalls den japanischen Standpunkt der Neuordnung in Ostasien mit Festigkeit und Lebhaftigkeit und registriert mit begreiflicher Bitterkeit die gegen Japan gerichtete Aktivität der Amerikaner, vermied es aber, auf das Niveau der amerikanischen Hetze hinabzusteigen.

Als die Entwicklung vom Frühjahr 1941 ab immer ernster wurde, entschloß sich die japanische Regierung, den Versuch zu machen, durch Verhandlungen in Washington die Dinge zu klären und nach Möglichkeit eine Entspannung herbeizuführen. In den Verhandlungen, die zunächst durch den Botschafter Nomura geführt wurden, — im Herbst 1941 tat die japanische Regierung den ungewöhnlichen und von besonderem Entgegen-

kommen zeugenden Schritt, in der Person des Botschafters Kurusu noch einen zweiten Unterhändler nach Washington zu entsenden — und die sich vom April bis zum Dezember hinzogen, wurden alle Fragen, die zwischen den beiden Ländern schwebten, angeschnitten. Besprochen und in Memoranden behandelt wurden nicht nur grundsätzliche generelle Fragen, wie die Fragen der Achtung der Souveränität und territorialer Integrität aller Nationen, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sowie der Gleichheit, darunter auch der Gleichheit der Handelsmöglichkeiten, sondern auch zahlreiche konkrete Einzelfragen, insbesondere die Fragen der Einstellung der beiden Regierungen zum europäischen Krieg, der Bedeutung der Mitgliedschaft Japans im Dreimächtepakt, der Herbeiführung einer friedlichen Regelung in China, der wirtschaftlichen Betätigung der beiden Nationen im pazifischen Raum, des Handels zwischen den beiden Nationen und der Politik der beiden Nationen mit Bezug auf den pazifischen Raum.

Daß diese langen, mühseligen Verhandlungen schließlich scheiterten und scheitern mußten, lag nur an der Haltung der Vereinigten Staaten. Je mehr man die Dokumente studiert, welche über diese Verhandlungen von beiden Regierungen nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten veröffentlicht worden sind, desto mehr verstärkt sich dieser Eindruck. Alle Versuche, dem drohenden Konflikt auszuweichen, gingen von japanischer Seite aus, während von amerikanischer Seite nicht einmal während der Dauer der Verhandlungen — wie oben dargelegt — von feindseligen Aktionen und von provozierenden Reden und Erklärungen Abstand genommen wurde; gerade von April bis Dezember 1941, also während der Verhandlungen, setzten die Vereinigten Staaten ihre wirtschaftliche Daumenschraubenpolitik rücksichtslos fort und verstärkten die militärische Bedrohung durch immer stärkeren Ausbau des von Alaska über Hawai, Midway, Wake, Guam, Philippinen, Australien, Singapore, Burma bis Tschungking reichenden ABCD-Einkreisungsringes. Die in den Verhandlungen von den amerikanischen Unterhändlern bis zuletzt vorgebrachten Forderungen waren weder mit dem Führungsanspruch Japans in Ostasien, noch überhaupt

mit Japans Stellung als Großmacht vereinbar, trugen den längst geschaffenen und unaufhaltsam neu entstehenden Realitäten in China, Indo-China und Thailand in keiner Weise Rechnung und stellten außerdem durch den Versuch, Japan von der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Dreimächtepakt abzuhalten, falls die USA. am europäischen Krieg teilnehmen sollten, eine ungewöhnlich dreiste Zumutung dar. Besonders frivol war die amerikanische Haltung in der Chinafrage. Roosevelt bot sich als Friedensvermittler zwischen Japan und Tschungking an, als aber hierauf die japanischen Unterhändler verlangten, daß von amerikanischer Seite nichts unternommen werde, was die Wiederherstellung des Friedens in China präjudizieren könnte, lehnte er nicht nur ab, sondern gab seine Absicht bekannt, die Hilfeleistung für Tschungking in jeder Weise fortzusetzen.

Von amerikanischer Seite wird gern darauf hingewiesen, daß alles anders gekommen wäre, wenn Japan nicht im September 1940 durch den Abschluß des Dreimächtepakts mit Deutschland und Italien eine „feindliche" Stellung gegen die Vereinigten Staaten bezogen hätte; hätte sich Japan von den europäischen „Angreiferstaaten" ferngehalten, so hätten die Vereinigten Staaten sich nicht so stark bedroht gefühlt und hätten daher auch keine so scharfe Abwehrstellung einzunehmen brauchen.

Diese Argumentation ist verfehlt. Wie wir gezeigt haben, ist die jeder japanischen Erstarkung feindliche Einstellung Amerikas sehr viel älter als der Dreimächtepakt; sie ist, wie wir dargelegt haben, beinahe fünfundvierzig Jahre alt und ist fast ebenso alt wie die amerikanische Einmischungspolitik im pazifischen Raum, die 1897 begann. Ferner ist es unrichtig, den Dreimächtepakt als einen Vertrag mit aggressivem Charakter zu bezeichnen. Der Dreimächtepakt ist — wie Matsuoka in seiner Rede in Berlin betont hat — seinem Wesen nach ein Friedenspakt; sein Hauptziel bestand darin, die Ausweitung des europäischen Krieges zu verhindern. Der Pakt sollte eine Einmischung raumfremder Mächte in die Interessensphäre Japans in Ostasien und der Achsenmächte in Europa abwehren und gerade hierdurch dem Weltfrieden dienen. Die drei Signatare blieben auf dem Boden der legitimen Verteidigung und dachten nicht daran, in fremde Räume hinüberzugreifen. Weder Deutschland, noch Italien, noch

Japan haben jemals auch nur den Versuch gemacht, die westliche Hemisphäre zu bedrohen oder gar anzugreifen. Keine Macht hat die in der Monroedoktrin niedergelegte Sonderstellung des amerikanischen Raumes sorgfältiger respektiert als Deutschland, Italien und Japan. Selbst Herrn Roosevelt ist es, bei aller Dialektik und Skrupellosigkeit, nie gelungen, den geringsten Beweis für die immer wieder aufgestellte Behauptung einer den Vereinigten Staaten oder den übrigen Republiken der westlichen Hemisphäre drohenden Gefahr von seiten der Dreimächtepaktmächte zu erbringen; weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart konnte ein solcher Beweis gefunden werden, so sehr man sich auch in Washington bemühte. Was insbesondere Japan anlangte, so bedrohte sein Führungsanspruch im ostasiatischen Raum, der auf der militärischen Stärke, der industriellen Leistungsfähigkeit und der moralischen Kraft dieses Hundertmillionenvolkes beruht, die Sicherheit der Vereinigten Staaten ebensowenig, wie der Führungsanspruch der USA. in der westlichen Hemisphäre von den Japanern als eine Bedrohung Japans angesehen wurde. Nur die Politik der Vereinigten Staaten, die über Tausende von Seemeilen hinweg in einen Raum hineingriff, in dem die Vereinigten Staaten weder historisch, noch völkisch, noch wirtschaftlich Vorrechte zu beanspruchen hatten, barg die Gefahr des Konflikts; das starre Festhalten an dieser überlebten, imperialistischen Politik mußte zum Konflikt führen.

Je mehr man die Entwicklung im pazifischen und ostasiatischen Raum während der letzten Jahre betrachtet, desto unverständlicher erscheint die amerikanische Haltung. Offenbar war das Ziel der Staatsmänner in Washington, Japan zum Stillhalten zu veranlassen, um selbst im gegebenen Augenblick mit aller Kraft am Kampfe in Europa teilnehmen oder wenigstens auf ihn einwirken zu können, und später dann Japan selbst zu erledigen. Dieses Ziel der Bindung der Kräfte Japans hoffte die amerikanische Regierung dadurch zu erreichen, daß sie Japan die militärische und wirtschaftliche Erdrosselungsschlinge um den Hals warf und die Schlinge nach Bedarf zuzog. Damit, daß Japan diese Schlinge mit dem Schwerte zerhauen könnte, scheint man in Washington nicht gerechnet zu haben. Auf den Ge-

danken, daß Japan durch die amerikanischen Methoden der Sanktionen, der Blockade und der militärischen Bedrohung geradezu gezwungen werden würde, den immer enger werdenden Einkreisungsring mit Gewalt zu sprengen, scheint man nicht gekommen zu sein. Welche Überheblichkeit und welche Blindheit! So sind die Vereinigten Staaten durch die Politik Roosevelts über Nacht in die Lage geraten, die sie am wenigsten wünschen konnten: in einen Zweifrontenkrieg, der sie zu einem ganz anderen Einsatz ihrer Kräfte zwingt, als sich ihre Staatsmänner haben träumen lassen.

DIE VEREINIGTEN STAATEN UND RUSSLAND

Ein Rückblick

Außenpolitische Monatshefte Januar 1943

I. 1776 bis 1914

Als letzte der damaligen Großmächte erkannte das Reich des Zaren die junge nordamerikanische Republik an und knüpfte mit ihr diplomatische Beziehungen. Erst 1809, also erst dreiunddreißig Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung in Philadelphia, entschloß sich Alexander I., dem neuen, auf revolutionärer Grundlage entstandenen amerikanischen Staatswesen die wiederholt nachgesuchte Anerkennung zu gewähren und als ersten Gesandten John Quincy Adams in St. Petersburg zu empfangen. Nachdem aber einmal die Brücke zwischen den beiden so fern voneinander gelegenen und in ihrer staatlichen Struktur so sehr voneinander abweichenden Ländern geschlagen worden war, erwies sie sich als erstaunlich fest und tragfähig.

Die erste Belastungsprobe erfolgte schon drei Jahre nach der Aufnahme amtlicher Beziehungen, im Jahre 1812. Es war eine eigenartige Situation, die sich damals ergab, als die Vereinigten Staaten in Krieg mit England gerieten, während gleichzeitig Rußland von Napoleon angegriffen und hierdurch de facto zum Verbündeten Englands wurde. Aber an dem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Washington und Petersburg änderte sich nichts.

Ernster war die Lage, die 1819 durch die russische Unterstützung der spanischen Monarchie in ihrem Kampf mit den revoltierenden Kolonien in Mittel- und Südamerika entstand. Der Versuch der von Rußland geführten Heiligen Allianz, in Lateinamerika zu intervenieren, stieß bekanntlich auf den Widerstand Englands und wurde in den Vereinigten Staaten mit Unbehagen beobachtet. Canning bemühte sich, die Nord-

amerikaner für eine gemeinsame Erklärung gegen jede fremde Intervention und gegen jeden fremden Gebietserwerb in Südamerika zu gewinnen. Aber der Präsident Monroe — dem John Quincy Adams als Secretary of State zur Seite stand — entzog sich der englischen Anregung eines gemeinsamen angloamerikanischen Pronunciamentos, einmal weil ihm und seinen Beratern eine Frontstellung England—USA gegen Rußland und die übrigen Staaten der Heiligen Allianz nicht willkommen war, und ferner weil man sich in Washington den Weg für spätere eigene Ausdehnung nach Mittel- und Südamerika nicht verbauen wollte. Er entschloß sich vielmehr zu einer ausschließlich nordamerikanischen Erklärung und verkündete in der berühmten Botschaft vom 2. Dezember 1823 die Grundsätze, die als Monroe-Doktrin bekanntgegeben worden sind und während eines langen Zeitraums zusammen mit den von George Washington und Thomas Jefferson aufgestellten Prinzipien die Grundlage der nordamerikanischen Außenpolitik gebildet haben:

> Die Union erkennt zwar die bestehenden Kolonien europäischer Staaten auf amerikanischem Boden nach wie vor an, erklärt aber, daß in Zukunft der amerikanische Kontinent kein Feld für europäische Kolonisation mehr sein darf. Jeder Versuch, europäische politische Systeme auf einen Teil der Neuen Welt auszudehnen oder Regierungen in Amerika, die ihre Unabhängigkeit erklärt und behauptet haben und von der nordamerikanischen Union anerkannt worden sind, zu unterdrücken oder zu beaufsichtigen, wird als gefährlich für den Frieden und die Sicherheit der Vereinigten Staaten betrachtet werden.

Zur Verkündung der Monroe-Doktrin gab übrigens nicht nur die Haltung der Heiligen Allianz in der Frage der spanischen Kolonien Anlaß, sondern auch eine durch russische Ansprüche auf amerikanisches Gebiet verursachte Streitfrage, und zwar die im Jahre 1821 zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland entstandene Kontroverse über Alaska. Alaska war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von den Russen besetzt worden; Handel und Fischerei befanden sich in den

Händen einer russischen Monopolgesellschaft. 1821 erneuerte der Zar die Konzession der Gesellschaft, gewährte russischen Untertanen das ausschließliche Fischerei- und Handelsrecht längs der nordamerikanischen Westküste bis hinab zum 51. Breitengrad und verweigerte fremden Schiffen das Recht der Annäherung an die Küste bis auf hundert Meilen. Die amerikanische Regierung nahm demgegenüber den Standpunkt ein, daß das russische Gebiet sich nicht bis zum 51. Breitengrad ausdehnen dürfe und daß das Nordpazifische Meer offenes Meer sei, welches allen Schiffen offen stehen müsse. Nach langen Verhandlungen wurde schließlich am 17. April 1824 — also vier Monate nach der Verkündung der Monroe-Doktrin — zwischen dem russischen Außenminister Grafen Nesselrode und dem nordamerikanischen Gesandten Middleton das „Abkommen über den Pazifischen Ozean und die Nordküste Nordamerikas" abgeschlossen, welches die Freiheit der Schiffahrt, der Fischerei und des Handels im Nordpazifischen Meer festlegte und als Südgrenze der russischen Kolonisation den Breitengrad 54° 40′ bestimmte.

In beiden großen Streitfragen errang somit die nordamerikanische Union einen bedeutungsvollen Erfolg. Daß die russische Regierung in beiden Fällen einlenkte, lag an der maßvollen Haltung des Zaren; daß die nordamerikanische Regierung den Bogen nicht überspannte, lag an der stets auf freundschaftlichen Ausgleich bedachten Einstellung von Monroe und John Quincy Adams. Ausschlaggebend aber für beide Regierungen, die Streitfragen gütlich zu regeln, war der in Washington und Petersburg vorhandene Wunsch, die gemeinsame Abwehrstellung gegen das britische Reich durch nichts überschatten zu lassen. Und dieser Wunsch sollte das Leitmotiv für die gegenseitigen, nahezu ungetrübten politischen Beziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten bis zum Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts bleiben.

Das zeigte sich besonders während des Krimkrieges und während des Nordamerikanischen Bürgerkrieges. Während des Krimkrieges nahm die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten fast ausnahmslos für Rußland gegen England Partei. Die amerikanische und die russische Regierung unter-

zeichneten am 22. Juli 1854 in Washington ein Abkommen über die Rechte der Neutralen auf See, in welchem — im Gegensatz zur englischen These — der Grundsatz bekräftigt wurde „free ships make free goods". Im Nordamerikanischen Bürgerkrieg trat die russisch-amerikanische Freundschaft noch deutlicher hervor. Während die englische Regierung dem Bestreben der Nordstaaten, die Union zu erhalten, feindlich gegenüberstand und die rebellischen Sezessionsstaaten als Kriegführende anerkannte, waren die Sympathien Rußlands von Anfang an auf seiten Lincolns, und Alexander II. scheute sich nicht, dies offen auszusprechen. Russische Flottenbesuche in San Francisco und in New York im Sommer 1863 wurden in den gerade damals schwer kämpfenden Nordstaaten mit Genugtuung vermerkt; andrerseits wurde die ausdrückliche Weigerung der Washingtoner Regierung, sich an den während des Polenaufstandes 1863 gegen Rußland gerichteten Protestaktionen Englands und Frankreichs zu beteiligen, in St. Petersburg als Freundschaftsbeweis gewürdigt.

Besonders deutlichen Ausdruck fand das gute Verhältnis zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten wenige Jahre später durch den Verkauf von Alaska. Schon zur Zeit des Krimkrieges war in Amerika der Gedanke der käuflichen Erwerbung Alaskas erwogen worden, weil man dieses Gebiet nicht an Großbritannien fallen lassen wollte. Im Jahre 1867, als der Bankrott der russischen Alaska-Gesellschaft vor der Tür stand und Rußland Geld brauchte, war man in Petersburg bereit, auf die amerikanischen Wünsche einzugehen. Amerikanischerseits war man geneigt, den geforderten Kaufpreis — obwohl er damals noch hoch erschien — zu zahlen, da man mit dem Ausbruch eines neuen englisch-russischen Krieges rechnete und den Übergang Alaskas in britische Hand befürchtete. So kam der Kauf am 30. März 1867 zustande. Der Vertrag bestimmte, daß der Zar an die Vereinigten Staaten „all the territory and dominions now possessed by His Majesty on the continent of America and in the adjacent islands" abtrete, und daß die amerikanische Regierung innerhalb von zehn Monaten nach Austausch der Ratifikationsurkunden sieben Millionen zweihunderttausend Dollar in Gold an den diploma-

tischen Vertreter des Zaren in Washington auszahle. Man kann verstehen, daß der amerikanische Außenminister Seward, der diese für sein Land so vorteilhafte Transaktion durchführte, sich mit Befriedigung über den Vertragsabschluß äußerte; interessant ist — zumal im Lichte der späteren aggressiven Politik der USA im Westpazifik und in Ostasien, sowie angesichts der heute klar hervortretenden Stellung der Vereinigten Staaten als Erbe des britischen Reiches —, daß Seward schon damals davon sprach, der Alaskakauf sei der erste Schritt zum Erwerb von Kanada, von Hawai und von Flottenstützpunkten an der asiatischen Küste! —

Das freundschaftliche und nahezu reibungslose Verhältnis zwischen dem Zarenreich und den Vereinigten Staaten hielt bis wenige Jahre vor der Jahrhundertwende im wesentlichen unverändert an. Die wirtschaftlichen Fragen waren durch den im Jahre 1832 geschlossenen Handelsvertrag in einer für beide Seiten befriedigenden Weise geregelt worden, gelegentliche Meinungsverschiedenheiten — wie z. B. über die Wehrpflicht der aus Rußland nach USA. ausgewanderten Staatsangehörigen — hatte man in freundschaftlichen Verhandlungen immer wieder beigelegt, und andere Reibungsflächen existieren kaum. Und über allem stand die gemeinsame ablehnende Haltung gegen Großbritannien, wobei das amerikanische Volk hauptsächlich an Kanada, Mittelamerika (Panama) und Südamerika sowie an die irische Frage dachte, während den Russen besonders die britische Politik im Balkan, in der Türkei, in Persien und Afghanistan vor Augen stand.

Das wurde im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts plötzlich anders. Wir haben in anderem Zusammenhang (vgl. den Aufsatz „Deutschland und die Vereinigten Staaten") beschrieben, wie das englisch-deutsche Verhältnis sich Anfang 1896 fundamental zu wandeln begann, und wie wenige Wochen nach der Krüger-Depesche, im Januar 1896, die britische Regierung unter ihre bisherige feindselige Politik gegenüber den Vereinigten Staaten einen Strich zog, die Monroe-Doktrin zum erstenmal anerkannte und von da an eine enge Annäherung an Amerika anstrebte, mit dem Ziel, im Falle eines Konflikts mit Deutschland auf die Neutralität oder womöglich sogar auf die

Unterstützung der Vereinigten Staaten zählen zu können. Diesem Kurswechsel der englischen Politik in ihrem Verhältnis zu Amerika glich sich sehr bald die amerikanische Politik gegenüber England an; alte Kontroversen wurden bereinigt (z. B. kanadische Probleme, Panamafrage usw.) und in großen weltpolitischen Fragen bewegten sich von nun an die Vereinigten Staaten und Großbritannien weitgehend auf parallelen Linien. Daß durch diese Entwicklung nicht nur — wie in dem oben erwähnten Aufsatz dargelegt — das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland in Mitleidenschaft gezogen wurde, sondern daß in ähnlicher Weise das bisher freundschaftliche Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland, dessen hauptsächliche raison d'être die gemeinsame Gegnerschaft gegen England gewesen war, seinen Charakter veränderte, liegt auf der Hand.

Es kam hinzu, daß gerade in den Jahren vor der Jahrhundertwende unmittelbare Gegensätze zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten auftauchten. Und zwar in Ostasien. Die amerikanische Politik fing an, sich in ostasiatische Fragen einzumischen, und zwar vertrat sie in China den Standpunkt des Status quo; gleichzeitig verlagerte Rußland von den neunziger Jahren ab seine Macht immer mehr nach dem Pazifik, offenbar in der Absicht, die Aufteilung Chinas in Angriff zu nehmen und hierbei ein kräftiges Wort mitzureden. Als Rußland sich 1898 und 1899 auf der Halbinsel Liautung festsetzte und Port Arthur in seine Hand brachte, sowie seine militärischen Streitkräfte in Ostsibirien und in der Mandschurei vermehrte, wurde der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland deutlich erkennbar. Zwar ließ im Sommer 1900 die gemeinsame Aktion aller Großmächte zum Schutze der Gesandtschaften in Peking diese Meinungsverschiedenheiten für kurze Zeit in den Hintergrund treten, aber schon bald darauf machte sich die gegensätzliche Auffassung wieder in voller Stärke geltend. So kam es, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten immer mehr von Rußland abrückte und im Februar 1904, als der Konflikt zwischen Rußland und Japan ausbrach, trotz geringer Sympathie für Japan fast ausnahmslos g e g e n Rußland Partei ergriff.

Aber die amerikanische Verstimmung hielt nicht lange an. Der für Rußland unglückliche Verlauf des Krieges beseitigte die Gefahr einer ernstlichen Behinderung der amerikanischen Politik in China durch Rußland. An die Stelle Rußlands als potentieller Gegner in Ostasien trat jetzt in den Augen der Amerikaner das Land der aufgehenden Sonne. Von nun an richtete sich der amerikanische Argwohn gegen Japan. Jetzt schien es den Amerikanern nicht mehr nötig zu sein, Rußland von China fernzuhalten, sondern jetzt kam es ihnen im Gegenteil darauf an, zu verhindern, daß Rußland völlig aus Ostasien hinausgedrängt wurde, und zu verhüten, daß Japan zu sehr erstarkte und sich zur Vormacht in Ostasien aufwarf. Entsprechend dem englischen Grundsatz der Aufrechterhaltung der „balance of power" auf dem europäischen Kontinent, bemühte sich der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt, einen Friedensschluß zwischen Japan und Rußland herbeizuführen, der die russischen und japanischen Kräfte in Nordostasien möglichst im Gleichgewicht beließ. Er brachte im August 1905 die Friedensunterhändler in Portsmouth zusammen und setzte durch, daß Rußland zwar auf Südsachalin und auf Liautung verzichtete, daß ihm aber die Zahlung der großen, von Japan ursprünglich energisch geforderten Kriegsentschädigung erspart blieb. In Tokio, wo man sich durch dieses Eingreifen Amerikas mit Recht um wichtige Früchte des Sieges betrogen fühlte, riefen die Friedensbedingungen tiefe Enttäuschung hervor, in Petersburg jedoch war man befriedigt und war dem amerikanischen Präsidenten dankbar, daß man so billig davongekommen war.

War so der Rückschlag, den der russische Vorstoß in Ostasien in den russisch-amerikanischen Beziehungen ausgelöst hatte, nach wenigen Jahren wieder einigermaßen abgeklungen, so waren inzwischen aber auf einem anderen Gebiet Reibungen zwischen den beiden Ländern aufgetreten, die einer Entspannung im Wege standen. Es handelte sich um die Judenfrage. Da russische Gesetze allen Juden das Betreten Rußlands ohne besondere Erlaubnis verboten, konnten auch solche ehemaligen russischen Juden, die nach Amerika ausgewandert und amerikanische Bürger geworden waren, nicht nach Rußland zurück-

kehren; versuchten sie, ohne Erlaubnis nach Rußland zu reisen, so wurden sie — zumal es sich häufig um Refraktäre oder Deserteure handelte — von den russischen Behörden festgehalten und bestraft. Die amerikanische Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß derartige Rückkehrer amerikanische Bürger seien, die nach dem Handelsvertrag von 1832 nicht unterschiedlich behandelt werden dürften, während die russische Regierung in diesen Leuten Juden erblickte, die ohne besondere Erlaubnis in Rußland nichts zu suchen hatten. Schon Ende der achtziger Jahre war es gelegentlich zu Auseinandersetzungen zwischen Washington und Petersburg wegen derartiger Fälle gekommen; im großen und ganzen waren aber diese jüdischen Fragen vom Staate Department in Washington verhältnismäßig behutsam angepackt worden, und ihre gelegentliche Aufrollung hatte zu keiner ernstlichen Belastung der amerikanisch-russischen Beziehungen geführt, sondern höchstens vorübergehend etwas Lärm in einigen amerikanischen Zeitungen verursacht.

Von der Jahrhundertwende ab aber wurde dies anders. Jüdische Auswanderer und verbannte Revolutionäre waren seit den neunziger Jahren in immer größerer Anzahl nach den Vereinigten Staaten gekommen und hatten dort immer stärker Fuß gefaßt. In kurzer Zeit hatten sie, besonders in New York, fühlbaren Einfluß auf Presse und Politik gewonnen und benutzten nun diesen Einfluß, um die russischen Institutionen in der amerikanischen Öffentlichkeit immer schärfer zu kritisieren und anzugreifen, und so in weiten amerikanischen Kreisen eine feindliche Stimmung gegen Rußland zu erzeugen. Journalisten, Professoren, Geistliche, Rabbiner und Politiker nahmen an dieser Hetze teil und trugen durch Zeitungsartikel, Predigten und Reden zur weiteren Vergiftung der Atmosphäre bei. Die amerikanischen Staatsmänner, besonders der Staatssekretär Root, bemühten sich, eine Zuspitzung der Lage zu verhindern und widersetzten sich längere Zeit dem immer lauter werdenden Verlangen der amerikanischen Judenschaft und ihrer Freunde nach Kündigung des Handelsvertrags, den die russische Regierung angeblich durch ihr diskriminierendes Vorgehen gegen amerikanische Juden verletzt habe. Aber schließlich nahm die Agitation solche Formen an, daß das Repräsen-

tantenhaus Anfang Dezember 1911 mit 301 Stimmen gegen eine Stimme die Beseitigung des Handelsvertrags forderte, so daß Präsident Taft am 17. Dezember 1911, noch bevor der Senat über die Vorlage abstimmen konnte, dem russischen Außenminister Sazonoff in einer Note mitteilen ließ, daß die amerikanische Regierung den Handelsvertrag zum 1. Januar 1913 kündige. Eine Entwicklung, welche begreiflicherweise in Rußland ernstlich verstimmte und das amerikanisch-russische Verhältnis ungünstig beeinflußte.

II. 1914 bis 1933

Als im Sommer 1914 der große Konflikt in Europa zum Ausbruch kam, nahm die amerikanische Öffentlichkeit Rußland gegenüber eine abwartende und ziemlich kühle Haltung ein. Soweit das amerikanische Volk Partei ergriff, geschah es für Belgien, Frankreich und England; das Interesse an Rußland war zu gering, als daß besonders freundschaftliche Gefühle zum Ausdruck gekommen wären. Gewiß begeisterte sich ein Teil der amerikanischen Presse in den ersten Wochen des August 1914 für die russische „Dampfwalze", von der man sich große Erfolge versprach, aber dieser Enthusiasmus war nur von kurzer Dauer; nach Tannenberg ließ er rasch wieder nach, und so blieb es im wesentlichen bis zum Ende der Herrschaft der Romanows. Geschäftlich bot sich allerdings ein anderes Bild: die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Rußland, deren Wert im Jahre 1914 nur rund 28 Millionen Dollar betragen hatte, stieg im Jahre 1915 auf 170 Millionen und im Jahre 1916 sogar auf 470 Millionen Dollar. Vom Frühjahr 1915 an sah sich die russische Regierung gezwungen, Anleihe nach Anleihe für die Bezahlung wenigstens eines Teils dieser großen Käufe in den Vereinigten Staaten aufzunehmen, teils durch Vermittlung der National City Bank in New York, teils durch das New Yorker Bankhaus J. P. Morgan. Ein Teil dieser Anleihen wurde zurückgezahlt, aber als das zaristische Regime im März 1917 sein Ende erreichte, befanden sich noch russische

Bonds im Werte von etwa 86 Millionen Dollar in den Händen des amerikanischen Publikums.

Am 15. März 1917 legte Zar Nikolaus II. die Krone nieder. Eine demokratisch-republikanische Welle schien über Rußland hinwegzugehen. In London und Paris betrachtete man diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen, da man sich klar darüber war, daß die Kampfkraft des russischen Alliierten durch diese innere Umwälzung geschwächt werden würde. In Washington aber wurde die neue provisorische Regierung mit Freude und Genugtuung begrüßt und ohne Verzug am 22. März anerkannt; die amerikanische Regierung war die erste fremde Regierung, welche die Anerkennung aussprach. Entscheidend für dieses prompte Vorgehen des Präsidenten Wilson war einerseits die Tatsache, daß man im Weißen Hause auf Grund der Berichte des Botschafters David R. Francis in Petersburg an die Dauerhaftigkeit des neuen Regimes glaubte und die neue Regierung für fähig hielt, die von der Zarenregierung eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, — der Außenminister Miljukow hatte durch die Botschaft in Washington sofort erklären lassen, „that Russia will remain mindful of the international engagements entered into by the fallen régime, and will honor Russia's word" — und vor allem die Tatsache, daß die amerikanische Regierung gerade in jenen Tagen im Begriff stand, Deutschland den Krieg zu erklären, und daß es ihr daher sehr willkommen war, beim Eintritt in diesen Krieg um die „Demokratie" nicht an die Seite eines autoritären, zaristischen, sondern eines demokratischen, republikanischen Rußlands zu treten. Die Propaganda Wilsons zur Reifmachung seines Volkes für die Kriegserklärung an Deutschland wurde durch diesen Wechsel in Rußland außerordentlich erleichtert. Es klang gut in amerikanischen Ohren, wenn Wilson in seiner Kriegsbotschaft vom 2. April 1917 an den Kongreß erklärte, „die Autokratie, welche die russische Staatsstruktur krönte, war in Wirklichkeit nicht russisch, weder nach Ursprung, Charakter noch Zielsetzung; jetzt ist diese Autokratie abgeschüttelt worden und das große, edelmütige russische Volk ist in seiner ganzen naiven Macht und Majestät den Kräften beigetreten, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden kämpfen".

Freilich, die Freude in Washington währte nicht allzulange. Denn wenn auch der Botschafter Francis immer wieder die Stabilität der zuerst vom Fürsten Lwoff, später von Kerenski geführten Regierung betonte, und wenn auch der alte Elihu Root — der im Sommer 1917 in Sondermission nach Rußland entsandt wurde und über Sibirien reisend in Petersburg einen kurzen Besuch abstattete — von einer Bedrohung der Regierung durch eine neue revolutionäre Bewegung mit kommunistischer Tendenz nichts zu entdecken vermochte, so mußte das Weiße Haus schließlich doch im Laufe des Herbstes 1917 erkennen, daß die Lage der Kerenski-Regierung gegenüber der bolschewistischen Opposition immer schwieriger und der Schrei des russischen Volkes nach Frieden immer stärker wurde. Vergebens bemühte sich der Botschafter Francis, die Russen zur Fortführung des Kampfes gegen Deutschland zu ermuntern — mit ähnlichen Phrasen, mit denen heute Sendlinge Roosevelts wie Harry Hopkins, Harriman und Willkie Moskau beschwören, den Krieg gegen Deutschland fortzusetzen — und vergebens versuchte man, durch reichliche Kredite und Anleihen (insgesamt wurden der Kerenski-Regierung vom 6. Juli bis zum 13. November 187 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt) den immer schwächer werdenden Bundesgenossen hochzuhalten. Immer mehr griff an der Front und im Lande die Anarchie um sich, und am 7. November setzten sich die Sowjets durch Handstreich in den Besitz der Macht.

Aus dem Tagebuch des Obersten House, der damals in London war, sehen wir, wie dieses Debakel in Rußland auf die westlichen Verbündeten wirkte; aus der Aufzeichnung vom 8. November über ein Gespräch mit Balfour ergibt sich, daß die russische Situation den Hauptgegenstand der recht sorgenvollen Unterhaltung bildete. Für beide Verbündete, für England und für die Vereinigten Staaten, stand begreiflicherweise die Frage im Vordergrunde, ob Rußland nunmehr aus dem Kriege ausscheiden oder ob es weiter ein Faktor im Kampfe gegen Deutschland bleiben würde. Nur wenige Tage sollte die Ungewißheit dauern. Schon am 21. November richtete Trotzki, der neue Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, eine Zirkularnote an die Botschafter der alliierten Mächte in

Petersburg mit dem Vorschlag, sofort an allen Fronten Waffenstillstand abzuschließen und Friedensverhandlungen zu eröffnen. Wir erinnern uns, wie diese Note auf die „Alliierten" wirkte. Hatte man vorher schon den Bolschewistenumsturz mit tiefstem Mißtrauen betrachtet und in ihm im wesentlichen eine deutsche Machenschaft erblickt, so war man nunmehr überzeugt, es mit einer raffinierten deutschen Intrige zu tun zu haben, die nur das Ausscheiden Rußlands aus dem Kriege bezweckte. Die Antwort der Verbündeten lautete daher völlig ablehnend. Es wurde auf das zwischen den Westmächten und dem zaristischen Rußland am 5. September 1914 geschlossene Abkommen, — wonach keiner der Verbündeten das Recht haben sollte, einen Sonderfrieden zu schließen — hingewiesen, und die Militärattachés der „alliierten" Botschaften in Petersburg gingen so weit, dem bisherigen Bundesgenossen am 23. November mit militärischen Strafaktionen, also mit bewaffneter Intervention zu drohen! Nur Deutschland nahm den Waffenstillstandsvorschlag der neuen russischen Regierung an, und hierauf wurden am 28. November 1917 die Feindseligkeiten an der deutsch-russischen Front eingestellt. Zwei Tage darauf teilte Trotzki den Botschaftern der „Alliierten" in Petersburg die Beendigung der Feinseligkeiten mit und fragte, ob die von ihnen vertretenen Regierungen an den Waffenstillstandsverhandlungen, die am 2. Dezember in Brest-Litowsk beginnen würden, teilzunehmen beabsichtigen. Von seiten der Alliierten erfolgte keine Antwort. Sie ignorierten offiziell die Verhandlungen in Brest-Litowsk, vermieden es aber zunächst, mit der neuen Regierung zu brechen, da sie hofften, die Verhandlungen Trotzkis mit den Deutschen könnten sich zerschlagen und die Russen würden dann den Kampf gegen Deutschland fortsetzen.

Eine interessante Rolle spielte der amerikanische Oberst Raymond Robins von der amerikanischen Rote-Kreuz-Mission. Er trat während der Wochen von Brest-Litowsk in engen Kontakt zu Lenin und Trotzki. Das Ziel war, die Waffenstillstandsverhandlungen und später die Friedensverhandlungen nach Möglichkeit zu stören. Ob Robins für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen und der Fortsetzung des Krieges

amerikanische Hilfe sowie die Anerkennung der Sowjetregierung durch die amerikanische Regierung tatsächlich in Aussicht stellte, ist nicht sicher; aber daß er diese Gedankengänge mit den bolschewistischen Machthabern erörterte, und zwar mit Zustimmung seines Botschafters, ist unbestritten. Außer Zweifel steht jedenfalls, daß die amerikanische Regierung alles daran setzte, um die Verhandlungen in Brest-Litowsk zum Scheitern zu bringen. Mehr als irgendein anderer Umstand hat die Besorgnis um das Ausscheiden des russischen Bundesgenossen aus dem Kriege den Präsidenten Wilson veranlaßt, am 8. Januar 1918 die Botschaft an den Kongreß zu richten, die zum erstenmal über die Kriegsziele der Vereinigten Staaten im einzelnen Auskunft gab und in den berühmten 14 Punkten besonders auch Rußlands gedachte. Schon die einleitenden Worte der Rede Wilsons vom 8. Januar sprechen von den Unterhandlungen in Brest-Litowsk, und das russische Thema zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Rede hindurch. Deutlich erkennbar wird die Absicht, dem russischen Volk, „das seine Auffassung hat von dem, was recht ist, was menschlich ist und was es mit Ehre annehmen kann", zu schmeicheln, und auch gegen die „gegenwärtigen Führer Rußlands" fällt kein unfreundliches Wort. Der Punkt sechs lautete:

„Räumung des ganzen russischen Gebiets sowie Regelung aller Fragen, die Rußland betreffen, so daß die beste und freieste Zusammenarbeit ihm zu einer unbeeinträchtigten und unbehinderten Gelegenheit verhilft, seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik unabhängig zu bestimmen und ihm eine herzliche Aufnahme in die Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen sicher ist; und nicht nur das, sondern Beistand jeder Art, den es brauchen und selber wünschen mag. Die Behandlung, die Rußland in den nächsten Monaten von seinen Brudervölkern zuteil werden wird, wird der Prüfstein ihrer guten Absichten, ihres Verständnisses für seine Bedürfnisse, auch wo sie von ihren Interessen abweichen, und ihres verständigen und selbstlosen Mitgefühls sein."

Die Rede Wilsons wurde in Petersburg an allen Mauern angeschlagen und in ganz Rußland verbreitet. Aber das Eingreifen des amerikanischen Präsidenten blieb ohne Wirkung; die bolschewistischen Führer, die im ersten Augenblick Hoffnungen auf amerikanisches Einlenken gehegt hatten, erkannten, daß es den Alliierten nur auf die Weiterführung des Krieges gegen Deutschland ankam, und daß in den verschwommenen Phrasen des Punktes sechs nichts Konkretes enthalten war. Allerdings sah es Anfang Februar, als die Verhandlungen in Brest-Litowsk abgebrochen wurden und die Deutschen den Vormarsch antraten, kurze Zeit so aus, als ob doch noch ein Zusammenspiel zwischen Moskau und Washington möglich wäre. Oberst Robins beschwor die amerikanische Regierung, rasch einzugreifen, die Sowjets anzuerkennen und einen Modus vivendi weitgehender Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und dem bolschewistischen Rußland zu schaffen. Aber weder London noch Washington konnten sich zu einem Einlenken entschließen, zumal die bolschewistischen Führer nicht nur Kampfansage auf Kampfansage an die kapitalistische Welt gerichtet, sondern durch das Vorgehen gegen das Privateigentum in Rußland und durch die bedingungs- und ausnahmslose Annullierung der auswärtigen Schulden gerade London und Washington besonders schwer getroffen hatten. So ging der günstige Augenblick vorüber. Die Deutschen marschierten weiter vor, Lenin mußte am 23. Februar das deutsche Ultimatum akzeptieren und um Frieden bitten.

Am 3. März wurde der Friede in Brest-Litowsk unterzeichnet. Alle Bemühungen der Alliierten, Rußland im Kriege zu halten, waren gescheitert. Auch Versuche, durch Bestechung eine Fortsetzung des Kampfes zu erreichen — so hatten die Amerikaner dem bolschewistischen Oberkommandierenden Krylenko für jeden Soldaten, der weiterfechten würde, 100 Rubel geboten! —, waren kläglich mißglückt. Aber noch bestand die Möglichkeit, die Russen wieder in den Krieg mit Deutschland zu stoßen. Wenn es gelang, die Ratifikation des Vertrags von Brest-Litowsk zu vereiteln, dann mußte der Kampf weitergehen. Am 5. März sprach Oberst Robins bei Trotzki vor, und Trotzki ließ in der Tat durchblicken, daß die Ratifikation

unterbleiben würde, falls die Alliierten rasch und wirksam Hilfe schickten; ja er ging so weit, dem Amerikaner folgende schriftlich formulierten Fragen zu unterbreiten:

„Kann die Sowjetregierung sich auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs im Kampf gegen Deutschland verlassen? Was würde die Natur dieser Unterstützung sein? Was würde insbesondere Amerika tun, falls Japan Sibirien besetzen sollte?"

Vom 14. bis 16. Mäz tagte der Kongreß der Sowjets, der als oberste Instanz über die Ratifikation des Friedensvertrages von Brest-Litowsk zu entscheiden hatte. Wieder griff Präsident Wilson ein. Er sandte dem Kongreß vor dessen Zusammentritt am 11. März ein Telegramm, in dem er von der aufrichtigen Sympathie des amerikanischen Volkes mit dem russischen Volke sprach und den Russen versicherte, daß die Vereinigten Staaten „jede Gelegenheit ergreifen würden, um für Rußland wieder völlige Souveränität und Unabhängigkeit sowie volle Wiederherstellung seiner großen Rolle im Leben Europas und der modernen Welt zu erwirken". „Allerdings", so sagte das Telegramm, „ist die amerikanische Regierung leider nicht in der Lage, die direkte und wirksame Hilfe zu leisten, die sie gern leisten würde."

Wer wird beim Lesen dieses Telegramms nicht an die Antwort erinnert, welche Franklin D. Roosevelt zweiundzwanzig Jahre später, am 15. Juni 1940, dem französischen Ministerpräsidenten Reynaud auf dessen Hilferuf erteilte, und in der ebenfalls dem zusammenbrechenden Freunde große Versprechungen für die Zukunft gemacht wurden, in der aber der Schlußsatz besagte, daß „militärische Hilfe nicht möglich sei, da hierüber nur der Kongreß der Vereinigten Staaten entscheiden könne"? Wie das französische Volk am 17. Juni 1940 in richtiger Erkenntnis, von den Vereinigten Staaten und von England im Stich gelassen zu sein, den Kampf gegen Deutschland aufgab, so ließen sich auch die Russen im März 1918 nicht verleiten, den Krieg weiter fortzusetzen. Verzweifelt bemühte sich Robins noch am 14. März, eine Mehrheit im Sowjetkongreß gegen die Ratifikation von Brest-Litowsk zu-

sammenzubringen, aber da er auf die Frage Lenins, ob Hilfe komme oder nicht, verneinend antworten mußte, vermochte er nicht zu verhindern, daß der Kongreß auf Antrag Lenins am folgenden Tage mit 784 gegen 261 Stimmen die Ratifikation des Vertrags von Brest-Litowsk beschloß. Und am gleichen Tage sandte der Sowjetkongreß an Wilson folgende herausfordernde Antwort auf sein Telegramm:

„Die Russische Sozialistische Föderative Republik der Sowjets benutzt den Anlaß der Mitteilung des Präsidenten Wilson, um allen Völkern, die unter den Greueln des imperialistischen Krieges leiden und zusammenbrechen, ihre wahre Sympathie sowie ihren festen Glauben zu übermitteln, daß die glückliche Zeit nicht mehr fern ist, da die arbeitenden Massen aller Länder das Joch des Kapitalismus abwerfen und eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufrichten werden, die allein imstande ist, gerechten und dauerhaften Frieden sowie die Kultur und das Glück aller arbeitenden Menschen zu sichern."

So verlor Amerika das Spiel um die Festhaltung des russischen Bundesgenossen. Zwar betonte der Botschafter Francis noch am 22. März 1918, daß sich Amerika auch jetzt noch als Verbündeter des russischen Volkes („as an ally of the Russian people") betrachte. Diese Fiktion wurde auch in den folgenden Monaten noch aufrechterhalten. Auch rissen die Fäden zwischen Oberst Robins und der Sowjetregierung noch nicht sofort ab. So wurde im April 1918 die Lieferung amerikanischer Schuhe an die bolschewistische Armee erörtert, und Lenin zeigte nicht nur der International Harvester Company gewisses Entgegenkommen, sondern er richtete am 4. März 1918 ein langes Memorandum an Robins, welches einen Plan russisch-amerikanischer Zusammenarbeit bei der Errichtung elektrischer Kraftwerke, beim Bau des Wolga-Don-Kanals, bei der Ausbeutung von Kohlengruben, bei der Erschließung der Wälder und beim Wiederaufbau der Sibirischen Bahn enthielt.

Auf militärischem Gebiet waren sich die Alliierten zwar einig in dem Wunsche, so rasch wie möglich eine neue Kampffront in Rußland gegen Deutschland zu errichten, konnten sich

aber zunächst nicht einigen, ob diese Front gemeinsam mit den Bolschewisten oder gegen die Bolschewisten errichtet werden sollte. Die Amerikaner an Ort und Stelle (besonders Oberst Robins) waren zum Zusammengehen mit den Bolschewisten bereit, Staatssekretär Lansing in Washington verhielt sich aber ablehnend. Auch die Engländer hatten keine klare Politik; das Foreign Office in London stand mit Litwinow, dem Sendling der Sowjetregierung, in Kontakt, und Lloyd George schickte Sir William Clarke nach Moskau, um wirtschaftliche Fragen mit Tschitscherin zu behandeln, während Churchill Vorbereitungen zum Einsatz englischer Truppen auf russischem Boden traf. Und dieser Einsatz sollte nicht nur das Ziel haben, eine Front gegen Deutschland aufzubauen, sondern das kommunistische Regime zu beseitigen. Eine Zeitlang ging dieser Kampf zwischen den „little interventionists" (die nur gegen Deutschland auf russischem Boden kämpfen wollten) und den „big interventionists" (die auch gegen den Bolschewismus fechten wollten) hin und her. Aber bald setzten sich die „big interventionists" durch, es siegte also die Idee des Einsatzes der alliierten Truppen in Rußland gegen Deutschland und gegen die Bolschewisten.

Schon im April 1918 marschierte Japan in Sibirien ein. Oberst House betont in seinen Memoiren, daß er sich nicht nur gegen jede alliierte militärische Intervention in Rußland ausgesprochen, sondern sich besonders gegen das japanische Vorgehen gewandt habe, das von der englischen Regierung gewünscht worden sei. Auch Präsident Wilson sei „strongly opposed" gewesen, da er eine Erstarkung Japans perhorreszierte. Aber schließlich gab Wilson unter dem Druck von London nach und konnte nur durchsetzen, daß die Japaner nicht allein einmarschierten, sondern daß eine kleine amerikanische Streitmacht (7000 Mann) an der Intervention teilnahm. Als Vorwand wurde amerikanischerseits verkündet, daß „Scharen bewaffneter deutscher Kriegsgefangener in Sibirien eine ernste Gefahr" bildeten; eine Behauptung, die — wie der amerikanische Hauptmann Webster damals feststellte — völlig erfunden war.

Auf die Einzelheiten der Interventionspolitik der Alliierten kann hier nicht eingegangen werden. Das Vor- und Rückwärts

der Generäle Koltschak und Denikin sowie der tschechoslowakischen Legion, der Vormarsch der Japaner tief nach Sibirien hinein, die Landung von Engländern, Franzosen und Amerikanern in Murmansk und in Archangelsk, die Kämpfe dieser Truppen mit den Bolschewiken, die Gegensätze zwischen den einzelnen Gruppen der Alliierten, besonders zwischen den Amerikanern und Japanern in Sibirien, — all dieses planlose Hin und Her kann hier nicht im einzelnen beschrieben werden. Wichtig ist nur, daß die Linien der Politik von Washington und Moskau immer weiter auseinanderliefen, daß nicht nur keine Anerkennung der Sowjetregierung durch die amerikanische Regierung erfolgte, sondern daß schließlich ein völliger Bruch eintrat. Der Zusammentritt der Friedenskonferenz in Paris änderte hieran nichts. Zwar schien es im Januar 1919 einen Augenblick, als ob es zu Verhandlungen zwischen den Alliierten und der Sowjetregierung kommen würde; aber die in Vorschlag gebrachte Zusammenkunft auf den Prinzeninseln kam nicht zustande. Auch die Entsendung von William C. Bullitt, der damals im Stabe der amerikanischen Friedensdelegation in Paris tätig war, nach Moskau im Februar 1919 zum Studium der politischen und wirtschaftlichen Lage im bolschewistischen Machtbereich — eine Mission, die der ehrgeizige, unstete junge Bullitt mit Philipp Kerr, dem Privatsekretär Lloyd Georges, dem späteren Lord Lothian, ausgeheckt hatte (vgl. „The Bullitt Mission to Russia", New York, 1920) —, blieb nur eine Episode und änderte nichts an der vorerwähnten Entwicklung. Im Gegenteil. Der Bruch mit den Sowjets erweiterte sich immer mehr. Alliierte Truppen, darunter amerikanische, kämpften gegen die Bolschewisten in Sibirien und in Nordrußland, und die Häfen des Sowjetgebiets wurden von den Kriegsschiffen der Alliierten blockiert. Von Frieden war keine Rede. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten konnten zwar im Sommer 1919 den Mittelmächten die Diktate von Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly aufzwingen, aber die Beziehungen zum früheren Bundesgenossen Rußland zu regeln, waren sie nicht imstande.

Hieran änderte sich auch während des Jahres 1920 nichts. Zwar wurden im Januar 1920 die Blockademaßnahmen gegen

die Sowjethäfen aufgehoben und die amerikanischen Truppen im April 1920 aus Sibirien zurückgezogen, nachdem die Kontingente in Murmansk und Archangelsk schon einige Monate früher abtransportiert worden waren, aber weder in London noch in Washington war man bereit, die Regierung in Moskau anzuerkennen und mit Rußland Frieden zu schließen. Lloyd George erklärte am 10. Februar im Unterhaus, daß „keine zivilisierte Gemeinschaft in der Welt daran denke, mit den Bolschewisten Frieden zu machen, bevor sie nicht die Methoden der Barbarei zugunsten einer zivilisierten Regierungsform aufgegeben haben"; allerdings wäre die Aufnahme von Handelsbeziehungen vielleicht ein Mittel „to bring to an end ferocity, rapine, and cruelties of Bolshevism more surely than any other method". Das State Department in Washington ging nicht so weit, sondern beharrte auf seiner sowohl politisch wie wirtschaftlich durchaus ablehnenden Haltung gegenüber Rußland; nur Herbert Hoover, der das amerikanische Hilfswerk in Rußland leitete, sprach sich für die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen aus, um dadurch — wie er sagte — die völlige Narrheit des Wirtschaftssystems der Sowjets dem russischen Volke klarmachen zu können.

Während des russisch-polnischen Krieges im Sommer 1920 präzisierte die amerikanische Regierung in einer ausführlichen Note des Staatssekretärs Colby am 10. August erneut ihren Standpunkt gegenüber Rußland und lehnte wiederum eine Anerkennung der Sowjetregierung in scharfen Ausdrücken ab. „Die gegenwärtigen Herrscher Rußlands, die nur eine unbedeutende Minderheit ihres Volkes hinter sich haben, haben sich durch Macht und List in den Besitz der Macht gesetzt, und halten diese Macht aufrecht durch brutale Unterdrückung." Mit einem solchen Regime Abkommen zu schließen, sei wertlos, da die Führer öffentlich erklärt hätten, ihre Zusagen nicht zu halten. Zusicherungen und Garantien, daß diplomatische Agenten nicht benutzt werden würden, um Revolutionen hervorzurufen, verdienten keinen Glauben. Die dritte Internationale, deren Ziel in der Revolutionierung der ganzen Welt bestehe, werde von der Sowjetregierung mit Mitteln versehen. Ihre Agenten würden unzweifelhaft durch die sowjetischen

diplomatischen Vertretungen in der ganzen Welt gefördert und beschützt. „We cannot recognize, hold official relations with, or give friendly reception to the agents of a government which is determined and bound to conspire against our institutions, whose diplomats will be the agitators of dangerous revolt, whose spokesmen say they sign agreements with no intention of keeping them." Nur in der Frage der Handelsbeziehungen lenkte das State Department ein. Nachdem schon im Juli 1920 gewisse Erschwernisse des Exports beseitigt worden waren, wurde im Dezember eine weitere Auflockerung, besonders was den Zahlungsverkehr zwischen den beiden Ländern anlangte, bekanntgegeben; gleichzeitig aber wurde erneut betont, daß amerikanische Bürger, die sich in Handelsgeschäfte mit den Sowjets einließen, auf eigene Gefahr handelten, auch komme eine Erteilung von Pässen an Amerikaner für Reisen nach Rußland oder die Eröffnung des Postverkehrs mit Rußland nicht in Frage.

So war Anfang 1921, bei Abschluß der Wilsonschen Präsidentschaft, die amerikanische Politik gegenüber Rußland dahin festgelegt, daß man zwar von militärischer Intervention nichts mehr wissen wollte, daß aber von Anerkennung des bolschewistischen Regimes nach wie vor keine Rede war. Nur auf dem Gebiet des Handels machte sich eine gewisse Entspannung bemerkbar, wenn auch zunächst nur in geringem Umfang. Daneben wurde an einer charitativen Hilfstätigkeit festgehalten, mit der die Hooversche „American Relief Commission" betraut war, und für deren Zwecke der amerikanische Kongreß wiederholt einige größere Beträge bewilligte. Daß der Kongreß Gelder für dieses Hilfswerk ausgab, war wohl nicht so sehr auf humanitäre Erwägungen als darauf zurückzuführen, daß man sich — trotz aller Ablehnung des bolschewistischen Regimes — im russischen Volke Freunde sichern wollte, um später einmal dieses große, reiche Land leichter wirtschaftlich durchdringen zu können. Von 1920 ab fingen Finanz- und Wirtschaftskreise in den Vereinigten Staaten an, sich in zunehmendem Maße mit dieser Frage zu beschäftigen.

Es folgten nun, vom 4. März 1921 an, die zwölf Jahre der republikanischen Administration unter Harding, Coolidge und

Hoover. Während dieser ganzen Zeit kam die Frage der Wiederaufnahme der amerikanisch-russischen Beziehungen nicht zur Ruhe. Immer wieder wurde von russischer Seite versucht, das Verhältnis zu normalisieren, und gleichzeitig regten sich immer wieder in den Vereinigten Staaten Kräfte, die auf Anerkennung der Sowjetunion und Herstellung diplomatischer Beziehungen drängten. Aber — das kann hier gleich vorweggenommen werden — während der ganzen Zeit (gleichviel ob die Präsidenten Harding, Coolidge oder Hoover waren, gleichviel ob die Staatssekretäre Hughes, Kellogg oder Stimson hießen), hielt die amerikanische Regierung, wenn sie auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine gewisse Lockerung zuließ, starr an der politischen Nichtanerkennung fest.

Kaum hatte Harding am 4. März 1921 sein Amt angetreten, als der erste Annäherungsfühler von bolschewistischer Seite durch Tschitscherin ausgestreckt wurde. Aber schon am 25. März gab die amerikanische Regierung eine Instruktion des Staatssekretärs Hughes an den amerikanischen Konsul in Riga bekannt, in der ein völlig ablehnender Standpunkt eingenommen wurde. Es sei zwecklos, den Handel mit einem Lande ausdehnen zu wollen, dessen Wirtschafts- und Regierungssystem zu fortschreitender Verarmung der Bevölkerung führe. Solange die Sicherheit des Lebens, das Privateigentum, die Heiligkeit der Kontrakte und das Recht auf freie Arbeit in Rußland nicht anerkannt würden, bestünden keine sicheren Grundlagen der Produktion. Erst wenn dieser grundsätzliche Wandel in Rußland eingetreten sei, könne man in den Vereinigten Staaten an einen Ausbau der Handelsbeziehungen denken.

Bei der Einladung zur Washington-Konferenz an die im Pazifik interessierten Mächte wurde Rußland übergangen. Hughes erklärte hierzu am 19. September 1921, daß die Konferenz selbst, gewissermaßen als Treuhänder, die Wahrung der russischen Interessen übernehmen werde, und sie werde keine Beschlüsse fassen, die Rußlands legitime Interessen verletzen könnten. Der Grundsatz, daß die territoriale Unteilbarkeit des russischen Reiches, besonders auch im Fernen Osten, aufrechtzuerhalten sei, wurde zwar von der amerikanischen Regierung

ausdrücklich anerkannt — ein deutlicher Wink an die Adresse Japans —, aber im übrigen blieb es dabei, daß die Konferenz tagte und über wichtige Fragen des ostasiatischen und pazifischen Raumes Beschlüsse faßte, ohne daß Rußland vertreten war.

Im Mai 1922 stellte der Senator Borah im Senat den Antrag, die Regierung möge die Regierung der Sowjetunion anerkennen, aber aus Reden von Hughes, von Hoover (der im Kabinett den Posten des Handelsministers einnahm) und von Samuel Gompers, dem Führer der „American Federation of Labor", ergab sich, daß weder die Regierung noch die organisierte Arbeiterschaft bereit war, den bisherigen Standpunkt aufzugeben. Hoover betonte, daß erst das Privateigentum in Rußland wiederhergestellt werden müsse, bevor man vom amerikanischen Publikum erwarten könne, daß es Kapital in Rußland anlege, auch müsse die Einhaltung der Verträge unbedingt verbürgt sein; und Samuel Gompers äußerte sich dahin, daß die Anerkennung der „bolschewistischen Tyrannei" ein „nutzloser und niedriger Verrat an der Zivilisation" sein würde.

Im Juli 1922 legte zwar der bisherige Botschafter der Kerenski-Regierung, Bakhmetew, der seit 1917 in Washington residierte und die Anerkennung der amerikanischen Regierung genoß, sein Amt nieder, aber der bisherige Finanzattaché der russischen Botschaft blieb auch weiterhin im Amt und wurde weiter als Vertreter „Rußlands" angesehen.

Anfang 1923 zeigten sich in einem Teil der amerikanischen Arbeiterschaft Regungen, das Verhältnis zwischen den beiden Ländern zu bereinigen. Wortführer dieser Strömungen war der Präsident der Gewerkschaft der „Amalgamated Clothing Workers of America", der aus Rußland stammende Jude Sidney Hillman; er forderte in seinem Vortrag vor der Foreign Policy Association in New York im Februar 1923 die uneingeschränkte Anerkennung der Sowjetunion sowie die Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den UdSSR. Aber am 22. März 1923 erklärte Hughes vor dem „Frauenausschuß für die Anerkennung Rußlands", es fehle in der russischen Situation an Stabilität und es fehle vor allem an der Absicht der Sowjetregierung, den über-

nommenen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Alle fremden Anleihen seien im Februar 1918 bedingungs- und ausnahmslos annulliert worden; solange derartige Grundsätze verfolgt würden, könne eine Anerkennung nicht in Frage kommen. Gleichzeitig rief Hoover in einer Rede vor der „Young Men's Christian Association" aus, der Gedanke, daß die Anerkennung das Heilmittel für das kranke Rußland sei, sei eine hoffnungslose Illusion. In einem Briefe an Samuel Gompers, der vor Anerkennung gewarnt hatte, sagte Hughes im Juli 1923, eine amerikanische Einmischung in innere russische Fragen sei keineswegs beabsichtigt, aber an Anerkennung sei nicht zu denken, solange die Machthaber in Moskau keine Neigung zeigten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und solange sie die Absicht verfolgten, fremde Regierungen zu untergraben. Im Sommer 1923 verließ die American Relief Commission nach Beendigung ihrer Aufgabe Rußland; der Leiter, Oberst Haskell, wurde von Tschitscherin und Litwinow feierlich verabschiedet, aber die russische Erwartung, daß dieser Mitarbeiter Hoovers sich in Washington nützlich erweisen würde, stellte sich rasch als unbegründet heraus. Auch die Reise des alten Senators La Follette nach Moskau im September 1923 änderte nichts am Stand der Dinge.

Neue Erwartungen wurden in Moskau nach dem Tode Hardings im Sommer 1923 gehegt. Und als der neue Präsident Coolidge in seiner Antrittsbotschaft an den Kongreß am 6. Dezember 1923 erklärte, eine Anerkennung könne zwar nicht erfolgen, solange die Schulden an Amerika nicht bezahlt würden und solange nicht gemäßigtere Prinzipien bezüglich des Privateigentums herrschten, gegen die Fortführung des Handels durch amerikanische Bürger bestünden aber keine Bedenken, faßte die Sowjetregierung dies als eine Einladung zur Annäherung auf und sandte am 17. Dezember eine entsprechende Note. Aber schon am folgenden Tage goß Hughes Wasser in diesen Wein. Nicht nur lehnte er jede Annäherung schroff ab und beauftragte den amerikanischen Konsul in Reval, die Sowjetregierung hiervon zu unterrichten, sondern er ließ gleichzeitig belastendes Material über die Machenschaften der Komintern in den Vereinigten Staaten veröffentlichen; die Ent-

hüllung einer Anweisung Sinowiews an die „workers' party" in USA., in der die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß die Rote Flagge bald über dem Weißen Hause wehen möge, verursachte begreiflicherweise eine große Sensation. Es ist nicht unmöglich, daß Coolidge ursprünglich — unter dem Einfluß von Borah — tatsächlich an eine gewisse Annäherung an Moskau gedacht hatte, es zeigte sich aber, daß Hughes mit seinem völlig ablehnenden Standpunkt durchdrang. Jedenfalls wurden die bolschewistischen Erwartungen, die sich an den Präsidentenwechsel geknüpft hatten, rasch enttäuscht, und man wurde sich nun in Moskau klar darüber, daß solange Hughes Außenminister blieb, an eine Änderung der amerikanischen Rußlandpolitik nicht zu denken sei.

Als Ende 1924 Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt von Hughes auftauchten, schöpften die leitenden Männer im Kreml neue Hoffnung. Tschitscherin äußerte sich in diesem Sinne am 12. November 1924 vor dem kommunistischen Jugendverband in Moskau und betonte, Amerika benötige für seine Stahlproduktion russisches Manganerz, und einflußreiche amerikanische Firmen verhandelten bereits mit der Sowjetregierung über eine große Mangankonzession im Kaukasus. Aber wieder wurden die russischen Hoffnungen schwer enttäuscht. Hughes trat zwar im März 1925 zurück, aber Präsident Coolidge erklärte in der Pressekonferenz des Weißen Hauses vom 22. April, daß die Politik gegenüber Rußland durch den Wechsel im Staatssekretariat keine Änderung erfahren würde. Der neue Staatssekretär, Kellogg, äußerte sich im gleichen Sinne, und Hoover unterstrich die negative amerikanische Einstellung, indem er erklärte, daß an eine Anerkennung der Sowjetregierung schon deshalb nicht gedacht werden könne, weil russische Mitarbeiter der „American Relief Administration" neuerdings ins Gefängnis geworfen bzw. in die Verbannung geschickt worden seien. Auch gegen die Gewährung einer Anleihe an die Sowjets wurde Stimmung gemacht; mit einer Regierung, die die völkerrechtlichen Verpflichtungen ablehne und sich in das wirtschaftliche und politische System anderer Staaten einmische — so erklärte William Castle, der Chef der Westeuropäischen Abteilung im State Department vor dem

Institute of Politics in Williamstown am 2. August 1925 —, könne Amerika nicht zusammenarbeiten.

Zwar brachte Borah im Dezember 1925 im Senat erneut eine Resolution ein, „that the Senate of the United States favors the recognition of the present Soviet Government of Russia", und Charlie Schwab von Bethlehem Steel, Clarence Dillon von Dillon Read und andere Wirtschaftsführer kamen mit den in New York stationierten Beamten der russischen Einkaufsorganisation Amtorg zusammen, aber nach wie vor überwog im ganzen Lande die ablehnende Haltung, wie sie von der Regierung eingenommen wurde. Die Mehrheit der amerikanischen Geschäftswelt stand auf dem Standpunkt, daß man mit der Anerkennung noch warten solle. Mit oder ohne Anerkennung — der Handel zwischen USA. und den UdSSR. werde ziemlich der gleiche sein. Schon jetzt sei das Verhältnis ganz freundschaftlich. Amerikanische Kaufleute würden in der Sowjetunion nicht belästigt, und russische Delegationen, wie z. B. eine landwirtschaftliche Abordnung, die im Oktober 1925 nach Amerika kam, könnten ungeniert in den Vereinigten Staaten reisen. Diese Gedanken drückte auch die New Yorker Handelskammer im Januar 1926 aus und erklärte sich scharf gegen eine politische Anerkennung.

Die für die Annäherung an Rußland eintretenden Kräfte in den Vereinigten Staaten ließen sich aber hierdurch nicht abschrecken. Nachdem im März 1926 die „International Wheat Pool Corporation", welche die Vereinheitlichung und Standardisierung des Weizenverkaufs-Genossenschaftswesens betreibt, Rußland als Mitglied aufgenommen und den Sowjetvertreter Pawlow in St. Paul begrüßt hatte, folgte im Mai wieder ein Vorstoß der von Sidney Hillman geführten „Amalgamated Clothing Workers Association" zugunsten der Anerkennung. Gleichzeitig trat der aus den Jahren 1917 und 1918 bekannte Oberst Robins in Chicago für die Entsendung einer diplomatischen und kaufmännischen Mission nach Rußland ein. Auch die Sinclair-Gruppe begann sich für die Anerkennung der Sowjets einzusetzen, da sie sich hieraus für ihre Petroleumkonzession in Nordsachalin greifbare Vorteile erhoffte. In New York trat der bekannte Berufspropagandist Jvy Lee für

die Sowjetunion auf den Plan und fing an, großzügig und mit erheblichen Mitteln für den Anerkennungsgedanken Stimmung zu machen. Im Sommer 1926 reiste eine größere Reisegesellschaft unter Führung von Sherwood Eddy durch Rußland und gab bei ihrer Rückkehr nach New York der Bewegung für Anerkennung weiteren Auftrieb. Auch mit der Fleischindustrie in Chicago nahmen die Sowjets Fühlung in der Hoffnung, durch den Einfluß der „Packers" zum Ziel zu gelangen, nachdem die auf Ford und auf die International Harvester Company gehegten Erwartungen enttäuscht worden waren.

Aber die Regierung ließ sich nicht von ihrer Linie abbringen. Coolidge erklärte Ende September, daß an der bisherigen Politik festgehalten werde und daß eine Anerkennung erst in Frage komme, wenn die amerikanische Regierung keinen Zweifel mehr darüber habe, daß Rußland seine internationalen Verbindlichkeiten erfülle. Die Krise in den englisch-russischen Beziehungen, die plötzlich im Mai 1927 ausbrach und vorübergehend zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen London und Moskau führte, trug weiter dazu bei, die Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber den Sowjets zu versteifen; die englischen Enthüllungen über die Sowjettätigkeit in England wurden in Washington als eine Bestätigung der Richtigkeit der amerikanischen Politik angesehen. Auch die Politik der Sowjetunion gegenüber China und die Sowjetpropaganda in Mexiko und in Zentralamerika bestärkte die amerikanische Regierung in ihrer Ablehnung gegen Moskau.

Trotz dieser negativen Haltung der amerikanischen Regierung auf politischem Gebiet entwickelte sich der Handel mit Rußland nicht ungünstig. Die amerikanische Ausfuhr stieg im Etatjahr 1926/1927 um mehr als 20 v. H., obwohl scharfe amerikanische Zahlungsbedingungen eher retardierend wirkten. Gleichzeitig machte die „Fordisierung" Rußlands rasche Fortschritte. Manche Erscheinungen des Amerikanismus imponierten den primitiven Russen, nicht nur auf dem Gebiet der Technik, sondern auch auf anderen Gebieten. Amerikanische Filme fingen an, die Lichtspieltheater in der Sowjetunion zu überschwemmen, russische Verlage brachten Übersetzungen amerikanischer Bücher, besonders von Jack London, Upton Sinclair und Sinclair Lewis.

Aber auf amerikanischer Seite war um das Ende des Jahres 1928 — trotz vermehrter Propaganda durch Jvy Lee und andere — eher ein Nachlassen des Interesses an Rußland zu verspüren. Es hatte sich herumgesprochen, daß große Konzerne, wie Baldwin Locomotives, Harvester und Harriman, schlechte Erfahrungen in Rußland gemacht hatten, und hierdurch war die an sich schon vorhandene Neigung zur Zurückhaltung noch verstärkt worden. Auch brachte die amerikanische Regierung nach dem Zustandekommen des Kellogg-Pakts klar zum Ausdruck, daß ihre Haltung gegenüber den Sowjets durch den Abschluß des Pakts nicht berührt werden würde.

In Moskau gab man aber die Hoffnung auf eine baldige Änderung nicht auf. Man glaubte, daß Hoover, der im November 1928 zum Präsidenten gewählt worden war, den Umschwung herbeiführen werde, obwohl man hätte wissen müssen, daß Hoover zwar das Hilfswerk der American Relief Adminisration ins Leben gerufen, im übrigen aber stets den Sowjets gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen hatte. Auch hätte man aus dem bekannten Ausspruch Hoovers, ganz Rußland sei ihm nicht so viel wert wie der Staat Montana, im Kreml die richtigen Schlüsse ziehen müssen. Litwinow war unvorsichtig genug, wenige Wochen nach der Wahl Hoovers im Zentralkomitee in Moskau eine große Rede zu halten, die in ziemlich durchsichtiger Weise um die Liebe Amerikas warb. Die Rede hatte folgenden Gedankengang:

> Wir konstatieren mit Genugtuung die fortschreitende schnelle Entwicklung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Um gerecht zu sein, muß man feststellen, daß die USA. nicht gegen die Sowjetunion intrigieren. Wir vergessen nie Hoovers Hilfe während unserer Hungerjahre. Allmählich bricht sich die Erkenntnis durch, daß es notwendig und durchführbar ist, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Sowjetunion durch die finanzielle Hilfe und durch die Ausnutzung der Errungenschaften der hochentwickelten Technik Amerikas zu fördern. Früher bestand viel Vorurteil in USA. gegen die Sowjetunion, aber das ist heute besser; die Reisen zahlreicher Amerikaner nach Rußland haben einen Wandel herbeigeführt. Ununterbrochen

steigt der amerikanische Export nach der Sowjetunion, technische Kräfte Amerikas werden mehr und mehr in Rußland eingesetzt, die Sowjets erfüllen die von ihnen übernommenen Verpflichtungen mit Pünktlichkeit. Allerdings leiden die wirtschaftlichen Beziehungen, weil sie der offiziellen Basis entbehren. Sie könnten sich doppelt und dreifach entwickeln, sobald normale Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederhergestellt würden.

Hand in Hand mit diesem neuen Vorstoß von russischer Seite ging eine erhebliche Verstärkung der pro-sowjetischen Propaganda in den Vereinigten Staaten. Jvy Lee verdoppelte seine auf die amerikanische Geschäftswelt abgestellte Reklame für baldige Anerkennung. Große Werbeveranstaltungen fanden im Januar und Februar 1929 in New York und anderen Städten statt, bei denen nicht nur linksstehende Persönlichkeiten wie Dorothy Thompson für die Herstellung normaler Beziehungen zur Sowjetunion eintraten, sondern auch Ingenieure wie Oberst Cooper, der das große Kraftwerk bei Dnjepropetrowsk baute, sowie leitende Männer von General Motors, General Electric, J. P. Morgan, Bankhaus Warburg, Metropolitan Life Insurance, Guaranty Trust usw. sich positiv äußerten. Gleichzeitig versandte das Sowjet-Informationsbüro, das sich schon 1923 in Washington niedergelassen hatte und dessen Leiter Boris Skvirski war, Propagandamaterial aller Art, darunter ein Jahrbuch „The Sovjet Union", welches zahlreiche Artikel über die russisch-amerikanische Wirtschaftsbeziehungen enthielt.

Es schien, als ob man dem Ziele nahe wäre. Um so peinlicher wirkte der kalte Wasserstrahl, der am 30. April 1929, wenige Wochen nach dem Amtsantritt Hoovers, aus dem Weißen Hause erfolgte. Schon am 11. April hatte der neue Staatsekretär Stimson vor der Presse erklärt, ihm sei von einer Änderung der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetregierung nichts bekannt. Und am 30. April schrieb Stimson im Auftrag des Präsidenten an den Vorsitzenden der American Federation of Labor, die Politik bezüglich der Nichtanerkennung des „augenblicklichen Regimes in Rußland" bleibe unverändert.

Mit dieser Erklärung der neuen Administration setzte ein neues, besonders tiefes Wellental in den russisch-amerikanischen Beziehungen ein. Auch im Lager der Geschäftswelt mehrten sich wieder die negativen Stimmen, besonders nachdem die Wirtschaftskrise, die Ende Oktober 1929 in den Vereinigten Staaten ausgebrochen war, die Besorgnis vor dem Kommunismus im eigenen Hause wachgerufen hatte. Die kommunistischen Unruhen am „Welthungertage" in USA. machten tiefen Eindruck, die Nachrichten aus China sowie aus Südamerika über verstärkte kommunistische Aktivität riefen allgemeine Verstimmung hervor. So wurde die Abkühlung des Verhältnisses zur Sowjetunion Ende 1929, Anfang 1930 wieder stärker. Gleichzeitig nahm infolge der Wirtschaftskrise der Handel mit der Sowjetunion ab, und die sich häufenden Nachrichten über schlechte Erfahrungen im Rußlandgeschäft, hauptsächlich über Patentverletzungen, veranlaßten die Kreise, die bisher mit der Sowjetunion gearbeitet hatten, zu größerer Zurückhaltung. Anfang 1930 war der Chor der Anerkennungsfreunde in den Vereinigten Staaten nahezu völlig verstummt. Diese Entwicklung wurde durch die Veröffentlichung des vom Abgeordneten Hamilton Fish geleiteten Ausschusses des Repräsentantenhauses zur Untersuchung der kommunistischen Aktivität in USA. noch weiter gefördert; die Untersuchungen erstreckten sich auf den Arbeitszwang in der Sowjetunion, auf das damit zusammenhängende Dumping russischer Waren auf dem amerikanischen Markt, sowie auf die Propagandatätigkeit der russischen Handelsorganisation in den Vereinigten Staaten, der sogenannten Amtorg.

Aber schon im Sommer 1930 war der Tiefstand wieder überwunden. Das Anhalten der Wirtschaftskrise zwang amerikanische Geschäftsleute dazu, russische Verbindungen anzuknüpfen, und im Sommer 1930 setzte eine Flut von Reisen nach der Sowjetunion ein. Gleichzeitig bemühten sich amerikanische Techniker, die in den Vereinigten Staaten erwerbslos geworden waren, um Anstellung in der russischen Industrie, so daß Ende 1930 eine starke Zunahme von amerikanischen Vorarbeitern und Ingenieuren in Rußland festzustellen war; allein in der Traktorenfabrik in Stalingrad waren damals 376 Amerikaner tätig. An dem Internationalen Kongreß für Bodenkunde in Leningrad

im Juli 1930 nahmen mehrere amerikanische Gelehrte teil, die Internationale Ausstellung für Erziehungswesen in Leningrad wurde von den Vereinigten Staaten mit einer besonders reichen Sonderausstellung beschickt.

Nach wie vor blieb aber in der Frage der Anerkennung die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten gespalten. Für die Anerkennung traten die am Handel mit Rußland interessierten Kreise, insbesondere diejenigen Firmen der Großindustrie, welche Lieferungsverträge und Verträge auf technische Hilfe usw. mit Rußland geschlossen hatten, ein. Daneben die linksradikalen Kreise und ein großer Teil des Judentums. Gegen die Anerkennung nahmen nach wie vor Stellung die Regierung und die große Mehrheit der republikanischen Partei, sowie die konservativen Elemente in der demokratischen Partei, ein Teil der Kirchen, besonders die Katholiken, und diejenigen Schichten in Unternehmertum und Arbeiterschaft, die sich durch das rücksichtslose Dumping der Russen unterboten fühlten. Daneben natürlich alle diejenigen, die in der kommunistischen Propaganda eine Gefahr erblickten und die das bolschewistische Regierungssystem verabscheuten.

So standen sich die beiden Lager bis zum Ende des Jahres 1931 verhältnismäßig unverändert gegenüber. Im April 1931 ließ das State Department durch den Chef der Rechtsabteilung Hackworth erneut darlegen, aus welchen Gründen eine Anerkennung der Sowjetunion nicht in Frage komme; die Sowjetregierung gewähre weder den Personen noch dem Eigentum von Ausländern das vom Völkerrecht geforderte Maß von Achtung und Schutz, sie erkenne die internationalen Verpflichtungen der ihr vorangegangenen Regierungen nicht an und sie mißachte das Recht anderer Nationen, ohne Einmischung seitens fremder Staaten ihre Einrichtungen zu entwickeln und ihre inneren Angelegenheiten zu regeln. — Zu dieser unveränderten negativen Einstellung der amerikanischen Regierung hatte wohl auch das Bekanntwerden der Leitsätze der Kommunistischen Internationale zur revolutionären Propaganda unter der Negerbevölkerung in den Vereinigten Staaten beigetragen, die im Bulletin der Kommunistischen Internationale vom 10. November 1930 veröffentlicht worden war. —

Erst im Frühjahr 1932 tauchten neue Hoffnungen auf Anerkennung in Moskau auf, da man infolge der Ereignisse in Ostasien ein verstärktes Interesse der Vereinigten Staaten an Rußland vermutete. Am 19. März 1932 meldete die russische Telegraphenagentur, die amerikanische Regierung sei bereit, die Beziehungen zur Sowjetregierung aufzunehmen. Zwar erfolgte sofort eine Erklärung des State Departments, welche diese Meldung dementierte und feststellte, daß an Anerkennung nicht zu denken sei. Aber es wurde doch vom Frühjahr 1932 ab deutlich spürbar, daß die Bewegung für eine Annäherung an Moskau von Monat zu Monat stärker wurde. Im Laufe des April machten verschiedene demokratische Abgeordnete und Senatoren energische Vorstöße und forderten die Anerkennung. Auch in der Presse verstärkte sich die Strömung für die Anerkennung im Laufe des Sommers immer mehr. Die andauernde Wirtschaftsdepression trug dazu bei, die Forderung nach Herstellung normaler Beziehungen im Interesse der Belebung des Handels zu erhöhen, und der ostasiatische Konflikt führte zur Verstärkung der Auffassung, daß man Japan besser entgegentreten könne, wenn die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland normalisiert wären.

Die Wahl Franklin D. Roosevelts zum Präsidenten im November 1932 wurde in Moskau mit offener Freude begrüßt. Dieses Mal sollte sich Moskau nicht irren. Zwar verging noch ein volles Jahr, bis die bolschewistischen Hoffnungen in Erfüllung gingen, aber die Zeichen für den Umschwung wurden von Anfang 1933 so deutlich, daß auch in Washington kaum mehr Zweifel laut wurden. Gewiß waren nach wie vor weite Kreise ablehnend eingestellt, darunter die Gewerkschaften unter der Führung der „American Federation of Labor", aber die Entwicklung der Lage in Ostasien, sowie die Wiederanknüpfung der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion hatten den politischen Boden vorbereitet, und die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten ließ aus wirtschaftlichen Gründen die Abänderung der bisherigen Rußlandpolitik erwünscht erscheinen. Gleichzeitig sorgte die wesentlich verstärkte Propaganda der Anerkennungsfreunde dafür, daß die bisherigen Argumente gegen die Anerkennung bagatellisiert wurden; eine kommuni-

stische Gefahr existiere in den Vereinigten Staaten nicht, wie sich bei der Novemberwahl gezeigt habe, und das Schuldenproblem könne kein Stein des Anstoßes mehr sein, nachdem auch andere europäische Schuldner (z. B. England und Frankreich) in Verzug geraten seien, ohne daß dies die Beziehungen zu diesen Ländern ernstlich beeinträchtigt habe. Hinter den Kulissen waren Persönlichkeiten wie Bullitt und Bernard Baruch, die dank dem Siege der demokratischen Partei nach zwölfjähriger Karenz nun wieder eine politische Rolle spielen konnten, außerordentlich rührig; im Juli 1933 wußten die Zeitungen zu melden, daß Baruch sich mit Litwinow in Vichy getroffen habe und im September erschien der Senator MacAdoo, offenbar im Auftrage Roosevelts, zu kurzem Aufenthalt in Moskau.

Von da an änderte sich die Szene mit dramatischer Schnelligkeit. Am 8. Oktober meldete die Associated Press, daß „the question is moving into advanced stages" und daß Hull, Bullitt und Morgenthau Memoranden über die russische Frage für den Präsidenten ausarbeiteten. Am 10./17. Oktober erfolgte der das Eis brechende Briefwechsel zwischen Roosevelt und Kalinin, Ende Oktober reiste Litwinow nach Washington ab und am 16. November wurde der Abschluß der Verhandlungen zwischen Litwinow und Roosevelt in Washington bekanntgegeben. In der amerikanischen Note vom gleichen Tage hieß es:

„Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß als Ergebnis unserer Besprechungen die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen hat, normale diplomatische Beziehungen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufzunehmen und Botschafter auszutauschen.

Ich bin der Überzeugung, daß die nunmehr aufgenommenen Beziehungen zwischen unseren Völkern stets normal und freundschaftlich bleiben und daß unsere Nationen in Zukunft zu ihrem gegenseitigen Nutzen und zur Erhaltung des Weltfriedens zusammenarbeiten werden."

Gleichzeitig wurde eine Vereinbarung bekanntgegeben, durch welche beide Länder sich verpflichteten, von jeder Einmischung in die Verhältnisse des anderen Landes Abstand zu nehmen:

„Es wird die feste Politik der Regierung der UdSSR sein,

1. gewissenhaft das unbestrittene Recht der Vereinigten Staaten zu achten, ihr Leben auf eigene Art und durch eigene Rechtsprechung zu ordnen, sowie sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse der Vereinigten Staaten, ihrer Gebiete und Besitzungen zu enthalten;
2. alle Personen im Staatsdienst und alle Einrichtungen der Regierung oder unter der unmittelbaren oder mittelbaren Aufsicht der Regierung, auch solche, welche finanzielle Unterstützung von ihr beziehen, von jeder offenen oder geheimen Handlung zurückzuhalten, welche in irgendeiner Weise die Ruhe, Wohlfahrt, Ordnung und Sicherheit des Ganzen oder eines Teils der Vereinigten Staaten, ihrer Gebiete oder Besitzungen gefährden könnte; von jeder Handlung, insbesondere welche eine bewaffnete Intervention anzustacheln oder zu ermutigen sucht, von jeder Agitation oder Propaganda, deren Ziel die Verletzung der Unversehrtheit des Gebietes der Vereinigten Staaten, ihrer Gebiete oder Besitzungen, oder die gewaltsame Änderung der politischen oder Sozialordnung des Ganzen oder eines Teils der Vereinigten Staaten, ihrer Gebiete oder Besitzungen ist.
3. Innerhalb ihres Gebiets nicht die Bildung oder den Aufenthalt einer Organisation oder Gruppe zu dulden, welche den Anspruch erhebt, die Regierung der Vereinigten Staaten zu sein, oder die Unversehrtheit des Gebietes der Vereinigten Staaten, ihrer Gebiete oder Besitzungen, anzugreifen versucht; und die Autorität einer solchen Organisation oder Gruppe oder der Vertreter oder Angestellten einer solchen Organisation oder Gruppe zu verhindern; innerhalb ihres Gebiets keine militärischen Organisationen oder Gruppen zu bilden, zu unterstützen oder zu gestatten, welche das Ziel eines militärischen Kampfes gegen die Vereinigten Staaten, ihre Gebiete oder Besitzungen haben, und alle Rekrutierungen solcher Organisationen und Gruppen zu verhindern.
4. Innerhalb ihres Gebiets nicht die Bildung oder den Aufenthalt oder Organisation einer Gruppe zu dulden, welche

den Umsturz oder die Vorbereitung zum Umsturz, oder die gewaltsame Änderung der politischen oder sozialen Ordnung des Ganzen oder eines Teils der Vereinigten Staaten, ihrer Gebiete oder Besitzungen zum Ziele hat, und die Aktivität einer solchen Oganisation oder Gruppe oder deren Vertreter oder Angestellten einer solchen Organisation oder Gruppe zu verhindern."

. . . „Es wird die feste Politik der Exekutive der Vereinigten Staaten sein, innerhalb der Grenzen ihrer Macht, welche durch die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten gegeben sind, den oben ausgeführten Verpflichtungen sich ihrerseits anzuschließen."

Neben diesen Abmachungen wurden gleichzeitig noch Vereinbarungen getroffen über den Schutz der Freiheiten der amerikanischen Staatsangehörigen in der Sowjetunion. Dagegen kam es zu keinem Ergebnis in der Schuldenfrage; hierüber sollte weiter verhandelt werden.

Zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau wurde William C. Bullitt ernannt, Sowjetbotschafter in Washington wurde Alexander Trojanowski, der bis dahin Botschafter in Tokio gewesen war. Dem letzten Vertreter der Kerenski-Regierung, dem Finanzattaché Serge Ughet, sowie den drei noch vorhandenen Konsuln wurde am 16. November die Anerkennung der amerikanischen Regierung entzogen. Das russische Botschaftsgebäude in der Sixteenth Street in Washington wurde dem bisherigen Leiter des Sowjet-Informationsbüros, Boris Skvirski, übergeben, der bis zum Eintreffen des Botschafters Trojanowski als Geschäftsträger fungierte. —

So wurden nach sechzehnjähriger Unterbrechung die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland wiederhergestellt. Nachdem das Reich des Zaren im Jahre 1809 als letzte Großmacht die junge Republik der Vereinigten Staaten anerkannt hatte, erkannten jetzt, im Jahre 1933, die Vereinigten Staaten als letzte der Großmächte die Sowjetunion an.

Die Gründe für die von Roosevelt vollzogene Anerkennung lagen auf der Hand und sind heute, nachdem über neun Jahre

verflossen sind, noch deutlicher zu erkennen. Ausschlaggebend war die feindselige Einstellung Roosevelts gegenüber Japan und Deutschland. In Japan und Deutschland sah Roosevelt den Feind, gegen Japan und Deutschland brauchte er Rußland. Ideologische Hemmungen gegenüber dem Bolschewismus hatte Roosevelt nicht. So fremd ihm die Menschen und Dinge in der Sowjetunion erscheinen mochten, so wenig stieß er sich am Grundsätzlichen. Auch haben sicher die Ratschläge seiner jüdisch-sozialistischen Berater — der Bernard Baruch, Felix Frankfurter, Henry Morgenthau usw. — ihren Teil zur Anerkennung der Sowjetregierung beigetragen, ebenso wie der Einfluß von Bullitt die Entwicklung beschleunigt haben dürfte. Wirtschaftliche Gründe spielten ebenfalls eine, wenn auch keine entscheidende Rolle; in den Jahren der Wirtschaftsdepression mußte jeder Markt gehalten werden, und wenn auch die Anerkennung allein dem Handel nicht aufhelfen konnte, so war sie doch die Voraussetzung für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Schließlich mag noch mitgesprochen haben, daß mit der Zeit, nachdem alle anderen Großmächte und die meisten übrigen Staaten die Sowjetunion anerkannt hatten, die amerikanische Nichtanerkennung an Wert verlieren würde. Ausschlaggebend aber war — wie gesagt — nur die politische Erwägung, daß man mit Rußland wieder normale Beziehungen herstellen müsse, um über diese Figur in einer Auseinandersetzung mit Japan und Deutschland verfügen zu können.

III. Seit 1933

Die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen wurde in der Sowjetunion mit großer Genugtuung aufgenommen. Es zeigte sich sofort, daß man aus dieser Entwicklung nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern vor allem politischen Gewinn erhoffte. Schon Ende Oktober hatte Winogradow triumphierend erklärt, daß die Anerkennung bevorstehe und daß sie einen bösen Schlag für Japan bedeute, und nun ließ

Litwinow in seiner Abschiedsrede in New York am 24. November durchblicken, daß es neben Japan vor allem Deutschland sei, gegen das sich die neue „Friedensfront" richte. Mit besonders festlicher Inszenierung wurde Bullitt Ende Dezember in Moskau empfangen, und in den russischen Presseartikeln wurde das Thema variiert: Freundschaft zwischen Sowjetunion und USA — ein Unterpfand des Friedens. Bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens betonte Bullitt, daß es sich „nicht nur um normale, sondern um wahrhaft freundschaftliche Beziehungen" handle. Das Ziel sei — so wurde mit unmißverständlicher Betonung nach Tokio und Berlin hin hervorgehoben — „die Herstellung eines dauerhaften, allgemeinen Friedens". In die gleiche Kerbe schlug Trojanowski, als er am 8. Januar 1934 von Roosevelt empfangen wurde; „gemeinsame Erhaltung des Weltfriedens" sei das Ziel der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten. Noch deutlicher wurde die neue Frontstellung durch eine Rede unterstrichen, die Bullitt — der zu Besprechungen nach Washington zurückgekehrt war — am 19. Januar in seiner Vaterstadt Philadelphia hielt; er beschränkte sich nicht auf die Verherrlichung der wiedergewonnenen amerikanisch-russischen Freundchaft, sondern er spickte seine Rede mit Ausfällen gegen Deutschland.

Aber schon nach wenigen Monaten zeigte sich, daß die neue Freundschaft nicht ganz so solide war, wie man angenommen hatte oder wie man wenigstens die Welt hatte glauben machen wollen. „Bullitt's honeymoon is over" hieß es unter den Mitgliedern der amerikanischen Botschaft in Moskau schon im Mai; und im weiteren Verlauf des Jahres 1934 wurde dies noch deutlicher erkennbar. Auf allen Gebieten zeigten sich Schwierigkeiten; insbesondere schleppten sich die Besprechungen über die Schuldenregelung nur mühselig hin, bis sie schließlich im Januar 1935 völlig zusammenbrachen. Ende Januar mußte das State Department eine Erklärung herausgeben, daß die Verhandlungen über die Schuldenfrage „ergebnislos beendet" worden seien.

Zu einem heftigen Zusammenstoß führte im Sommer 1935 die Tagung des Weltkongresses der dritten Internationale in Moskau. Schon die Einberufung zum Kongreß hatte in

Washington verstimmt, weil amerikanische Kommunisten eingeladen worden waren. Als dann in den Verhandlungen des Kongresses sowohl die amerikanischen sozialen Zustände schonungslos kritisiert wie auch die Möglichkeiten kommunistischer Zersetzung in den Vereinigten Staaten mit ungenierter Offenheit erörtert wurden, holte die amerikanische Regierung zum Schlage aus. In einer scharfen Note wies Bullitt am 25. August darauf hin, daß sich auf dem Kongreß Vorkommnisse abgespielt hätten, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten bedeuteten. Die Note protestierte gegen die flagrante Verletzung der Zusicherungen, die am 16. November 1933 von der Sowjetregierung gegeben worden seien. Da der Sowjetregierung die Ziele der kommunistischen Internationale bekannt sein müßten, scheine es unnötig, die Verhandlungen auf dem Kongreß im einzelnen anzuführen oder eine Namensliste der dort anwesenden Mitglieder der amerikanischen kommunistischen Organisation zu geben, deren Zulassung in die Sowjetunion der Sowjetregierung natürlich bekannt gewesen sei. „Das amerikanische Volk nimmt Einmischungen fremder Länder in seine inneren Angelegenheiten außerordentlich übel auf. Die amerikanische Regierung erachtet die sorgfältige Erfüllung des Versprechens der Nichteinmischung als wesentliche Vorbedingung für die Aufrechterhaltung normaler freundschaftlicher Beziehungen. Den Vereinigten Staaten würde es an Offenheit mangeln, wenn sie nicht freimütig erklärten, sie sähen die ernstesten Folgen voraus, wenn die Sowjetregierung nicht Maßnahmen zur wirksamen Verhinderung derartiger Einmischung träfe."

Im Gespräch mit seinen diplomatischen Kollegen in Moskau ging Bullitt noch weiter. Er betonte, daß sich die Vereinigten Staaten eine solche kommunistische Agitation nicht gefallen lassen könnten. Schon habe der Hafenstreik in New York gezeigt, wohin die bolschewistische Hetze führe. Wenn der Kongreß der dritten Internationale die Weltrevolutionsparole neu verkünde, so sei die Regierung in Moskau hierfür verantwortlich. Bullitt drohte offen mit dem Abbruch. Auch sonst seien die Beziehungen zur Sowjetunion durchaus unbefriedigend. Die USA. würden als „the least favoured nation" be-

handelt, keine Zusage werde von bolschewistischer Seite gehalten.

Die Sowjetregierung antwortete sofort auf die amerikanische Note und wies den Protest als unbegründet zurück. Eine Verletzung des Abkommens von 1933 liege nicht vor, da die Sowjetregierung niemals Verpflichtungen über die kommunistische Internationale auf sich genommen habe und auch gar nicht habe auf sich nehmen können.

In den Vereinigten Staaten riefen die Vorgänge auf dem Kongreß der dritten Internationale und der Notenwechsel mit der Sowjetregierung großes Aufsehen hervor. Man erkannte, daß die Männer in Moskau nicht daran dachten, auf die Arbeit der Komintern zu verzichten, und daß daher die langatmigen Zusicherungen Litwinows vom 16. November 1933 wertlos waren. Im Weißen Hause war man hierüber wohl nie im Zweifel gewesen. Wenn man sich entrüstet zeigte, so richtete sich das weniger gegen die Haltung der Sowjetregierung, als gegen die peinliche Indiskretion von Dimitrow, der auf dem Kongreß in Moskau die Wiederwahl Roosevelts im Jahre 1936 für wünschenswert erklärt und die Kommunisten in den Vereinigten Staaten zum Eintreten für Roosevelt aufgefordert hatte. Diese Äußerungen Dimitrows waren von der republikanischen Opposition mit gusto aufgegriffen worden und hatten auch bei den amerikanischen Gewerkschaften, die gegen kommunistische Umtriebe in ihren Reihen zu kämpfen hatten und daher für Moskau wenig Sympathie aufbrachten, ernstlich verstimmt; auf diese innerpolitischen Zusammenhänge war die scharfe Reaktion von Washington in erster Linie zurückzuführen. An Abbruch dachte der Präsident nicht. Er ordnete lediglich die Reduzierung des Stabes der amerikanischen Botschaft in der Sowjetunion an und versetzte Bullitt, der sich in Moskau völlig festgezogen hatte, im Laufe des Sommers 1936 nach Paris. Politisch — keineswegs wirtschaftlich — trat vom Sommer 1935 an eine Art von Stillstand in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern ein; der Kreml hatte durch den Vertrag von 1933 erreicht, was er wollte, und hielt sich zurück, Roosevelt war mit innerer Politik, New Deal usw. voll beschäftigt und bereitete seine Wiederwahl vor. Erst nach seiner Wieder-

wahl im November 1936 kamen die amerikanisch-russischen Beziehungen wieder in Fluß.

Der erste Schritt war die Ernennung eines Nachfolgers für Bullitt. Der Präsident entschied sich für Joseph E. Davies, einen alten demokratischen Parteifreund, mit dem Roosevelt schon in den Tagen der Wilson-Regierung zusammengearbeitet hatte. Davies hat im Oktober 1941 ein Buch über seine „Mission to Moscow" veröffentlicht, welches interessante Einzelheiten enthält, wenn es auch eine recht einseitige Propagandaschrift zugunsten der Sowjets ist und offenbar nur veröffentlicht wurde, um das Mißbehagen und die Zweifel, mit denen das amerikanische Volk im Sommer 1941 die über Nacht so intim gewordenen Beziehungen zwischen Washington und Moskau betrachtete, zu beheben. In seinem Buche erzählt Davies, daß der Präsident ihn Ende August 1936 zu sich gerufen und ihn gebeten habe, als Botschafter nach Moskau zu gehen, da Rußland ein „vitaler Faktor betreffend Krieg oder Frieden in Europa" sei, und es daher wertvoll sein würde, über Kraft bzw. Schwäche dieses Faktors genaue, auf persönliche Beobachtung beruhende Informationen zu besitzen. Später sollte Davies dann als Botschafter nach Berlin gehen, und hier die gleichen Untersuchungen anstellen. In einer Unterhaltung mit Sumner Welles am 15. Dezember 1936 erhielt der neuernannte Botschafter die Instruktionen des State Departments. In erster Linie sollte er eine Erneuerung des Handelsvertrags, der im Jahre 1937 ablief, erwirken; namentlich sollte eine Verstärkung der russischen Käufe in den Vereinigten Staaten durchgesetzt werden. Ferner sollte die noch immer ungeregelte Schuldensituation in vorsichtiger Weise mit der Sowjetregierung aufgenommen werden. Endlich sollte alles geschehen, um wirklich freundschaftliche Beziehungen und enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion herzustellen, „particularly in view of the Chinese-Japanese situation and the possibility of world war starting in Europe". Gleichzeitig sollte die politische, industrielle und militärische Lage und Stärke Rußlands gründlich „investigiert" werden, wobei der Beobachtung des Verhältnisses der Sowjetunion zu Deutschland besonderes Interesse zuzuwenden sei. Man sieht, sowohl der Präsident wie das

State Department rechneten bereits damals, Ende 1936, mit einem Kriege in Europa und bemühten sich, die russische Figur in diesem Spiele in ihre Hand zu bekommen, wobei die Stärke oder die Schwäche dieser Figur erst einmal genau untersucht werden sollte. Wie sehr Roosevelt schon damals durch den Gedanken an Krieg beherrscht war, ergibt sich auch aus der Tagebucheintragung von Davies nach seinem Gespräch mit dem Präsidenten am 28. April 1937, also nur wenige Monate später: „To him (d. h. Roosevelt) war seemed inevitable" (ihm erschien der Krieg unvermeidlich).

Bis zum Sommer 1938 war Davies Botschafter in Moskau. In der Schuldenfrage blieben seine Bemühungen, die allerdings über ein behutsames Vorfühlen nicht hinausgingen, ebenso erfolglos wie alle Bemühungen seines Vorgängers und alle Anstrengungen des State Departments; Moskau dachte nicht daran, in dieser Frage Konzessionen zu machen. In der Frage der Erneuerung des Handelsvertrags ergaben sich keine Schwierigkeiten; im August 1937 wurde die Gültigkeitsdauer des Vertrages verlängert und Davies konnte sogar durchsetzen — entsprechend den Weisungen von Hull —, daß die Sowjetregierung sich verpflichtete, im kommenden Jahre die Einkäufe in den Vereinigten Staaten um $33^1/_3$ v. H. zu erhöhen. In politischer Hinsicht konnte Davies am Schluß seiner kurzen Botschafterzeit mit Genugtuung feststellen, daß die amerikanisch-russischen Beziehungen besser seien, als seit langer Zeit. Er hatte sich namentlich mit Litwinow gefunden. Immer wieder kam Litwinow in seinen zahlreichen Unterhaltungen mit dem Botschafter darauf zurück, daß ein „faschistischer Friede" ein Unglück für Europa und für die Welt sein würde. Es sei bedauerlich, daß die Vereinigten Staaten durch ihre Neutralitätsgesetzgebung gerade diejenigen Nationen stiefmütterlich behandelten, welche die eigentlichen Bastionen von Demokratie und Freiheit gegen den Totalitarianismus bildeten. Im März 1937 setzte Litwinow dem Botschafter auseinander, es gebe nur eine Hoffnung für die Aufrechterhaltung des Friedens, d. h. des Status quo, in Europa, und zwar müßten die Demokratien Frankreich, Rußland und Tschechoslowakei prompt und energisch erklären, daß sie gemeinsam für den Frieden ein-

stünden; würden die Vereinigten Staaten sich an einer solchen Erklärung beteiligen — so fügte Litwinow hinzu —, so würde dies nicht nur den Frieden in Europa, sondern in der ganzen Welt bedeuten, da hierdurch auch die japanische Frage geregelt würde. Am 10. November 1937 sprach sich Litwinow enthusiastisch über die Chicagoer Rede Roosevelts vom 5. Oktober aus; ähnlich wie später Kalinin in einem Gespräch mit Davies deutete Litwinow an, daß in der Rede des amerikanischen Präsidenten wohl ein Anzeichen dafür zu erblicken sei, daß die Vereinigten Staaten in der Beschützung des Weltfriedens gegen die unruhigen und regelwidrigen Mitglieder der Völkergemeinschaft womöglich noch „aktiver" werden würden. Zum japanisch-chinesischen Konflikt erklärte Litwinow in der gleichen Unterredung, daß die Sowjetregierung eine feste Haltung einnehmen werde, falls England, Frankreich und die Vereinigten Staaten mit ihr zusammengingen.

Über alle diese Gespräche, ebenso wie über ein Gespräch ähnlichen Inhalts mit Stalin, das bei Abschluß des Aufenthalts von Davies in Moskau stattfand, berichtete der Botschafter nach Washington in einer Form, die deutlich seine Übereinstimmung mit dem Standpunkt der bolschewistischen Machthaber erkennen ließ. Den Ausdruck vom „faschistischen Frieden" griff er unbesehen auf und schrieb an Sumner Welles, es sei schwer zu verstehen, daß die Kräfte, die in Rußland zur Verfügung stünden, nicht gepflegt und benutzt würden, um einen solchen Frieden zu verhindern. Menschenkraft und Reichtum des Landes seien ungeheuer und es wäre gut, diese Bedrohung Hitlers von Osten her nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Um das Zusammengehen der Vereinigten Staaten mit den wenig populären Bolschewisten zu erleichtern, erfand der Botschafter die Formel: „This government ist not communism. It's socialism." (Dieses Regierungssystem ist nicht Bolschewismus; es ist Sozialismus.) Und er wies auf den Unterschied zwischen dem bösen Trotzki und dem guten Stalin hin; Trotzki habe die Idee der Weltrevolution vertreten, Stalin wolle nur der Welt am russischen Beispiel zeigen, daß Sozialismus ein Erfolg sein könne.

Und so äußerte sich Davies in allen seinen Berichten und

Briefen. Dabei sah er den Niedergang des russischen Volkes, er sah den Hunger, die Notlage, die Verelendung, die er auf das Wirtschaftssystem und auf die ungeheuren Rüstungsanstrengungen und Rüstungsaufgaben zurückführte. Er sah den Terror und die Blutprozesse, er spricht in seinem Tagebuch von der Hinrichtung von Tausenden und Einkerkerung von Zehntausenden, er erlebte im März 1937 den Bildersturm in den Kirchen — die letzten wertvollen Ikone, Altarkelche, Priestergewänder und Reliquien kaufte er rasch auf und verzeichnet mit Befriedigung, daß ihm die Sowjetregierung die nachgesuchte Erlaubnis hierzu erteilt habe („request granted") — aber er fand alles mehr oder weniger in der Ordnung und gab in seinen Berichten ein möglichst rosiges Bild der Lage in der Sowjetunion. Es kam ihm offenbar nur darauf an, das Bündnis mit den Bolschewisten für den Kriegsfall vorzubereiten. „Sometime that may be of particular significance, and even value, in connection with possible developments in the Far East or even in Europe — who knows!", schrieb er befriedigt am 10. August 1937 an Stephen Early, den Privatsekretär Roosevelts, zur Weitergabe an den Präsidenten; er wußte: der Herr wird seinen Diener loben.

Daß er daneben alles tat, um den amerikanischen Anteil an der Erschließung Rußlands, besonders am Aufbau der Rüstungsindustrie, zu fördern, war selbstverständlich. Vor allem wurde die Umstellung der russischen Industrie auf Kriegsindustrie durch amerikanische Berater und amerikanische Lieferungen in jeder Weise unterstützt. Und Davies fand es vollkommen richtig, daß die Männer im Kreml immer wieder von Kriegs- und Invasionsgefahr und von ausländischen Komplotten gegen die Sicherheit der Sowjetunion redeten, stärke doch nichts so sehr die Stellung einer an der Macht befindlichen politischen Partei als die Furcht vor Krieg und Invasion; „nothing solidifies a political party in power to a greater degree than the fear of foreign war and possible invasion". Bei seinen Bemühungen um die Hebung des amerikanischen Einflusses in der bolschewistischen Wirtschaft arbeitete Davies eng mit prominenten amerikanischen Juden zusammen. Man braucht nur seinen Brief an Bernard Baruch zu lesen (Anrede: „My dear Berney"), um zu sehen, wie sehr sich dieser Mann für Rußland interessierte und wie

nahe er Davies stand. Der alte Samuel Untermyer, der trotz seines hohen Alters wiederholt Reisen nach der Sowjetunion unternahm, besuchte Davies in Moskau im Sommer 1937, und es war wohl kein Zufall, daß zum Nachfolger von Davies als Botschafter in der Sowjetunion im Herbst 1938 Laurence Steinhardt, der Neffe von Samuel Untermyer, ernannt wurde. Dieser jüdische Botschafter wurde von Ende 1938 ab der Exponent der Rooseveltschen Politik in der Sowjetunion.

In dem Aufsatz „Präsident Roosevelt und der Krieg" ist näher dargelegt worden, wie von 1938 ab — besonders nach München — die amerikanische Politik zum offenen Angriff auf Deutschland überging. Schon im Dezember 1937 hatte Roosevelt in einem Gespräch mit Davies geäußert, die Entsendung als Botschafter nach Berlin komme nicht mehr in Frage, da man unvermeidlich in den Krieg hineingerate; er habe daher in Aussicht genommen, Davies die Botschaft in Brüssel zu übertragen, die eine der wichtigsten Missionen und der beste Horchposten in Europa sei. Von Berlin rief Roosevelt Ende 1938 den amerikanischen Botschafter zurück und in allen übrigen Hauptstädten Europas wies er seine Vertreter an, eine Intimidierungs- und Einkreisungskampagne gegen Deutschland zu eröffnen. Das Losungswort war „Stop Hitler" und „No appeasement", eine Parole, die mit der Litwinowschen Forderung „Kein faschistischer Friede" im wesentlichen identisch war. Allerdings war gerade in Moskau die Resonanz nicht ganz so, wie Roosevelt sie sich gewünscht hatte. Die Machthaber im Kreml glaubten — bei aller Geneigtheit, an der Einkreisungspolitik gegen Deutschland teilzunehmen —, sich zurückhalten zu sollen, da sie zur Festigkeit der englischen und französischen Politik wenig Vertrauen hatten und angesichts der überwiegend isolationistisch eingestellten öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten nicht wußten, wie weit der Präsident gegebenenfalls in der Lage sein würde, zu halten, was er durch seine Botschafter in Aussicht stellen ließ. So kam es im Frühjahr 1939 zum Rücktritt von Litwinow und im Sommer 1939 zu der Entwicklung, die in den deutsch-russischen Pakten vom August und September ihren Höhepunkt fand.

Man kann sich vorstellen, wie dieser Frontwechsel in Mos-

kau auf das Weiße Haus und das State Department wirkte. Wie viel Mühe hatte man sich gerade um Rußland gegeben, wie weit war man — trotz aller inneren Ablehnung des Kommunismus und trotz aller inneren Verachtung der Bolschewiken — gegangen, um die abgerissenen Fäden neu zu knüpfen und „nicht nur normale, sondern freundschaftliche" Beziehungen herzustellen! Und nun schien der Partner, auf den man so große Hoffnungen gesetzt hatte, zu versagen! Ein großer Teil der amerikanischen Presse konnte die Enttäuschung und Wut über diese unerwartete Entwicklung nicht verbergen und tobte Ende August 1939 gegen die „perfide Politik" von Moskau. Aber der Präsident und die Regierung hielten ihren Ärger und ihre Verstimmung zurück. Sie dachten nicht daran, die Beziehungen abzubrechen oder den Botschafter zurückzurufen, wie man es Deutschland gegenüber in so überstürzter und so unmotivierter Weise getan hatte. Das Leitmotiv war und blieb, Rußland pfleglich zu behandeln, um diese Figur im Spiel gegen Japan und Deutschland unter keinen Umständen zu verlieren. Der Einmarsch der Sowjets in Ostpolen im September 1939, die unfreundliche Haltung der Sowjetregierung in der Angelegenheit des amerikanischen Dampfers „City of Flint" und selbst der brutale Überfall der Bolschewisten auf Finnland Ende November 1939 — alles dies vermochte die Haltung Roosevelts gegenüber der Sowjetunion nicht zu ändern. So sehr sich die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten erregte und so temperamentvoll zahlreiche Zeitungen und Politiker für Finnland Partei ergriffen, die Regierung schwang sich zu keiner durchgreifenden Maßnahme auf; sie erließ zwar ein sogenanntes „moralisches Embargo" gegenüber gewissen Lieferungen nach Rußland und verhängte eine Kreditsperre, tat aber im übrigen nichts, was der Sowjetunion ernstliche Unbequemlichkeiten verursacht oder ihr gar die Feindschaft der Vereinigten Staaten fühlbar zum Bewußtsein gebracht hätte. In einem trockenen und sachlich gehaltenen Schreiben an den damaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Senator Key Pittman, legte Hull am 30. Januar 1940 den Stand der Beziehungen zur Sowjetunion dar. In dem Schreiben heißt es:

Seit 1933 habe die amerikanische Regierung mehrfach Grund gehabt, zu glauben, daß die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen aus dem Abkommen vom 16. November nicht voll erfülle. Wiederholt sei von der amerikanischen Regierung hierauf hingewiesen, u. a. durch die Note vom 25. August 1935. Seitdem habe über diese Frage (kommunistische Propaganda in den Vereinigten Staaten, Identität der Komintern mit der Sowjetregierung) kein Meinungsaustausch mehr mit der Regierung in Moskau stattgefunden.

Wegen vertragswidriger Behandlung amerikanischer Bürger in der Sowjetunion seien in jedem einzelnen Falle Vorstellungen erhoben worden. Diese Angelegenheiten seien durchweg befriedigend geklärt worden. Zur Zeit befinde sich kein amerikanischer Bürger in der Sowjetunion in Haft.

Andere Verletzungen des Abkommens vom 16. November 1933 seien nicht zu beanstanden gewesen.

Was das Schuldenproblem anlange, so habe Ende 1933 ein Meinungsaustausch begonnen, der eine baldige Endlösung erhoffen ließ. Spätere Verhandlungen seien aber erfolglos geblieben. Am 30. Januar 1935 habe das State Department eine Erklärung veröffentlicht, wonach „kaum mehr daran zu zweifeln sei, daß die Verhandlungen, die so vielversprechend begonnen hätten, nunmehr als ergebnislos beendet betrachtet werden müßten".

Welch zahme und rücksichtsvolle Sprache! Wie konnte Hull sonst so tapfer schmälen, wenn es sich nicht um Rußland, sondern um Deutschland handelte!

Ebenso vorsichtig hielt sich Roosevelt zurück. Von irgendwelcher nennenswerten Unterstützung Finnlands in seinem heroischen Kampf gegen den bolschewistischen Aggressor war keine Rede. Zwar sprach der Präsident in einer Ansprache vor linksradikalen amerikanischen Jugendverbänden, die im Februar 1940 zu einer Tagung nach Washington gekommen waren, von seiner Enttäuschung, und er übte einige Kritik am russischen Vorgehen, fügte aber sofort beruhigend hinzu, ein Krieg der Vereinigten Staaten gegen Rußland sei ein absurder Gedanke!

So konnte Molotow am 15. März 1940 auf der Tagung des Obersten Sowjets in Moskau mit Recht feststellen: „Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten haben sich nicht verbessert und nicht verschlechtert."

Der Einmarsch der Bolschewisten in die baltischen Staaten und in Bessarabien im Sommer 1940 verstimmte zwar erneut weite amerikanische Kreise, aber an der Haltung der amerikanischen Regierung änderte sich nichts. Sie rief zwar die Gesandtschaften aus Reval, Riga und Kowno „unter Protest" zurück und gewährte den diplomatischen Missionen der baltischen Länder in Washington weiter die Anerkennung, aber sonstige Folgerungen wurden aus dieser unbestrittenen „Aggression" gegen die Randstaaten und aus dem Schreckensregiment, das bald darauf in Estland, Lettland und Litauen einsetzen sollte, nicht gezogen. Im Gegenteil. Schon im August 1940 wurde, als ob nichts geschehen wäre, das Handelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion weiter verlängert, und von September 1940 ab häuften sich die Anzeichen, daß eine neue Annäherung zwischen den beiden Ländern im Gange war. Die seit einiger Zeit eingetretene Versteifung der englischen und amerikanischen Politik gegenüber Japan ließ in der Tat eine Annäherung an Rußland natürlich erscheinen, und nach dem Abschluß des Dreimächtepaktes im September 1940 legte Washington besonderen Wert darauf, den russischen Rivalen Japans schonend zu behandeln. Man ließ daher die Verhandlungen mit Moskau über verschiedene wirtschaftliche Fragen (Export von Maschinen, Aufhebung des „moralischen Embargos") unter keinen Umständen abreißen und bemühte sich, durch Konzessionen die Möglichkeit einer Verständigung mit den Sowjets offenzuhalten. Wie beflissen man war, die Gefühle der Russen zu schonen und ihnen sogar zu schmeicheln, zeigte sich am 7. November 1940, als — ganz im Gegenteil zum Vorjahr — nahezu das gesamte State Department aus Anlaß des bolschewistischen Revolutionsfeiertags in der Sowjetbotschaft in Washington erschien und seine Glückwünsche aussprach. Und dieses Buhlen um die russische Gunst wurde in den folgenden Monaten konsequent fortgesetzt.

Von Anfang 1941 ab stiegen die Hoffnungen in Washington, daß die Sowjets sich gegen Deutschland wenden würden. Von nun an verdoppelte die amerikanische Diplomatie in Moskau ihre Regsamkeit; besondes auf dem Balkan ging man Hand in Hand vor, und die russische Stellungnahme nach dem Putsch in Belgrad vom 27. März wurde in Washington mit unverhohlener Genugtuung begrüßt. Der Abschluß des russisch-japanischen Neutralitätspakts Anfang April 1941 rief zwar in den Vereinigten Staaten Verstimmung hervor und weckte vorübergehend Zweifel an der Haltung der Sowjets, der Rückschlag wurde aber rasch überwunden und änderte nichts an der wiedergewonnenen Intimität der Beziehungen.

So war der Boden für die engste Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und den Sowjets gut vorbereitet, als am 22. Juni 1941 nahezu ganz Europa zum Kampf gegen den Bolschewismus antrat. Wir kennen den weiteren Verlauf. Wir wissen, daß die amerikanische Regierung sofort öffentlich gegen Deutschland und für die Sowjetunion Stellung nahm. Schon am 23. Juni erklärte Sumner Welles: „Die Vereinigten Staaten billigen zwar die kommunistische Lehre nicht, aber es liegt im amerikanischen Interesse, alle antideutschen Kräfte zu unterstützen." Und am 24. Juni erklärte der Präsident: „Die Vereinigten Staaten sind bereit, der Sowjetunion jede nur mögliche Hilfe zu leisten." Am 30. Juni forderte der Marineminister Knox in einer Rede, die Vereinigten Staaten müßten ihre Flotte einsetzen, die Stunde des Losschlagens sei gekommen. Ende Juli traf Harry Hopkins im Kreml ein, um die Möglichkeiten einer Belieferung der Russen zu studieren; am 2. August schloß er einen Handelsvertrag mit der Sowjetregierung ab, die Lieferung kriegswichtiger Materialien wurde zugesagt, und der erste Transport am 6. August nach Wladiwostok in Marsch gesetzt.

Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zeigte für dieses Zusammengehen mit den Bolschewisten nur wenig Begeisterung, und die Aussprache im Senat im August bewies, wie unpopulär die Rußlandhilfe war. Die Isolationisten wiesen darauf hin, daß es nunmehr klar sei, daß in Europa kein Kampf um Freiheit und Demokratie, sondern ein reiner Machtkampf

ausgefochten werde, in dem Amerika nichts zu suchen habe; einige kirchliche Kreise — wenn auch keineswegs alle — brachten zum Ausdruck, wie unsympathisch ihnen die Freundschaft mit den gottlosen Bolschewisten sei. Für das Zusammengehen mit Rußland traten nur die Kommunisten und die Linkskreise des New Deal ein sowie der englisch beeinflußte Teil des amerikanischen Volkes, der in den Russen ein willkommenes Kanonenfutter zur Entlastung Großbritanniens erblickte.

Aber Roosevelt kümmerte sich nicht um die öffentliche Meinung. Die in den Tagen vom 10. bis 14. August 1941 mit Churchill vereinbarte sogenannte „Atlantic Charta" zeigte, welchen Weg er gehen würde und bewies, daß er sein Land in das Lager Englands und Rußlands zu führen entschlossen war. Eine gemeinsame Botschaft Roosevelts und Churchills wurde wenige Tage nach dem Atlantik-Treffen Stalin in Moskau durch den amerikanischen und britischen Botschafter überreicht; sie enthielt die Zusicherung jeder Hilfe und den Vorschlag einer Dreierkonferenz in Moskau. Vom Ende August ab wurde die amerikanische Hilfe für Rußland nicht nur über Wladiwostok, sondern auch über Murmansk und über Persien — dessen Souveränität zu diesem Zweck praktisch ausgeschaltet wurde — in die Wege geleitet. Am 12. September erklärte der Präsident beim Abschiedsempfang der unter Führung von Harriman nach Moskau reisenden amerikanischen Delegierten, er habe sie angewiesen, Pläne für die wirksame Verwendung des amerikanischen Kriegsmaterials in Rußland „zur Vernichtung des Hitlerismus" auszuarbeiten, und nichts beleuchtet den fanatischen Kriegswillen des damals noch „neutralen" Präsidenten besser als der Brief an Stalin, den er Harriman nach Moskau mitgab. Der Brief hatte, wie vom Weißen Hause später zugegeben werden mußte, folgenden Wortlaut:

„Dieser Brief wird Ihnen durch meinen Freund Harriman überreicht werden, den ich beauftragt habe, der Leiter unserer Moskauer Delegation zu sein. Herr Harriman ist ein guter Kenner Ihrer Probleme und wird, das weiß ich, alles tun, was er kann, um die Verhandlungen in Moskau zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Harry Hopkins

berichtete in langen Ausführungen über seine erfolgreichen und befriedigenden Besuche beim Außenministerium. Ich kann nicht sagen, wie tief wir alle beeindruckt sind von den Leistungen der tapferen sowjetischen Armeen. Wir werden geeignete Wege finden, das Material und die Ausrüstung zu beschaffen, die erforderlich sind, um Hitler an allen Fronten zu bekämpfen, einschließlich der Sowjetfront. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um mein großes Vertrauen zum Ausdruck zu bringen, daß Ihre Armeen am Schluß über Hitler siegen werden und versichere Sie der größten Entschlossenheit, den erforderlichen materiellen Beistand zu leisten."

Wir kennen die weitere Entwicklung. Wir wissen, daß die amerikanische Regierung nicht nur vom Sommer 1941 bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg, sondern erst recht seit dem Dezember 1941 alles getan hat und alles tut, um den schwer angeschlagenen bolschewistischen Freund und Bundesgenossen politisch und militärisch zu stützen. Daß die Männer in Moskau von der bisher geleisteten amerikanischen Hilfe enttäuscht sind, wie Molotow im Juni 1942 in Washington und Stalin im September Wendell Willkie gegenüber zum Ausdruck brachte, und wie Litwinow — der seit November 1941 als Botschafter in Washington tätig ist — fast Tag für Tag im State Department klagend vorbringt, tut nichts zur Sache; an der Absicht und dem heißen Bemühen Roosevelts und seiner Leute ist nicht zu zweifeln.

Für uns Deutsche ist die Haltung Roosevelts nicht überraschend. Wer die amerikanische Außenpolitik genau verfolgt hatte, konnte über die Einstellung dieses Mannes nicht im Zweifel sein; er war stets ein Feind Japans und er war stets ein Feind Deutschlands. Was insbesondere seinen Haß gegen Deutschland anlangt, so sei an das gewiß unverdächtige Zeugnis des französischen Botschafters André de Laboulaye erinnert, der am 26. Januar 1934 über einen in Gegenwart der französischen Botschafterin erfolgten hemmungslosen Haßausbruch Roosevelts nach Paris berichtete und hinzufügte, daß diese Einstellung des Präsidenten nicht neu sei; er kenne

Roosevelt seit den Jahren vor dem Weltkrieg und immer sei Roosevelt ein Hasser Deutschlands gewesen, gleichviel ob es sich um das frühere Deutschland oder um das Deutschland Adolf Hitlers gehandelt habe!

Die Politik Roosevelts gegenüber der Sowjetunion zeigt besonders klar, daß seine Behauptungen, er trete ein für Demokratie, Freiheit und Religion und er kämpfe gegen Aggression und Vergewaltigung, nur leere Phrasen sind. Wären die Behauptungen wahr, so dürften die von Roosevelt geführten Vereinigten Staaten in diesem Entscheidungskampf der Menschheit nicht im Lager der Bolschewisten stehen, sondern sie müßten alles tun, um dazu beizutragen, den Bolschewismus zu vernichten. Wären die Rooseveltschen Erklärungen gegen die Aggression ehrlich, wäre seine Forderung nach Selbstbestimmungsrecht der Völker echt, so wäre er nicht über Deutschland entrüstet gewesen, als es in Österreich und ins Sudetenland kampflos einmarschierte und deutsche Menschen freimachte, sondern er hätte sich über die Bolschewisten empört, die in Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Bessarabien einbrachen, Bomben auf unverteidigte finnische Städte warfen und finnisches Gebiet vom Mutterland losrissen, sowie Tausende von Menschen aus den baltischen Staaten nach Sibirien verschleppten oder töteten. Wären seine Behauptungen vom Eintreten für Freiheit, Demokratie und Religion wahr, so hätte er — abgesehen von seinem eigenen Lande — kein besseres Feld als die Zustände in der Sowjetunion finden können, um seinen Tatendrang zu betätigen. Nein, alle diese Dinge hat Roosevelt bewußt ignoriert. Nichts zeigt deutlicher die Widersprüche zwischen den von ihm so salbungsvoll und selbstgefällig verkündeten Idealen einerseits und der Realität seiner Politik andererseits, als die Art und Weise, wie er zunächst die Brücken zu den Bolschewisten schlug und dann die Sowjetunion zu einer wichtigen Figur seiner Kriegspolitik machte. Gerade die Rußlandpolitik Roosevelts zeigt, daß es sich für ihn nicht um einen Kampf um hohe Ideale handelt, sondern um einen imperialistischen Machtkampf. Das erstarkende Deutschland, das erstarkende Japan sind dem amerikanischen Präsidenten ein Dorn im Auge. Getreu der britischen

Tradition der „balance of power" sowie des „divide et impera" — und es gibt keinen Politiker, der in dieser Beziehung britischer wäre als Roosevelt — ist die Politik des Präsidenten auf ein Ziel gerichtet: Verhinderung eines starken, geschlossenen, einheitlichen Europas. Roosevelt möchte — wie Churchill — den Zustand des zerrissenen, uneinigen, ohnmächtigen Europas, das ein bequemer Spielball angelsächsischer Politik und ein leicht zu beherrschendes Feld für angelsächsische Finanz- und Wirtschaftsbetätigung war, wiederherstellen und verewigen. Mit einer Frivolität sondergleichen hat sich Roosevelt in die europäischen Dinge eingemischt. Er hat diesen Krieg entfesselt. Was liegt ihm daran, wenn Europa Schlachtfeld ist? Was liegt ihm daran, wenn die europäische Kultur Schaden leidet und ernstlich bedroht wird? Was versteht Roosevelt von der Seele Europas? Was ahnt dieser Mann von unseren Menschen, von unseren Männern, Frauen und Kindern? Was sagen ihm unsere Städte und Dörfer, was bedeuten ihm unsere Bauten, unsere Kunst, unsere Musik? Hand in Hand mit dem Bolschewismus versucht der Amerikanismus Roosevelts Europa in die Knie zu zwingen. Für uns gibt es hierauf nur eine Antwort: Hände weg von Europa!

SCHRIFTEN DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR AUSSEN-POLITISCHE FORSCHUNG

1. Vierjahresplan und Welthandel. Von Reichsaußenminister *Joachim v. Ribbentrop.* 27 S. RM. 0.80.
2. Nationalsozialistische Pressepolitik. Von Reichspressechef *Dr. Dietrich.* Vergriffen.
3. Bericht über die Möglichkeit eines allgemeinen Abbaus der Handelshemmnisse vom 26. Januar 1938. Von *Paul van Zeeland,* ehem. belg. Ministerpräsident. 48 S. RM. 1.40.
4. Rede in Karlsbad vom 24. August 1938. Von *Konrad Henlein.* Memorandum der SdP. vom 7. Juni 1938. 67 S. RM. 1.80.
5. Grundsätze der deutschen Außenhandelspolitik und das Problem der internationalen Verschuldung. Von Reichswirtschaftsminister *Walther Funk.* 32 S. RM. 1.—.
6. Prinzipien der britischen Außenpolitik. Von Prof. Dr. *Friedrich Berber.* 32 S. RM. 1.—.
7. Danzig zwischen Deutschland und Polen. Von Dr. *Franz Dettmann.* 67 S. RM. 1.80.
8. Die alleinige Kriegsschuld Englands. Von Reichsaußenminister *Joachim v. Ribbentrop.* 39 S. RM. 0.80.
9. Der Völkerbund als Instrument britischer Machtpolitik. Von Prof. Dr. *Carl Bilfinger.* 48 S. RM. 1.20.
10. Griechenlands Weg in den Weltkrieg. Von *Jürgen v. Kempski.* 68 S. RM. 1.60.
11. Die wirtschaftlichen Ursachen des amerikanischen Kriegseintritts 1917. Von *Botho Leberke.* 54 S. RM. 1.40.
12. Die Westmächte und Polen im 18. Jahrhundert. Von Dr. *Kurt Krupinski.* 37 S. RM. 1.20.
13. Die englische Ernährungslage im Frieden und im Kriege. Von Dr. *Hans v. d. Decken.* 76 S. RM. 1.80.
14. Britische Erdölpolitik. Von *Georg Graf.* 74 S. RM. 1.80.
15. Das Kabinett Chamberlain und der Ausbruch des Krieges 1939. Von *Gerhart Jentsch.* 48 S. RM. 1.20.

16.—50. Das Britische Reich in der Weltpolitik.

51. Die wirklichen Wirtschaftsinteressen Frankreichs. Von *Karl Acker.* 55 S. RM. 1.40.
52. Der englische Wirtschaftsimperialismus. Von Prof. Dr. *Carl Brinkmann.* 58 S. RM. 1.50.
53. England und Deutschland im Kampf um die Neuordnung der Weltwirtschaft. Von Prof. Dr. *Hermann Bente.* 54 S. RM. 1.40.
54. Der Überfall auf Kopenhagen 1807. Von *Jürgen von Kempski.* 68 S. RM. 1.60.
55. Neutralität, Blockade und U-Boot-Krieg. Von Prof. Dr. *Ottmar Bühler.* 78 S. RM. 1.80.

JUNKER UND DÜNNHAUPT VERLAG / BERLIN

SCHRIFTEN DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR AUSSEN-POLITISCHE FORSCHUNG

56.—79. Frankreich gegen die Zivilisation.

80. —

81. Der Wirtschaftskrieg und die Neutralen 1914—1918. Von *Rudolf Lank.* 55 S. RM. 1.40.

82. England und die Neutralität. Von *Joachim Radler.* 83 S. RM. 2.—.

83. Franzosen gegen England. Von Dr. *Otto Weise.* 97 S. RM. 2.40.

84. Der Einsatz der englischen Wissenschaft im Weltkrieg. Von *Klaus Dockhorn.* 82 S. RM. 2.—.

85. Der dritte Wirtschaftskrieg. Von Dr. *Wilhelm G. Grewe.* 92 S. RM. 2.40.

86. Das Ende des europäischen Gleichgewichts. Von *Gerhart Jentsch.* 72 S. RM. 1.80.

87. Der Völkerbund im Dienste von Versailles. Von Dr. *Herbert Michaelis.* 70 S. RM. 1.60.

88. Jugoslawiens Weg zum Abgrund. Von Prof. Dr. *Werner Frauendienst.* 147 S. RM. 3.20.

89. Die Blockade der britischen Inseln. Von Dr. *Hans Heinrich Ambrosius.* 52 S. RM. 1.20.

90. Malaya unter britischer Herrschaft. Von Dr. *Heinz Lehmann.* 87 S. RM. 2.20.

91. Die Erziehung zum Deutschenhaß in der englischen Schule. Von Dr. *Max Lehmann.* 139 S. RM. 3.20.

92. Deutsches Volkstum im Elsaß. Von Prof. Dr. *Eugen Fehrle.* 56 S. mit 2 Abb. im Text und 8 Seiten Bildern. RM. 2.—

93. Der deutsche Charakter Lothringens. Von Prof. Dr. *Ernst Christmann.* 72 Seiten mit 6 Abb. im Text und 16 Seiten Bildern. RM. 2.80.

94. Die Kriegsschuld der belgischen Presse. Von Dr. *Peter Dehottay.* 87 S. RM. 2.20.

95. Roosevelts Politik gegenüber Frankreich. Von *Silvanus.* 55 S. RM. 1.40.

96. Der Freiheitskampf Europas. Von Reichsaußenminister *Joachim v. Ribbentrop.* 39 S. RM. 0.80.

97. Zur kapitalwirtschaftlichen Neuordnung Europas. Von Dipl.-Kaufm. Dr. *Robert Arzet.* 106 S. RM. 2.80.

98. Westdeutsches Grenzvolk im Kampf ums Reich. Von *Hanns Dino.* 53 S. RM. 1.70.

99. Probleme des neuen Waffenstillstandsrechts. Von Prof. Dr. *Friedrich Berber.* 128 S. RM. 3.20.

100. Zur Vorgeschichte des Roosevelt-Krieges. Von Botschafter *Hans Heinrich Dieckhoff.* 190 S. RM. 4.50.

JUNKER UND DÜNNHAUPT VERLAG / BERLIN

DIECKHOFF / *Zur Vorgeschichte des Rooseveltkrieges*